LANDRATSAMT
BODENSEEKREIS

15. BETEILIGUNGSBERICHT

Impressum

Herausgegeben vom Finanzdezernat des Bodenseekreises

Fachliche Verantwortung: Uwe Hermanns, Finanzdezernent
Dominik Männle, Amtsleiter Kämmerei

Bearbeitung: Stephanie Schwarzkopf, stv. Amtsleiterin Kämmerei
Doreen Münzner, Kämmerei Beteiligungsverwaltung

Bezugsadresse: Landratsamt Bodenseekreis
Kämmerei
Glärnischstraße 1 - 3
88045 Friedrichshafen
Tel.: 07541 204-5324

Friedrichshafen, im Oktober 2015

Vorwort

Der Bodenseekreis legt zum 15. Mal seit der Novellierung der Gemeindeordnung im Jahr 1999 einen Beteiligungsbericht vor. Der Bericht umfasst das Geschäftsjahr 2014 (bei abweichendem Wirtschaftsjahr das Geschäftsjahr 2013/2014) und wurde von der Kreiskämmerei des Landratsamtes Bodenseekreis erstellt. Der Beteiligungsbericht wird öffentlich bekannt gegeben und ausgelegt. Nach der Beratung im Kreistag wird er auch im Internet abrufbar sein (www.bodenseekreis.de).

Der Bodenseekreis nimmt für die Bürgerinnen und Bürger eine Vielzahl öffentlicher Aufgaben wahr. Seine Tätigkeit vollzieht sich in unterschiedlichen Organisationsformen innerhalb, aber auch außerhalb des Kreishaushalts. Aus dieser Aufgaben- und damit auch Finanzverantwortung des Landkreises folgt eine Steuerungs- und Überwachungspflicht bei den Beteiligungsgesellschaften. Als wichtiges Instrument dient hierzu der Beteiligungsbericht.

Im Beteiligungsbericht sind sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Landkreises zusammengefasst. Zum einen gibt die Kreiskämmerei mit ihm einen umfassenden Überblick über das Engagement in den unterschiedlichen Aufgabenbereichen außerhalb des Kernhaushaltes. Zum anderen soll der Beteiligungsbericht dafür sorgen, dass die Erfüllung kommunaler Aufgaben in Gesellschaften des Privatrechts für den Kreistag und die Bürger transparent bleibt.

Im Beteiligungsbericht ist folgender Inhalt dargestellt:

- Gegenstand des Unternehmens
- Anteil des Bodenseekreises am Unternehmen - die Beteiligungsverhältnisse -
- Besetzung der Organe
- Wesentliche Verträge und Finanzbeziehungen mit dem Bodenseekreis
- Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens
- Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung
- Kennzahlen zur Finanz-, Vermögens- und Ertragslage sowie Leistungskennzahlen.

Bei der Aufgabenerfüllung in privatrechtlichen Unternehmensformen erfolgt die Einbindung des Kreistages nach den gesetzlichen Bestimmungen der Landkreisordnung, der Gemeindeordnung Baden-Württemberg und der Hauptsatzung des Landkreises. In den Gesellschafterversammlungen der Unternehmen wird der Bodenseekreis durch den Landrat vertreten, einen von ihm benannten Vertreter oder eines Vertreter des Kreistages.

Ich danke den Vorsitzenden und Geschäftsführungen der Beteiligungen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes, die zu diesem Bericht beigetragen haben.

Friedrichshafen, im Oktober 2015

gez.
Lothar Wölfle
Landrat

Inhaltsverzeichnis Seite

I. Vorbemerkungen und Veränderungen 5

II. Abkürzungsverzeichnis 7

III. Die Beteiligungsunternehmen auf einen Blick 9
1. Gesamtübersicht mit ausgewählten Kennzahlen zum Jahresabschluss 11
2. Kennzahlen der Beteiligungsunternehmen 12
3. Übersicht Finanzbeziehungen 13
4. Abschlussprüfer 15

IV. OEW-Gruppe 17
OEW - Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke 18
OEW Energie-Beteiligungs GmbH 23

V. Die unmittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises
Entsorgung und Verkehr
ABK - Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH 29
Flughafen Friedrichshafen GmbH 39
BODO - Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbund GmbH 53
BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG 63
Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH 73
Wirtschaftsförderung
Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH 79
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH 87
Internationale Bodensee Tourismus GmbH 103
Deutsche Bodensee Tourismus GmbH 113
Energieagentur Bodenseekreis GbR 123
Regionale Kompensationspool GmbH 125
Soziales
Klinik Tettnang GmbH 133
Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH 151
Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH 163
Kultur
Bodensee-Festival GmbH 173

VI. Die mittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises
Energieagentur Ravensburg gGmbH 183
frieks Friedrichshafener Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH 197
Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH 205
Gesundheitsakademie Tettnang GmbH 209
Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettnang GmbH 211
Waldburg-Zeil Personalservice GmbH 213
Medizinisches Versorgungszentrum Tettnang GmbH 215

VII. Sonstige Mitgliedschaften des Bodenseekreises
Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG 217
Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG 219
Baugenossenschaft Überlingen eG 221
Regionalverband Bodensee-Oberschwaben 223
Kommunaler Versorgungsverband 227
Zweckverband PROTEC Orsingen 231
Zweckverband KIRU Reutlingen-Ulm 233

VIII. Stiftungen des Bodenseekreises

Kunst- und Kulturstiftung des Bodenseekreises 235
KOB – Stiftung Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee 237
NAZ – Stiftung Naturschutzzentrum Eriskircher Ried 239
Stiftung Perspektive Jugend im Bodenseekreis 241

IX. Anhang

Auszug aus der Gemeindeordnung 243
Betriebswirtschaftliche Kennzahlen 244

I. Vorbemerkungen und Veränderungen

Rechtliche Grundlage

Mit dem Gesetz zur Änderung gemeindewirtschaftlicher Vorschriften und anderer Gesetze vom 14. Juli 1999 (GABL. 292) hat der Landtag der wachsenden Bedeutung der Beteiligung an Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts Rechnung getragen.

Zitat aus der Begründung zu dem Gesetzentwurf:
Das Gesetz will "... einen Beitrag zum Aufbau eines Steuerungssystems leisten, das es der Gemeinde ermöglicht, alle Bereiche der Kommunalverwaltung in vergleichbarer Weise der kommunalpolitischen Verantwortung des Gemeinderats und des Bürgermeisters zu unterstellen. Wesentliche Grundentscheidungen müssen von den demokratisch legitimierten Vertretungsorganen getroffen und verantwortet werden. Dagegen besteht kommunalrechtlich keine Notwendigkeit, in operative Geschäfte einzuwirken."

Kommunale Unternehmen erfahren nach § 102 GemO ihre Rechtfertigung durch die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks. Im Lichte des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG ist es deshalb unabdingbar, dass die kommunalpolitisch Verantwortlichen nicht nur die Kernverwaltung und die Eigenbetriebe, sondern auch die kommunalen Unternehmen und Einrichtungen in Privatrechtsform als Teil der Verwaltung entsprechend ihren Vorstellungen von der Erfüllung des öffentlichen Zwecks letztverantwortlich steuern und kontrollieren.

Erläuterungen zum Bericht

Nach § 105 der Gemeindeordnung in Verbindung mit § 48 der Landkreisordnung hat der Landkreis jährlich einen Bericht über die Unternehmen des privaten Rechts, an denen er unmittelbar oder mit mehr als 50 vom Hundert mittelbar beteiligt ist, zu erstellen.
Ist der Landkreis unmittelbar mit weniger als 25 Prozent an einer Gesellschaft beteiligt, reduziert sich der Inhalt des Berichts auf die wesentlichen Aussagen des Unternehmens gemäß § 105 Abs. 2, letzter Satz, der Gemeindeordnung.

Für die bessere Vergleichbarkeit werden jedoch alle unmittelbaren gleich und auch alle mittelbaren Beteiligungen gleich dargestellt. Auf die Darstellung von mittelbaren Beteiligungen über Zweckverbände wurde verzichtet. Einzige Ausnahme ist aufgrund der besonderen Bedeutung für den Landkreis die OEW Energie-Beteiligungs GmbH.

Zusätzlich zum gesetzlichen Umfang erfolgt weiterhin die Darstellung von Baugenossenschaften, Zweckverbänden und Stiftungen. Mitgliedschaften an Vereinen sind nicht enthalten.

Da die Energieagentur Bodenseekreis GbR keinen eigenen Jahresabschluss erstellt, wird anstelle dessen auf den Jahresabschluss der Energieagentur Ravensburg gGmbH verwiesen.

Allgemeines

Berichtsjahr ist grundsätzlich das Geschäftsjahr 2014 vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014.
Abweichend hiervon gilt für die BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG und die Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2013 bis 30. September 2014.

Die Zwischenergebnisse und Kennzahlen werden zum Teil von den Gesellschaften abweichend von der kreiseigenen Festlegung definiert. Eine direkte Abstimmung mit den dargestellten Analysen ist daher nicht immer möglich. Die Kernaussagen sind jedoch vergleichbar.

Die Angaben unter Nr. 10 (Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens) sind aus den jeweiligen Geschäftsberichten der Unternehmen übernommen. Die Inhalte wurden mit den Gesellschaften im Vorfeld abgestimmt.

Aufgrund der gerundeten Darstellung in T€ können Zwischen- oder Endsummen Differenzen aufweisen. Die Summenwerte sind in diesem Fall korrekt.

Veränderungen im Beteiligungsbericht 2014

Folgende Änderungen haben sich im Berichtsjahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr ergeben:
Unmittelbare Beteiligungen

⇒ Flughafen Friedrichshafen GmbH: Erwerb der Anteile von VIE zusammen mit der Stadt Friedrichshafen, Änderung Anteil am Stammkapital (von 14,38 % auf 26,96 %)
⇒ Regionaler Kompensationspool Bodensee-Oberschwaben GmbH: Neugründung (16,50 %)
⇒ Klinik Tettnang: Veräußerung Anteile von der WZK an die Stadt Friedrichshafen (Anteil des Bodenseekreises bleibt unverändert bei 5,10 %)

Mittelbare Beteiligungen

⇒ Umbenennung der WZK Klinikdienste GmbH in Klinikdienste KKT GmbH

Zweckverbände u.ä.

⇒ OEW Energiebeteiligungs GmbH: weitere Beteiligung an Netcom BW GmbH (25,1 %) und EnbW Onshore Portfolio GmbH (16,66 %)
⇒ Regionalverband: Beteiligung an der Regionaler Kompensationspool Bodensee-Oberschwaben GmbH
⇒ KVJS: Neuaufnahme

Sonstiges

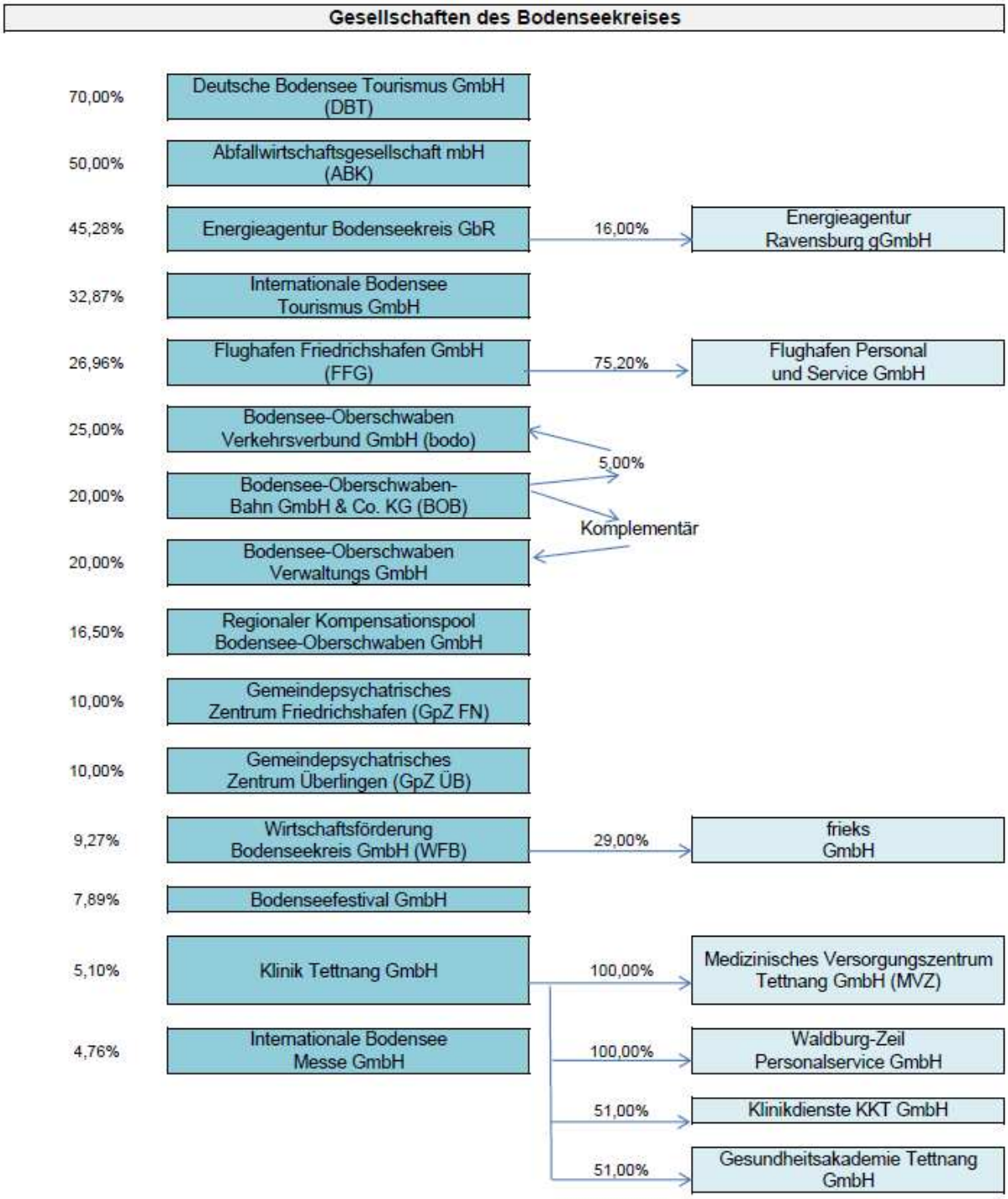
⇒ Aufnahme einer Gesamtübersicht der Finanzbeziehungen aller unmittelbaren Gesellschaften auf Seite 13 und 14

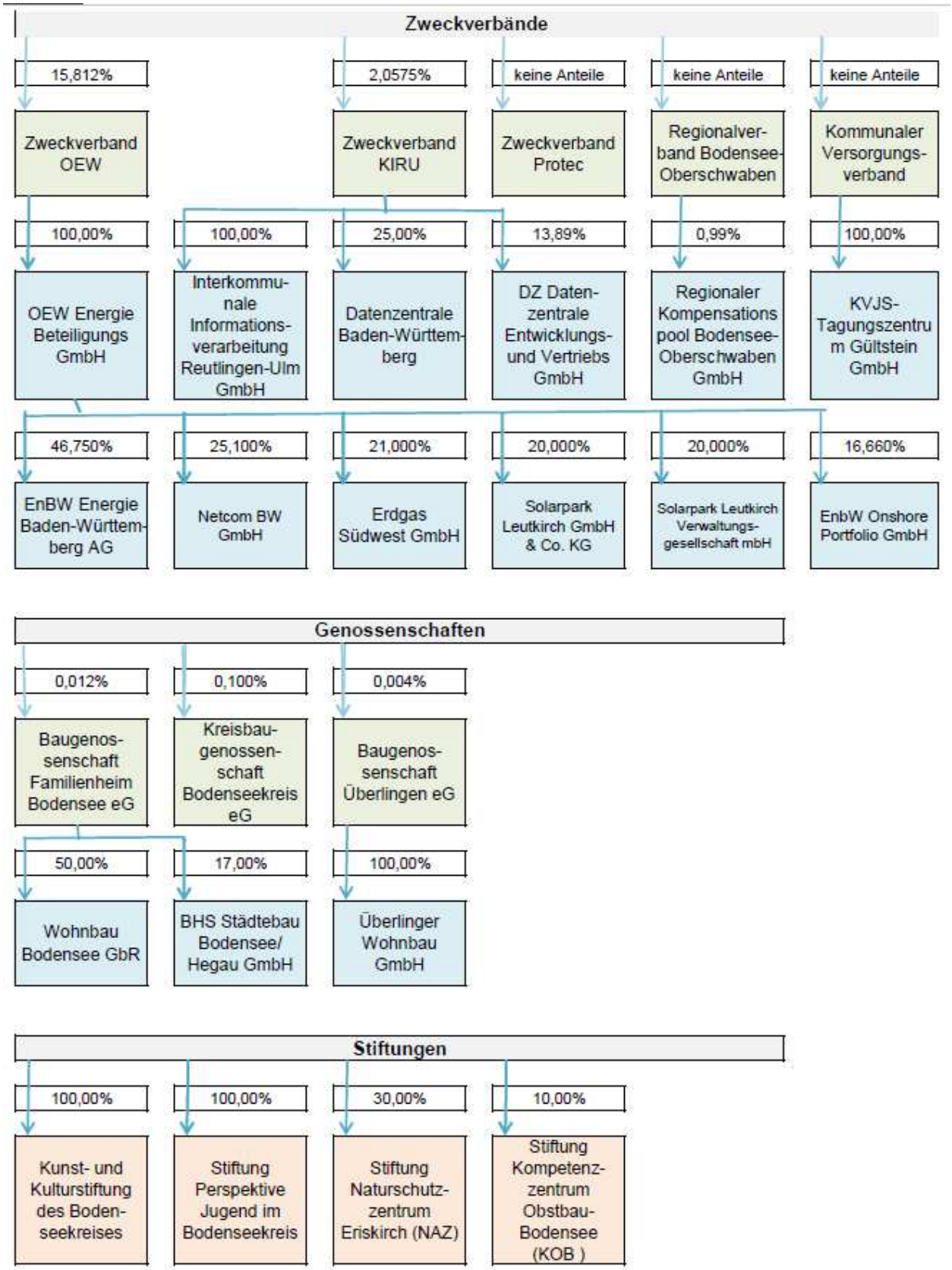
II. Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
a.D.	außer Dienst
AG	Aktiengesellschaft
ALG II	Arbeitslosengeld II (Grundsicherungsleistung für erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II)
ANBest-P	Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
AVA	Abfallverbrennungsanlage
AWB	AWB GmbH Abfallwirtschaft Bodensee
AZAV	Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung
BEK	Bodensee-Erlebniskarte
betr.	betreffend, betreffs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BOB	Bodensee-Oberschwaben-Bahn
Bodo	Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbund
BW	Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CM	Case-Mix
d.h.	das heißt
DING	Donau-Iller-Nahverkehrsverbund
Dipl.	Diplom
Dr.	Doktor/in
EBIT	Earnings before interests and taxes (Gewinn vor Zins und Steuern)
EBITDA	Earnings before interests, taxes, depreciation and amortisation (Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen)
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EK	Eigenkapital
EnBW	Energie Baden-Württemberg AG
Fa.	Firma
ff.	fortfolgende
FFG	Flughafen Friedrichshafen
FN	Friedrichshafen
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GemO	Gemeindeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GnR	Genossenschaftsregister
GpZ	Gemeindepsychiatrisches Zentrum
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
HR	Handelsregister
IHK	Industrie- und Handelskammer
i.H.v.	in Höhe von
Ing.	Ingenieur
inkl.	inklusive
insg.	insgesamt
KG	Kommanditgesellschaft
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausgesetz

km	Kilometer
KOB	Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee
KStG	Körperschaftssteuergesetz
KVA	Verband Kehrichtverbrennung Thurgau, Weinfelden, Schweiz
LKrO	Landkreisordnung
Mio.	Million
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum
MZV	Müllabfuhr-Zweckverband
m^2	Quadratmeter
NAZ	Naturschutzzentrum
Nr.	Nummer
o.g.	oben genannte
OB	Oberbürgermeister
OEW	Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke
ÖP	Ökopunkte
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
p.a.	per anno
RAB	Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH
RBO	Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben
rd.	rund
RHB	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
sog.	sogenannte
SoPo	Sonderposten
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
Stv.	Stellvertreter/Stellvertretender
s.u.	siehe unten
T€	Tausend Euro
to.	Tonne
TWF	Technische Werke Friedrichshafen GmbH
u.	und
u.a.	und andere
vgl.	vergleiche
VIE	Vienna International Airport
Vj.	Vorjahr
VK	Vollzeitkräfte
VTWB e.V.	Verband der Tourismuswirtschaft Bodensee
WFB	Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH
WfbM	Werkstatt für Menschen mit Behinderung
WFG	Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Württ.	Württembergischen
z.B.	zum Beispiel
ZF	Zahnradfabrik Friedrichshafen
ZfP	Zentrum für Psychiatrie
z.T.	zum Teil
ZV	Zweckverband

III. Beteiligungsunternehmen auf einen Blick




Zweckverbände
15,812%
2,0575%
keine Anteile
keine Anteile
keine Anteile
Zweckverband OEW
Zweckverband KIRU
Zweckverband Protec
Regionalver-band Bodensee-Oberschwaben
Kommunaler Versorgungs-verband
100,00%
100,00%
25,00%
13,89%
0,99%
100,00%
OEW Energie Beteiligungs GmbH
Interkommu-nale Informations-verarbeitung Reutlingen-Ulm GmbH
Datenzentrale Baden-Württem-berg
DZ Daten-zentrale Entwicklungs- und Vertriebs GmbH
Regionaler Kompensations pool Bodensee-Oberschwaben GmbH
KVJS-Tagungszentru m Gültstein GmbH
46,750%
25,100%
21,000%
20,000%
20,000%
16,660%
EnBW Energie Baden-Württem-berg AG
Netcom BW GmbH
Erdgas Südwest GmbH
Solarpark Leutkirch GmbH & Co. KG
Solarpark Leutkirch Verwaltungs-gesellschaft mbH
EnbW Onshore Portfolio GmbH
Genossenschaften
0,012%
0,100%
0,004%
Baugenos-senschaft Familienheim Bodensee eG
Kreisbau-genossen-schaft Bodenseekreis eG
Baugenos-senschaft Überlingen eG
50,00%
17,00%
100,00%
Wohnbau Bodensee GbR
BHS Städtebau Bodensee/ Hegau GmbH
Überlinger Wohnbau GmbH
Stiftungen
100,00%
100,00%
30,00%
10,00%
Kunst- und Kulturstiftung des Boden-seekreises
Stiftung Perspektive Jugend im Bodenseekreis
Stiftung Naturschutz-zentrum Eriskirch (NAZ)
Stiftung Kompetenz-zentrum Obstbau-Bodensee (KOB)

1. Gesamtübersicht mit ausgewählten Bilanzzahlen

Unternehmen	Stamm-kapital	Anteil Bodenseekreis	Eigen-kapital	Bilanz-summe	Anlage-vermögen	Umlauf-vermögen	Verbindlich-keiten	Umsatz-erlöse	Jahres-fehlbetrag/-überschuss(-/+)
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	26.000 €	13.000 €	56.087 €	927.296 €	0 €	927.296 €	861.726 €	9.017.944 €	-2.078,63 €
Flughafen Friedrichshafen GmbH	21.272.000 €	3.059.000 €	5.765.214 €	36.439.131 €	34.680.035 €	1.627.531 €	29.670.509 €	111.651.430 €	-480.185,15 €
BODO Verkehrsverbund-gesellschaft mbH	32.000 €	8.000 €	149.558 €	1.439.733 €	70.702 €	1.368.402 €	1.242.218 €	618 €	67.172,48 €
BOB GmbH & Co. KG	1.278.400 €	255.680 €	6.174.094 €	11.936.305 €	8.441.205 €	3.486.417 €	5.201.058 €	7.970.322 €	-288.688,59 €
BOB VerwaltungsGmbH	30.000 €	6.000 €	27.980 €	29.785 €	0 €	29.735 €	305 €	0 €	67,63 €
Internationale Bodensee-Messe FN GmbH	3.150.000 €	150.000 €	38.244.508 €	100.237.754 €	87.978.409 €	9.556.987 €	61.837.848 €	10.854.184 €	591.828,37 €
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	96.050 €	8.900 €	124.610 €	513.831 €	50.320 €	460.222 €	328.147 €	201.650 €	0,00 €
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	120.000 €	39.397 €	185.380 €	321.273 €	14.803 €	300.470 €	106.098 €	1.105.006 €	27.401,45 €
Deutsche Bodensee Tourismus GmbH	100.000 €	70.000 €	104.427 €	181.005 €	50.316 €	102.045 €	55.592 €	169.925 €	-18.921,31 €
Energieagentur Ravensburg gGmbH	62.650 €	mittelbar über die Energieagentur Bodenseekreis GbR	689.598 €	1.168.785 €	134.684 €	1.032.794 €	325.005 €	415.361 €	38.195,73 €
Regionaler Kompensationspool Bodensee-Oberschwaben GmbH	25.251 €	4.167 €	162.425 €	190.365 €	0 €	189.225 €	16.940 €	0 €	-37.831,83 €
Klinik Tettnang GmbH	300.000 €	15.300 €	5.755.394 €	28.919.952 €	17.392.832 €	6.952.064 €	15.869.015 €	27.748.186 €	-1.782.069,24 €
Gemeindepsychatriezentrum Friedrichshafen gGmbH	50.000 €	5.000 €	3.536.067 €	10.607.588 €	10.072.540 €	534.893 €	4.029.374 €	2.241.662 €	34.396,27 €
Gemeindepsychatriezentrum Überlingen gGmbH	25.000 €	2.500 €	1.411.231 €	2.722.343 €	2.005.340 €	716.669 €	782.198 €	1.932.986 €	68.100,37 €
Bodensee Festival GmbH	197.600 €	15.600 €	182.592 €	208.145 €	9.594 €	197.210 €	18.654 €	302.537 €	-3.702,15 €

2. Kennzahlen der Beteiligungsunternehmen

Unternehmen	Anlagenintensität	Umlaufintensität	Eigenkapitalquote	Fremdkapitalquote	Anlagedeckung	Umsatzrentabilität	Eigenkapitalrentabilität	Gesamtkapitalrentabilität	Kostendeckung	Cash Flow in T€
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	AV = 0	100,00%	6,05%	93,95%	AV = 0	0,05%	-3,71%	-0,22%	97,17%	2.438 €
Flughafen Friedrichshafen GmbH	95,17%	4,47%	15,82%	84,18%	16,62%	4,26%	-8,33%	1,13%	81,95%	1.858.002 €
BODO Verkehrsverbundgesellschaft mbH	4,91%	95,05%	10,39%	89,61%	211,53%	10977,85%	44,91%	4,69%	0,05%	108.270 €
BOB GmbH & Co. KG	70,72%	29,21%	51,73%	48,27%	73,14%	-1,21%	-4,68%	-1,33%	90,72%	-81.555 €
BOB VerwaltungsGmbH	AV = 0	99,83%	93,94%	6,06%	AV = 0	Umsatz = 0	0,24%	0,23%	0,00%	68 €
Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH	87,77%	9,53%	38,15%	61,85%	43,47%	34,61%	-90,07%	-37,12%	150,76%	6.531.820 €
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	9,79%	89,57%	24,25%	75,75%	247,64%	-0,18%	0,00%	-0,19%	22,08%	15.999 €
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	4,61%	93,52%	57,70%	42,30%	1252,31%	2,39%	14,78%	8,55%	71,09%	37.261 €
Deutsche Bodensee Tourismus GmbH	27,80%	56,38%	57,69%	42,31%	207,54%	-11,32%	-18,12%	-10,45%	25,43%	-7.500 €
Energieagentur Ravensburg gGmbH	11,52%	88,36%	59,00%	41,00%	512,01%	14,19%	5,54%	3,27%	38,88%	86.225 €
Regionaler Kompensationspool Bodensee-Oberschwaben GmbH	0,00%	99,40%	85,32%	14,68%	0,00%	0,00%	-23,29%	-19,87%	0,00%	-26.657 €
Klinik Tettnang GmbH	60,14%	24,04%	19,90%	80,10%	33,09%	-8,27%	-30,96%	-7,45%	89,44%	47.611 €
Gemeindepsychatriezentrum Friedrichshafen gGmbH	94,96%	5,04%	33,34%	66,66%	35,11%	3,35%	0,97%	0,69%	96,40%	175.939 €
Gemeindepsychatriezentrum Überlingen gGmbH	73,66%	26,33%	51,84%	48,16%	70,37%	4,36%	4,83%	3,07%	100,42%	229.455 €
Bodensee Festival GmbH	4,61%	94,75%	87,72%	12,28%	1903,28%	-1,22%	-2,03%	-1,78%	29,83%	-1.429 €

3. Übersicht Finanzbeziehungen

Unternehmen	Verwendungszweck	Ausgaben	Verwendungszweck	Einnahmen
unmittelbare Beteiligungen				
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	Restabfallbehandlung	5.445.767 €	Erstattung Personaleinsatz	64.235 €
Flughafen Friedrichshafen GmbH	Gesellschafterdarlehen, Sonstiges	213.517 €	Zinsen für Gesellschafter-darlehen, Gebühren, Spenden	49.609 €
BODO Verkehrsverbund-gesellschaft mbH	Eigenaufwand, Ausgleich verbundbe-dingter Belastungen, diverse Projekte, Sonstiges	1.265.873 €	Rückführung verbundbedingte Mehrerlöse	448.557 €
BOB GmbH & Co. KG	Zuschuss Umwelt-Abo, Schülermonats-karten	128.874 €	-	0 €
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	Gesellschafterzuschuss, verschiedene Projekte	54.513 €	-	0 €
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	Gesellschafterzuschuss, verschiedene Projekte	225.235 €	-	0 €
Deutsche Bodensee Tourismus GmbH	Gesellschafterzuschuss, verschiedene Projekte	334.990 €	Mieteinnahmen u.a.	6.805 €
Energieagentur Bodenseekreis gGmbH	Kostenbeitrag	33.000 €	-	0 €
Regionaler Kompensationspool Bo-densee-Oberschwaben GmbH	Geschäftsanteile, Kapitalrücklage	52.777 €	-	
Klinik Tettnang GmbH	Betriebskosten Mitgebäude, Zahlungen Sozialamt und Gesundheitsamt	62.740 €	Erstattung Personalkosten, Zins und Tilgung Erbbaurecht, Abfall-gebühren	321.043 €
Gemeindepsychatriezentrum Fried-richshafen gGmbH	Tagesstätten für psychisch Kranke und Menschen mit Behinderung	1.360.358 €	Zinsen für Gesellschafter-darlehen, Abfall- und Deponiege-bühren	3.408 €
Gemeindepsychatriezentrum Überlin-gen gGmbH	Tagesstätten für psychisch Kranke und Menschen mit Behinderung	823.017 €	Zinsen für Gesellschafter-darlehen, Abfall- und Deponiege-bühren	1.582 €
Bodensee Festival GmbH	Zuschuss Verwaltungskosten, Kostenbe-teiligung	11.925 €	-	0 €

mittelbare Beteiligungen				
Energieagentur Ravensburg gGmbH	Finanzierungsbeitrag, Sonstiges	4.387 €	-	0 €
sonstige Mitgliedschaften				
Zweckverband OEW	-	0 €	Ausschüttung, Förderung Kulturprojekte, Fahrtkostenerstattung	3.955.655 €
Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG	-	0 €	Dividende für Vorjahr	6 €
Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG	-	0 €	Dividende für Vorjahr	54 €
Baugenossenschaft Überlingen eG	-	0 €	Dividende für Vorjahr	6 €
Regionalverband Bodensee-Oberschwaben	Umlage	253.585 €	Fahrtkosten	0 €
Kommunalverband für Jugend und Soziales	Umlage, Teilnehmergebühren, Sozial- und Jugendhilfe	908.116 €	Erstattungen, Zuschüsse	228.730 €
Zweckverband Protec	Verbandsumlage, Sonderumlage	490.416 €	-	0 €
Zweckverband KIRU	Leistungsentgelte	251.887 €	Fahrtkosten	297 €

4. Abschlussprüfer

Unternehmen	Abschlussprüfer 2014	Abschlussprüfer 2013	Abschlussprüfer 2012
Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodensee und Konstanz	HSA Friedrichshafener Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH, Biberach
Flughafen Friedrichshafen GmbH	KPMG	KPMG	Dipl. oec. Christoph Kübler, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
BODO Verkehrsverbundgesellschaft mbH	EversheimStuible Treuberater GmbH	EversheimStuible Treuberater GmbH	EversheimStuible Treuberater GmbH
BOB GmbH & Co. KG	Rödl & Partner GmbH, Nürnberg	Rödl & Partner GmbH, Nürnberg	Rödl & Partner GmbH, Nürnberg
BOB VerwaltungsGmbH	Rödl & Partner GmbH, Nürnberg	Rödl & Partner GmbH, Nürnberg	Rödl & Partner GmbH, Nürnberg
Internationale Bodensee-Messe FN GmbH	Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH	Gerold Keller, Owingen	Gerold Keller, Owingen	Kanzlei Keller, Owingen
Internationale Bodensee Tourismus GmbH	ETL AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Stuttgart	Walter Pilz, Wirtschafsprüfer, Konstanz	Walter Pilz, Wirtschafsprüfer, Konstanz
Deutsche Bodensee Tourismus GmbH	HSA Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Linz & Kollegen GmbH, Steuerberatungsgesellschaft	-
Energieagentur Ravensburg gGmbH	ALIUS, Steuerberatung Wirtschaftsprüfung, Ravensburg	ALIUS, Steuerberatung Wirtschaftsprüfung, Ravensburg	ALIUS, Steuerberatung Wirtschaftsprüfung, Ravensburg
Regionaler Kompensationspool Bodensee-Oberschwaben GmbH	Reutlinger Wirtschaftstreuhand GmbH, Reutlingen	-	-
Klinik Tettnang GmbH	a) Schirmer/Treuhand b) Kaufmann, Emsberger, Glöggler Kanzlei (zur Konsolidierung)	RSW Treuhand GmbH	RSW Treuhand GmbH
Gemeindepsychatriezentrum Friedrichshafen gGmbH	MTG Wirtschaftsprüfung, Ravensburg	Merz & Kübel, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg
Gemeindepsychatriezentrum Überlingen gGmbH	MTG Wirtschaftsprüfung, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg	Merz & Auer, Ravensburg
Bodensee Festival GmbH	HSA Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen	Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen

IV. OEW Gruppe

OEW Gruppe

Geschäftsverlauf

a) Wirtschaftliche Lage

Für die folgende Zusammenstellung wurden die wesentlichen Daten der rechtlichen Einheiten ZV OEW und OEW Energie-Beteiligungs GmbH zusammengefasst und die Auswirkungen aus internen Vertragsverhältnissen vor allem im Finanzierungsbereich, aber auch im Hinblick auf die Einnahmen (Verrechnungen) aus dem Beteiligungsverhältnis, weitestgehend ausgeklammert. Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Gruppe sind ausschließlich Verbindungen zu Dritten zu betrachten.

b) Ertragslage

Die Tätigkeit des Zweckverbands umfasst nahezu ausschließlich die Verwaltung und Erhaltung des Verbandsvermögens, das in wesentlichen Teilen aus den indirekten Beteiligungen (über die OEW Energie-Beteiligungs GmbH) an der EnBW und der ESW GmbH besteht. Damit bestehen auch die Erträge/Einnahmen der OEW-Gruppe nahezu vollständig aus Ausschüttungen der EnBW und ESW GmbH, so dass die Ertragslage sich in erster Linie in Abhängigkeit von der Ausschüttungspolitik der EnBW entwickelt. Die von der ESW GmbH, der Solarpark Leutkirch GmbH & Co. KG und der EnBW Onshore Portfolio GmbH vereinnahmten Erträge machen einen geringeren Anteil an den gesamten Beteiligungserträgen aus.
Im Jahr 2014 betrugen die Beteiligungserträge insgesamt 91,8 Mio. € (Vj. 112,3 Mio. €). Nennenswerte Aufwendungen der OEW Energie-Beteiligungs GmbH ergeben sich in Form von Zinszahlungen aus der Aufnahme von Darlehen bei Kreditinstituten (insg. 21,8 Mio. €; Vj. 22,8 Mio. €). Ausgaben im Rahmen der Kulturpflege wurden vom ZV OEW in Höhe von 1,2 Mio. € (Vj. 1,2 Mio. €) getätigt.

c) Zusammenfassung und Ausblick

Aufgrund der Tatsache, dass der überwiegende Teil des Vermögens des ZV OEW aus der Beteiligung an der OEW Energie-Beteiligungs GmbH besteht oder mit ihr in unmittelbarem Zusammenhang steht (Darlehensgewährung), ist die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des Verbandes eng mit der OEW Energie-Beteiligungs GmbH verknüpft. Die weitaus stärkste Einflussgröße für die Ertrags- und Liquiditätslage der Gruppe ist die Ausschüttungspolitik der EnBW.

d) Kennzahlen

Einen Überblick über die wesentlichen wirtschaftlichen Daten der OEW-Gruppe vermitteln die folgenden Kennzahlen, abgeleitet aus dem Jahresabschluss der OEW Energie-Beteiligungs GmbH sowie dem Rechenschaftsbericht des ZV OEW zum 31. Dezember 2014:

Kennzahlen	2014 in Mio. €	2013 in Mio. €	2012 in Mio. €	2011 in Mio. €	2010 in Mio. €
Bilanz					
Eigenkapital ohne Bilanzgewinn	3.181,8	3.387,40	3.347,30	3.227,40	3.129,00
Eigenkapitalquote (%)	82,00	80,95	81,29	85,6	87,2
Bilanzsumme	3.963,4	3.961,40	4.216,30	3.956,40	3.772,40
Gewinn- und Verlustrechnung					
Ergebnis nach Steuern	68,1	-180,7	80,1	159,8	158,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	68,1	-180,7	79,7	163,3	161,4
Beteiligungserträge	91,8	112,3	100,7	179,2	174,5
Zinsergebnis	-21,5	-22,0	-18,8	-14,8	-10,7
Finanz-/Liquiditätskennzahlen					
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	67,8	118,2	104,6	243,4	222,8

Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (ZV OEW)

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW)
Kontakt:	Friedenstraße 6, 88212 Ravensburg Tel.: 0751 / 85–92 40 Fax: 0751 / 85-92 06 E-Mail: info@oew-energie.de Homepage: www.oew-energie.de
Gründung:	20. Dezember 1909
Verbandssatzung vom:	21. Juni 1987
Letzte Änderung vom:	27. Januar 2012
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Aufgaben

Der Zweckverband OEW hat die Aufgabe, das Vermögen des Verbandes zu verwalten, die Belange seiner Mitglieder zu vertreten und zu fördern und die Interessen der Energieabnehmer wahrzunehmen. Der Verband kann nach Maßgabe des Wirtschaftsplanes einen Teil der Vermögenserträge zur Förderung kultureller Zwecke im Verbandsgebiet verwenden (§ 3 Verbandssatzung).

3. Verbandsvermögen

	Anteil
Alb-Donau-Kreis	20,989 %
Landkreis Biberach	11,126 %
Landkreis Bodenseekreis	15,812 %
Landkreis Freudenstadt	5,007 %
Landkreis Ravensburg	21,821 %
Landkreis Reutlingen	3,825 %
Landkreis Rottweil	6,479 %
Landkreis Sigmaringen	6,229 %
Zollernalbkreis	8,712 %
	100,00 %

4. Organe des Zweckverbandes

Geschäftsführerin: Barbara Endriss

Verbandsvorsitzender: Heinz Seiffert, Landrat Alb-Donau-Kreis

Verbandsversammlung:
Die gesetzlichen Vertreter (Landräte) der beteiligten Landkreise und weitere von den Kreistagen gewählte, beschließende und beratende Vertreter der Landkreise.

Verwaltungsrat:
Von der Verbandsversammlung gewählte Vertreter der Landkreise, derzeit die jeweiligen Landräte.

5. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Der Zweckverband OEW ist alleiniger Gesellschafter der OEW Energie-Beteiligungs GmbH.

Über die OEW Energie-Beteiligungs GmbH ist der Zweckverband OEW
⇒ mit einem Anteil von 46,75 % an der EnBW Energie Baden-Württemberg AG,
⇒ mit einem Anteil von 21 % an der Erdgas Südwest GmbH,
⇒ mit einem Anteil von 20 % an der Solarpark Leutkirch GmbH & Co. KG,
⇒ mit einem Anteil von 20 % an der Solarpark Leutkirch Verwaltungsgesellschaft mbG,
⇒ mit einem Anteil von 25,1 % an der Netcom BW GmbH und
⇒ mit einem Anteil von 16,66 % an der EnBW Onshore Portfolio GmbH
beteiligt.

6. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlungen vom ZV OEW an den Bodenseekreis:
⇒ 3.953.000 € Ausschüttung
⇒ 2.655 € Fahrtkostenerstattung

Der ZV OEW fördert verschiedene Kulturprojekte, wodurch auch der Bodenseekreis Zuschüsse erhält. Der Anspruch 2014 betrug 58.120. € Es wurde auf verschiedene Projekte, Vereine oder Privatpersonen im Kreis verteilt. Im Haushaltsjahr 2014 wurden insgesamt 107.736,85 € abgerufen bzw. weitergeleitet. Der Bodenseekreis erhielt davon für verschiedene Projekte 8.418,51 €.

7. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Der Zweckverband beschäftigt eine Assistentin der Geschäftsführung in Vollzeit und vier geringfügig Beschäftigte.

8. Geschäftsverlauf

Der Zweckverband übt keine operative Geschäftstätigkeit aus. Die Vermögenserträge werden zur Förderung der Kultur und für die Ausschüttung an die Mitgliedslandkreise verwendet.

Der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke wendet das Eigenbetriebsrecht an und bucht nach den Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung (§ 13 der Verbandssatzung).

a) Vermögens- und Finanzlage

⇒ Für die Kunstsammlung wurden Kunstwerke im Wert von 235.085,34 € beschafft. Die Kunstsammlung ist zum 31. Dezember 2014 mit einem Wert von 26,9 Mio. € (Vj. 26,7 Mio. €) bilanziert.
⇒ 13 Gesellschafterdarlehen an die OEW Energie-Beteiligungs GmbH sind endfällig. Eines dieser Darlehen (17 Mio. €) wurde 2014 für den Erwerb einer Beteiligung an der EnBW Onshore Portfolio GmbH gewährt. Für ein Darlehen ist eine Annuität vereinbart. Diese wird derzeit jährlich getilgt. Die Gesamtforderung betrug zum Bilanzstichtag 863,6 Mio. € (Vj. 852,3 Mio. €).
⇒ Die Liquiditätslage des Zweckverbands war ganzjährig gut.

b) Ertragslage

⇒ Für Geldanlagen und Darlehen an die OEW Energie-Beteiligungs GmbH wurden Zinsen und Kursgewinne in Höhe von insgesamt 21,23 Mio. € (Vj. 21,37 Mio. €) vereinnahmt.
⇒ 2014 gab es keine Ausschüttung der OEW Energie-Beteiligungs GmbH an den Zweckverband OEW.
⇒ Für die Pflege der Kunstsammlung und die Veröffentlichung von zwei Buchreihen wurden 44.418 € (Vj. 64.089 €) aufgewendet.

⇒ Für die Kulturförderung in den Mitgliedslandkreisen entstanden Aufwendungen in Höhe von 1,1 Mio. € (Vj. 1,1 Mio. €).

c) Ausblick

Der Zweckverband finanziert sich im Wesentlichen über die Zinszahlungen und die Ausschüttungen der OEW Energie-Beteiligungs GmbH. Damit werden die Kulturförderung und die Dividendenausschüttung an die Landkreise finanziert.

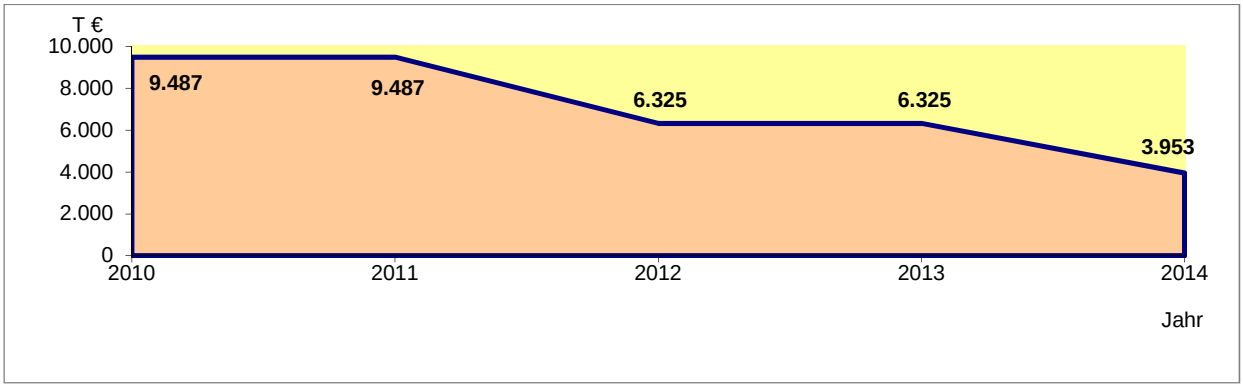
Seit dem Haushaltsjahr 2012 gab es von der OEW Energie-Beteiligungs GmbH keine Ausschüttungen mehr an den Zweckverband. Um die Ausschüttung an die Landkreise i.H.v. 25 Mio. € und das Gesellschafterdarlehen zu finanzieren, musste deshalb auf die Liquiditätsrücklagen des Zweckverbandes zurückgegriffen werden. Aufgrund der zukünftig noch weiter zurückgehenden Erträge werden die Ansätze für die Kulturfördermittel und für die Ankäufe von Kunstwerken weiter reduziert.

Die Vermögens- und Ertragslage der OEW Energie-Beteiligungs GmbH steht in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der Dividendenpolitik der Energie Baden-Württemberg AG und daneben auch mit der Ausschüttung der Erdgas Südwest GmbH. Auf Basis der vorliegenden Mittelfristplanungen der Energie Baden-Württemberg AG ist davon auszugehen, dass die Erträge aus dieser Beteiligung in den kommenden Jahren weiter zurückgehen werden. Dies schränkt den finanziellen Spielraum der OEW Energie-Beteiligungs GmbH erheblich ein. Deshalb ist auch in den kommenden Jahren nicht mit einer Ausschüttung an den Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke zu rechnen.

d) Finanzströme

	2014	2013	2012	2011	2010
Ausschüttung	25.000.000 €	40.000.000 €	40.000.000 €	60.000.000 €	60.000.000 €

9. Entwicklung der Ausschüttung an den Bodenseekreis



Bilanz des ZV OEW zum 31.12.2014

Bilanz Aktiva	**2014 T€**	**%**	**2013 T€**	**%**	**2012 T€**	**%**
A. Anlagevermögen						
I. Sachanlagen	26.918,2		26.683,6	0,9	26.134,6	0,9
II. Finanzanlagen	1.907.865,0		1.907.865,0	67,4	1.907.865,0	66,9
	1.934.783,2		**1.934.548,6**	68,3	**1.933.999,6**	67,8
B. Umlaufvermögen						
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	863.577,8		852.256,9	30,1	857.824,7	30,1
2. Sonstige Vermögensgegenstände	1.464,5		1.597,6	0,1	1.854,7	0,1
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten						
1. Wertpapiere	21.939,1		21.483,5	0,8	18.654,8	0,7
2. Guthaben bei Kreditinstituten	5.267,7		22.725,7	0,8	40.723,3	1,4
	892.249,1		**898.063,8**	31,7	**919.057,5**	32,2
Bilanzsumme	**2.827.032,3**		**2.832.612,5**	100,0	**2.853.057,1**	**100,0**

Bilanz Passiva	**2014 T€**	**%**	**2013 T€**	**%**	**2012 T€**	**%**
A. Eigenkapital						
I. Gewinnrücklage	2.807.451,1		2.812.954,3	99,3	2.820.451,5	98,9
II. Gewinnvortrag	0,00		0,0	0,0	12.768,9	0,4
III. Jahresüberschuss	19.496,9		19.496,8	0,7	19.733,9	0,7
	2.826.948,0		**2.832.451,1**	100,0	**2.852.954,3**	100,0
D. Rückstellungen	**4,1**		**18,8**	0,0	**13,9**	0,0
E. Verbindlichkeiten	**80,2**		**142,6**	0,0	**88,9**	0,0
Bilanzsumme	**2.827.032,3**		**2.832.612,5**	100,0	**2.853.057,1**	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung des ZV OEW zum 31.12.2014

Gewinn- und Verlustrechnung	**2014**		**2013**		**2012**	
	T€	%	**T€**	%	**T€**	%
1. Sonstige betriebliche Erträge	115,9		114,0	100,0	1.651,6	100,0
2. Gesamtleistung	**115,9**		**114,0**	100,0	**1.651,6**	100,0
3. Materialaufwand	44,4		64,1	3,4	60,9	1,8
4. Personalaufwand	153,4		146,1	7,7	140,5	4,1
5. Kulturfördermittel	1.137,4		1.117,7	58,8	915,4	26,7
6. Sonstige/andere betriebliche Aufwendungen	354,4		573,4	30,2	2.317,2	67,5
7. Gesamtaufwand	**1.689,6**		**1.901,3**	100,0	**3.433,9**	100,0
8. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	**-1.573,7**		**-1.787,3**		**-1.782,3**	
9. Erträge aus Beteiligungen	0,0		0,0		0,0	
10. Erträge aus anderen Wertpapieren	381,6		271,5		384,2	
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	20.737,9		21.102,3		21.234,1	
12. Abschreibungen auf Sachanlagen	-0,5		-4,2		0,0	
13. Abschreibungen auf Wertpapiere	-47,0		-83,7		-100,2	
14. Finanzergebnis	**21.072,0**		**21.285,9**		**21.518,1**	
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**19.498,2**		**19.498,6**		**19.735,8**	
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1,3		-1,8		-2,0	
17. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	**19.496,9**		**19.496,8**		**19.733,9**	

OEW Energie-Beteiligungs GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	OEW Energie-Beteiligungs GmbH
Kontakt:	Friedenstraße 6, 88212 Ravensburg Tel.: 0751/85-9240 Fax: 0751/85-9206 E-Mail: info@oew-energie.de Homepage: www.oew-energie.de
Gründung:	7. Januar 2003
Gesellschaftsvertrag vom: Letzte Änderung vom:	19. November 2002 27. März 2013
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Beteiligung an energiewirtschaftlichen Unternehmungen im Rahmen des § 102 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Außerdem kann sich die Gesellschaft auf verwandten Gebieten betätigen und alle Geschäfte betreiben, die mit dem Gegenstand des Unternehmens im Zusammenhang stehen.
Ausgenommen sind dabei solche Tätigkeiten, die einer gesetzlichen oder behördlichen Erlaubnis bedürfen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital von 1 Mio. € ist voll einbezahlt.
Einziger Gesellschafter ist der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke.

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführerin:	Barbara Endriss
Generalvollmacht:	Heinz Seiffert, Landrat Alb-Donau-Kreis

Ein Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat besteht nicht. Deren Aufgaben werden vom Verwaltungsrat bzw. der Verbandsversammlung übernommen.

5. Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an energiewirtschaftlichen Unternehmungen im Rahmen des § 102 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg.
Die Gesellschaft kann sich auf verwandten Gebieten betätigen und alle Geschäfte betreiben, die mit dem Gegenstand des Unternehmens in Zusammenhang stehen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

- ⇒ EnBW Energie Baden-Württemberg AG (Anteil: 46,55 %)
- ⇒ Erdgas Südwest GmbH (Anteil: 21,00 %)
- ⇒ Solarpark Leutkirch GmbH & Co. KG (Anteil 20,00 %)
- ⇒ Solarpark Leutkirch Verwaltungsgesellschaft mbH (Anteil 20,00 %)
- ⇒ Netcom BW GmbH (Anteil 25,1 %)
- ⇒ EnBW Onshore Portfolio GmbH (Anteil 16,66 %)

7. Wesentliche Verträge

⇒ **Darlehensverträge**

Der ZV OEW hat der OEW Energie GmbH zum 31. Dezember 2014 insgesamt 14 Darlehen gewährt. Diese belaufen sich zum 31. Dezember 2014 auf insgesamt 863,6 Mio. € und werden mit einem einheitlichen Zinssatz von 2,0 % p. a. verzinst.

⇒ **Bürgschaften**

Zum 31. Dezember 2014 bestanden aus Sicht des ZV OEW selbstschuldnerische Bürgschaften zugunsten der OEW Energie GmbH gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 713,1 Mio. €.

Der ZV OEW erhielt im Haushaltsjahr 2014 Avalprovisionen in Höhe von 3,6 Mio. € von der OEW Energie GmbH.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

keine

9. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben der Geschäftsführerin ist eine weitere Person geringfügig beschäftigt.

10. Geschäftsverlauf

a) Vermögens- und Finanzlage

Das Vermögen der Gesellschaft umfasst im Wesentlichen die genannten Beteiligungen an der EnBW und der ESW GmbH (97,5 % der Bilanzsumme). Außerdem ist die OEW Energie-Beteiligungs GmbH mit einem Anteil von 20 % an der Solarpark Leutkirch GmbH & Co. KG, mit 20 % an der Solarpark Leutkirch Verwaltungsgesellschaft mbH beteiligt. Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2014 Anteile an der NetCom BW GmbH (25,1 %) und der EnBW Onshore Portfolio GmbH (16,66 %) erworben.

Die Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen aus Darlehen gegenüber dem Zweckverband OEW (863,6 Mio. €) und aus Bankverbindlichkeiten (713,15 Mio. €).

Die langfristig und nachhaltig erzielbaren Erträge aus der EnBW bestimmen den Wert der OEW Energie-Beteiligungs GmbH und damit als indirekte Folgewirkung auch den des Vermögen des Zweckverbandes OEW.

b) Ertragslage

Aufgrund des Unternehmenszwecks ergeben sich die Erträge nahezu vollständig aus Ausschüttungen der EnBW sowie aus Beteiligungserträgen der ESW GmbH, der Solarpark Leutkirch GmbH & Co. KG und der EnBW Onshore Portfolio GmbH. Für die NetCom BW GmbH wurde beschlossen, erzielte Gewinne zunächst zum Ausbau des Geschäftsfelds im Unternehmen zu belassen.

Nennenswerte Aufwendungen sind vor allem Zinszahlungen an Kreditinstitute (21,8 Mio. €) und an den alleinigen Gesellschafter Zweckverband OEW für verschiedene Darlehen (17,02 Mio. €). Außerordentliche Aufwendungen fielen im Berichtsjahr nicht an.

c) Ausblick

Auch in Zukunft ist die wirtschaftliche Entwicklung der OEW Energie-Beteiligungs GmbH im Wesentlichen von der Ergebnisentwicklung und der Dividendenpolitik der EnBW Energie Baden-Württemberg AG - daneben auch von der Ergebnisentwicklung und der Ausschüttung der Erdgas Südwest GmbH und der EnBW Onshore Portfolio GmbH - abhängig. Auf Basis der vorliegenden Mittelfristplanung der EnBW ist davon auszugehen, dass die Erträge aus dieser Beteiligung im Planungszeitraum weiter zurückgehen werden. Dies resultiert vor allem aus dem weiteren Ausbau von Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien.

Deren Einspeisevorrang vor Strom aus konventioneller Erzeugung reduziert auch weiterhin die Einsatzzeiten des konventionellen Kraftwerksparks der EnBW. Gleichzeitig ist der Strompreis an der Strombörse weiter gesunken. Eine Trendwende ist derzeit nicht abzusehen.

Die nach aktueller Gesetzeslage zum 1. Januar 2017 wegfallende Kernbrennstoffsteuer wird zu einer deutlichen Entlastung des Ergebnisses führen. Außerdem hat die EnBW die Ziele ihres Programms „Fokus“ zum Jahresende 2014 übererfüllt. Geplant waren 750 Mio. €, erreicht wurden sogar 785 Mio. €. Es handelt sich dabei um ein Programm zur Steigerung der Effizienz. Schließlich sollen bis 2020 weitere 400 Mio. € Ergebnisverbesserung durch die Hebung weiterer Effizienzen erzielt werden.

Da die Entwicklung der Beteiligungserträge bei der OEW Energie-Beteiligungs GmbH im Wesentlichen abhängig ist von der Dividendenzahlung der EnBW, schränkt diese aktuelle Situation den finanziellen Spielraum der OEW Energie-Beteiligungs GmbH weiter ein. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die OEW Energie-Beteiligungs GmbH ihre Zins- und Tilgungsverpflichtungen auch weiterhin erfüllen kann. Es bleibt ein wesentliches Ziel der OEW Energie-Beteiligungs GmbH, den Schuldenstand konsequent zurückzuführen. Mit einer Ausschüttung an den Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke ist deswegen weiterhin nicht zu rechnen.

Bilanz der OEW Energie-Beteiligungs GmbH zum 31.12.2014

Aktiva	2014 T€	%	2013 T€	%	2012 T€	%
A. Anlagevermögen						
I. Sachanlagen	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
II. Finanzanlagen	3.864.823,0	98,9	3.811.970,2	98,0	4.079.677,1	98,8
	3.864.823,5	98,9	**3.811.970,2**	98,0	**4.079.677,1**	98,8
B. Umlaufvermögen						
I. Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	113,6	0,0	224,5	0,0	203,9	0,0
I. sonstige Vermögensgegenstände	3.732,4	0,1	4.199,5	0,1	5.622,2	0,1
II. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten						
1. Wertpapiere	18.433,2	0,5	17.403,0	0,4	10.890,3	0,3
2. Guthaben bei Kreditinstituten	22.118,2	0,6	56.609,6	1,5	34.304,4	0,8
	44.397,4	1,1	**78.436,7**	2,0	**51.020,7**	1,2
Bilanzsumme	**3.909.221,0**	100,0	**3.890.406,8**	100,0	**4.130.697,9**	100,0

Passiva	2014 T€	%	2013 T€	%	2012 T€	%
A. Eigenkapital						
I. gezeichnetes Kapital	1.000,0	0,0	1.000,0	0,0	1.000,0	0,0
II. Kapitalrücklage	1.906.865,0	48,8	1.906.865,0	49,0	1.906.865,0	46,2
III. Gewinnrücklage	374.320,0	9,6	554.492,0	14,3	494.101,7	12,0
IV. Bilanzgewinn	48.633,5	1,2	-180.172,0	-4,6	80.390,3	1,9
	2.330.818,5	59,6	**2.282.185,0**	58,7	**2.482.357,0**	60,1
D. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	123,6	0,0	90,0	0,0	27,2	0,0
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	136,9	0,0	134,4	0,0	98,7	0,0
	260,5	0,0	**224,4**	0,0	**125,9**	0,0
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	713.152,8	18,2	754.152,8	19,4	788.536,3	19,1
II. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	863.577,7	22,1	852.256,9	21,9	857.824,7	20,8
III. Sonstige Verbindlichkeiten	1.411,5	0,0	1.587,8	0,0	1.853,9	0,0
	1.578.142,0	40,4	**1.607.997,5**	41,3	**1.648.214,9**	39,9
Bilanzsumme	**3.909.221,0**	100,0	**3.890.406,8**	100,0	**4.130.697,9**	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der OEW Energie-Beteiligungs GmbH zum 31.12.2014

Gewinn- und Verlustrechnung	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Erträge aus Beteiligungen	91.795,1	99,9	112.330,1	100,0	100.655,8	99,7
2. Sonstige betriebliche Erträge	59,7	0,1	52,0	0,0	330,1	0,3
3. Gesamtleistung	**91.854,7**	100,0	**112.382,0**	100,0	**100.985,8**	100,0
3. Abschreibungen	0,2	0,0	0,0	0,0	0,7	0,1
4. Personalaufwand	193,7	20,4	201,1	11,5	122,8	11,9
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	757,3	79,6	1.546,8	88,5	910,8	88,1
7. Gesamtaufwand	**951,1**	100,0	**1.747,9**	100,0	**1.034,4**	100,0
8. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	**90.903,6**		**110.634,1**		**99.951,5**	
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	538,9		701,2		3.946,5	
12. Abschreibungen auf Wertpapiere	-13,9		-267.738,9		0,0	
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-42.794,8		-43.765,6		-43.952,6	
13. Finanzergebnis	**-42.269,8**		**-310.803,3**		**-40.006,2**	
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**48.633,9**		**-200.169,2**		**59.945,3**	
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0		-2,4		445,8	
Sonstige Steuern	-0,4		-0,4		-0,8	
16. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	**48.633,5**		**-200.172,0**		**60.390,3**	
15. Gewinnvortrag	0,0		20.000,0		20.000,0	
16. Bilanzgewinn	**48.633,5**		**-180.172,0**		**80.390,3**	

ABK -Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis u. Konstanz mbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	ABK-Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz mbH
Kontakt:	Glärnischstraße. 1-3, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541/204 - 5492 Fax: 07541/204 - 7492 E-Mail: abfallwirtschaftsamt@bodenseekreis.de
Gründungsdatum:	19. Februar 1997
Eintragung Handelsregister:	20. Juni 1997
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	19. Februar 1997 7. November 2000
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist nach § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 7. November 2000 die Verwertung und Behandlung von Abfällen einschließlich der hierfür erforderlichen Transportleistungen. Das Unternehmen trägt dazu bei, dass im Gebiet seiner Gesellschafter eine nachhaltige und kostengünstige Erfüllung der übertragenen Aufgaben gewährleistet wird.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der ABK GmbH von 26.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	13.000,00 €	50,00 %
Landkreis Konstanz	13.000,00 €	50,00 %
	26.000,00 €	**100,00 %**

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer:	Berthold Restle, Verwaltungsdezernent i.R. Uwe Hermanns, Finanzdezernent Bodenseekreis
Aufsichtsrat:	
Vorsitzender	Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis
stv. Vorsitzender	Frank Hämmerle, Landrat Konstanz
Mitglieder	Frank Amann, Bürgermeister Heiligenberg (ab 27.11.2014) Dr. Gerhard Barisch, Rektor a. D. (bis 26.11.2014) Ralf Baumert, Bürgermeister Rielasingen-Worblingen (ab 27.11.2014) Simon Blümcke, Bürgermeister Hagnau (ab 27.11.2014, ab 2015 Bürgermeister Ravensburg) Birgit Brachat-Winder, Bankkauffrau Werner Endres, Gastwirt (ab 27.11.2014)

Volker Fouquet, Bürgermeister a.D. Konstanz (bis 26.11.2014)
Dr. Georg Geiger, Leiter Sport- und Bäderamt Konstanz i.R. (ab 27.11.2014)
Bernd Gerber, Bürgermeister a.D. (bis 26.11.2014)
Erich Habisreuther, Polizeibeamter a.D. (bis 26.11.2014)
Matthias Heidenreich, Rektor i.R. (ab 27.11.2014)
Dieter Hornung, Bürgermeister a.D. Friedrichshafen
Manfred Jüppner, Bürgermeister Stockach (ab 27.11.2014)
Helmut Kennerknecht, Bürgermeister Allensbach
Franz Moser, Bürgermeister a.D. Hilzingen (bis 26.11.2014)
Artur Ostermaier, Bürgermeister Steißlingen
Dr. Wolfgang Sigg, Rechtsanwalt
Bernhard Volk, Bürgermeister Orsingen-Nenzingen (bis 26.11.2014)
Edwin Weiß, Bürgermeister Kressbronn (bis 26.11.2014)

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates beliefen sich auf 44 T€.

5. Öffentlicher Zweck

Der Bodenseekreis hat als zuständige Körperschaft im Sinne von § 17 Abs. 1 und § 20 Abs. 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vom 24. Februar 2012 (KrwG) unter anderem die in seinem Gebiet anfallenden Restabfälle zu entsorgen. Hierfür arbeitet er mit dem Landkreis Konstanz zusammen. Beide Landkreise haben diese Aufgabe auf die ABK GmbH übertragen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

⇒ Kooperationsvertrag zwischen dem Landkreis Konstanz und dem Landkreis Bodenseekreis vom 8. Oktober 1998 zur Regelung ihres Rechtsverhältnisses untereinander und zur ABK; der Vertrag trat zum 8. Oktober 1998 mit unbegrenzter Dauer in Kraft.

⇒ Behandlungsvertrag mit der TPLUS GmbH, Ettlingen, vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025. Hierzu Änderungsvertrag vom 20./21. Dezember 2001 und Vertrag zur Ergänzung des Behandlungsvertrages vom 2. August 2002 und Ergänzungsvertrag zur Behandlung von Abfällen im Kehrichtheizkraftwerk Josefstraße in Zürich vom 11./17. März 2010.

⇒ Behandlungsvertrag mit dem Verband Kehrichtverbrennung Thurgau, Weinfelden/Schweiz, vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis zum 31. Dezember 2025 mit Zusatz vom 5. November 2013 sowie Vereinbarungen über Rückvergütung vom 8. November 2010 und 5. November/ 19. Dezember 2013.

⇒ Entsorgungsvertrag mit dem Landkreis Bodenseekreis vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025.

⇒ Entsorgungsvertrag mit dem Landkreis Konstanz vom 14. Juni 2000 mit einer Laufzeit vom 14. Juni 2000 bis 31. Dezember 2025.

⇒ Vertrag mit der TPLUS GmbH, Ettlingen, über die Kosten einer Neuausschreibung und den Ausschluss von Schadenersatzansprüchen vom 2. August 2002.

⇒ Dienstleistungsvertrag über Transporte von den Umladestationen im Landkreis Konstanz zur Bahnverladung mit der RWE Umwelt Süd GmbH, Villingen-Schwenningen,

vom 3./13. Dezember 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Der Vertrag verlängert sich maximal zweimalig um zwei Jahre, wenn er nicht mit einer Frist von sechs Monaten durch den Auftraggeber zum jeweiligen Vertragsende gekündigt wird.

⇒ Dienstleistungsvertrag über Umladung auf und Ferntransporte von den Umladestationen der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz zur AVA Stuttgart-Münster mit der ARGE Hans Schmid GmbH & Stark GmbH & Zwisler GmbH & Co. KG, diese vertreten durch die Zwisler GmbH & Co. KG, Tettnang, vom 14. September 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Hierzu Nachtrag vom 19. Januar/ 1. März 2011 mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2015 und Vereinbarung zwischen ABK GmbH, ARGE Hans Schmid GmbH & Stark GmbH & Zwisler GmbH & Co. KG und der AWB GmbH, Abfallwirtschaft Bodensee, Friedrichshafen, vom 7./10. Februar 2005 mit einer Laufzeit vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2006. Die Laufzeit verlängert sich automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, wenn sie nicht von einem der Vertragspartner mit einer Frist von drei Monaten zum Vertragsende gekündigt wird. *(Hinweis: In 2014 erfolgte eine Neuausschreibung der Leistung und es wurde ein neuer Vertrag mit Wirkung ab 2016 geschlossen.)*

⇒ Dienstleistungsvertrag über das Containerpooling mit der ARGE MZV Dienstleistungs GmbH & Riester GmbH, diese vertreten durch die MZV Dienstleistungs GmbH, Rielasingen-Worblingen, vom 8./14. Oktober 2004 mit einer Laufzeit vom 1. Januar 2005 bis zum 31. Dezember 2011. Hierzu Änderungsvertrag vom 29. November/3. Dezember 2004 und Nachtrag vom 23. September/22. Oktober 2010 mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2015. *(Hinweis: In 2014 erfolgte eine Neuausschreibung der Leistung und es wurde ein neuer Vertrag mit Wirkung ab 2016 geschlossen.)*

⇒ Dienstleistungsvertrag für Übernahme und Transport von Abfällen mit der Bahn zur Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) in Weinfelden mit der Kompostwerk Landkreis Konstanz GmbH, Singen, vom 4. August 2011/13. September 2011 mit einer Laufzeit vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2015. Der Vertrag verlängert sich um zwei weitere Jahre bis zum 31. Dezember 2017, wenn er nicht spätestens bis zum 30. Juni 2015 durch den Auftraggeber zum Vertragsende gekündigt wird. der verlängerte Vertrag verlängert sich um zwei weitere Jahre bis zum 31. Dezember 2019, wenn er nicht spätestens bis zum 30. Juni 2017 durch den Auftraggeber zum Vertragsende gekündigt wird. Der verlängerte Vertrag verlängert sich um ein weiteres Jahr bis zum 31. Dezember 2020, wenn er nicht bis spätestens bis zum 30. Juni 2019 durch den Auftraggeber zum Vertragsende gekündigt wird.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an die ABK:

⇒ 5.445.767 € für die Restabfallbehandlung

Zahlungen von der ABK an den Bodenseekreis:

⇒ 64.235 € für vom Landkreis geleisteten Personaleinsatz (inkl. einer Nachzahlung 2013)

9. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben den beiden Geschäftsführern waren zwei Prokuristen sowie eine weitere Mitarbeiterin beschäftigt. Sie werden sämtlich von den Landkreisen gestellt.

10. Lagebericht

a) Geschäft und Rahmenbedingungen:

Die ABK-Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz mbH (ABK) übernimmt die Restabfälle der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz und führt diese einer thermischen Behandlung zu. Hierzu gehören auch die erforderlichen Transportleistungen. Die ABK hat hierzu entsprechende Behandlungsverträge mit Betreibern von Müllverbrennungsanlagen und Verträge mit Transportunternehmen abgeschlossen.

Die Verträge für das Containerpooling und für die Straßentransporte laufen zum 31. Dezember 2015 aus. Im Jahr 2014 wurde eine EU-weite Neuausschreibung dieser Leistungen mit Wirkung ab 1. Januar 2016 durchgeführt. Die Vergabe erfolgte im Januar 2015.

b) Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2014 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 2 T€ (Vj. 3 T€). Dieser ist durch die Anwendung des § 10 Nr. 4 KStG bedingt. Danach sind nicht alle getätigten Auszahlungen bei der Gewinnermittlung voll als Betriebsausgabe abzugsfähig.

Es wurden insgesamt 62.817 t Restabfälle von den Landkreisen Bodenseekreis und Konstanz übernommen und der thermischen Behandlung zugeführt.

Der gesamte Hausmüll sowie ein Teil des Sperr- und Gewerbemülls aus dem Landkreis Konstanz mit zusammen 30.074 t wurden bei der KVA Thurgau in Weinfelden entsorgt. Hiervon wurden 28.390 t mit der Bahn und 1.684 t per LKW transportiert.

Die gesamte Müllmenge aus dem Bodenseekreis sowie die Restmenge aus dem Landkreis Konstanz mit zusammen 32.743 t wurden über die TPLUS GmbH entsorgt. Hiervon wurden 25.901 t in der Kehrichtverbrennungsanlage Zürich-Josefstraße behandelt. Im Rahmen des Ausfallverbundes wurden 3.679 t in der Kehrichtverbrennungsanlage Zürich-Hagenholz, 3.142 t in der Kehrichtverbrennungsanlage Hinwil sowie 21 t im Restmüllheizkraftwerk Stuttgart-Münster behandelt. Der Transport zu diesen Anlagen erfolgt ausschließlich per LKW.

Mengenbilanz 2014

Behandlung: / Abfallherkunft:	TPLUS GmbH (KHKW Zürich-Josefstraße, Zürich-Hagenholz, Hinwil, RMHKW Stuttgart-Münster)	KVA Thurgau (KVA Weinfelden)	Insgesamt
Bodenseekreis Landkreis Konstanz	31.877 to 866 to	0 to 30.074 to	31.877 to 30.940 to
Insgesamt	32.743to	30.074 to	62.817 to

Die entsorgte Menge lag im Rahmen der angemeldeten Mengenbandbreiten.

Transportkosten:

Aufgrund der im vergangenen Jahr stark gesunkenen Dieselpreise ergab sich bei den Transportkosten nur eine geringe Steigerung innerhalb der Bagatellgrenze, so dass die Transportkosten stabil blieben.

Behandlungskosten:

Negativen Einfluss auf den Behandlungspreis der KVA Thurgau hatte erneut der schwache Eurokurs. Die Mehrkosten ließen sich durch eine im Rahmen der mit der KVA Thurgau abgeschlossenen Nachtragsvereinbarung erfolgte Umstellung der Rabattregelung kompensieren.

Die Summe aus Behandlungs- und Transportkosten belief sich insgesamt auf 140,39 €/t (Vj. 148,52 €/t). Der an die Landkreise weiter berechnete Mischpreis beträgt 143,56 €/t und liegt um 2,30 €/t unter dem kalkulierten Wert. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine Reduzierung um 6,77 €/t.

c) Finanzlage

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Kapital						
Eigenkapital	56	6,0	58	6,5	-2	-3,4
Langfristiges Kapital	56	6,0	58	6,5	-2	-3,4
Schulden gegenüber						
Lieferanten	815	87,9	783	87,6	32	4,1
Gesellschaftern	46	5,0	26	2,9	20	76,9
Sonstige	10	1,1	27	3,0	-17	-63,0
Kurzfristiges Fremdkapital	871	94	836	94	35	4,2
	927	**100,0**	**894**	**100,0**	**-33**	**-3,7**

Die Eigenkapitalausstattung beläuft sich nach der bereinigten Bilanzsumme auf 6,0 %. Die Kosten werden auf die Landkreise umgelegt. Die Finanzierung erfolgt über unterjährig regelmäßige Abschläge seitens der Gesellschafter.

d) Vermögenslage

	31.12.2014		31.12.2012		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Vermögen						
Kurzfristige Forderungen gegen						
Gesellschafter	468	50,5	623	69,7	-155	-24,9
Sonstige	12	1,3	0	0,0	12	100,0
Flüssige Mittel	447	48,2	271	30,3	176	64,9
	927	**100,0**	**894**	**100,0**	**33**	**3,7**

e) Nachtragsbericht

Als Vorgang besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres ist Freigabe des Frankenkurses durch die Schweizer Nationalbank im Januar 2015 zu erwähnen. In der Folge fiel der EURO-Kurs vorübergehend auf den Wert von 1,00 ab und stellte sich per Mitte Februar 2015 auf ca. 1,07 ein. Dies bedeutet Mehrkosten für die ABK GmbH, die über den Mischpreis an die Landkreise Bodenseekreis und Konstanz weitergegeben werden müssen.

f) Risikobericht

Durch die abgeschlossenen Behandlungsverträge mit der TPLUS GmbH und der KVA Thurgau ist die Entsorgungssicherheit für die Landkreise grundsätzlich gewährleistet. Abweichungen von den angemeldeten Mengenfenstern bei den Behandlungsanlagen sind nach derzeitigem Stand nicht zu befürchten, können andererseits aber aufgrund der Abhängigkeit von gewerblichen Anlieferungen auch nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Probleme können sich jedoch bei einem kurzfristig auftretenden Ausfall der Behandlungs- oder Transportmöglichkeiten ergeben, da die Landkreise Bodenseekreis und Konstanz über keine geeigneten Zwischenlagermöglichkeiten verfügen.

Transportmehrkosten können sich ergeben, falls der LKW-Transport zum RMHKW Stuttgart-Münster in Zukunft nicht mehr wie bisher durch die Innenstadt von Stuttgart erfolgen kann.

Durch die im Rahmen des Ergänzungsvertrages mit der TPLUS GmbH vereinbarte Behandlung der Abfälle in der Schweiz wird dieses Risiko bis zum Jahr 2020 deutlich minimiert.

Mittel- bis langfristig können sich Mehrkosten durch notwendige Nachrüstungen der Behandlungsanlagen, aufgrund neuer gesetzlicher Anforderungen oder Anordnungen der Genehmigungsbehörden ergeben. Weitere finanzielle Risiken liegen, neben den allgemeinen Preissteigerungen, bei sich ändernden Heizwerten oder Schlackeanteilen.

Ein weiteres Risiko liegt in der Entwicklung des Wechselkurses zum Schweizer Franken, durch den Mehrkosten bei der Restabfallbehandlung bei der KVA Thurgau entstehen können. Da diese jedoch, wie alle anderen Kosten der ABK gemäß Gesellschaftsvertrag auf die Landkreise umgelegt werden, liegen hier keine finanziellen Risiken im eigentlichen Sinn vor. Diese werden vielmehr von den Landkreisen getragen.

Die Ausnahmegenehmigung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg zum Export der Abfälle in die Schweiz steht unter einem Widerrufsvorbehalt. Auch dies stellt ein Risiko für die ABK GmbH dar. Das Ministerium hat im Jahr 2014 landesweit die bestehenden Ausnahmegenehmigungen im Hinblick auf mögliche Überkapazitäten in Baden-Württemberg überprüft. Gegenüber der ABK GmbH hat das Ministerium jedoch schriftlich erklärt, dass es innerhalb der Laufzeit des Vertrags mit der KVA Thurgau (bis 31.12.2025) von dem Widerrufsvorbehalt nicht Gebrauch machen wird.

Auch in der schlanken Personalstruktur der ABK sind z.B. bei kurzfristigem Ausfall und damit verbundenem Knowhow-Verlust Risiken vorhanden.

g) Prognose Geschäftsjahre 2015 und 2016

Die Abfallmengen sind in beiden Landkreisen bislang stabil. Die bei den Behandlungsanlagen für das Jahr 2015 angemeldeten Mengenbandbreiten (57.000 to bis 68.000 to) können eingehalten werden. Auch für 2015 wird mit gleichbleibenden Mengen gerechnet.

Die Behandlung der Restabfälle erfolgt in den Jahren 2015 und 2016 weiterhin bei folgenden Anlagen:

⇒ TPLUS GmbH: KHKW Zürich-Josefstraße (Zürich-Hagenholz und Hinwil i.R. des Ausfallbundes)
⇒ KVA Thurgau: KVA Weinfelden

Mehrkosten, die sich durch den veränderten Wechselkurs zum Schweizer Franken ergeben, werden auf die Landkreise Bodenseekreis und Konstanz umgelegt.

Für die Jahre 2015 und 2016 wird deshalb mit einem gegenüber dem Geschäftsjahr 2014 gleichbleibenden Jahresergebnis gerechnet.

Friedrichshafen, 30. März 2015

Berthold Restle Uwe Hermanns

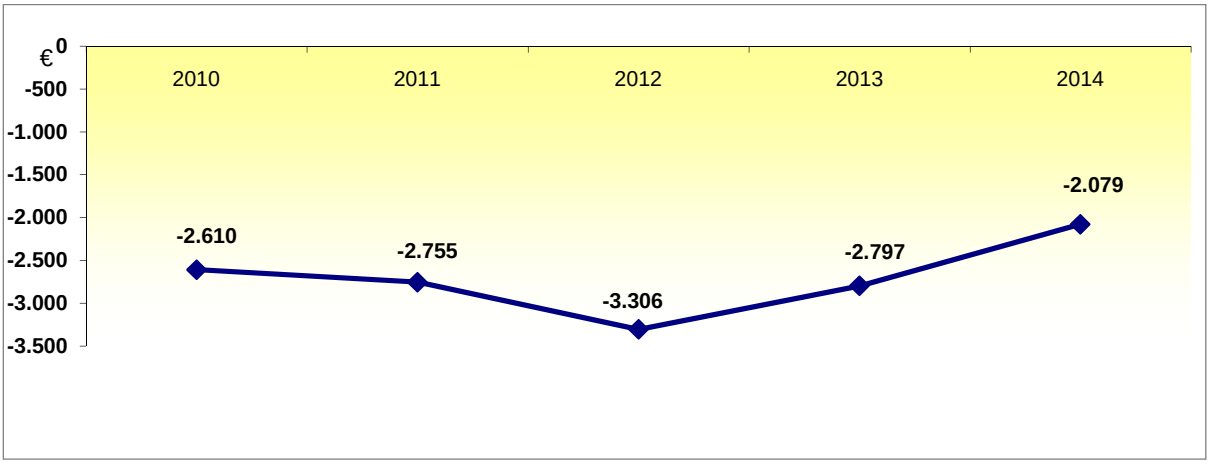
11. Abschlussprüfer

HSA Friedrichshafener Treuhand GmbH

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2014	2013	2012	2011	2010
Entsorgter Abfall insgesamt in to	62.817	63.837	63.627	63.678	65.021
Entsorgter Abfall in kg / Einwohner im ABK-Gebiet	129,387	131,787	129,118	130,110	133,130

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der ABK GmbH zum 31.12.2014

Bilanz Aktiva	2014 T€	 %	2013 T€	 %	2012 T€	 %
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
II. Sachanlagen						
III. Finanzanlagen						
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung						
2. Forderung gegen verbundene Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter	468,6	50,5	623,0	69,7	696,8	79,4
5. Sonstige Vermögensgegenstände	11,6	1,2	0,1	0,0	1,2	0,1
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten	447,2	48,2	270,5	30,3	179,5	20,5
	927,3	100,0	**893,7**	100,0	**877,5**	100,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	**927,3**	100,0	**893,7**	100,0	**877,5**	100,0

Bilanz der ABK GmbH zum 31.12.2014

Bilanz	2014		2013		2012	
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	26,0	2,9	26,0	3,0	26,0	3,0
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	32,2	3,5	35,0	3,9	38,3	4,4
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-2,1	-0,2	-2,8	-0,3	-3,3	-0,4
	56,1	6,0	**58,2**	6,5	**61,0**	6,9
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen	1,2	0,0	0,7	0,0	0,1	0,0
III. Sonstige Rückstellungen	8,3	0,9	4,3	0,5	5,0	0,6
	9,5	0,5	**5,0**	0,5	**5,1**	0,6
E. Verbindlichkeiten						
I. erhaltene Anzahlungen						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	815,6	88,0	782,8	87,6	738,9	84,2
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	45,8	4,9	25,7	2,9	19,1	2,2
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	0,4	0,0	22,1	2,5	53,4	6,1
	861,7	92,9	**830,5**	92,9	**811,4**	92,5
F. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	**927,3**	100,0	**893,7**	100,0	**877,5**	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der ABK GmbH zum 31.12.2014

Gewinn- und Verlustrechnung	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	9.017,9	97,1	9.596,7	97,6	9.307,4	96,0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	267,2	2,9	240,1	2,4	382,8	4,0
5. Gesamtleistung	**9.285,2**	100,0	**9.836,7**	100,0	**9.690,1**	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.085,6	97,9	9.721,4	98,9	9.573,6	98,8
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	20,3	0,2	18,8	0,2	19,2	0,2
b) Soziale Abgaben	4,2	0,0	3,9	0,0	4,1	0,0
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen						
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	170,8	1,8	88,8	0,9	89,9	0,9
10. Gesamtaufwand	**9.280,9**	100,0	**9.833,0**	100,0	**9.686,8**	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	**4,3**		**3,8**		**3,4**	
12. Erträge aus Beteiligungen						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,1		1,4		2,0	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
18. Finanzergebnis	**1,1**		**1,4**		**2,0**	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**5,4**		**5,2**		**5,4**	
20. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7,5		8,0		8,7	
22. Sonstige Steuern						
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	**-2,1**		**-2,8**		**-3,3**	

Flughafen Friedrichshafen GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Flughafen Friedrichshafen GmbH
Kontakt:	Am Flugplatz 64, 88046 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 284-0 Fax: 07541 / 284-119 E-Mail: info@fly-away.de Homepage: www.fly-away.de
Gründungsdatum:	6. Juni 1928
Eintragung Handelsregister:	14. September 1928
Letzte Änderung:	22. Januar 2015
Gesellschaftsvertrag:	6. Juni 1928
Letzte Änderung:	2. Mai 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines regionalen Verkehrsflughafens und anderer Luftverkehrseinrichtungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt Tochterunternehmen zu gründen sowie sich an anderen Unternehmen zu beteiligen und die Geschäftsführung bei diesem zu übernehmen und diese Unternehmen unter ihrer Leitung zusammenzufassen. Sie ist ferner berechtigt, alle mit dem Geschäftszweck im Zusammenhang stehenden Geschäfte und Handlungen vorzunehmen oder durch Dritte besorgen zu lassen. Die Gesellschaft kann ferner Geschäfte jeder Art durchführen, die dem Gegenstand des Unternehmens dienen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Flughafen GmbH von 21.272.000 € sind zum 31.12.2014 folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Stadt Friedrichshafen	5.734.000	26,96 %
Landkreis Bodenseekreis	5.734.000	26,96 %
Land Baden-Württemberg	2.647.000	12,44 %
Technische Werke Friedrichshafen GmbH	1.897.000	8,92 %
ZF Friedrichshafen AG	1.994.000 €	9,37 %
Luftschiffbau Zeppelin GmbH	1.635.000 €	7,69 %
Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben	731.000 €	3,43 %
Dornier GmbH	450.000 €	2,12 %
Motoren- und Turbinen-Union Friedrichshafen GmbH	450.000 €	2,12 %
	21.272.000 €	**100,00 %**

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer:	Gerold Tumulka
Aufsichtsrat:	
Vorsitzender	Dr. Konstantin Sauer, ZF Friedrichshafen AG (ab 31.03.2014) Dieter Hornung, Bürgermeister a.D. Friedrichshafen (bis 31.03.2014)
stv. Vorsitzender	Joachim Kruschwitz, Erster Landesbeamte Bodenseekreis (ab 31.03.2014) Prof. Dr. Peter Jany, IHK Bodensee-Oberschwaben (bis 31.03.2014)
Mitglieder:	Dr. Konstantin Sauer, ZF Friedrichshafen AG (bis 31.03.2014) Prof. Dr. Peter Jany, IHK Bodensee-Oberschwaben (ab 31.03.2014 Mag. Herbert Kaufmann, Flughafen Wien AG (bis 28.03.2014) Michael Tmeij, VIE International Beteiligungsmanagementgesellschaft mbH (ab 28.03. bis 07.11.2014) Mag. Karl Dandler, VIE International Beteiligungsmanagementgesellschaft mbH (bis 11.11.2014) Dr. Stefan Köhler, Stadt Friedrichshafen Prof. Georg Fundel, Flughafen Stuttgart GmbH Thomas Brandt, Luftschiffbau Zeppelin GmbH Alfred Müllner, Technische Werke Friedrichshafen GmbH Petra Rossbrey, GCS Gesellschaft für Cleaning Service mbH & Co. Airport Frankfurt/Main (ab 31.03.2014)

Der Aufsichtsrat erhielt im Geschäftsjahr 2014 Vergütungen in Höhe von 42 T€.

5. Öffentlicher Zweck

Durch die Anlage und den Betrieb eines öffentlichen Flughafens erfüllt die Gesellschaft einen wesentlichen Beitrag bei der verkehrstechnischen Anbindung der Vier-Länder-Region Deutschland, Österreich, Schweiz und Lichtenstein. Die Gesellschaft ist somit ein wichtiger Pulsgeber für die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

⇒ Flughafen Personal- und Servicegesellschaft mbH, Friedrichshafen (Einlage: 18.800 €, Anteil: 75,2 %)

7. Wesentliche Verträge

⇒ Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 2. Mai 2007
⇒ Betriebsgenehmigung in der Fassung vom 24. August 1994
⇒ Entgeltordnung in der Fassung vom 1. Mai 2013 und 1. Oktober 2010
⇒ Darlehensverträge mit der Landesbank BW, Sparkasse Bodensee und den Gesellschaftern
⇒ Versicherungsverträge mit der Allianz Versicherungsgesellschaft (Vermögensschadenshaftpflichtversicherung, D&O-Versicherung der Aufsichts-/Leitungsorgane sowie leitender Angestellte)

⇒ Laut Vereinbarung vom 15. Dezember 1997 (1. Änderung vom 2./11. Februar 1999) erstattet das Land Baden-Württemberg der FFG gemäß § 29 Abs. 1 LuftVG bzw. § 27d LuftVG pauschal die von der FFG für das Land erbrachten Luftaufsichtsdienste bzw. Flugsicherungsbetriebsdienste.

⇒ Die Erstattung für Fluggastkontrolldienste wurde mit Vertrag vom 22./29. Juni 2009 zwischen dem Land Baden-Württemberg und der FFG neu geregelt. Seit 1. Januar 2010 vergütet das Land Baden-Württemberg der FFG eine Pauschalvergütung pro eingesetztem Luftsicherheitsassistenten und Einsatzstunde zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer. Die Pauschalvergütung setzt sich grundsätzlich aus dem tariflichen Stundenlohn, den lohnabhängigen Kosten und den sonstigen Kosten zusammen.

⇒ Mit verschiedenen Airlines bestehen IATA Standard Ground Handling Verträge, die über die Entgeltordnung hinaus Abfertigungs- und Sonderdienste mit den Vertragspartnern regeln.

⇒ Vertrag über Lagerung, Verkauf und Auslieferung von Flugbetriebsstoffen auf dem Flughafengelände vom 1. Januar 2013 für die AIR BP Ltd.

⇒ Mit dem Instandhaltungs- und Dienstleistungsvertrag vom 19. März 2010 wird vereinbart, dass die IBS Luftfahrt und Service GmbH, Friedrichshafen, alle Instandhaltungsarbeiten übernimmt, die für einen störungsfreien und regelkonformen Betrieb der Flugbetriebstechnik erforderlich sind.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlungen vom Bodenseekreis an die FFG:

⇒ 204.600 € als Gesellschafterdarlehen (Restzahlung)
⇒ 8.889 € für Erstattung Beratungsleistungen u.a. Fusionskontrollanmeldung
⇒ 28 € für Sonstiges

Zahlungen von der FFG an den Bodenseekreis:

⇒ 727 € für verschiedene Gebühren oder Spenden
⇒ 48.882 € für Zinsen (Gesellschafterdarlehen)

Der Stand der gewährten Darlehen betrug am 31. Dezember 2014 3.454.600 €. Der Zinssatz beträgt 1,0 %. Das Darlehen ist tilgungsfrei.
Zum 20. August 2015 wurde ein Teilbetrag von 3.369.600 € des Darlehens in Stammkapital umgewandelt. Der Restbetrag ging in die Kapitalrücklage über.

Der Bodenseekreis gewährte der Flughafen Friedrichshafen GmbH Ausfallbürgschaften zusammen mit der Stadt Friedrichshafen (je 50 %), damit die FFG zinsverbilligte Darlehen in Anspruch nehmen konnte.
Der aktuelle Stand der Darlehen zum 31. Dezember 2014 beträgt 942.138 € (Vj. 1.208.857 €). Die Bürgschaften betragen entsprechend 471.069 € (Vj. 604.428 €).

9. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Geschäftsjahr 2014 waren neben dem Geschäftsführer im Jahresdurchschnitt 155,58 Mitarbeiter beschäftigt. Diese verteilen sich auf die Gruppen wie folgt:

⇒ Sekretariat 1,
⇒ Verkehr 124,00,
⇒ Kaufmännische Verwaltung/Personal 6,00,
⇒ Marketing und Vertrieb inkl. Parkplatz- und Infoservice 19,08,
⇒ Facility Management 5,50

10. Lagebericht

a) Grundlagen des Unternehmens

Die Flughafen Friedrichshafen GmbH (FFG) betreibt einen regionalen Verkehrsflughafen am Standort Friedrichshafen.
Die Umsatzerlöse setzen sich aus den drei Bereichen "operative Kernerlöse", "operative Zusatzerlöse" und "Non-Aviation Erlöse" zusammen. Als Bodensee-Airport gilt der Flughafen als Gateway zu der wirtschaftlich starken Vier-Länder-Region (Österreich, Schweiz, Liechtenstein und Deutschland). Gute Wirtschaftskennzahlen prägen das geographische Umfeld. Der Flughafen bietet der Region wichtige Anschlüsse in alle Welt und kurze Wege. Somit profitieren vom Flughafen im Besonderen die heimischen Unternehmen und die Touristikregionen. Der Standard der Flugbetriebsanlagen ist auf modernstem Niveau und entspricht höchsten internationalen Standards. Insbesondere das Instrumentenlandesystem der Kategorie lllb und der Anti-Skid-Belag sorgen für einen hohen technischen und Sicherheits-Standard.

Die wichtigsten Märkte für die FFG bleiben wie in den Vorjahren die innerdeutschen Linienverbindungen. Dabei ist besonders die Hubanbindung nach Frankfurt mit Lufthansa hervorzuheben. Die Hubanbindung mit Turkish Airlines nach Istanbul hat sich ebenfalls gut entwickelt. Damit werden Verbindungen nach Asien und in den Mittleren Osten weiterentwickelt. Kurz vor Jahresende nahm dann mit British Airways noch eine sehr namhafte Airline den Linienbetrieb nach Friedrichshafen auf. British Airways wird zunächst saisonal im Winter 2 wöchentliche Verbindungen nach London fliegen.

Die Linienverbindungen tragen mit überwiegendem Anteil des Verkehrsaufkommens maßgeblich zum Erfolg der Flugverbindungen bei. Die Hubanbindungen sind dabei, aufgrund der Umsteigeangebote, wichtige Träger, da sie gerade im Geschäftskundensegment Verbindungen in die ganze Welt eröffnen.

Die wichtigsten Verbindungen:

Lufthansa-Gruppe	Frankfurt
InterSky	Berlin, Hamburg, Düsseldorf
Turkish Airlines	Istanbul
Hamburg Airways (Thomas Cook-Gruppe)	Schwerpunkt Touristik
Monarch Airlines	London & Manchester im Winter
Air Berlin	Palma & Ibiza im Sommer
Germania	Schwerpunkt Touristik
Wizz	Skopje/Mazedonien

b) Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf und Entwicklung der Branche

Im Berichtsjahr befand sich die Luftverkehrsbranche weiterhin unter Druck. Trotzdem ist es dem Flughafen Friedrichshafen gelungen. mit Germania und British Airways zwei namhafte Airlines neu am Standort anzusiedeln.

Neben der erfolgreichen Neuansiedlung dieser Fluggesellschaften zeigten auch einige bereits etablierte Airlines eine erfreuliche Entwicklung. Hier sind besonders die Passagierzahlen von Lufthansa und InterSky hervorzuheben. InterSky konnte sich dabei gegenüber dem Vorjahr wieder erholen und deutlich zulegen. Lufthansa konnte auf der Strecke nach Frankfurt ebenfalls zulegen.

Air Berlin operierte wie in den Vorjahren ein Sommerprogramm auf die Balearen. Trotz der doch erheblichen Airport-Reduzierungen ein klares Signal der Fluggesellschaft.

Nach 2-jähriger Abwesenheit konnte auch die Strecke nach Tunesien durch Tunis Air saisonal wieder aufgenommen werden.

Erfreulich verlaufen ist die Entwicklung von Turkish Airlines. Die guten Auslastungen des ersten Betriebsjahres konnten fortgesetzt werden und führten zu einer Aufstockung der Verbindungen von vier auf fünf wöchentliche Verbindungen ab Sommer 2014.

Auch Monarch Airlines hat das Winterprogramm wieder erfolgreich aufgenommen. Im Winter kam British Airways mit Flügen nach London-Gatwick, jetzt im Liniendienst, neu hinzu. Transavia konnte die Streckenergebnisse nach Rotterdam stabilisieren.

Ebenfalls im Winterflugplan wurde das touristische Programm zu den Kanaren stabilisiert. Dazu kommt die Wiederaufnahme der Flüge nach Hurghada in Ägypten nach deren Aussetzung aufgrund der Unruhen in 2013.

Im Herbst 2014 hat der Flughafen Friedrichshafen den Luftfrachtbetrieb neu aufgenommen. Mit der Firma Apron aus Stuttgart konnte hierzu ein erfahrener und gut vernetzter Kooperationspartner gewonnen werden.

Bundesweit steht die Branche, speziell die Regionalflughäfen, weiter unter enormem Druck mit gebremstem oder teilweise sogar stark rückläufigem Wachstum. Das Umfeld des Flughafens Friedrichshafen ist auch 2014 wieder vom scharfen Wettbewerb der Flughäfen gekennzeichnet gewesen.
Das Einzugsgebiet Friedrichshafens überlappt sich dabei mit dem Hub in Stuttgart (Germanwings), München (Lufthansa) und Zürich (Swiss). Dazu kommt noch der geographisch nahegelegene Flugplatz in Memmingen mit seinem eher touristischen Angebot.

Für einen kleineren Regionalflughafen wie Friedrichshafen ist die Anbindung an die Hubs der großen Airlines von überragender Bedeutung, da dies die Attraktivität des Standorts Friedrichshafen maßgeblich fördert und Friedrichshafen auf den Landkarten der Airlines und Allianzen platziert.

Im Kalenderjahr 2014 erreichte die FFG ein Passagiervolumen von 596.146 Passagieren. Dieses Ergebnis liegt 11,2 % über dem Vorjahr und ca. 7,4 % über Plan. Hauptausschlaggebend für diese Veränderungen waren die Erholung der InterSky und das Wachstum der Lufthansa im Markt sowie die Neuansiedlung von Germania mit einem starken Touristikprogramm ab Sommer 2014.

Im Vergleich zu den anderen Regionalflughäfen in Baden-Württemberg und der Umgebung von Friedrichshafen zeichnet die Passagierentwicklung ein differenzierteres Bild. Karlsruhe/Baden-Baden verzeichnet einen Passagierrückgang um 7, 1 % und Memmingen wurde mit einem Rückgang von 10,6 % getroffen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
Im Berichtsjahr sind Investitionen ins Anlagevermögen in Höhe von 1.143 T€ durchgeführt worden.

Als die größten Investitionen sind die Anschaffung einer Verkehrsplanungssoftware und der Generationswechsel der Landebahnbeleuchtung auf LED Technologie sowie die Anschaffung von drei gebrauchten Fluggasttreppen und eines gebrauchten Bodenstromaggregats zu nennen. Dazu wurden neue Kameraüberwachungsanlagen eingeführt, um die sich weiterentwickelnden Sicherheitsstandards umzusetzen.

Auch im Jahr 2015 sind Investitionen geplant. Diese betreffen insbesondere die Sicherheitsanlagen, die aufgrund der neuen Luftverkehrssicherheitsgesetze vorgeschrieben sind.

Die im Berichtsjahr durchgeführten und oben beschriebenen Investitionen und die Abschreibungen haben zu einer Reduzierung des Anlagevermögens der FFG geführt. Das Sachanlagevermögen hat sich im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 1.268 T€ reduziert.

Das Eigenkapital hat sich um den im Berichtsjahr erwirtschafteten Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 480 T€ auf rd. 5.765 T€ verringert. Die Eigenkapitalquote der FFG beträgt per 31. Dezember 2014 rd. 16 %.

Die langfristigen Rückstellungen haben sich im Geschäftsjahr 2014 gegenüber dem Vorjahr leicht reduziert. Als Ursache hierfür ist die vertragliche Inanspruchnahme der Pensionsrückstellung zu nennen.

Die sonstigen Rückstellungen haben sich im Geschäftsjahr 2014 gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. Als Ursache hierfür sind die Zunahme der Rückstellungen im Bereich unberechnete Lieferungen und Leistungen sowie die Zunahme der Rückstellungen für Überstunden zu nennen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich gegenüber dem Vorjahr reduziert. Die Reduktion ist auf die vertraglich vereinbarten Tilgungen in Höhe von 1.208 T€ sowie auf die Tilgung eines endfälligen Darlehens in Höhe von 1.000 T€ zurückzuführen.

Zur Sicherung der Liquidität hat die Gesellschaft bei der Stadt Friedrichshafen sowie beim Landkreis Bodenseekreis jeweils ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 3.455 T€ (Laufzeit bis 28. Februar 2015) aufgenommen.

Die Bilanzsumme hat sich in 2014 gegenüber dem Vorjahr um 2.726 T€ reduziert.

Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt in 2014 1.973 T€ (Vj. 990 T€). Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit beträgt in 2014 -1.129 T€ (Vj. - 694 T€) und der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt in 2014 -1.813 T€ (Vj. 430 T€).

Die Umsatzerlöse der FFG sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr von 10.678 T€ um 483 T€, also rd. 4,5 %, auf 11.161 T€ gestiegen. Die Umsatzerlöse setzen sich aus den drei Bereichen "operative Kernerlöse", "operative Zusatzerlöse" und "Non-Aviation Erlöse" zusammen. Umsatzsteigerungen haben im Berichtsjahr in den Bereichen operative Kernerlöse sowie Non-Aviation Erlöse stattgefunden. Die operativen Kernerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 11,2 % gestiegen. Das Wachstum spiegelt sich im Anstieg der Passagiere in Höhe von 11,2 % im gleichen Verhältnis. Die operativen Kernerlöse pro Passagier sind unverändert. Der milde Winter im Jahr 2014 hat dafür gesorgt, dass die operativen Zusatzerlöse rund -11 % unter dem Vorjahresniveau liegen. Hier sind im Wesentlichen die Flugzeugenteisungen, die aufgrund der Witterungsverhältnisse nur unter dem Vorjahresniveau durchgeführt werden konnten, zu nennen. Die Steigerung der Non-Aviation Erlöse beträgt rd. 1,8 %. Der Bereich Parkerlöse profitierte hierbei mit einer Steigerung von rund 14,9 % (ohne Parkerlöse Mieter). Dementgegen steht eine Reduzierung im Bereich Erlöse aus der Vermarktung von Werbeflächen um ca. -3,9 %.

Die verminderten Materialaufwendungen resultieren im Wesentlichen aus geringeren Verbrauchsmengen in den Bereichen Gas, Wasser, Fernwärme, Treibstoff und Enteisungsmittel.

Dementgegen musste im Bereich bezogene Leistungen für Aircraftcleaning, Brandschutz sowie Flugbetriebstechnik mehr ausgegeben werden. Der Personalaufwand ist um rund 276 T€ gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Dies resultiert unter anderem durch den Aufbau des Personalstandes sowie dem Aufbau an Überstunden zur Bewältigung des gestiegenen Verkehrsaufkommens in den Sommermonaten und dem Entschluss, die Weihnachtsgratifikation

in voller Höhe auszuzahlen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten um rund 22 T€ gesenkt werden.

Da im Berichtsjahr mehr Fluggäste im Linien- und Touristikverkehr registriert wurden und gleichzeitig weitere Optimierungen umgesetzt werden konnten, kam es verglichen mit dem Vorjahr zu einer Verbesserung des operativen Ergebnisses vor Zinserträgen und Zinsaufwendungen sowie vor Steuern (EBIT). Das EBIT hat sich von -71 T€ im Vorjahr auf 350 T€ im Geschäftsjahr 2014, also um 421 T€ verbessert. Der EBITDA liegt unverändert im positiven Bereich bei 2.663 T€ und hat sich somit gegenüber dem Vorjahr weiterhin positiv entwickelt. Infolgedessen benötigt die FFG keinerlei Betriebsbeihilfen.

Die FFG schließt das Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag von 480 T€ (Vj. 1.199 T€), und einer positiven Abweichung zur Planung um rund 194 T€ ab.

Insgesamt ist die Geschäftsführung mit der Entwicklung des Geschäftsjahres zufrieden.

c) Ereignisse nach Ablauf des Geschäftsjahres
In der Gesellschafterversammlung vom 10. Februar 2015 wurde beschlossen, dass im Rahmen einer vereinfachten Kapitalherabsetzung der gesamte Bilanzverlust gegen das Gezeichnete Kapital, die Kapitalrücklage und die Anderen Gewinnrücklage gebucht wird und anschließend eine Sachkapitalerhöhung durch Einbringung der Gesellschafterdarlehen der Stadt Friedrichshafen und des Bodenseekreis durchgeführt wird.

Darüber hinaus hat es keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der gegeben.

d) Zukunftsorientierte Angaben
Mit dem Streckenausbau von Turkish Airlines und der Ansiedlung von Germania sind wichtige Meilensteine für das kommende Jahr gelegt. Turkish Airlines hat für 2015 den Ausbau der Verbindungen zu täglichen Flügen zum Drehkreuz Istanbul bekannt gegeben.
Darüber hinaus wird ab April 2015 die Fluggastkontrolle an ein Dienstleistungsunternehmen fremdvergeben.

Mit Germania konnten die FFG eine weitere etablierte und traditionsreiche deutsche Fluggesellschaft akquirieren. Im Sommer wurden zunächst fünf wöchentliche Linienflüge durchgeführt. Für 2015 ist eine Übernahme der Strecken des Veranstalters Thomas Cook avisiert.

Lufthansa avisiert für 2015 aufgrund der guten Entwicklung in 2013 und 2014 den Einsatz eines größeren Fluggerätes, um dem gestiegenen Verkehrsaufkommen nach Frankfurt gerecht zu werden und weiter wachsen zu können. Die strategischen Entwicklungen in der Lufthansa Gruppe (,,Wings") werden abzuwarten bleiben, um ihren Einfluss auf Strecken nach Friedrichshafen beurteilen zu können.

Oberstes Ziel ist die Stabilisierung der Verkehrsvolumina und die Ausweitung in allen Kundensegmenten sowie die Vergrößerung der Destinationsvielfalt. Darüber hinaus gilt es, weitere Drehkreuzanschlüsse zu schaffen und die Bestandskunden zu halten. In Anbetracht der teils schwierigen Lage auf der Airline-Seite ein sehr wichtiger Baustein.

Die Gesellschaft geht davon aus, dass sich sowohl die Passagierzahl als auch das EBIT in 2015 weiter leicht positiv entwickeln.

Die FFG unterliegt einer Vielzahl von Chancen und Risiken, mit denen jedes unternehmerische Handeln verbunden ist. Die FFG versucht die Chancen zu nutzen und geht dafür auch Risiken ein, soweit sie für beherrschbar angesehen werden. Hierfür hat die FFG seit 2001

ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Ein Team von erfahrenen Mitarbeitern analysiert in regelmäßigen Abständen Gefahrenpotentiale, bewertet diese, macht Vorschläge zur Risikobewältigung und berichtet an die nächsthöhere Ebene - Geschäftsführung. Finanzwirtschaftliche Unternehmensplanungen und andere Informationssysteme unterstützen das Risikomanagement der FFG. Im Berichtsjahr 2014 wurden insgesamt vier Risikoberichte erstellt und in die Quartalsberichte an Aufsichtsrat sowie Gesellschafter eingearbeitet.

Im Geschäftsjahr 2014 haben sich keine grundsätzlichen Änderungen bezüglich der Risikoeinstufung für existenzbedrohende Risiken ergeben. Als existenzbedrohend wird weiterhin das Risiko „Luftfahrthaftpflicht, Krieg und Terror" angesehen, welchem auch durch eine weitere Aufstockung der Versicherungssumme unter Risiko und Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten nicht sinnvoll begegnet werden kann. Ferner wurde das Risiko "Liquidität" im Berichtsjahr weiterhin in jedem Quartal als entwicklungsbeeinträchtigend eingestuft.

Die FFG muss sich in allen Segmenten weiterhin breit aufstellen, um auf Schwankungen und Krisen in der Branche vorbereitet zu sein und diese besser ausgleichen zu können. Die Bandbreite der Angebote am Flughafen Friedrichshafen ist dabei ausschlaggebend, d.h. eine breite Palette an Airlines, Destinationen und Marktsegmenten ist nötig, um Schwankungen in den einzelnen Segmenten durch andere Segmente ausgleichen zu können.

Risiken sind in Deutschland für den Luftverkehr weiterhin gegeben. Der Luftverkehrsmarkt in Deutschland bleibt unverändert unter Druck und eine drohende wirtschaftliche Abschwächung könnte diesen Druck weiter erhöhen. Viele der großen Airlines (Netzcarrier) haben sich aus der Fläche auf ihre Hubs zurückgezogen.

Ein teilweise ruinöser Wettbewerb, gerade im Low-Cost-Segment, scheint sich nach den Ankündigungen der Ryanair für den deutschen Markt abzuzeichnen.

Friedrichshafen wird als kleinerer Regionalflughafen von dieser Entwicklung auch getroffen, wenn auch vergleichsweise gering. Bislang konnten die Auswirkungen minimiert werden. Dazu trug speziell der traditionell starke Geschäftsreiseverkehr in und aus der Region bei.

Zusätzlicher Druck entsteht auch durch die niedrige Mehrwertsteuer und das Fehlen der Luftverkehrssteuer in der Schweiz. In Konsequenz entsteht dadurch ein Preisdruck auf den Flughafen Friedrichshafen. Der Flughafen Zürich profitiert dabei als Hub zusätzlich vom Hebeleffekt und der Kaufkraft des Schweizer Franken gegenüber den meisten anderen Währungen, was zu einer gestiegenen Reiselust der Schweizer Bevölkerung geführt hat.

Die Infrastruktur des Flughafens rührt zum Teil noch aus Bauphasen in der Frühzeit des Flughafens her. Das Alter einiger Liegenschaften und deren technische Standards bedingen eine in Teilen alte und anfällige Struktur. Dies betrifft insbesondere die Verkabelung zu den Navigationshilfen und Telekommunikationsanlagen.

Besonderes Augenmerk gilt dem Kontrollturm (Tower). Das Gebäude stammt aus dem Jahr 1952 und erfüllt noch die heutigen technischen Anforderungen. Damit ist zum jetzigen Zeitpunkt die volle Funktionsfähigkeit gegeben. Bei einer Änderung oder Verschärfung von Standards oder Regularien droht jedoch eine Einschränkung der Funktionsfähigkeit. Daher sind bereits Planungen im Gang hinsichtlich einer Neugestaltung und möglichen technischen Umsetzung.
In den letzten Jahren wurden zudem die Umweltauflagen deutlich verschärft. Eigene Kläranlagen, Müllsammel- und Trennstellen und eine EMAS Zertifizierung sind etabliert. um das Risiko umweltrelevanter Vorfälle zu mindern. Der Flughafen Friedrichshafen ist seit nunmehr zehn Jahren erfolgreich EMAS zertifiziert, und hat dafür auch eine besondere Anerkennung erhalten.

Chancen bestehen in unserem Marktumfeld auf verschiedenen Ebenen. Der hohe Auslastungsgrad anderer Flughäfen und der damit verbundenen Komplexitäten schafft Attraktivität für Friedrichshafen gegenüber anderen Flughäfen. Das wirtschaftlich starke Umfeld lässt auch die berechtigte Hoffnung auf Wachstum zu.

Die Erhöhung der Flugfrequenz von Turkish Airlines und das ausgeweitete Touristikprogramm für 2014 bestätigen die Potenziale. Bei strikter Kostenkontrolle bedeutet ein Wachstum im Passagierverkehr gleichzeitig eine bessere Auslastung der Infrastruktur und schlägt sich auch im Ergebnis der FFG nieder. Dies setzt den Trend der wirtschaftlichen Erholung bei der Flughafen Friedrichshafen GmbH fort.

Dazu möchte die FFG in Zukunft weitere Service-Nischen erschließen. Dazu gehören, nach der Umsetzung des Luftfracht-Projektes in 2014, auch Planungen für eine Lounge für Premium-Gäste sowie weitere Angebote im Bereich Non-Aviation.

Die Finanzlage der Gesellschaft kann als ausreichend angesehen werden. Die mittelfristige Finanzplanung reicht unter Berücksichtigung der am 10. Februar 2015 beschlossenen Umwandlung von Fremdkapital in Eigenkapital (Gesellschafterdarlehen der Stadt Friedrichshafen und dem Landkreis Bodenseekreis über 6.934 T€) für die in der Mittelfristplanung bis Ende 2018 Investitionen und planmäßigen Kredittilgungen aus. Der frühestens für das Jahr 2019 geplante Neubau des Towers für rund 3.000 T€ auf Grund neuester technischer Anforderungen, kann nicht vollständig aus dem operativen Cash-Flow gedeckt werden. Mit Gesellschafterbeschluss vom Dezember 2013 hat die Gesellschafterversammlung hier bereits ihre Unterstützung signalisiert. Der Cash Flow aus laufender Betriebstätigkeit hat sich in 2014 weiter positiv entwickelt. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich am Jahresende 2014 auf 17.302 T€, einem Rückgang zum Vorjahr von 2.222 T€.

Es ist darüber hinaus geplant, dass die Rückzahlung der stillen Beteiligungen im Jahr 2017 erfolgen soll, sobald die Gesellschaft einen Jahresüberschuss erwirtschaftet. Auch hier ist der Liquiditätsbedarf durch eine weitere Kreditaufnahme bzw. Gesellschafterdarlehen mittelfristig abzudecken.

Die Gesellschaft rechnet für das kommende Geschäftsjahr mit 596.414 Passagieren und einem um 97 T€ verbesserten Jahresfehlbetrag. Das geplante EBIT soll auf 372 T€ und das EBITDA auf 2.748 T€ ansteigen.

Derivate Finanzinstrumente
Als derivative Finanzinstrumente werden Zinsswaps zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Die Kontrakte werden über Banken abgewickelt, die über gute Bonität verfügen. Der Einsatz von Finanzderivaten erfolgt bei der Gesellschaft zur Steuerung von Risiken aus Zinsschwankungen und dient grundsätzlich Sicherungszwecken. Reine Handelspositionen, mit dem Ziel der Ertragsoptimierung, werden nicht eingegangen.

Friedrichshafen, 10. Februar 2015

Gerold Tumulka

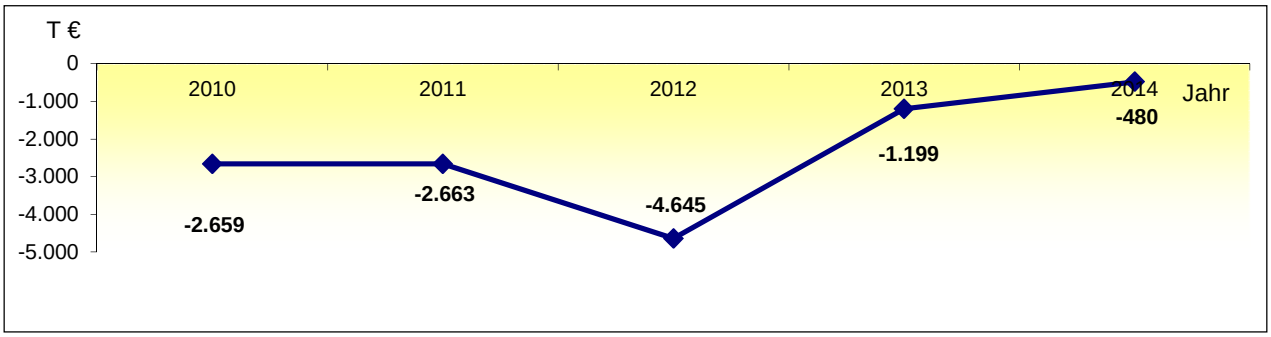
11. Abschlussprüfer

KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2014	2013	2012	2011	2010
Start- u. Landebewegungen	41.767	39.076	41.647	45.413	43.503
Fluggäste	596.146	536.030	545.121	571.709	590.640

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2014

Bilanz Aktiva	2014 T €	 %	2013 T €	 %	2012 T €	 %
A. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital						
B. B. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Software	187,5	0,5	94,0	0,2	80,1	0,2
2. Nutzungsrechte	7,4	0,0	7,4	0,0	7,4	0,0
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	28.901,9	79,3	30.302,5	77,4	31.737,4	79,3
2. Technische Anlagen	960,1	2,6	1.125,6	2,9	1.012,4	2,5
3. Start-und Landebahnen, Rollwege, Vorfelder	1.799,1	4,9	1.893,2	4,8	2.095,9	5,2
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.056,7	5,6	2.036,5	5,2	2.403,4	6,0
5. Geleistete Anzahlungen und Anlage im Bau	748,4	2,1	376,0	1,0	207,9	0,5
III. Finanzanlagen						
1. Beteiligungen	18,8	0,1	18,8	0,0	18,8	0,0
2. Sonstige Ausleihungen	0,0	0,0	0,0	0,0	4,0	0,0
	34.680,0	**95,2**	**35.854,0**	**91,5**	**37.567,3**	**93,9**
C. Umlaufvermögen						
I. Vorräte	96,9	0,3	115,5	0,3	120,2	0,3
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	752,8	2,1	1.307,1	3,3	1.258,5	3,1
2. Forderung gegen verbunden Unternehmen	0,1	0,0	0,2	0,0	0,1	0,0
3. Forderungen gegen Gesellschafter	142,6	0,4	140,8	0,4	137,4	0,3
4. Sonstige Vermögensgegenstände	83,0	0,2	82,1	0,2	25,2	0,1
III. Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten	552,0	1,5	1.520,6	3,9	794,8	2,0
	1.627,5	**4,5**	**3.166,2**	**8,1**	**2.336,2**	**5,8**
D. Rechnungsabgrenzungsposten	**131,6**	0,4	**144,4**	0,4	**70,8**	0,2
E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung	**0,0**	0,0	**0,0**	0,0	**24,2**	0,1
Bilanzsumme	**36.439,1**	**100,0**	**39.164,6**	**100,0**	**39.998,5**	**100,0**

Bilanz der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2014

Bilanz	2014		2013		2012	
Passiva	**T €**	**%**	**T €**	**%**	**T €**	**%**
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	21.272,0	53,2	21.272,0	53,2	21.272,0	53,2
II. Kapitalrücklage	277,6	0,8	277,6	0,7	277,6	0,7
III. Andere Gewinnrücklagen	245,6	0,7	245,6	0,6	245,6	0,6
IV. Verlustvortrag	-16.030,0	-44,0	-14.351,1	-36,6	-9.706,5	-24,3
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,0	0,0	-1.198,7	-3,1	-4.644,5	-11,6
	5.765,2	**10,6**	**6.245,4**	**14,8**	**7.444,1**	**18,6**
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen	282,0	0,8	287,8	0,7	0,0	0,0
II. Steuerrückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
III. Sonstige Rückstellungen	577,2	1,6	546,1	1,4	913,6	2,3
	859,2	**2,4**	**834,0**	**2,1**	**913,6**	**2,3**
E. Verbindlichkeiten						
I. Einlagen stiller Gesellschafter	5.000,0	13,7	5.000,0	12,8	5.000,0	12,5
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.301,6	47,5	19.523,7	49,9	25.098,2	62,7
III. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	327,8	0,9	618,8	1,6	548,7	1,4
IV. Verbindlichkeiten gegen verbundenen Unternehmen	0,8	0,0	0,5	0,0	0,7	0,0
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	6.934,8	19,0	6.584,3	16,8	508,3	1,3
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	105,5	0,3	197,6	0,5	285,2	0,7
	29.670,5	**81,4**	**31.924,8**	**81,5**	**31.441,1**	**78,6**
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**144,2**	0,4	**160,4**	0,4	**199,7**	0,5
Bilanzsumme	**36.439,1**	**94,8**	**39.164,6**	**98,9**	**39.998,5**	**100,0**

Gewinn- und Verlustrechnung der Flughafen Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2014

Gewinn- und Verlustrechnung	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	11.161,4	79,2	10.678,4	78,9	10.436,2	76,3
2.						
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	2,7	0,0	0,0	0,0
4. Sonstige betriebliche Erträge	2.932,6	20,8	2.853,5	21,1	3.240,6	23,7
5. Gesamtleistung	**14.094,1**	**100,0**	**13.534,6**	**100,0**	**13.676,8**	**100,0**
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.264,0	9,3	1.484,9	10,9	1.350,8	8,0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.582,4	11,6	1.479,4	10,9	1.453,3	8,6
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	4.803,7	35,3	4.537,5	33,4	4.610,0	27,3
b) Soziale Abgaben	967,4	7,1	957,3	7,1	946,2	5,6
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	2.313,0	17,0	2.399,1	17,7	5.569,8	33,0
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.688,6	19,7	2.710,9	20,0	2.939,6	17,4
10. Gesamtaufwand	**13.619,1**	**100,0**	**13.569,2**	**100,0**	**16.869,7**	**100,0**
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	**475,0**		**-34,6**		**-3.193,0**	
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,1		5,3		27,0	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme	0,0		0,0		-180,0	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-891,4		-1.103,1		-1.231,5	
18. Finanzergebnis	**-889,3**		**-1.097,8**		**-1.384,5**	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-414,4**		**-1.132,4**		**-4.577,5**	
20. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
22. Sonstige Steuern	-65,8		-66,3		-67,1	
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	**-480,2**		**-1.198,7**		**-4.644,5**	

Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH (BODO)

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH
Kontakt:	Schussenstraße 22, 88212 Ravensburg Tel.: 0751 / 3614141 Fax: 0751 / 3614151 E-Mail: info@bodo.de Homepage: www.bodo.de
Gründungsdatum:	24. Februar 2003
Eintragung Handelsregister:	11. September 2003
Gesellschaftsvertrag:	24. Februar 2003
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Einführung eines Tarif- und Verkehrsverbundes im Gebiet der Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg und die Verbesserung des ÖPNV einschließlich SPNV (Schienen-Personen-Nahverkehr) in diesen Landkreisen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar und mittelbar gefördert werden kann. Sie kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit Verkehrsunternehmen, Verbundgesellschaften, Verkehrs- und Tarifgemeinschaften und vergleichbaren Einrichtungen schließen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft von 32.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	8.000 €	25,00 %
Landkreis Ravensburg	8.000 €	25,00 %
DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB)	8.100 €	25,31 %
Regionalverkehr Bodensee-Oberschwaben (RBO)	3.300 €	10,31 %
Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG	1.600 €	5,00 %
Stadtverkehr Friedrichhafen GmbH	1.600 €	5,00 %
Stadtbus Ravensburg Weingarten GmbH	1.400 €	4,38 %
	32.000 €	**100,00 %**

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer:	Dieter Unseld
Gesellschafterversammlung:	Vertreter aller Gesellschafter

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Kurt Widmaier, Landrat Ravensburg
stv. Vorsitzender	Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis
Mitglieder	Peter Allgaier, Bürgermeister a.D. Salem, Kreisrat Bodenseekreis (bis 28.07.2014)
	Roland Karl Weiß, Kreisrat Bodenseekreis (ab 29.07.2014)
	Jutta Koch, Kreisrätin Bodenseekreis (bis 28.07.2014)
	Karl-Josef Aicher, Kreisrat Bodenseekreis (ab 29.07.2014)
	Manfred Foss, Dipl.-Verw.- Betriebswirt
	Reimund Hausmann, Bürgermeister Schlier (bis 12.08.2014)
	Dieter Krattenmacher, Bürgermeister Kißlegg
	Edgar Lamm, Bürgermeister Uhldingen-Mühlhofen
	Silvio Matt, Niederlassungsleiter
	Alfred Müllner, Technischer Geschäftsführer und Vorsitzender der Geschäftsführung
	Bernd Grabherr, Unternehmer
	Andreas Pfingst, Geschäftsführer
	Dr. Andreas Thiel-Böhm, Geschäftsführer
	Dieter Unseld, Leiter Geschäftsfeld Bus
	Hermann Vogler, Oberbürgermeister a. D. Ravensburg (bis 12.08.2014)
	Bernhard Schultes, Kreisrat Landkreis Ravensburg (ab 13.08.2014)
	Markus Möller, Beamter
	Dr. Josef Zeiselmair, Geschäftsführer

Den Aufsichtsratsmitgliedern wurden 1.680 € an Aufwandsentschädigungen erstattet.

5. Öffentlicher Zweck

Durch die Einführung des Tarif- und Verkehrsverbundes bodo wird der Bevölkerung der Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg die Inanspruchnahme des ÖPNV-Angebotes unter einheitlichen Tarifbedingungen ermöglicht. Bodo trägt somit zu einer Steigerung der Attraktivität des ÖPNV in seiner Gesamtheit bei und bildet eine wichtige Grundlage für eine nachhaltige Stärkung des ÖPNV in den beiden Landkreisen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

⇒ Die Vereinbarung über die Finanzierung des bodo vom 25./27. Oktober 2010 bzw. 4./30. November 2010 mit dem Land Baden-Württemberg und den Landkreisen Ravensburg und Bodenseekreis trat zum 1. Januar 2011 in Kraft und endet zum 31. Dezember 2018. Sie ersetzt die bis dahin gültige Vereinbarung aus dem Jahr 2003.

⇒ Zusammenarbeitsverträge zwischen den Verkehrsverbundunternehmen und bodo sowie zwischen der BOB, der RAB und bodo. Die Verträge vom 12. Dezember 2003 gelten auf unbestimmte Zeit. Sie können unter Einhaltung einer Frist von 12 Monaten zum Ende des Kalenderjahres gekündigt werden. Die letzte Ergänzung dieser Verträge wurde im November 2009 geschlossen

⇒ Der Einnahmezuscheidungsvertrag zwischen bodo, der RAB, der BOB und den Verkehrsverbundunternehmen vom 12. Dezember 2003 kann mit einer Frist von 6 Monaten auf Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden. Eine ordentliche Kündigung durch bodo ist ausgeschlossen. Die letzte Ergänzung (Nr. 4) zu diesem Vertrag wurde im Jahr 2009 geschlossen.

⇒ Der Vertrag über die Einnahmeaufteilung zwischen den Verkehrsverbundunternehmen und bodo vom 12. Dezember 2003 kann mit einer Frist von einem Jahr gekündigt werden. Eine Kündigung durch bodo ist während der Dauer des Verbundes ausgeschlossen. Die letzte Ergänzung (Nr. 1) zu diesem Vertrag wurde im Jahr 2009 geschlossen.

⇒ Der Vertrag über den Ausgleich für den Ausbildungsverkehr nach § 45a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) für das verbundweit gültige Semesterticket (StudiTicket) zwischen dem Land Baden-Württemberg und bodo vom 22. November 2004 trat mit Einführung des Semestertickets im bodo zum Wintersemester 2003/2004 in Kraft; er verlängert sich jeweils stillschweigend um ein Jahr, wenn nicht mindestens elf Monate, d.h. zum 30. September, vor Ende des Sommersemesters, zum 31. August des Folgejahres, gekündigt wird. Durch Vertragsänderung vom 12./17. September 2008 wurden die Auszahlungen zu jeweils 50 % auf den 15. Juli und 15. November des jeweiligen Vertragsjahres festgelegt.

⇒ Der Dienstleistungsvertrag zwischen TWS GmbH & Co. KG und bodo vom 30. Juli 2010 haben die Vertragsparteien den bisher gültigen Vertrag ersetzt. Der Vertrag kann jährlich zum Jahresende mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden.

⇒ Der Dienstleistungsvertrag vom 17. Dezember 2012 / 10. Januar 2013 über die Nutzung von Dienstleistungen im Verkehrsplanungsbereich zwischen der DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB) und der bodo GmbH; er kann frühestens zum 31. Dezember 2015 mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden, hiernach jährlich zum Jahresende mit einer Frist von sechs Monaten.

⇒ Absichtserklärung zwischen den der Deutsche Bodensee Tourismus GmbH und der bodo GmbH vom 5./15./16. Dezember 2014 über eine Kooperation zur Einführung der kostenlosen Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Rahmen einer Gästekarte.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlungen vom Bodenseekreis an bodo im Kalenderjahr 2014:

⇒	180.300 €	für Eigenaufwand
⇒	840.483 €	für Ausgleich verbundbedingter Belastungen
⇒	162.263 €	für Emobil/“emma“ (davon Erstattung Bundesfördermittel 70,19 %)
⇒	5.000 €	für bodo-Erlebnistag
⇒	14.800 €	für das Projekt „einfaches Handyticket“
⇒	58.429 €	für das Projekt „eGästekarte“
⇒	4.062 €	für technische Wilken-Analyse
⇒	536 €	für Bewirtung und Räumlichkeiten

Zahlungen von bodo an den Bodenseekreis im Kalenderjahr 2014:

⇒	448.557 €	Rückführung verbundbedingte Mehrerlöse

9. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH beschäftigte am 31. Dezember 2014 neben dem Geschäftsführer fünf Gehaltsempfänger, eine geringfügig beschäftigte Angestellte sowie Aushilfen für projektbezogene Tätigkeiten. Im Jahresdurchschnitt (ohne Geschäftsführung und ohne die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse) beschäftigte die Gesellschaft fünf Mitarbeiter.

10. Lagebericht

a) Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Einführung eines Tarif- und Verkehrsverbundes im Gebiet der Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg und die Verbesserung des ÖPNV (Öffentlicher Personen-Nahverkehr) in diesen Landkreisen.

Die Gesellschaft nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- ⇒ Unterstützung der Landkreise bei der Änderung und Ergänzung der gesetzlich vorgeschriebenen Nahverkehrspläne;
- ⇒ Koordination der Busverkehre im Verbundgebiet einschließlich der Anschlüsse an den SPNV;
- ⇒ Festlegung und Fortschreibung des Verbundtarifes und der Beförderungsbedingungen;
- ⇒ Rahmenplanung des Liniennetzes;
- ⇒ Entwicklung und Fortschreibung von Fahrplankonzepten;
- ⇒ Abschluss eines Einnahmezuscheidungsvertrags und eines Einnahmeaufteilungsvertrags;
- ⇒ Durchführung der Einnahmezuscheidung und der Einnahmeaufteilung sowie Abwicklung der Verbundfinanzierung;
- ⇒ Abschluss von Zusammenarbeitsverträgen mit den Verkehrsunternehmen;
- ⇒ Erstellung von Verkehrsanalysen und Entwicklung von Verkehrsplanung, Konzeption von Betriebstechnologien und Technik, umweltfreundliche Gestaltung;
- ⇒ Fahrgastinformation, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit für den Verbundverkehr.

b) Verbundabrechnung

Zahlen 2014 vorläufiges Ergebnis (Stand Feb. 2015, ohne StudiTicket-Verkäufe); Zahlen 2013 endgültig

Fahrgastentwicklung

Die Fahrgastentwicklung in den einzelnen Marksegmenten:

beförderte Fahrgäste	2014	2013	Veränderung absolut	Veränderung %
Gelegenheitsverkehr	5.038.000	5.104.000	- 66.000	- 1,29
Berufsverkehr	7.935.000	7.908.000	+ 27.000	+ 0,34
Ausbildungsverkehr Schüler	20.305.000	20.985.000	- 680.000	- 3,24
Gesamtergebnis	**33.278.000**	**33.997.000**	**- 719.000**	**- 2,11**

Einnahmeentwicklung (im Rahmen der Verbundabrechnung)

Die Einnahmeentwicklung in den einzelnen Marktsegmenten:

Euro einschl. ges. Mehrwertsteuer; vor StudiTicket-Verkäufen	2014	2013	Veränderung absolut	Veränderung %
Gelegenheitsverkehr	10.052.000	9.861.000	191.000	+ 1,94
Berufsverkehr	8.147.000	7.817.000	330.000	+ 4,22
Ausbildungsverkehr Schüler	14.481.000	14.483.000	-2.000	- 0,01
Gesamtergebnis	**32.680.000**	**32.161.000**	**519.000**	**+ 1,61**

Die Einnahmesteigerung liegt mit + 1.6 % (Vj. + 4,7 %) unter der Tarifanpassungsrate von 3,5 %. Dies korreliert mit dem Im Berufsverkehr stagnierenden, im Gelegenheits- und Schülerverkehr rückläufigen Nachfrageverhalten. In einem wirtschaftlich und beschäftigungspolitischen stabilen Umfeld dämpften vor allem sinkende Benzinpreise, das nahezu völlige

Ausbleiben einer ÖPNV-förderlichen Winterwitterung sowie streikbedingte Ausfalltage im Schienenpersonennahverkehr der Deutschen Bahn die Entwicklung.

c) Verbundübergreifende Zusammenarbeit
Auf der Basis der bereits seit Herbst 2013 vorliegenden Vertiefungsstudie Im Teilprojekt Städteschnellbus/Schiffsverbindungen (Teilprojekte 1.2 - 1.4) erfolgten Im Berichtsjahr intensive Erörterungsrunden. Das Beratungsunternehmen Planung Transport Verkehr (PTV) erhielt den Auftrag, auf der Grundlage des Identifizierten Anpassungsbedarfs eine endgültige Berechnung durchzuführen. Deren Ergebnisse logen im Berichtsjahr noch nicht vor.

Im Projekt Verbunderweiterung Landkreis Lindau (Teilprojekt 3) präsentierte das beauftragte Beratungsunternehmen Münchener Verkehrsverbund (MVV) erste Ergebnisse, welche die bisher angenommene Größenordnung und somit die Machbarkeit bestätigten. Damit konnte eine der bedeutendsten Untersuchungen In der Verbundgeschichte erfolgreich abgeschlossen werden.

d) Fahrplanmanagement
Im Berichtsjahr wurde in der Elektronischen Fahrplanauskunft (EFA) bei Zugauskünften die Echtzeitauskunft realisiert. In den beiden Mobilitätszentralen wurden dynamische Fahrgastinformationsanzeiger installiert und in Betrieb genommen. Die Georeferenzierung der Omnibushaltestellen Im bodo und deren Aufnahme In das landesweite Haltestellenkataster wurde nahezu abgeschlossen. Das bisherige Verbundfahrplanbuch wurde im Berichtsjahr aufgelassen zugunsten einer Broschüre „Schienenfahrplan" mit einer Auflage von 10.000 Stück. Zur Rücknahme des Verbundfahrplanbuchs erreichten den Verbund vereinzelte Kundenbeschwerden. Im Berichtsjahr wurden wieder Minifahrpläne in einer Gesamtauflage von 324.000 Stück produziert (Vorjahr 270.000 Stück). Im Zuge des Projekts „emma" wurde eine Rufbus-Buchungsmöglichkeit im Internet oder telefonisch aus der Smartphone-App realisiert.

e) Projekt E-Mobilität
Im Auftrag des Bodenseekreises wurden im Herbst des Berichtsjahres in drei Gemeinden des Bodenseekreises „emma"-Verkehre („emma" = Elektromobilität mit Anschluss) realisiert, und zwar in Eriskirch und Deggenhausertal als Rufbus-Verkehre und In Meckenbeuren als Bürgerbus-Betrieb mit entsprechender Vereinsgründung. Der Verbund implementierte in kürzester Zeit das IT-Dispositionsverfahren Ansat sowie eine telefonische und smartphonebasierte Anmeldemöglichkeit und unterstützte mit Marketingaktivitäten die Einführungskampagne.

f) Projekt Gästekarte
lm Projekt Gästekarte wurden Im Berichtsjahr die von bodo geleisteten Vorarbeiten mit den Vorstellungen und Anforderungen des Tourismus, vertreten durch die Landkreise Bodenseekreis, Lindau und Ravensburg und die Deutsche Bodensee Tourismus GmbH (DBT), intensiv abgestimmt. Es wurde eine Marktforschungsstudie In Auftrag gegeben, deren Ergebnisse zum Ende des Berichtsjahres vorlagen. Für die weitere Zusammenarbeit von bodo, DBT und Landkreis Bodenseekreis in diesem für die Region zukunftsweisenden Projekt wurde noch im Berichtsjahr eine Absichtserklärung geschlossen.

g) Projekt elektronisches Fahrgeldmanagement (EFM)
Im Berichtsjahr wurden die technischen und organisatorischen Grundlagen erarbeitet und die erforderlichen Unterlagen (Lastenhefte und weitere Dokumente) weitgehend fertiggestellt. Darüber hinaus wurde zwischen den beschaffenden Verkehrsunternehmen ein Auftraggebergemeinschaftsvertrag geschlossen, bei dem die Geschäftsstelle die Aufgabe der Vergabestelle übernimmt. Im November des Berichtsjahrs erfolgte Im elektronischen Amtsblatt der EU (TED) die Bekanntgabe des Verhandlungsverfahrens mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb zur Beschaffung von Komponenten des EFM im bodo. Im gesamten Berichtsjahr

wurde bodo zuverlässig und kompetent von Verkehrsingenieur Klemens Schirk (Aachen) beraten.

g) Marketing, Öffentlichkeitsarbeit und Vertrieb

Das Internetportal www.bodo.de verzeichnete im Berichtsjahr mit 566.000 Zugriffen (Vj. 554.000) nach einer Stagnation im Vorjahr wieder einen Anstieg um ca. 2 %. Die bodo-Fahrplan-App (für IOS- und Android-Betriebssysteme) entwickelte sich gemäß dem allgemeinen Trend weiterhin positiv. Die Abonnement-Bestellungen im Internet (Abo-online) sanken leicht von 685 Bestellungen im Vorjahr auf 638 Bestellungen. Bei 117 Newsletter-Neu-bestellungen (Vj. 217) konnten im Berichtsjahr 900 Nutzer direkt und digital mit Neuigkeiten versorgt werden.

Im Jubiläumsjahr 2014 wurde der 8. bodo-Erlebnistag zum großen Jubiläumsfest „ 10 Jahre bodo". Am Sonntag, den 11. Mai feierten rund 8.000 Fahrgäste (Vj. 3.100) in Dampfzügen sowie auf dem Ravensburger Bahnhofsfest im Beisein von Verkehrsminister Winfried Hermann. Der Jubiläumstag war ein großer Erfolg und erzielte starke Beachtung In der Öffentlichkeit und bei den Medien.

Anlässlich des Jubiläums „ 10 Jahre bodo" wurde sowohl eine Jubiläumsbroschüre herausgegeben wie auch das Corporate Design des Verbunds einem Relaunch unterzogen. Eine stärkere Farb- und Schriftsprache sowie runde Layoutformate prägen das neue Verbund-Design.

Die Entwicklung der Nutzerzahlen des Radexpress Oberschwaben zeigte im Berichtsjahr mit 5.900 Beförderungen (Vj. 4.000) einen markanten Anstieg. Die neu eingeführte Radexpress-Gästekarte, die für Gäste der Gemeinden Altshausen, Aulendorf, Bad Wurzach und der Ferienregion Nördlicher Bodenseekreis eine Gratisnutzung vorsieht, kam gut an und wurde von über 400 Fahrgästen genutzt.

Als gemeinsame Mobilitätskampagne der Verbünde bodo, DING und naldo wurde Anfang Mai die Aktion Verbundfaltrad gestartet. Bis zum Ende des Berichtsjahres meldeten die kooperierenden Fahrradfachhändler im bodo-Verkehrsverbund 24 verkaufte Falträder.

Mit der Einführung des Handy-Tickets im bodo Anfang Mai wurde der Fahrscheinerwerb über mobile Medien geschaffen. Mit 3.900 Stück verkauften Fahrscheinen, 15.800 € Fahrgeldeinnahmen und 760 registrierten Handy-Ticket-Kunden erzielte der bodo-Verkehrsverbund im Berichtsjahr (Mai - Dezember) einen Achtungserfolg, der in den folgenden Geschäftsjahren noch ausgebaut werden soll.

Im Berichtsjahr koordinierte der Verbund mehrere Sitzungen im Projekt „Gemeinsam sicher", das die Sicherheit von Fahrgästen und Fahrpersonal im Omnibuslinienverkehr fokussiert. Im Berichtsjahr erfolgte die Erarbeitung der Projektziele und Maßnahmen, die Umsetzung soll im Folgejahr erfolgen. Als eine erste, vorgreifende Maßnahme wurde ein Alkoholkonsumverbot Omnibuslinienverkehr beschlossen, das zum 1. Januar im Folgejahr in Kraft trat.

h) Vertriebsorganisation Verbund

Die beiden Mobilitätszentralen In Friedrichshafen und Ravensburg, ein Kooperationsprojekt zwischen DB Vertrieb GmbH und bodo, werden von den Kunden sehr gut angenommen. lm Herbst wurde die Mobilitätszentral in Kißlegg eingeweiht, die von der Gemeinde Kißlegg betrieben wird. Zwei private Verkaufsstellen in Aulendorf und Immenstaad (Bodensee) wurden ebenfalls im Berichtsjahr zur bodo-Mobilitätszentrale.

i) Geschäftsstellenangelegenheiten
Angesichts der im Berichtsjahr deutlich gestiegenen Anzahl von Sitzungen erfüllten die im Vorjahr bezogenen Räumlichkeiten in punkto Größe, Lage und verkehrliche Erreichbarkeit voll Ihren Zweck.

j) Fazit und Ausblick
Die intensive Arbeit an den fünf Zukunftsprojekten des bodo (Kooperation VHB, Erweiterung Lindau, Gästekarte, Elektronisches Fahrgeldmanagement und Elektromobilität „emma"), die Betreuung zahlreicher weiterer Projekte (Finanzierungsreform, Projekt gemeinsam sicher, Mobilitätszentrale, Verbundfaltrad) und die deutliche Zunahme von Kundenanfragen stellten im Berichtsjahr an die Geschäftsstelle Herausforderungen, die mit den begrenzten personellen Ressourcen erfolgreich bewältigt werden konnten.

Die demografische Entwicklung In Form zurückgehender Schülerzahlen beginnt sich als negativer Langfristtrend auch im Verbundgebiet abzuzeichnen. Nutzer- und Erlöspotentiale in den Marktsegmenten des Gelegenheits- und Berufsverkehrs sind jedoch angesichts von hoher Marktsättigung und begrenzter Zahlungsbereitschaft weitgehend ausgeschöpft. Den Gestaltungsmöglichkeiten insbesondere im Bereich des Omnibuslinienangebots sind durch die zeitlich verschobene Finanzierungsreform und die fehlende Planungs- und Finanzierungssicherheit so enge Grenzen gesetzt, dass hieraus in der nahen Zukunft keine Wachstumsimpulse zu erwarten sein werden. Im Schienenpersonennahverkehr werden die wettbewerblichen Vergabeverfahren erst mittelfristig positive Impulse für die Fahrgastnachfrage bringen.

Es wird vorgeschlagen, den Jahresüberschuss der Gewinnrücklage zuzuführen.

Aufgrund der gesellschaftsvertraglichen Verlustausgleichsregelung wird in den folgenden Jahren/für das nächste Jahr jeweils ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Ravensburg, 20. Februar 2015

Jürgen Löffler

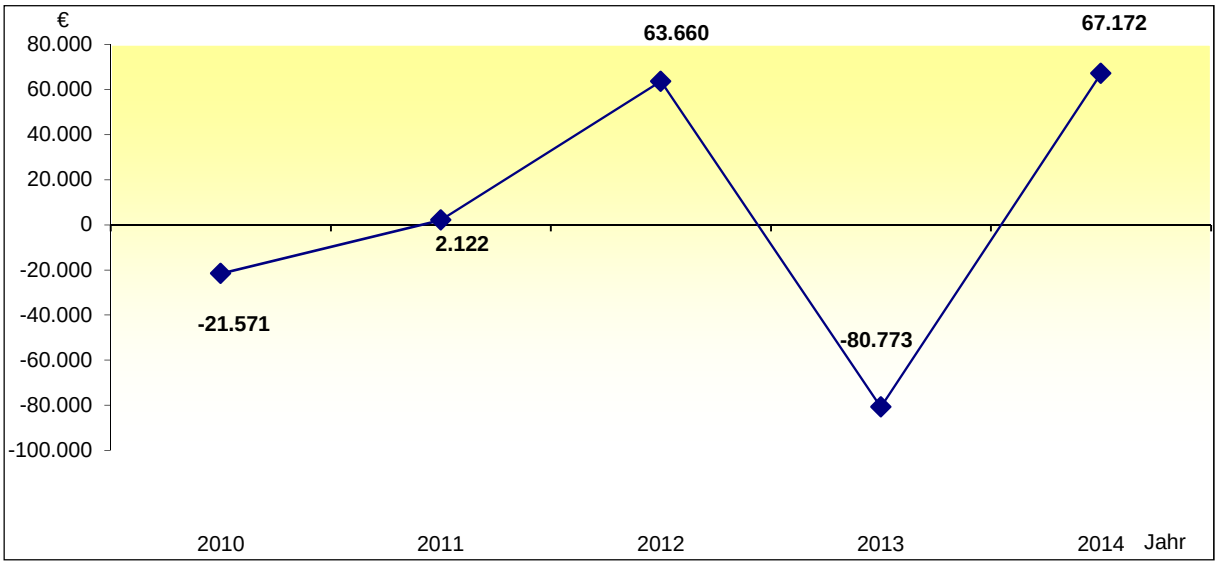
11. Abschlussprüfer

EversheimStuible Treuberater GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2014	2013	2012	2011	2010
Fahrgäste	33.278.000	33.997.000	33.672.602	33.468.000	33.303.000
Zugriffe auf Internetseite	566.000	554.000	569.780	534.560	457.000

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2014

Bilanz	**2014**		**2013**		**2012**	
Aktiva	**T€**	%	**T€**	%	**T€**	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	28,1	1,9	25,2	2,7	11,1	1,3
II. Sachanlagen						
1. Bauten auf fremden Grundstücken	0,3	0,0	0,9	0,1	1,4	0,2
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	42,4	2,9	45,2	4,9	27,2	3,2
	70,7	4,9	**71,3**	7,7	**39,7**	4,7
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte	15,1	1,0	10,9	1,2	8,6	1,0
II. Forderungen u. sonstige Vermögens-gegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	13,1	0,9	4,2	0,4	0,0	0,0
2. Forderung gegen Gesellschafter	176,8	12,3	91,1	9,8	0,5	0,1
3. Sonstige Vermögensgegenstände	41,7	2,9	78,9	8,5	26,3	3,1
III. Kassenstand, Guthaben bei Kredit-instituten	1.121,8	77,9	669,6	72,3	770,1	91,1
	1.368,4	95,0	**854,6**	92,3	**805,5**	95,3
C. C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,6	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0
Bilanzsumme	**1.439,7**	100,0	**926,0**	100,0	**845,3**	100,0

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2014

Bilanz	**2014**		**2013**		**2012**	
Passiva	**T€**	%	**T€**	%	**T€**	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	32,0	2,2	32,0	3,5	32,0	3,8
II. Rücklagen						
1. Gewinnrücklagen	50,4	3,5	131,2	14,2	67,5	8,0
III. Jahresfehlbetrag	-80,8	67,2	4,7	-80,8	-8,7	63,7
	149,6	10,4	**82,4**	8,9	**163,2**	19,3
B. Rückstellungen	**48,0**	3,3	**38,3**	4,1	**26,4**	3,1
C. Verbindlichkeiten						
l. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	249,2	17,3	173,2	18,7	112,7	13,3
ll. Verbindlichkeiten gegenüber Gesell-schaftern	37,1	2,6	41,5	4,5	20,5	2,4
III. Sonstige Verbindlichkeiten	955,9	66,4	590,7	63,8	522,6	61,8
	1.242,2	86,3	**805,3**	87,0	**655,8**	77,6
D. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	**1.439,7**	100,0	**926,0**	100,0	**845,3**	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbundgesellschaft mbH zum 31.12.2014

Gewinn- und Verlustrechnung	**2014**		**2013**		**2012**	
	T€	%	**T€**	%	**T€**	%
1. Umsatzerlöse	0,6	0,0	3,6	0,3	4,5	0,5
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.425,7	100,0	1.117,4	99,7	890,8	99,5
5. Gesamtleistung	**1.426,3**	100,0	**1.121,0**	100,0	**895,2**	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	42,4	3,1	57,0	4,7	55,2	6,6
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	358,6	26,4	225,6	18,8	61,5	7,4
7. Personalaufwand			0,0		0,0	
a) Löhne und Gehälter	423,1	31,1	395,6	32,9	309,3	37,1
b) Soziale Abgaben	65,8	4,8	62,3	5,2	47,0	5,6
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	31,5	2,3	22,0	1,8	17,2	2,1
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	437,1	32,2	439,3	36,6	342,8	41,2
10. Gesamtaufwand	**1.358,5**	100,0	**1.201,8**	100,0	**833,1**	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	**67,8**		**-80,7**		**62,2**	
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,1		0,5		1,5	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-0,4		0,0		0,0	
18. Finanzergebnis	**-0,3**		**0,5**		**1,5**	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**67,5**		**-80,3**		**63,7**	
20. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
22. Sonstige Steuern	-0,3		-0,5		0,0	
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	**67,2**		**-80,8**		**63,7**	

BOB - Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG

1. Allgemeine Angaben

Bodensee-Oberschwaben-Bahn

Name des Unternehmens:	Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG
Kontakt:	Kornblumenstraße 7/1, 88046 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 505-0 Fax: 07541 / 505-221 E-Mail: info@bob-fn.de Homepage: www.bob-fn.de
Gründungsdatum:	5. Februar 2002
Eintragung Handelsregister:	29. Oktober 2009
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	5. Februar 2002 23. September 2004
Wirtschaftsjahr:	1. Oktober - 30. September

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von öffentlichem Personennahverkehr, insbesondere Schienenpersonennahverkehr.

3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital

An der BOB GmbH & Co.KG ist die Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH als Komplementärin und persönlich haftende Gesellschafterin ohne Einlage und Kapitalanteil beteiligt. Das ins Handelsregister eingetragene Haftkapital der Kommanditisten beträgt 1.278.400 €. Es verteilt sich auf die Kommanditisten wie folgt:

	Stammkapital	Anteil
Technische Werke Friedrichshafen GmbH	351.560 €	27,50 %
Stadt Ravensburg	319.600 €	25,00 %
Landkreis Bodenseekreis	255.680 €	20,00 %
Landkreis Ravensburg	223.720 €	17,50 %
Gemeinde Meckenbeuren	127.840 €	10,00 %
	1.278.400 €	**100,00 %**

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung wird von der BOB VerwaltungsGmbH, Friedrichshafen, wahrgenommen. Diese wird durch ihren Geschäftsführer, Herrn Dipl.-Verw.-Betriebswirt Manfred Foss, Friedrichshafen, vertreten. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Beirat:

Der Beirat ist bei der Komplementärin, der BOB Verwaltungs-GmbH installiert.

Gesellschafterversammlung:

Vorsitzender	Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis
Mitglieder:	Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Die Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG (Rechtsvorgängerin: Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH) betreibt seit 1993 Schienenpersonennahverkehr zwischen Friedrichshafen Stadt und Ravensburg. Ab 1997 hat sie ihr Bedienungsgebiet im Norden bis Aulendorf und im Süden bis Friedrichshafen Hafen erweitert und sich damit als fester Bestandteil des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region Bodensee-Oberschwaben etabliert.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

⇒ Bodensee-Oberschwaben-Verkehrsverbundgesellschaft mbH, Ravensburg (Anteil: 5 %)

7. Wesentliche Verträge

Betriebsführungsverträge

⇒ Vertrag über die kaufmännische Betriebsführung mit der TWF Friedrichshafen GmbH vom 19. April 1993 mit Nachträgen vom 20. September 1995, 26. September 1997 und 25. Januar 2000.

⇒ Vertrag über die technische Betriebsführung im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) mit der Hohenzollerischen Landesbahn AG, dem Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB) vom 30. September/5. Juli 1993. Gegenstand ist die Durchführung der Triebwagenfahrten auf der DB-Strecke Friedrichshafen Stadt/Hafen – Aulendorf und den damit verbundenen eisenbahntechnischen Leistungen.

Mietverträge

⇒ Mietvertrag mit der Deutschen Bahn AG, vertreten durch die DB Immobiliengesellschaft mbH, vom 7. März 2001 mit Nachträgen vom 10. Dezember 2001 und 14. Mai 2002. Mietgegenstand ist das Betriebsgelände in Aulendorf.

⇒ Mietvertrag mit der Deutschen Bahn AG, vertreten durch die DB Immobiliengesellschaft mbH, vom 30. April 1999. Mietgegenstand ist der Betriebshof in Friedrichshafen.

Zuschussvertrag

⇒ Verkehrsvertrag mit dem Land Baden-Württemberg im SPNV auf der Südbahn zwischen Friedrichshafen und Aulendorf vom 17. Februar 2009.

Weitere wesentliche Verkehrsverträge

⇒ Grundsatz-Infrastrukturnutzungsvertrag mit der DB Netz AG vom 15. April 2013 über den Zugang des von der DB Netz AG betriebenen Schienennetzes sowie Serviceeinrichtungen.

⇒ Stationsnutzungsvertrag mit der DB Station & Service AG vom 25. November 2013. Gegenstand ist die Festlegung der Bedingungen für die Gewährung der Nutzung der Stationen der DB Station & Service AG-

⇒ Einzelnutzungsvertrag über die Nutzung von Serviceeinrichtungen der DB Netz AG zwischen der DB Netz AG und der BOB vom 16. Dezember 2011. Der Vertrag regelt auf Basis des Grundsatz-Infrastrukturnutzungsvertrags die Nutzung von speziell definierten Serviceeinrichtungen.

⇒ Vertrag über die Wahrnehmung von Aufgaben der BOB-Verkaufsorganisation durch RAB-Mitarbeiter mit der RAB GmbH vom 5. Oktober 1993

⇒ Kooperationsvertrag über die Bildung einer Tarifgemeinschaft mit der RAB GmbH vom 6. Oktober 2004 mit Nachträgen vom 16. September 2009, 17. November 2009 und 30. November 2010.

⇒ Dienstleistungsvertrag über den Vertrieb von Fahrkarten mit der DB Vertrieb GmbH vom 11. Juni 2010.

Verkehrsverbundverträge

⇒ Zusammenarbeitsvertrag mit bodo vom 13. Dezember 2003.

⇒ Einnahmezuscheidungsvertrag zwischen BODO, RAB und BOB einerseits und verschiedenen Verkehrsunternehmen andererseits vom 12. Dezember 2003 mit 4 Ergänzungsvereinbarungen, welche zum 2. Dezember 2009 in Kraft getreten sind.
⇒ Vertrag über den Ausgleich verbundbedingter Belastungen zwischen den Landkreisen Bodenseekreis und Ravensburg als Aufgabenträger und der BOB vom 12. Dezember 2003 mit Ergänzungsverträgen vom 5. April 2006, 28. November 2009 und 25. November 2009.
⇒ Vereinbarung über verbundbedingte Investitionen und deren Finanzierung zwischen den Landkreisen Bodenseekreis und Ravensburg und der BOB.

8. Wesentliche Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlungen vom Bodenseekreis an BOB im Kalenderjahr 2014:
⇒ 36.908 € Zuschüsse für die Umwelt-Abo-Karten:
⇒ 91.966 € für Schülermonatskarten:

Gemäß § 12 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags werden Gewinnanteile den Darlehenskonten der Kommanditisten gutgeschrieben, falls nicht die Gesellschafterversammlung vor oder bei Feststellung des Jahresabschlusses beschließt, Teile des Gewinns den Rücklagenkonten zuzuschreiben.

9. Anzahl der 2013/2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/ Arbeitnehmerinnen

Neben dem Geschäftsführer war ein weiterer Mitarbeiter als Prokurist beschäftigt. Die für die Abwicklung des operativen Geschäfts erforderlichen Leistungen werden von den Betriebsführern über Betriebsführungsverträge gegen Entgelt erbracht.

10. Lagebericht

a) Geschäftsverlauf

Die Bodensee-Oberschwaben-Bahn kann im Geschäftsjahr 2013/14 unter schwierigeren Rahmenbedingungen verkehrs- und betriebswirtschaftliche Erfolge vorweisen. Dies zeigt sich sowohl bei der weiterhin positiven Entwicklung der Fahrgastzahlen, die entgegen dem bodo-Trend bei der Gesellschaft weiter steigen, als auch einem durch hohe Belastungen beim Wagenpark (Instandhaltung, Erweiterung) gekennzeichneten Unternehmensergebnis. Obwohl die Gesellschaft nach vielen Jahren erstmals wieder ein negatives Unternehmensergebnis ausweist, liegt der Jahresfehlbetrag von -0,29 Mio. € deutlich unter dem Ansatz des Wirtschaftsplanes von -1.328 Mio. €. Hierzu maßgeblich beigetragen haben die Zahlungen der DB AG aufgrund des von der Gesellschaft erfolgreich betriebenen Rechtsstreites im Zusammenhang mit den überhöhten Stationspreisen. Daneben haben insbesondere höhere Umsatzerlöse zu der Verbesserung beigetragen.

Da die Bundesländer Aufgabenträger für den SPNV sind, bildet der zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Gesellschaft bestehende Verkehrsvertrag die rechtliche Grundlage für die Durchführung der BOB-Verkehre. Seit dem 1. Januar 2010 werden neben den unmittelbaren Betriebskosten auch die Aufwendungen für die Inanspruchnahme der DB-Schieneninfrastruktur (Trasse und Bahnhöfe bzw. Haltepunkte) vom Land abgegolten. Für die Trassennutzung besteht seitens der Gesellschaft ein lnfrastrukturnutzungsvertrag mit der DB Netz AG sowie für die Halte ein Stationsnutzungsvertrag mit der OB Station & Service AG; Die teilweise exorbitanten Steigerungen der Infrastruktur-Entgelte in den zurückliegenden Jahren wirken sich seit diesem Zeitpunkt nur noch mittelbar und ohne wirtschaftliche Effekte auf das Ergebnis der Gesellschaft aus. Der Rechtsstreit für die überhöhten Stationsentgelte für den Zeitraum 2005 bis Februar 2008 ist abgeschlossen; das entsprechende Urteil ist rechtskräftig. Weiterhin offen sind die von der DB betriebenen und noch anhängigen

Verfahren von März 2008 bis Dezember 2010. Hieraus ergeben sich jedoch keine weitergehenden Risiken für die Unternehmensergebnisse, da die Forderungen von DB Station& Service in voller Höhe als Aufwand verbucht und mögliche Kosten für Zinsforderungen, Rechtsberatung und Gerichtsverfahren durch Rückstellungen entsprechend berücksichtigt sind.

Die für die Betriebsdurchführung erforderlichen Dienstleistungen werden wie bisher von den betreffenden Vertragspartnern erbracht. So ist weiterhin die Technische Werke Friedrichshafen GmbH (TWF) für die kaufmännische und verkehrswirtschaftliche Betriebsführung sowie die technische und kassenmäßige Betreuung der BOB-eigenen Fahrausweisautomaten zuständig, im Produktionsbereich zeichnen die DBZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH (RAB) für die Personalgestellung der Triebwagenführer und die Hohenzollerische Landesbahn AG für den eisenbahntechnischen Part verantwortlich.

Die Gesellschaft hat ihr Fahrplanangebot im Fahrplanjahr 2013/2014 (15. Dezember 2013-13. Dezember 2014) im Grundsatz unverändert beibehalten. Das Fahrleistungsvolumen betrug im Geschäftsjahr (1. Oktober 2013 - 30. September 2014) rund 532.000 km, und liegt damit um 12.000 km über dem Vorjahreswert (519.638 km). Ursächlich hierfür sind im Vorjahr durchgeführte Schienenersatzverkehre aufgrund von Baumaßnahmen.

Die Gesellschaft verfügt seit Juni 2013 über zwei neue zusätzliche Triebwagen, sodass der gesamte Wagenpark nun neun Triebwagen vom Typ Regio-Shuttle (RS 1) umfasst. Anlass für die Erhöhung der Fahrzeugkapazitäten waren die kontinuierlich steigenden Fahrgastzahlen, welche mittlerweile ganzjährig an Werktagen den Wert von 5.000 Personen überschreiten mit der Folge, dass es insbesondere in den Hauptverkehrszeiten zu Kapazitätsengpässen kommt. Mit den zusätzlichen Fahrzeugen besteht die Möglichkeit auf diese Nachfragespitzen entsprechend reagieren zu können. Im zurückliegenden Zeitraum haben die Triebwagen entscheidend dazu beigetragen, dass aufgrund des eingeschränkten Wagenparks durch Hauptuntersuchungen bzw. Rostsanierungen dauerhafte Schienenersatzverkehre vermieden werden konnten. Im Zeitraum 2012 bis 2014 war bzw. ist die Durchführung der Hauptuntersuchung bei allen sieben Triebwagen fällig; jedes Fahrzeug steht damit für circa zwei Monate nicht zur Verfügung. Zusätzlich sind weitere Maßnahmen bei den vier aus dem Jahre 1998 stammenden Fahrzeugen notwendig geworden. Konstruktive Mängel führten bei dieser Baureihe zu vermehrter Rostbildung am Wagenkasten, mit der Folge, dass jedes dieser Fahrzeuge drei bis vier Monate für die Betriebsabwicklung nicht zur Verfügung stand. Beide Maßnahmen sollen bis Anfang 2015 abgeschlossen werden.

Die Gesellschaft konnte trotz der vorstehend beschriebenen Einschränkungen ihren Betrieb zuverlässig und pünktlich durchführen. Die Pünktlichkeitsquote liegt im laufenden Kalenderjahr 2014 (1. Januar - 30. September 2014) bei 96,8% und erreicht damit erneut einen auch bundesweit überdurchschnittlichen Wert.

Die Gesellschaft ist Vollmitglied im Verkehrs- und Tarifverbund „bodo“, der die Landkreise Bodenseekreis und Ravensburg umfasst und am 1. Januar 2004 gestartet ist. Die bodo-Tarife wurden zuletzt zum 1. Januar 2014 um durchschnittlich 3,5% erhöht.

Die Fahrgastentwicklung in den Zügen der Gesellschaft verläuft im Jahr 2014 weiterhin positiv und erreicht auf Basis der Fahrgastzählungen im März, Juni und September 2014 einen durchschnittlichen Zuwachs von 1 ,8 %. Dies ist insofern beachtlich, da der verbundweite Trend im laufenden Jahr (Januar bis Juli - 2,1 %) aufgrund der demographischen Entwicklung deutliche Rückgänge signalisiert.

b) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich im Geschäftsjahr 2013/2014 auf - 0,25 Mio. € (Vj. 0,11 Mio. €). Die Umsatzerlöse erhöhten sich um 0,34 Mio. €. Die sons-

tigen betrieblichen Erträge stiegen aufgrund von Periodenfremden Erträgen aus dem erfolgreichen Rechtsstreit um 0,4 Mio. €. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe legten hauptsächlich aufgrund höherer Aufwendungen im Fremdlieferungsbereich um 0,12 Mio. € zu. Des Weiteren erhöhten sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen aufgrund von Aufwendungen für Hauptuntersuchungen und die Beseitigung von Korrosionsschäden an mehreren Triebwagen sowie höherer Ausgaben für die technische Betriebsführung und höherer Trassen- und Stationsentgelte um 0,95 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind hauptsächlich aufgrund geringer Rechts- und Beratungskosten sowie Werbeaufwendungen um 0,2 Mio. € gesunken.

Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2013/2014 beläuft sich nach Steuern auf 0,29 Mio. €. Er liegt damit um 0,35 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

Die Vermögens- und Finanzlage war im Geschäftsjahr 2013/2014 weiterhin konstant. Es standen jederzeit ausreichend liquide Mittel zur Verfügung, was schon durch den Bestand an Bankguthaben zum 30. September 2014 in Höhe von rd. 2,8 Mio. € dokumentiert wird. Unter voller Einrechnung des Jahresfehlbetrages 2013/2014, der gemäß des Vorschlags der Geschäftsführung vollständig mit den Rücklagen verrechnet werden soll, errechnet sich eine Eigenkapitalquote von 52 % (30. September 2012: 49 %). Im Geschäftsjahr wurden planmäßige Darlehenstilgungen in Höhe von 0,17 Mio. € geleistet. Für die Finanzierung der beiden neuen Triebwagen wurde 2011 ein Darlehen in Höhe von 3,5 Mio. € aufgenommen. Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen betrugen rd. 0,06 Mio. €.

c) Risikobericht

Die Gesellschaft unterliegt Chancen und Risiken, mit denen jedes unternehmerische Handeln verbunden ist. Zur Beherrschung und Kontrolle der Risiken hat die lWF im Rahmen ihrer Aufgabenstellung als kaufmännische und verkehrswirtschaftliche Betriebsführerin der BOB KG ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Es finden halbjährlich Risikoinventuren statt. Gemäß dem letzten Risikobericht mit Stand Juni 2014 besteht bei der Gesellschaft ein strategisches Risiko: Die mögliche Kündigung des Verkehrsvertrages seitens des Landes hat eine strategische Ausrichtung der Gesellschaft auf die neuen Randbedingungen erforderlich gemacht, die sich aus den Aktivitäten des Landes zur Ausschreibung der SPNV-Verkehre ab 2016 ergeben haben. Entsprechende Maßnahmen wurden auf politischer und fachlicher Ebene im laufenden Geschäftsjahr durchgeführt. Mit der Zusage des Landes zur Weiterführung des bestehenden Verkehrsvertrags bis zum Abschluss der Elektrifizierung der Südbahn besteht dieses Risiko damit zwischenzeitlich nicht mehr für einen Zeitraum bis mindestens 2019.

Als weitere Risiken für die Zukunft werden angesehen: Anstieg der Treibstoffkosten und steigende Personalkosten, die sich über die entsprechenden Dienstleistungsverträge auch bei der BOB KG niederschlagen können. Das Risiko von Mehraufwänden durch Rostschäden hingegen reduziert sich mit der Durchführung der Sanierungsmaßnahmen sukzessive.

d) Prognosebericht

Seitens des Landes Baden-Württemberg war vorgesehen, die BOB-Verkehre im Rahmen der landesweiten SPNV-Ausschreibungen in ein größeres Los einzubinden und dieses dann für den Übergangszeitraum bis zur Elektrifizierung der Südbahn auszuschreiben. Die Gesellschaft hat die für sie infrage kommenden Optionen intensiv geprüft und im Gesellschafterkreis beraten. Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile wurde festgestellt, dass die Beibehaltung des Status-quo - gerade im Hinblick auf die weitreichenden Entscheidungen im Zuge eines Traktionswechsels - die beste Lösung darstellt. Nachdem auch das Land von dieser Lösung überzeugt werden konnte, gibt es nun seitens des Landes die generelle Bereitschaft, auf die Ausschreibung für den Übergangszeitraum zu verzichten. Der Beirat hat sich in seiner Sitzung am 29. September 2014 einstimmig hierfür ausgesprochen und die Geschäftsführung beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Nachdem das Land signalisiert hat, dass es den Verkehrsvertrag lediglich zu den derzeitigen Konditionen fortführen wird, hat dies zur Konsequenz, dass auch in den kommenden Jahren mit negativen Unternehmensergebnissen gerechnet werden muss. Wenngleich die großen Maßnahmen beim Wagenpark nunmehr abgeschlossen sind, machen sich hier einerseits der Zugang der beiden neuen Triebwagen, die insbesondere zu höheren Kapital-, aber auch Betriebskosten führen, und andererseits deutliche Steigerungen im Aufwandsbereich bemerkbar. Dies gilt vorrangig für höhere Personalkosten der Triebwagenführer sowie die extern bestimmte Entwicklung der Treibstoffpreise. Unter den beschriebenen Rahmenbedingungen wird im Geschäftsjahr 2014/2015 mit einem Fehlbetrag in Höhe von 0,4 Mio. € gerechnet.

Da in den Folgejahren aus gegenwärtiger Sicht keine gravierenden Veränderungen zu erwarten sind, entwickeln sich die Jahresfehlbeträge moderat. Gemäß der mittelfristigen Finanzplanung wird im Planungszeitraum bis zum Geschäftsjahr 2018/2019 mit jährlichen Defiziten in einer Spannbreite zwischen 70 T€ und 150 T€ gerechnet. Ab dem Geschäftsjahr 2016/2017 greift dann auch wieder die im Gesellschaftsvertrag verankerte Ausgleichspflicht der Jahresfehlbeträge durch die Gesellschafter.

e) Nachtragsbericht
Am 6. November 2014 hat das Landgericht Berlin im Verfahren bezüglich der Stationspreise März 2008 bis Dezember 2008 die Klage der DB Station & Service AG abgewiesen und di Verfahrenskosten der DB Station & Service AG auferlegt. Da das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, werden die gebildeten Rückstellungen weiterhin beibehalten.

Friedrichshafen, 20. November 2014

Manfred Foss

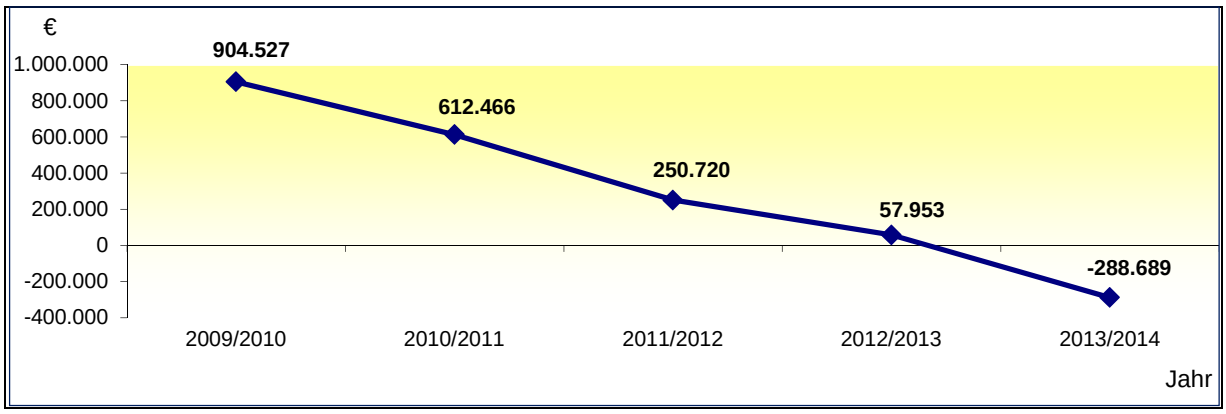
11. Abschlussprüfer

Rödl & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfergesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Nürnberg

12. Leistungskennzahlen

	2013/ 2014	2012/ 2013	2011/ 2012	2010/ 2011	2009/ 2010
Pünktlichkeitsquote	96,80%	97,3 %	98,1 %	98,7 %	98,7 %
Fahrgäste/Werktag	5.113	5.110	5.030	4.977	4.760
Fahrleistungsvolumen in km	532.000	520.000	534.000	534.615	531.815

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG zum 30.09.2014

Bilanz Aktiva	**2013/2014**		**2012/2013**		**2011/2012**	
	T€	%	**T€**	%	**T€**	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	39,3	0,3	59,8	0,5	80,4	0,7
II. Sachanlagen						
1. Bauten auf fremden Grundstücken	198,1	1,7	219,8	1,7	244,0	2,0
2. Technische Anlagen und Maschinen	8.015,1	67,1	8.654,8	65,5	4.461,4	37,2
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	187,2	1,6	324,7	2,5	391,2	3,3
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,0	0,0	0,0	0,0	4.095,0	34,1
III. Finanzanlagen						
1. Beteiligungen	1,6	0,0	1,6	0,0	1,6	0,0
	8.441,2	70,7	**9.260,7**	70,0	**9.273,6**	77,3
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	0,0	0,0	0,0	0,0	21,1	0,2
2. Forderung gegen Gesellschafter	39,7	0,3	80,9	0,6	42,1	0,4
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4. Sonstige Vermögensgegenstände	521,3	4,4	549,6	4,2	819,6	6,8
III. Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.925,4	24,5	3.320,5	25,1	1.825,6	15,2
	3.486,4	29,2	**3.951,0**	29,9	**2.708,3**	22,6
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**8,7**	0,1	**8,6**	0,1	**10,0**	0,1
Bilanzsumme	**11.936,3**	100,0	**13.220,3**	100,0	**11.992,0**	100,0

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG zum 30.09.2014

Bilanz Passiva	2013/2014 T€	%	2012/2013 T€	T€	2011/2012 %	T€
A. Eigenkapital						
I. Feste Kapitaleinlagen der Kommanditisten	1.278,4	10,7	1.278,4	9,7	1.278,4	10,7
II. Rücklagen	5.184,4	43,4	5.126,4	38,8	4.875,7	40,7
III. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-288,7	-2,4	58,0	0,4	250,7	2,1
	6.174,1	51,7	**6.462,8**	48,9	**6.404,8**	53,4
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	0,0	0,0	5,4	0,0	70,1	0,6
C. Rückstellungen						
I. Steuerrückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
II. Sonstige Rückstellungen	554,0	4,6	1.229,3	9,3	1.011,3	8,4
	554,0	4,6	**1.229,3**	9,3	**1.011,3**	8,4
D. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.149,6	26,4	3.324,8	25,1	2.075,0	17,3
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	1.556,6	13,0	1.494,2	11,3	2.023,8	16,9
III. Verbindlichkeiten gegen Gesellschaftern	327,6	2,7	317,4	2,4	260,6	2,2
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	85,3	0,7	89,3	0,7	84,2	0,7
V. Sonstige Verbindlichkeiten	81,9	0,7	290,0	2,2	55,0	0,5
	5.201,1	43,6	**5.515,6**	41,7	**4.498,5**	37,5
E. Rechnungsabgrenzungsposten	**7,2**	0,1	**7,2**	0,1	**7,2**	0,1
Bilanzsumme	**11.936,3**	100,0	**13.220,3**	100,0	**11.992,0**	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG zum 30.09.2014

Gewinn- und Verlustrechnung	**2013/2014**		**2012/2013**		**2011/2012**	
	T€	%	**T€**	**T€**	**T€**	%
1. Umsatzerlöse	7.970,3	91,7	7.628,0	96,0	7.366,2	96,4
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	718,9	8,3	319,0	4,0	275,1	3,6
5. Gesamtleistung	**8.689,2**	100,0	**7.947,0**	100,0	**7.641,3**	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.115,1	12,7	991,4	12,9	934,6	12,8
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.114,3	69,6	5.167,6	67,0	4.944,7	68,0
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	15,9	0,2	15,8	0,2	15,5	0,2
b) soziale Abgaben	3,4	0,0	3,0	0,0	3,0	0,0
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	882,5	10,0	718,8	9,3	636,7	8,8
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	654,2	7,4	812,9	10,5	739,6	10,2
10. Gesamtaufwand	**8.785,3**	100,0	**7.709,5**	100,0	**7.274,1**	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	**-96,1**		**237,5**		**367,1**	
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5,1		5,0		6,7	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme	-27,1		-23,9		-21,3	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-130,1		-112,2		-59,7	
18. Finanzergebnis	**-152,1**		**-131,1**		**-74,4**	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-248,2**		**106,4**		**292,8**	
20. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-21,4		-48,0		-41,6	
22. Sonstige Steuern	-19,1		-0,4		-0,4	
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	**-288,7**		**58,0**		**250,7**	

Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH
Kontakt:	Kornblumenstr. 7/1, 88046 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 505-0 Fax: 07541 / 505-221 E-Mail: info@bob-fn.de Homepage: www.bob-fn.de
Gründungsdatum:	12. Dezember 2001
Eintragung Handelsregister:	27. Oktober 2009
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	12. Dezember 2001 23. September 2004
Wirtschaftsjahr:	1. Oktober - 30. September

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Personengesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG.

3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital

Am Stammkapital des Unternehmens von 30.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Technische Werke Friedrichshafen GmbH	8.250,00 €	27,50 %
Stadt Ravensburg	7.500,00 €	25,00 %
Landkreis Bodenseekreis	6.000,00 €	20,00 %
Landkreis Ravensburg	5.250,00 €	17,50 %
Gemeinde Meckenbeuren	3.000,00 €	10,00 %
	30.000 €	**100,00 %**

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Manfred Foss, Dipl.-Verw.-Betriebswirt

Der Geschäftsführer erhält von der Gesellschaft keine Vergütung.

Beirat:

Vorsitzender:	Dr. Stefan Köhler, Erster Bürgermeister Friedrichshafen
stv. Vorsitzender:	Andreas Schmid, Bürgermeister Meckenbeuren
Mitglieder:	Wilfried Franke, Regionalverbandsdirektor
	Alfred Müllner, Geschäftsführer
	Dr. Daniel Rapp, Oberbürgermeister Ravensburg
	Hans-Georg Kraus, Erster Bürgermeister Ravensburg
	Dr.-Ing. Andreas Thiel-Böhm, Geschäftsführer

Kurt Widmaier, Landrat Landkreis Ravensburg
Gerd Hägele, Regierungsdirektor
Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis
Norbert Schültke, Dipl.-Ingenieur

Die Mitglieder des Beirates erhalten keine Vergütung.

5. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Tätigkeit der Gesellschaft besteht in der Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG. Weitere Beteiligungen können erworben und verwaltet werden. Eine eigene unternehmerische Geschäftstätigkeit entfaltet die Gesellschaft bislang nicht.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Gesellschaft ist an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG als Vollhafterin (Komplementärin) beteiligt. Sie hat in dieser Eigenschaft keine Einlage erbracht und hält keinen Kapitalanteil.

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Keine

9. Anzahl der 2013/2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/ Arbeitnehmerinnen

keine

10. Grundzüge des Geschäftsverlaufs und Lage des Unternehmens

Gesellschafter der Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH sind die Technische Werke Friedrichshafen GmbH (27,5 %), die Stadtwerke Ravensburg (25,0 %), der Landkreis Bodenseekreis (20,0 %), der Landkreis Ravensburg (17,5 %) und die Gemeinde Meckenbeuren (10 %). Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 30 000 €. Die Gesellschaftsdauer ist unbefristet.

Da Gegenstand des Unternehmens der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Personengesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG ist, fallen in der Gesellschaft nur wenige Geschäftsvorfälle an. Es gibt gegenwärtig keine Überlegungen, wonach die Gesellschaft eine eigene operative Geschäftstätigkeit entwickeln wird. Die GmbH hat keinen Kapitalanteil an der KG übernommen. Der Komplementärin werden sämtliche Auslagen erstattet, die ihr bei der Geschäftsführung und Vertretung der KG entstehen. Darüber hinaus erhält sie eine Vorabvergütung (Haftungsentschädigung) in Höhe von 6 % des eingezahlten Stammkapitals nach dem Stand zu Beginn des Geschäftsjahres.

Für die anstehenden Geschäftsjahre sind Risiken aus der Übernahme der persönlichen Haftung bei der Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG derzeit nicht zu erwarten. Für

die Zukunft wird eine weitgehende Deckung des Eigenaufwandes durch die Vorabvergütung (Haftungsentschädigung) erwartet.

Friedrichshafen, 20. November 2014

Manfred Foss

11. Abschlussprüfer

Rödl & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH zum 30.09.2014

Bilanz Aktiva	**2013/2014**		**2012/2013**		**2011/2012**	
	T€	%	**T€**	%	**T€**	**%**
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
II. Sachanlagen						
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2,1	7,2	0,0	0,1	2,3	7,7
III. Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten	27,6	92,6	30,2	99,8	27,1	92,2
	29,7	99,8	**30,2**	99,8	**29,3**	99,8
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,1	0,2	0,1	0,2	0,1	0,2
Bilanzsumme	**29,8**	100,0	**30,3**	100,0	**29,4**	100,0

Bilanz der Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH zum 30.09.2014

Bilanz Passiva	**2013/2014**		**2012/2013**		**2011/2012**	
	T€	%	**T€**	%	**T€**	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	30,0	100,7	30,0	99,1	30,0	102,1
II. Rücklagen	-2,1	-7,0	-2,6	-8,6	-2,4	-8,2
III. Jahresfehlbetrag	0,1	0,2	0,5	1,8	-0,2	-0,7
	28,0	93,9	**27,9**	92,2	**27,4**	93,2
B. Rückstellungen	**1,5**	5,0	**1,5**	5,0	**2,0**	6,8
C. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung						
III. Sonstige Verbindlichkeiten	0,3	1,0	0,8	2,8	0,0	0,0
	0,3	1,0	**0,8**	2,8	**0,0**	0,0
D. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	**29,8**	100,0	**30,3**	100,0	**29,4**	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung Bodensee-Oberschwaben-Bahn VerwaltungsGmbH zum 30.09.2014

Gewinn- und Verlustrechnung	**2013/2014**		**2012/2013**		**2011/2012**	
	T€	%	**T€**	%	**T€**	%
1. Umsatzerlöse						
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	1,8	100,0	2,2	100,0	2,6	100,0
5. Gesamtleistung	**1,8**	100,0	**2,2**	100,0	**2,6**	100,0
6. Materialaufwand						
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter						
b) Soziale Abgaben						
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen						
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1,8	100,0	1,7	100,0	2,8	100,0
10. Gesamtaufwand	**1,8**	100,0	**1,7**	100,0	**2,8**	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	**0,0**		**0,5**		**-0,3**	
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0		0,0		0,1	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
18. Finanzergebnis	**0,0**		**0,0**		**0,1**	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**0,1**		**0,5**		**-0,2**	
20. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0		0,0		0,0	
22. Sonstige Steuern						
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	**0,1**		**0,5**		**-0,2**	

Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH

1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH
Kontakt:	Neue Messe 1, 88046 Friedrichshafen Tel.: +49 7541 708-0 Fax: +49 7541 708-110 E-Mail: info@messe-fn.de Homepage: www.messe-friedrichshafen.de
Gründungsdatum:	10. Juni 1992
Eintragung Handelsregister:	28. Dezember 1992
Letzte Eintragung:	3. April 2014
Gesellschaftsvertrag:	24. Juni 2004
Letzte Änderung:	3. Dezember 2009
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Unternehmens ist der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, die Erstellung von Gebäuden und sonstigen Einrichtungen für Messezwecke und die Verwaltung dieses Grundbesitzes, insbesondere die Vermietung an die Messe Friedrichshafen GmbH zur Durchführung von Messen und Veranstaltungen.

Die Maßnahmen und Geschäfte der Gesellschaft haben sich auf das kommunalrechtlich Zulässige zu beschränken.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 3.150.000 €. Am Stammkapital sind folgende Gesellschaftergruppen beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Stadt Friedrichshafen	2.940.000 €	93,34 %
Landkreis Bodenseekreis	150.000 €	4,76 %
Industrie und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben	30.000 €	0,95 %
Handwerkskammer Ulm	30.000 €	0,95 %
	3.150.000 €	**100,00 %**

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer:	Klaus Wellmann Stefan Mittag
Gesellschafterversammlung:	
Vorsitzender:	Andreas Brand, Oberbürgermeister Friedrichshafen
Mitglieder	Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Das Messewesen wird in Deutschland traditionell als eine öffentliche Aufgabe angesehen, der sich hauptsächlich Länder und Gemeinden annehmen.
Bis zum Ende des Geschäftsjahres 1991/1992 veranstaltete die Internationale Messe Friedrichshafen GmbH (INTERNATIONALE) Messen und Ausstellungen hauptsächlich in eigener Regie. Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. August 1992 wurde von der bis dahin einheitlichen Gesellschaft das operative Messegeschäft abgespalten und auf die neue Messe Friedrichshafen GmbH (MESSE) übertragen. Im Rahmen dieser Betriebsaufspaltung fungiert die INTERNATIONALE ab dem Geschäftsjahr 1992/1993 als Besitzgesellschaft.
Der Bau des neuen Messegeländes nahe dem Flughafen wurde im Geschäftsjahr 2001/2002 fertiggestellt. Die „Neue Messe“ wurde am 26. Juli 2002 eröffnet. Inzwischen gibt es verschiedene Erweiterungshallen (2002/2003 Halle A6, 2003/2004 Halle B4, 2009 Hallen A7 und B5).

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

- ⇒ Mit Kaufvertrag vom 30. Juni 1992 verkaufte die Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH an die Messe Friedrichshafen GmbH sämtliche dem operativen Bereich zuzuordnenden Aktiven und Passiven nach dem Stand am 1. August 1992 (Übernahmestichtag). Nicht mit verkauft wurden die Grundstücke einschließlich der Gebäude, die grundstücksgleichen Rechte (insbesondere die Erbbaurechte), die mit den nicht verkauften Immobilien zusammenhängenden Verbindlichkeiten sowie die laufenden Pensionsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Arbeitnehmern einschließlich der damit zusammenhängenden Rückstellungen. Das Messegelände wurde von der INTERNATIONALE an die MESSE vermietet.
- ⇒ Zum 1. Juli 2002 wurde ein neuer Mietvertrag (Vertrag vom 28. Juni 2002) mit der MESSE (Mieter) abgeschlossen. Mietgegenstand ist die „Neue Messe Friedrichshafen 2002“ mit den Grundstücken und Bauten, dem Zubehör, den Einrichtungen und Geräten einschließlich der vom Vermieter von dritter Seite angemieteten Parkplätze für das Messegelände. Der zu entrichtende Mietzins wurde in der Folgezeit durch verschiedene Nachträge zum Mietvertrag mehrfach angepasst.
- ⇒ Zwischen der Stadt Friedrichshafen und der INTERNATIONALE bestehen zwei Pachtverträge vom 7./22. Dezember 2005 über die Parkplätze P 2 Ost und P 5. Die Pachtverträge haben eine Laufzeit vom 1. März 2003 bis zum 28. Februar 2033 (P 2 Ost) bzw. vom 1. März 2003 bis zum 28. Februar 2018 nach Verlängerung des Pachtvertrages (P 5).
- ⇒ Zwischen der Stadt Friedrichshafen und der INTERNATIONALE bestehen zwei Pachtverträge vom 20. Dezember 2006 über die Parkplätze P 7 und Maierhöfle/Zirkusplatz. Die Pachtverträge haben eine Laufzeit vom 1. Juli 2006 bis zum 31. Dezember 2015 (P 7) bzw. vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2016 (Maierhöfle/Zirkusplatz).
- ⇒ Zwischen der Stadt Friedrichshafen und der INTERNATIONALE bestehen zwei Pachtverträge vom 15. Dezember 2010 über die Parkplätze P Ost 2 und P West 2. Die Pachtverträge haben eine Laufzeit vom 1. Juli 2008 bis zum 28. Februar 2033 (P Ost 2) bzw. vom 1. Juli 2008 bis zum 31. Dezember 2017 P West 2).
- ⇒ Zwischen der Stadt Friedrichshafen und der INTERNATIONALE besteht eine Vereinbarung über die Bereitstellung von Ausgleichsflächen vom 3. März 2008. Eine weitere Vereinbarung wurde am 14./21. Dezember 2010 getroffen.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Keine

9. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Beschäftigt war im Geschäftsjahr ein Angestellter.

10. Lagebericht

a) Allgemeines

Die Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2014 wie in den Vorjahren mit der Verwaltung und Vermietung ihres Grundbesitzes und der Messeimmobilien beschäftigt. Die Mieterin, die MESSE FRIEDRICHSHAFEN GmbH, hatte im Berichtszeitraum ein sehr gutes Messejahr mit vollem Messeprogramm.

Die MESSE FRIEDRICHSHAFEN GmbH hat im Geschäftsjahr 2014 eine Gesamtmiete inkl. Übernahme der Grundsteuer von 10.854 T€ (Vj. 7.968 T€) geleistet (davon 10.465 T€ Miete (Vj. 7.565 T€) sowie 389 T€ Übernahme Grundsteuer 2014 (Vj. 403 T€). Diese Mietzahlung, die eine neue Rekordmarke darstellt, lag erneut deutlich über der Erwartung, so dass ein gegenüber der ursprünglichen Prognose erheblich verbessertes Ergebnis erreicht wurde.

Da durch die hohe Mietzahlungen 10.465 T€ (Vj. 7.565 T€) sowohl sämtliche Abschreibungen von 5.947 T€ (Vj. 5.940 T€) wie auch Finanzierungs- und sonstigen Aufwendungen gedeckt wurden, kann für das Geschäftsjahr 2014 entsprechend ein positives Jahresergebnis von 592 T€ (Vj. Jahresfehlbetrag - 2.381 T€) ausgewiesen werden. Der Zinsaufwand hat sich aufgrund der Umschuldung von 3.021 T€ im Vorjahr auf 2.762 T€ verringert. Die Eigenkapitalquote zum 31. Dezember 2014 beträgt 38,2 % (Vj. 37,1 %). Von den Verbindlichkeiten haben 57.687 T€ (Vj. 60.774 T€) eine Restlaufzeit von über einem Jahr. Der Cash Flow (Jahresergebnis zzgl. Abschreibung) von 6.539 T€ hat sich gegenüber dem Vorjahr (3.559 T€) aufgrund der höheren Mieteinnahmen verbessert.

b) Instandsetzungen und Investitionen

Die gewöhnlichen laufenden Instandhaltungs- und Wartungsaufgaben wurden gemäß Mietvertrag von der MESSE FRIEDRICHSHAFEN GmbH durchgeführt und bewegten sich im Wesentlichen im budgetierten Rahmen. Die am Ende des Vorjahres begonnenen Maßnahmen zur Verbesserung einer Geländefläche (Versorgungskanäle, Asphaltierung) als Vorbereitung für einen eventuellen zukünftigen Mobilhallenaufbau wurden im Verlaufe des Jahres 2014 abgeschlossen.

c) Darlehensoptimierung

Auf die vertraglich vorgesehene Auszahlung der letzten Rate des Liquiditätsdarlehens der Stadt Friedrichshafen in Höhe von 1.012 T€ wurde verzichtet. Hinsichtlich dieses Darlehens wurde darüber hinaus zu Beginn des Jahres 2015 eine Sondertilgung in Höhe von 3,0 Mio. € geleistet.

Des Weiteren wurde die Neufinanzierung der Sondertilgungen auf das Darlehen der Sparkasse Bodensee wie vereinbart abgeschlossen. Zu diesem Zweck wurde eine letzte Sondertilgung in Höhe von 3 Mio. € vorgenommen, die wiederum durch die Sparkasse Bodensee mittelfristig darlehensfinanziert wird. Diese Maßnahme verringert somit nicht die Liquidität der Gesellschaft, nutzt jedoch die aktuell günstige Zinssituation.

Insgesamt ist eine deutliche nachhaltige Reduzierung der Zinsbelastung Folge dieser Darlehensoptimierungsmaßnahmen.

d) Sicherungsgeschäfte

Zur Zinssicherung langfristiger Darlehen werden, grundsätzlich nach Abstimmung mit der Stadt- und Stiftungspflege des Hauptgesellschafters Stadt Friedrichshafen, vereinzelt Swap-

geschäfte abgeschlossen. Aufgrund des geringen Umfangs solcher Transaktionen sind spezielle Risikomanagementregelungen hierfür unseres Erachtens nicht erforderlich.

Spekulative derivative Finanzinstrumente werden nicht genutzt und sind nach einem Gesellschafterbeschluss untersagt.

d) Schlussbemerkungen
Der Mietvertrag mit der MESSE FRIEDRICHSHAFEN GmbH berücksichtigt die Aufrechterhaltung der Liquidität der Internationalen Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH wie auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten der MESSE FRIEDRICHSHAFEN GmbH. Die Mietzahlung konnte die laufenden Aufwendungen einschließlich der Abschreibungen vollständig decken, so dass ein Jahresüberschuss erwirtschaftet wurde. Für die kommenden Geschäftsjahre wird allerdings weiterhin mit Jahresfehlbeträgen gerechnet. Aufgrund erwarteter hoher Mietzahlungen durch die MESSE FRIEDRICHSHAFEN GMBH und der wirksamen Reduzierung der Zinsbelastung werden diese jedoch für die kommenden Jahre deutlich geringer prognostiziert als in den Vorjahren. In 2015 wird ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis erwartet, in 2016 führt das Veranstaltungsportfolio voraussichtlich zu einem vertretbaren Jahresfehlbetrag.

Nach derzeitiger Planung sind mittelfristig keine weiteren Mittelzuführungen des Hauptgesellschafters notwendig, solange keine neuen Großinvestitionen finanziert werden müssen. Begründet liegt dies ebenfalls in den weiterhin hohen erwarteten Mietzahlungen der Betriebsgesellschaft und erfolgten Darlehensoptimierungen zur nachhaltigen Reduzierung der Zinsbelastung.

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Friedrichshafen, 17. April 2015

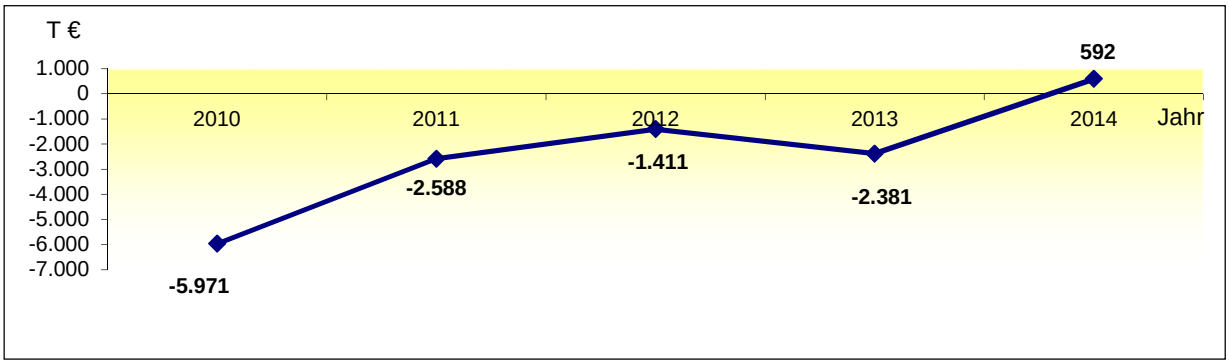
Die Geschäftsführung

11. Abschlussprüfer
Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

12. Kennzahlen

Kennzahlen	2014 in T €	2013 in T €	2012 in T €	2011 in T €	2010 in T €
Mieterträge	10.854	7.968	9.322	7.760	5.008
derivate Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken (Nominalvolumen)	1.827	2.416	2.744	3.255	3.765

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2014

Bilanz Aktiva	**2014 T€**	%	**2013 T€**	%	**2012 T€**	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	87.978,4	87,8	93.370,8	92,1	99.310,5	93,6
2. Anlagen im Bau	0,0	0,0	199,4	0,2	0,0	0,0
III. Finanzanlagen						
	87.978,4	87,8	**93.570,2**	92,3	**99.310,5**	93,6
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	0,0	0,0	7,1	0,0	3,0	0,0
2. Sonstige Vermögensgegenstände	0,2	0,0	77,5	0,1	12,3	0,0
III. Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten	9.556,8	9,5	4.886,3	4,8	3.719,3	3,5
	9.557,0	9,5	**4.970,8**	4,9	**3.734,6**	3,5
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**2.702,4**	2,7	**2.889,6**	2,8	**3.076,9**	2,9
Bilanzsumme	**100.237,8**	100,0	**101.430,6**	100,0	**106.122,0**	100,0

Bilanz der Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2014

Bilanz	**2014**		**2013**		**2012**	
Passiva	**T€**	%	**T€**	%	**T€**	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	3.150,0	3,1	3.150,0	3,1	3.150,0	3,0
II. Rücklagen	69.543,2	69,4	69.543,2	68,6	69.720,3	65,7
III. Gewinnrücklagen						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-35.040,5	-35,0	-32.659,8	-32,2	-31.248,4	-29,4
V. Jahresüber-schuss/Jahresfehlbetrag	591,8	0,6	-2.380,7	-2,3	-1.411,4	-1,3
	38.244,5	38,2	**37.652,7**	37,1	**40.210,5**	37,9
B. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtung	107,2	0,1	114,2	0,1	120,6	0,1
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	48,2	0,0	47,9	0,0	43,0	0,0
	155,4	0,2	**162,1**	0,2	**163,6**	0,2
C. Verbindlichkeiten						
I. erhaltene Anzahlung						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	6,9	0,0	1,5	0,0	109,1	0,1
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
VI. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	7.141,0	7,1	7.141,0	7,0	8.641,0	8,1
VII. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	45.141,1	45,0	46.734,7	46,1	46.281,0	43,6
VIII. Sonstige Verbindlichkeiten	9.548,8	9,5	9.738,6	9,6	10.716,8	10,1
	61.837,8	61,7	**63.615,8**	62,7	**65.747,9**	62,0
D. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	**100.237,8**	100,0	**101.430,6**	100,0	**106.122,0**	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Internationale Bodensee-Messe Friedrichshafen GmbH zum 31.12.2014

Gewinn- und Verlustrechnung	**2014**		**2013**		**2012**	
	T€	%	**T€**	%	**T€**	%
1. Umsatzerlöse	10.854,2	99,1	7.968,0	95,7	9.322,2	98,9
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	101,6	0,9	357,7	4,3	107,7	1,1
5. Gesamtleistung	**10.955,8**	100,0	**8.325,7**	100,0	**9.429,9**	100,0
6. Materialaufwand						
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	138,3	1,9	137,8	1,9	128,5	1,8
b) Soziale Abgaben	12,0	0,2	11,6	0,2	11,5	0,2
c) Aufwendungen f. Altersvorsorge	21,2	0,3	21,0	0,3	19,6	0,3
8. Abschreibungen auf Sachanlagen	5.946,7	82,6	5.939,8	81,5	5.939,8	82,9
9. Sonstige betriebl. Aufwendungen	1.081,3	15,0	1.181,4	16,2	1.065,4	14,9
10. Gesamtaufwand	**7.199,5**	100,0	**7.291,6**	100,0	**7.164,8**	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	**3.756,3**		**1.034,1**		**2.265,1**	
12. Erträge aus Beteiligungen						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,8		9,3		46,2	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.762,3		-3.021,1		-3.319,6	
18. Finanzergebnis	**-2.761,5**		**-3.011,8**		**-3.273,5**	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**994,8**		**-1.977,7**		**-1.008,4**	
20. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
22. Sonstige Steuern	-403,0		-403,0		-403,0	
23. Jahresfehlbetrag	**591,8**		**-2.380,7**		**-1.411,4**	
24. Verlustvortrag	-35.040,5		-32.659,8		-31.248,4	
25. Bilanzverlust	**-34.448,7**		**-35.040,5**		**-32.659,8**	

Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH

1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH
Geschäftsstelle Friedrichshafen:	Leutholdstraße 30 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 385 88-0 Fax: 07541 385 88-33 E-Mail: info@wf-bodenseekreis.de Homepage: www.wf-bodenseekreis.de
Niederlassung Überlingen:	Heiligenbreite 34 88662 Überlingen Tel.: 07551 9 471 937 Fax: 07551 9 471 939
Gründungsdatum:	1. Januar 2006
Eintragung Handelsregister:	8. Dezember 2006
Gesellschaftsvertrag:	2. August 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie die Förderung der Wirtschaftskraft von Industrie, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen im Bodenseekreis.

Dazu gehören gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrags insbesondere:

- ⇒ Existenzgründungsberatung
- ⇒ Beratung und Betreuung von klein- und mittelständischen Unternehmen z. B. bei der Standortwahl sowie bei der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen usw., ausgenommen sind Rechts-, Steuerrechts- und Finanzberatungen
- ⇒ Standortmarketing
- ⇒ Unterstützung von Außenwirtschaftsaktivitäten
- ⇒ Technologietransfer
- ⇒ Schaffung eines Netzwerkes von Gründer- und Technologiezentren im Bodenseekreis sowie das Management ausgewählter Zentren
- ⇒ Beratung der beteiligten Kommunen
- ⇒ Förderung weicher Standortvorteile; z. B. Ansprechpartner für Landschaftsparkprojekte
- ⇒ Intensivierung und Ausbau von Kooperationen mit benachbarten Wirtschaftsräumen im In- und Ausland
- ⇒ Vertretung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Region gegenüber Institutionen
- ⇒ Koordination, Projektentwicklung und –abwicklung von Fördermaßnahmen

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 96.050,00 €. Am Stammkapital sind folgende Gesellschaftergruppen beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Gesellschafter		
Stadt Friedrichshafen	20.650,00 €	21,50 %
Landkreis Bodenseekreis	8.900,00 €	9,27 %
Stadt Überlingen	7.150,00 €	7,44 %
Stadt Tettnang	5.850,00 €	6,09 %
ZF Friedrichshafen AG	5.850,00 €	6,09 %
ZEPPELIN GmbH	5.850,00 €	6,09 %
DADC GmbH	4.400,00 €	4,58 %
Gemeinde Meckenbeuren	4.000,00 €	4,16 %
Stadt Markdorf	3.950,00 €	4,11 %
Gemeinde Salem	3.250,00 €	3,38 %
Gemeinde Immenstaad	2.500,00 €	2,60 %
Gemeinde Kressbronn	2.500,00 €	2,60 %
Gemeinde Langenargen	2.200,00 €	2,29 %
Gemeinde Uhldingen-Mühlhofen	2.100,00 €	2,19 %
Stadt Meersburg	1.700,00 €	1,77 %
MTU Friedrichshafen GmbH	1.450,00 €	1,51 %
Luftschiffbau Zeppelin GmbH	1.450,00 €	1,51 %
Gemeinde Eriskirch	1.200,00 €	1,25 %
Gemeinde Deggenhausertal	1.150,00 €	1,20 %
Gemeinde Oberteuringen	1.150,00 €	1,20 %
Gemeinde Owingen	1.150,00 €	1,20 %
Gemeinde Bermatingen	1.050,00 €	1,09 %
Gemeinde Heiligenberg	900,00 €	0,94 %
Gemeinde Herdwangen-Schönach	900,00 €	0,94 %
Gemeinde Neukirch	800,00 €	0,83 %
Gemeinde Frickingen	750,00 €	0,78 %
Messe Friedrichshafen GmbH	750,00 €	0,78 %
MWS Friedrichshafen GmbH	725,00 €	0,75 %
RAFI Eltec GmbH Überlingen	725,00 €	0,75 %
Gemeinde Hagnau	400,00 €	0,42 %
Gemeinde Daisendorf	400,00 €	0,42 %
Gemeinde Stetten	250,00 €	0,26 %
Summe:	96.050,00 €	100,00 %

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer:	Benedikt Otte
Aufsichtsrat	
Vorsitzender	Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis
stellv. Vorsitzende(r)	Dr. Stefan Köhler, 1. Bürgermeister der Stadt Friedrichshafen Sabine Becker, Oberbürgermeisterin der Stadt Überlingen
Mitglieder	Ralf Bäuerle, Vorstand Sparkasse Salem-Heiligenberg Jürgen Beisswenger, Bürgermeister Gemeinde Immenstaad Simon Blümcke, Bürgermeister Gemeinde Hagnau Dr. Martin Brütsch, Bürgermeister Stadt Meersburg Michael Grossmann, Fritz Grossmann KG Manfred Härle, Bürgermeister Gemeinde Salem

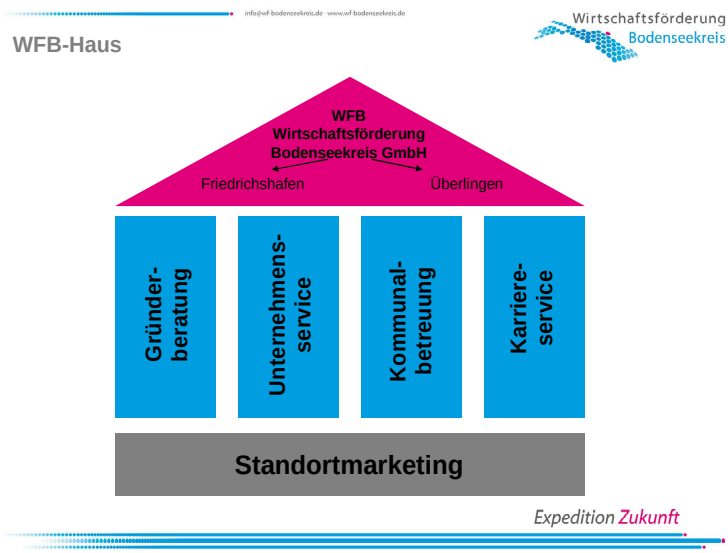
	Matthias Lenz, ZF Friedrichshafen AG Stefan Mittag, Messe Friedrichshafen GmbH Andreas Schmid, Bürgermeister Gemeinde Meckenbeuren Reinhold Schnell, Bürgermeister Gemeinde Neukirch Hermann-Josef Schwarz, Vorstand Volksbank eG Überlingen
Gesellschafterversammlung	Vertreter aller Gesellschafter
Vorsitzender	Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis
stellv. Vorsitzende(r)	Sabine Becker, Oberbürgermeisterin der Stadt Überlingen

Im Geschäftsjahr 2014 wurden keine Bezüge an Mitglieder des Aufsichtsrates gewährt.

5. Öffentlicher Zweck

Gemäß Gesellschaftsvertrag wird mit der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH das Ziel verfolgt, die Rahmenbedingungen und Strukturen im Bodenseekreis so zu gestalten und zu verändern, dass Arbeitsplätze für die Bevölkerung gesichert und neue geschaffen werden können. Dazu verfolgt die Gesellschaft die oben aufgeführten Zielsetzungen. Die inhaltlichen Schwerpunkte der durchgeführten Projekte und Beratungen liegen dabei auf den Bereichen:

- ⇒ **Existenzgründungen und Jungunternehmerberatung:**
  Unterstützung und Betreuung von Existenzgründern und jungen Unternehmen in Bereichen der Unternehmensgründung, Betriebserweiterung, -verlagerung und -umstellung sowie im Umgang mit Behörden und Ämtern
- ⇒ **Unternehmensservice / Bestandspflege:**
  Maßnahmen, die auf einzelne Betriebe (Beratung, Informationsbeschaffung und -weitergabe) wie auch auf die Gesamtheit der Unternehmen (Veranstaltungen, Publikationen, Veröffentlichungen) ausgerichtet sind
- ⇒ **Kommunal- und Kreisbetreuung:**
  Beratung der Kommunen sowie des Landkreises und deren / dessen Gremien bei der Gestaltung der wirtschaftsstrukturellen Rahmenbedingungen (u. a. Wirtschaft- und Gewerbeflächenentwicklung, Infrastrukturaufbau)
- ⇒ **Karriereservice / Fachkräfteakquisition:**
  Betrieb einer Stellenbörse im Internet sowie die Durchführung von Veranstaltungen, bei denen potentielle Arbeitskräfte Unternehmen und vakante Stellen bzw. Ausbildungsplätze kennen lernen können.
- ⇒ **Regionales und überregionales Standortmarketing**:
  Durchführung von Maßnahmen, die das Profil und die Attraktivität des Wirkungskreises außerhalb seiner Grenzen bekannt machen.



6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

⇒ Friedrichshafener Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH (Einlage: 7.250 €, Anteil: 29,00 %)

7. Wesentliche Verträge

⇒ Gesellschaftsvertrag vom 2. August 2006
⇒ Kooperationsvereinbarung Kooperationsraum Bodensee-Oberschwaben: vom 16. März 2000
⇒ Kooperationsvereinbarung Regionale Internet-Suchmaschine www.karriere-im-sueden.de bis 2011, verlängert bis einschließlich des Jahres 2014 am 21. Dezember 2011
⇒ Mietvertrag für die Geschäftsräume in der Leutholdstraße 30, Friedrichshafen vom 12. August 2002, erneuert im Juli 2013
⇒ Mietvertrag für die Geschäftsräume in der Heiligenbreite 34, Überlingen vom 28. November 2006
⇒ Zuwendungsbescheid für die regionale Clusterinitiative „BodenseeAIRea“ vom 20.Dezember 2011 mit einer Laufzeit bis 30. November 2014
⇒ Gesellschaftsvertrag frieks GmbH: vom 30. September 1999, zuletzt geändert am 18. März 2005
⇒ Dienstleistungsvertrag „Geschäftsbesorgung frieks“: vom 1. Februar 2002

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an die WFB:

⇒ 53.744 € Gesellschafterzuschuss (Vj. 48.858 €)
⇒ 518 € Reisekosten
⇒ 138 € Business Night
⇒ 113 € Ferienprojekt

9. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben dem Geschäftsführer waren im Geschäftsjahr sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Die WFB beschäftigte in Summe 7,5 Personen im Sinne von Vollzeitäquivalenten.

10. Lagebericht

a) Rahmenbedingungen, Lage und Geschäftsverlauf

Die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH (WFB) ist eine Gesellschaft zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie zur Förderung der Wirtschaftskraft von Industrie, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen im Bodenseekreis.

Die Aktivitäten der WFB gliedern sich im Wesentlichen wie folgt in:

⇒ Gründerberatung
⇒ Unternehmensbetreuung/Bestandspflege
⇒ Kommunal- und Kreisservice
⇒ Karriereservice, Fachkräfteakquisition
⇒ Standortmarketing

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Gesellschafter sind die Städte und Gemeinden des Bodenseekreises (außer Sipplingen), die Gemeinde Herdwangen-Schönach aus dem Landkreis Sigmaringen, der Landkreis Boden-

seekreis sowie acht Unternehmen aus der Großindustrie und dem Mittelstand. Zwei Sparkassen sowie zwei Volksbanken sind zudem Konsortialpartner.

Die WFB beschäftigte in Summe 7,5 Personen im Sinne von Vollzeitäquivalenten.

Annähernd 1.000 Teilnehmer besuchten im Jahr 2014 die 25 Eigenveranstaltungen der WFB, wie z. B. das zwei Mal im Jahr stattfindende ‘Business Breakfast Bodensee‘, das ‘Forum Fit für die Selbständigkeit‘ mit sechs Veranstaltungen und den ‘Business Treffpunkt Bodensee‘ bestehend aus einer Veranstaltung und einem darauf aufbauenden Intensivseminar.

Bei der Schüleraktion ‘wissen was geht!‘ wurde erstmalig die Grenze von 1.000 Anmeldungen durchbrochen. 48 Unternehmen und Institutionen präsentierten sich den Schülern und machten so von der Möglichkeit Gebrauch, auf sich und ihre Ausbildungsangebote aufmerksam zu machen.

Abgerundet wird das Angebot der WFB durch die Mitwirkung und Unterstützung von 12 Kooperationsveranstaltungen, z. B. an den Veranstaltungen des ‘Netzwerk Bodensee‘ sowie an den Veranstaltungen des Netzwerks ‘Innovation B‘. Die Veranstalter der Kooperationsveranstaltungen zählten insgesamt ca. 600 Teilnehmer. Eine weitere Kooperationsveranstaltung ist die einmal im Jahr stattfindende ‘Business Night Bodensee‘ mit ca. 270 Teilnehmern.

Auf den Seiten der Homepage der WFB findet sich ein breit gefächertes Angebot an Informationen, z. B. sämtliche Presseveröffentlichungen, Übersichten über Kindergartenplätze, vielfältige Informationen über den Bodenseekreis, Gemeindeprofile, Wirtschaftskalender, Veranstaltungshinweise usw. Mehr als 143.000 Besucher im Jahr 2014 auf der Homepage zeugen von einem regen Interesse an dem Internetangebot der WFB.

Ziel der zahlreichen Messeauftritte der WFB ist es, Standortmarketing für den Bodenseekreis zu betreiben. Es ist unabdingbar, im Wettbewerb der Standorte Präsenz auf wichtigen Messen zu zeigen, um den Bekanntheitsgrad des Bodenseekreises und der Vierländerregion zu steigern. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden zwölf Messen besucht, darunter fünf Hochschulmessen im Inland. Dabei liegt der Fokus einerseits auf der Fachkräfteakquisition. Andererseits präsentierte die WFB den Bodenseekreis als bedeutenden Teil der Vierländerregion Bodensee u. a. auf der international bedeutenden Gewerbeimmobilienmesse Expo Real in München, um z. B. auf Investitionsmöglichkeiten in der Bodenseeregion aufmerksam zu machen. Für interessierte Unternehmen des Bodenseekreises organisierte die WFB Gemeinschaftsstände auf den für die Wirtschaft des Landkreises wichtigen Messen AERO in Friedrichshafen und ILA in Berlin. Insgesamt mehr als 1.500 Messekontakte zeugen von einem regen Interesse an den Leistungen der WFB und am Wirtschafts- und Karrierestandort Bodenseekreis.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden im Rahmen der Jungunternehmer- und Existenzgründungsberatung, der Nachfolgeberatung, der Ansiedlungsberatung sowie der Bestandspflege über 130 Beratungsgespräche und Unternehmensbesuche durch die WFB durchgeführt.

Das Leistungsspektrum der WFB wird abgerundet durch Vorträge vor ausländischen Delegationen, durch die Organisation und Durchführung von Studentenexkursionen sowie des Karriereevents ‘AIRstudent‘ als auch durch die aktive Mitarbeit in regional übergreifenden Arbeitsgruppen.

Das Gewerbeimmobilienportal www.immoportal-bodensee.net entwickelt sich weiterhin gut. Alleinstellungsmerkmale sind die den See umspannende und grenzüberschreitende Verfügbarkeit von Gewerbeimmobilien ausschließlich aus der Bodenseeregion, die mögliche

Einbindung in die kommunalen Internetauftritte, die Verifizierung durch die kommunalen Wirtschaftsförderer (woraus ein Informationsvorsprung für die Kommunen resultiert) sowie die angebotenen Standortprofile. Am Bilanzstichtag betrug die Anzahl der registrierten Benutzer 539 (Vj. 458). Im Jahr 2014 wurden 75 Immobilien als vermittelt gemeldet, seit dem Start des Portals wurden 390 Immobilien als vermittelt gemeldet. Ca. 35.000 (Vj. 28.000) Besucher auf den Immobilienseiten und ca. 8.400 (Vj. 5.800) Besucher auf den Standortseiten der Kommunen wurden im Jahr 2014 gezählt. Seit der Eröffnung des Portals im Juli 2009 wurden ca. 147.000 Besucher auf den Immobilienseiten und ca. 27.000 Besucher auf den Standortseiten der Kommunen gezählt.

Das von 15 Partnern rund um den See getragene Projekt ‘Internationaler Wirtschaftsraum Bodensee – Vierländerregion Bodensee‘ war bis zum Jahr 2014 finanziert und wurde durch das Programm Interreg IV der Europäischen Union gefördert. Am 13. Februar 2014 konnte im Rahmen einer Feierstunde das Internetportal www.vierlaenderregion-bodensee.info der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Bis zum Bilanzstichtag wurden durch die WFB 36 Lizenzen vergeben, alle Projektpartner haben zusammen 229 Lizenzen vergeben. Die Finanzierung und damit die Fortführung des Projekts sind über den Förderzeitraum hinaus gesichert.

Zum 30. November 2014 ist die Förderung des Projektes ‘BodenseeAIRea‘ aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) ausgelaufen. Durch ein mit den Mitgliedsunternehmen entwickeltes neues Finanzierungskonzept ist die Fortsetzung der Clusterinitiative für den Zeitraum 2015 bis 2016 gesichert. Somit kann die Vernetzung der für die Luft- und Raumfahrt tätigen Unternehmen untereinander und mit Forschungseinrichtungen sowie Hochschulen, der Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis, die Erkenntnisgewinne über Branchen- und Technologieentwicklungen, die Förderung von Innovationen zum Ausbau und zur Sicherung der Beschäftigung sowie die gemeinsame Darstellung und Identifikation als Luft- und Raumfahrtregion fortgesetzt werden.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden vier Clustertreffen durch die WFB organisiert und durchgeführt. Etabliert hat sich die zum dritten Mal durchgeführte internationale Fachkonferenz ‘Bodensee Aerospace Meeting‘, welche diesmal auf der Schweizer Seeseite in Altenrhein und Rorschach durchgeführt wurde. Ferner organisierte die WFB Gemeinschaftsstände für die Clustermitglieder auf den Messen AERO und ILA.

Daneben werden den Mitgliedsunternehmen interessante Workshops angeboten und eine internetbasierte Kollaborationsplattform mit sämtlichen Kompetenzen der Mitgliedsunternehmen zur Verfügung gestellt. Weitere Veranstaltungen wie z. B. das Karriereevent ‘AIRstudent‘ und ein Barbecue-Abend mit Vorträgen als Treffpunkt von Politik und Wirtschaft sowie organisierte Reisen in andere Luft- und Raumfahrtregionen Deutschlands komplettieren das Angebot für die Mitgliedsunternehmen. Das Cluster zählt derzeit 35 Mitglieder, davon drei wissenschaftliche Institutionen. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Maßnahmen des Projekts überwiegend wie geplant durchgeführt werden konnten und die Ziele gemäß der Arbeitsschritte und Meilensteinplanung erreicht wurden bzw. in begründeten Einzelfällen zu einem zeitnahen späteren Termin erreicht werden.

Im Rahmen der neuen EU-Förderperiode 2014 bis 2020 hat die Landesregierung den Wettbewerb zur zukunftsfähigen Regionalentwicklung ‘RegioWin‘ gestartet. Die WFB beteiligte sich gemäß einem Auftrag der Gesellschafterversammlung auch an der 2. Phase des Projektes als Leadpartner und erarbeitete im Rahmen eines umfassenden Beteiligungsprozesses das Regionale Entwicklungskonzept „Visionen leben und realisieren … in Innovation, Qualität und Nachhaltigkeit“. Im Rahmen einer Feierstunde im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württembergs am 15. Januar 2015 wurden das Konzept und die darin enthaltenen zwei Leuchtturmprojekte durch eine unabhängige Jury prämiert.

Diese Prämierung berechtigt dazu, einen Antrag auf Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zu stellen. Die beiden Leuchtturmprojekte können auf diese Art und Weise Fördermittel von bis zu 5 Mio. € erhalten.

Insgesamt konnten die für das Jahr 2014 gesteckten Ziele erreicht werden. Alle durchgeführten Projekte verliefen erfolgreich und bestätigen den durch den Gesellschaftsvertrag vorgegebenen Weg der kreisweiten Wirtschaftsförderung.
Im Jahr 2014 wurde in eine dem aktuellen Stand der Technik entsprechende EDV investiert. Das Investitionsvolumen belief sich insoweit auf ca. 32.000 €. Außerdem wurden in die Ausstattung der Büroräume ca. 5.000 € investiert.

b) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögens- und Finanzlage

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 96.050,00 € ist voll eingezahlt.

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 130 T€ auf 513,8 T€. Begründet ist das im Wesentlichen durch eine Erhöhung des Umlaufvermögens um 109 T€, sowie durch eine Erhöhung des Anlagevermögens um 28 T€. Der Anstieg der Bankguthaben korrespondiert im Wesentlichen mit dem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus nicht verbrauchten Zuschüssen.

Auf der Passivseite erhöhten sich die Rückstellungen um 3 T€, während sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 6,9 T€ erhöhten.

Die Rentabilität des Eigenkapitals beträgt aufgrund des ausgeglichenen Ergebnisses 0 %.

Die Liquidität ersten Grades beträgt 116,73 % (Vj. 128,91 %), die Liquidität zweiten Grades 118,16 % (Vj. 135,14 %).

Das working capital beträgt 82 T€ (Vj. 103 T€).

Die Gesellschaft ist in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachzukommen. Die Gesellschaft finanziert sich weitgehend über Gesellschafterzuschüsse und Zuschüsse der Konsortialpartner sowie über Drittmittel. Zahlungsstromschwankungen, die durch die zeitverzögerte Auszahlung von Drittmitteln entstehen, kann die Gesellschaft aufgrund der vorhandenen Liquidität jederzeit ausgleichen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die sparsame Verwaltung des Budgets der Gesellschaft, ohne dass die Aufgabenerfüllung der WFB beeinträchtigt wird. Dies wird durch ein zeitnahes Liquiditätsmanagement und Projektcontrolling sichergestellt. Zur Verfügung stehende kurzfristige Kreditlinien in Höhe von 51 T€ wurden nicht in Anspruch genommen.

Ertragslage

Die WFB weist einen Jahresüberschuss von € 0,00 aus. Zur Erreichung dieses ausgeglichenen Ergebnisses wurden nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von 125 T€ neutralisiert, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern erfasst sind.

Die Umsatzerlöse enthalten im Wesentlichen Kostenweiterbelastungen von Messebesuchen sowie Erlöse aus durchgeführten Projekten. Unter anderem wurden Gemeinschaftsstände auf den Messen AERO und ILA organisiert, wodurch Umsatzerlöse in Höhe von ca. 43,7 T€ generiert wurden. Weitere Umsatzerlöse erzielte die WFB durch das Karriereevent ‘AIRstudent‘ in Höhe von 14,5 T€ sowie durch diverse kleinere Projekte in Höhe von 16 T€. Auch wurden Mitgliedsbeiträge der Clusterunternehmen in Höhe von 71,7 T€ vereinnahmt. Die Vermarktung des Immobilienportals wurde weiter vorangetrieben. Die Einnahmen daraus betrugen ca. 30 T€.

Die ab dem Jahr 2013 linear um 10 % auf 665,5 T€ angehobenen Zuschüsse der Gesellschafter und Konsortialpartner vor Ergebnisausgleich sowie die Erträge aus Drittmitteln in Höhe von 132,8 T€ werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Der Anstieg der Erträge aus Drittmitteln um ca. 74 T€ begründet sich im Wesentlichen durch die Projekte ‘BodenseeAIRea‘ mit 77 T€ (Vj. 50 T€) sowie ‘RegioWin‘ mit 50 T€.

Die Höhe der akquirierten Drittmittel ist von entsprechenden geförderten Projekten abhängig und somit nicht nachhaltig. Die Gesellschaft ist jedoch bestrebt, die Einnahmensituation aus Drittmitteln zu verstetigen. Durch das Clusterprojekt ‘BodenseeAIRea‘ wird die WFB von 2013 bis 2015 voraussichtlich insgesamt 200 T€ Drittmittel vereinnahmen. In den Jahren 2013 und 2014 sind der WFB davon 127,2 T€ zugeflossen. 2015 hat die Gesellschaft ursprünglich mit Drittmitteln in Höhe von ca. 60 T€ geplant. Aufgrund Verschiebungen in der Abrechnung des Clusterprojekts ‘BodenseeAIRea‘ werden die Drittmittel 2015 mit maximal 73 T€ höher ausfallen.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr leicht um 4 T€.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Abschreibungen aufgrund einer größeren Investition in eine moderne EDV-Anlage um 5,7 T€.

Die Aufwendungen für Werbe- und Reisekosten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 2 T€ auf 45 T€. Begründet ist dies im Wesentlichen durch den Anstieg der Schaltung von Werbeanzeigen um 8 T€, während sich die Werbekosten für allgemeines Standortmarketing um 5 T€ und die Reisekosten um 1,5 T€ ermäßigten. Die Messekosten erhöhten sich um 38 T€, da die Messe ILA in Berlin im 2-jährigen Turnus stattfindet und 2014 ein Gemeinschaftsstand auf der Messe organisiert wurde. Der Anstieg der sonstigen Projektkosten inklusive Projekt ‘BodenseeAIRea‘ um 18 T€ auf 130,8 T€ erklärt sich im Wesentlichen durch die Kosten für die Teilnahme an der 2. Phase des Wettbewerbs zur zukunftsfähigen Regionalentwicklung ‘RegioWin‘ in Höhe von 31 T€ (Vj. 12,6 T€). Ferner wurden einmalig einige kleinere Projekte abgewickelt. Die Kosten für das Projekt ‘BodenseeAIRea‘ beinhalten im Wesentlichen die Kosten für das Clustermanagement durch einen externen Dienstleister in Höhe von 33 T€ sowie anteilige Kosten für das Karriereevent ‘AIRstudent‘ in Höhe von 11,7 T€. Der Rückgang der Bewirtungskosten um 13,7 T€ auf 15,6 T€ basiert im Wesentlichen auf den Projekten ‘AIRstudent‘ mit Kosten in Höhe von 10 T€ (Vj. 12,3 T€) und ‘Bodensee Aerospace Meeting‘, für das keine Bewirtungskosten angefallen sind (Vj. 9,5 T€). Der Rückgang der Kosten für die Instandhaltung betrieblicher Räume um 9,3 T€ ist im Wesentlichen durch die im Vorjahr vorgenommene erstmalige Bildung einer Rückstellung aufgrund vertraglicher Verpflichtungen begründet. In den anderen Kostenbereichen konnten Kostensteigerungen weitgehend durch Kosteneinsparungen neutralisiert werden.

Die nicht abziehbare Vorsteuer ist in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 25,7 T€ enthalten und erhöhte sich um 5 T€. Nicht separat ausgewiesen ist die nicht abziehbare Vorsteuer in Höhe von ca. 9 T€ der Kosten für das Cluster ‘BodenseeAIRea‘. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen insgesamt betrachtet um 38 T€.

Die WFB ist von der Körperschaftssteuer und der Gewerbesteuer befreit. Das Zinsergebnis ermäßigte sich leicht um 0,4 T€ gegenüber dem Vorjahr und beinhaltet die Zinseinnahmen für die laufenden Konten und Festgeldzinsen.

Die durch die WFB erbrachten Leistungen (z. B. Beratungen, Veranstaltungen) erfolgen in der Regel kostenlos.

c) Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken
Im Jahr 2014 hat sich in Deutschland, aber auch im Bodenseekreis, das allgemeine Wirtschaftswachstum in abgeschwächter Form fortgesetzt. Für das Jahr 2015 wird ein weiterer Anstieg der Wirtschaftsleistung zwischen 1,5 % und 2,0 % prognostiziert. Treiber der wirtschaftlichen Entwicklung in Baden-Württemberg werden traditionell der Automobilbau, der Maschinenbau, die Luft- und Raumfahrt und die unternehmensnahen Dienstleistungen sein. Jedoch eskalierten im Jahr 2014 einige geopolitische Auseinandersetzungen. Die Konflikte in der Ukraine, im Nahen und Mittleren Osten, die Rezession in Russland sowie die sich zuspitzende Finanzkrise Griechenlands bleiben Faktoren mit relativ großem Unsicherheitspotenzial für die Wirtschaftsentwicklung. Auch im Bodenseekreis ansässige Unternehmen spüren die Auswirkungen dieser Konflikte und Krisen. Positiv wirken sich derzeit noch die niedrigen Zinsen und die aufgrund der expansiven Geldmarktpolitik der EZB hohe Marktliquidität aus. Weitere Eskalationen der weltweiten Krisenherde oder gar der Staatsbankrott Griechenlands könnten allerdings Schockwirkungen für die gesamte Weltwirtschaft nach sich ziehen. Deutschland als Exportnation wäre davon überproportional betroffen. Die Baubranche, das Handwerk sowie der Dienstleistungssektor verzeichneten 2014 ein ordentliches Wachstum. Über alle Branchen hinweg zeigt sich ein stetig steigender Fachkräftebedarf. Hinzu kommt, dass das Wachstum insbesondere von KMU durch einen Mangel an im Bodenseekreis zur Verfügung stehenden Gewerbeflächen erschwert wird. Regionale Wirtschaftsförderung wird deshalb auch weiterhin ein wichtiges Betätigungsfeld der Kommunen sein, insbesondere mit Blick auf den Fachkräftemangel, den Wettbewerb der Standorte und die Sensibilisierung der Unternehmen für Zukunftsthemen.

Mit dem im Vorjahr neu konzipierten Internet-Stellenportal www.karriere-im-sueden.de unterstützen die sieben deutschen und österreichischen Wirtschaftsförderungen der Vierländerregion Bodensee die Unternehmen bei der Suche nach Fachkräften. Darüber hinaus ist die WFB Partner der ‘Fachkräfteallianz Bodensee-Oberschwaben‘, in der u. a. die Akquisition ausländischer Fachkräfte, die Teilzeitausbildung, die Vermittlung von Studienabbrechern in verschiedene Ausbildungsprozesse u.v.m. thematisiert wird.

Das Cluster-Projekt ‘BodenseeAIRea‘, welches Strahlkraft in alle Bereiche der Wirtschaft besitzt, wird intensiv fortgeführt. Derzeit wird an einer neuen strategischen Ausrichtung in Zusammenarbeit mit der Clusteragentur des Landes Baden-Württemberg gearbeitet. Der Bodenseekreis hat mit dem Bereich Luft- und Raumfahrt ein Alleinstellungsmerkmal in der Region.

Bei der Immobilien- und Standortmesse Expo-Real im Oktober 2015 in München wird die WFB wieder zusammen mit benachbarten Wirtschaftsförderungsgesellschaften die Vierländerregion Bodensee präsentieren. In Bezug auf den in vollem Gang befindlichen „Kampf der Regionen“ ist diese Standortmarketingmaßnahme von großer Bedeutung.

Das am Bedarf orientierte Standardprogramm der WFB wird fortgeführt bzw., soweit erforderlich, angepasst. Die Anstrengungen der WFB werden sich dabei auch im Jahr 2015 unter anderem darauf richten, Projekte zu initiieren und durchzuführen, die insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) in der Region unterstützen sollen. Ein wichtiges Projekt ist ‘RegioWin‘. Im Januar 2015 wurden beide Leuchtturmprojekte im Rahmen des Regionalen Entwicklungskonzeptes prämiert. Bis Mitte Januar 2016 haben die Projektträger die Möglichkeit, Förderanträge bei der L-Bank zu stellen. Dadurch könnten bis zu 10 Millionen € aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) in die Region fließen. Die WFB ist nach wie vor Leadpartner im Rahmen von RegioWin und begleitet den Umsetzungsprozess im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Seit dem Geschäftsjahr 2011 ist die WFB nicht mehr vollumfänglich vorsteuerabzugsberechtigt. Der daraus resultierenden Liquiditäts- und Ergebnisbelastung wurde durch eine Anhebung der Zuschüsse der Gesellschafter und Konsortialpartner der WFB ab dem Jahr

2013 um 10 % Rechnung getragen. Sollten in Folgejahren dennoch negative Jahresergebnisse entstehen, werden diese zunächst durch nicht verbrauchte Aufwandszuschüsse der Vorjahre ausgeglichen. Ferner wird die Kostenseite ständig nach Einsparpotenzial untersucht. In den Jahren bis 2019 rechnet die WFB bei moderat steigenden Kosten mit Jahresfehlbeträgen vor Ergebnisausgleich in Höhe von insgesamt ca. 154 T€, wodurch sich die Liquiditätsreserven voraussichtlich um 133 T€ ermäßigen werden. Die Gesellschaft ist bestrebt, weitere Drittmittel zu akquirieren.
Um die Aberkennung der Vorsteuerabzugsberechtigung teilweise aufzufangen, bildet die WFB Kostenstellen, die den unternehmerischen und nichtunternehmerischen Teil der WFB abbilden. Aus den Eingangsumsätzen des unternehmerischen Teils macht die WFB Vorsteuer geltend. Im Rahmen der gesetzlichen Regelungen ist das ein anerkanntes Vorgehen. Dennoch könnte eine Betriebsprüfung einzelne Sachverhalte umsatzsteuerlich anders beurteilen, wodurch ein aus heutiger Sicht nicht quantifizierbares, von der Geschäftsführung allerdings als gering eingestuftes Risiko bestehen könnte. Aus den dargestellten Gründen erwartet die WFB keine unmittelbar negativen Auswirkungen auf die Lage der Gesellschaft.

Im Rahmen der Beschlussfassung von Betrauungsakten haben in der jüngeren Vergangenheit wenige kommunale Gesellschafter (Gemeinderäte) die Höhe des Gesellschafterbeitrags in Relation zum direkten monetären Rückfluss in die Gemeinde hinterfragt. Da dieser nicht leicht zu quantifizieren ist, beschloss der Gemeinderat eines Gesellschafters Anfang 2015 spontan den Austritt aus der WFB zum 31. Dezember 2016, vorbehaltlich einer erneuten Beratung und Beschlussfassung. Aktuell erfolgt zwischen den öffentlichen Gesellschaftern und der Geschäftsführung diesbezüglich ein intensiver Gedankenaustausch. Die WFB begreift diese Kritik als Chance der Weiterentwicklung. Vom durch den Gesellschaftsvertrag vorgegebenen Auftrag der regionalen Wirtschaftsförderung wird dabei nicht abgewichen. Die institutionelle Situation wird trotz der aktuellen Geschehnisse als stabil beurteilt. Ebenso sieht die Gesellschaft die Zahlung der Zuschüsse in den kommenden Jahren als hinreichend gesichert an.
Größere Investitionen in den Jahren 2015 und 2016 stehen aus heutiger Sicht nicht an. Außerplanmäßige finanzielle Belastungen oder notwendige Vorfinanzierungen von neuen Projekten können jederzeit im üblichen Umfang getragen werden.
Zu den bis hierher dargestellten Sachverhalten sind aus heutiger Sicht keine zukünftigen finanziellen Risiken bekannt oder zu erwarten.

Die WFB GmbH ist mit 29 % an der Frieks Friedrichshafener Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH beteiligt, die IHK Bodensee-Oberschwaben mit 20 %. Hauptgesellschafter ist die Stadt Friedrichshafen mit 51 %. Die Gesellschaft finanzierte sich aus Umsätzen und Zuschüssen seitens der Stadt Friedrichshafen. Zum 30. September 2014 hat die Frieks GmbH ihren operativen Betrieb eingestellt, da die der Geschäftstätigkeit zugrunde liegenden Mietverträge ausgelaufen sind. Seitdem ist der Zweck der Gesellschaft die Verwaltung eigenen Vermögens. Die Änderung des Gesellschaftszwecks wird 2015 notariell beurkundet und im Handelsregister vollzogen. Im Jahr 2015 sollen außerdem (vorbehaltlich entsprechender Gremienbeschlüsse) die Geschäftsanteile der WFB und der IHK an die Stadt Friedrichshafen verkauft werden. Die Gesellschafterversammlung der WFB wird darüber in der Sitzung im Juli 2015 entscheiden.

Am 25. November 2013 verabschiedete der Gemeinderat der Stadt Friedrichshafen einen Betrauungsakt, um so die Beihilfevorschriften der EU umzusetzen und die Frieks GmbH mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zu betrauen. Allerdings gibt es noch keine endgültige Klärung durch höchstrichterliche Rechtsprechung, ob ein Betrauungsakt ausreicht, um alle beihilferechtlichen, steuerlichen und sonstigen Risiken auszuschließen. Hieraus könnten dann erhebliche finanzielle Verpflichtungen für die Frieks GmbH entstehen, die im theoretischen Extremfall für die Frieks GmbH bestandsgefährdend werden könnten.

Durch den im Jahr 2015 zu vollziehenden Verkauf der Geschäftsanteile der WFB an die Stadt Friedrichshafen werden die Risiken für die WFB voraussichtlich eliminiert.
Die Geschäftsführung der WFB geht deshalb davon aus, dass auf die WFB keine aus dem Beteiligungsverhältnis an der Frieks GmbH resultierenden außerordentlichen, bestandsgefährdenden Zahlungsverpflichtungen zukommen.
Darüber hinaus hat sich die Geschäftsführung im Berichtsjahr weiterhin intensiv mit Fragen des europäischen Beihilferechts befasst. Folge eines Verstoßes gegen das Beihilferecht könnte die Anordnung der Rückforderung der Beihilfen durch den Beihilfegeber bis zu zehn Jahre rückwirkend sein. Eine derartige Anordnung würde jede Gesellschaft, die wie die WFB ohne nennenswerte Möglichkeiten der Gewinnerzielung und Rücklagenbildung wirtschaftet, in eine extrem schwierige, vielleicht sogar die Existenz bedrohende Situation bringen.

Die Geschäftsführung ist immer bestrebt, die sich verändernden, aber stets von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse geprägten Tätigkeiten der WFB sowie die Beziehungen zu den (kommunalen) Gesellschaftern so zu gestalten, dass sich keine Konfliktsituationen zu geltenden Gesetzeslagen ergeben können. Eine letztendliche Einschätzung der Situation und eine Beurteilung der Frage, ob für die Gesellschaft Risiken aus EU-seitigen beihilferechtlichen Fragestellungen bestehen (z. B. Rückzahlungsverpflichtungen bzgl. der erhaltenen öffentlichen Gesellschafterbeiträge), fällt nicht einfach. Die Geschäftsführung sieht es aber als grundsätzlich möglich an, dass die bis einschließlich 2014 geflossenen Zuschüsse der kommunalen Gesellschafter EU-seitig teilweise oder vollständig als unzulässige Beihilfen eingestuft werden könnten, was dann wie oben dargestellt eine negative Auswirkung auf die Vermögens, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben könnte. In diesem Fall wäre der Bestand der Gesellschaft gefährdet. Die Wahrscheinlichkeit der Rückzahlung der Zuschüsse wird momentan seitens der Geschäftsführung als eher gering angesehen, da derzeit in der Politik der EU-Kommission der Bereich der Wirtschaftsförderung nicht akut wahrzunehmen ist. Indizien, welche die Einschätzung der Geschäftsführung stärken, finden sich im DAWI-Rahmen der EU-Kommission. Der DAWI-Rahmen ist zwar für die WFB nicht einschlägig, da er für Ausgleichsleistungen anzuwenden ist, die 15 Mio. € im Jahr übersteigen. Dennoch kann er für die Beurteilung des Risikos herangezogen werden, weil die darin genannten Voraussetzungen noch schärfer sind als der für die WFB geltende DAWI-Beschluss. Im DAWI-Rahmen sowie in der ‘Mitteilung der Kommission zu Auslegungsfragen in Bezug auf das Gemeinschaftsrecht, das für die Vergabe von öffentlichen Aufträge gilt, die nicht oder nur teilweise unter die Vergaberichtlinien fallen‘ wird unter anderem erläutert, dass die Kommission bei Kenntnis einer möglichen Verletzung der Grundanforderungen an die Vergabe öffentlicher Aufträge die Binnenmarktrelevanz vor dem Hintergrund der fallspezifischen Umstände prüft. Die Kommission wird folglich selbst bei Ausgleichsleistungen von mehr als 15 Mio. € im Jahr nur dann ein Verfahren einleiten, wenn dies angesichts der Schwere der Vertragsverletzung und ihrer Auswirkungen auf den Binnenmarkt angemessen erscheint. Die Geschäftsführung sieht sich im Hinblick auf das Prinzip der Verhältnismäßigkeit durch diese Aussage in ihrer oben dargestellten Beurteilung der eher geringen Wahrscheinlichkeit der Rückzahlung der Zuschüsse bestärkt.
In Anbetracht dessen hat die Geschäftsführung den kommunalen Gesellschaftern vorgeschlagen, mittels „Betrauungsakt“ deutlich zu machen, dass sie mit ihren Zuschüssen an die WFB Leistungen ermöglichen, welche von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind und damit den Wettbewerb innerhalb der EU nicht verfälschen. Alle kommunalen Gesellschafter haben für die Geschäftsjahre ab 2015 entsprechende Betrauungsakte mit einer 10-jährigen Laufzeit beschlossen. Für die Vergangenheit können seitens der Geschäftsführung die oben beschriebenen Situationen und Folgen für die WFB nicht ausgeschlossen werden. Auf Grund der speziellen Gesellschafterstruktur der WFB, dem besonderen politischen Auftrag (Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie die Förderung der Wirtschaftskraft von Industrie, Handel, Gewerbe und Dienstleistungen im Bodenseekreis) sowie dem breiten Interesse am Angebots- und Leistungsspektrum der WFB bleibt die Geschäftsführung aber zuversichtlich, auch für die oben dargestellten Situationen stets einen Weg zum Erhalt der Gesellschaft zu finden.

Abschließend kann festgehalten werden, dass nach dem Bilanzstichtag keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt wurden.

Friedrichshafen, 30. April 2015

Benedikt Otte
Geschäftsführer

11. Abschlussprüfer

Kanzlei Keller, Prüfung - Steuern - Beratung (Wirtschaftsprüfer Gerold Keller), Owingen

12. Leistungskennzahlen

Leistungskenndaten nach Geschäftsbereichen	2014	2013	2012	2011	2010
Existenz und Jungunternehmerberatung					
Individualberatungen	113	49	137	168	175
Veranstaltungen	10	10	10	12	13
Kooperationsberatungen Kompetenzzentrum Existenzgründung	105	108	90	120	150
Mittelstandsberatung					
Unternehmensberatungen	55	94	71	111	115
Veranstaltungen	26	28	15	26	8
Projekte	2	2	1	2	2
Kommunalberatung					
Unterstützung bei der Vermarktung von Gewerbeflächen	202	182	189	208	147
Multimediaprojekte					
Homepage und Karriereportal im Internet Immoportal	6	6	5	3	3
Standort- und Regionalmarketing					
Messeteilnahmen	12	13	12	13	14
Sonstige Marketingaktivitäten	27	14	21	21	18
Projekte	14	13	13	11	13
Sonderprojekte					
Projekte	6	8	6	6	5

Bilanz der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH zum 31.12.2014

Bilanz	**2014**		**2013**		**2012**	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2,5	0,5	2,3	0,6	1,0	0,4
II. Sachanlagen						
1. Anlagen und Maschinen						
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	39,8	7,8	11,6	3,0	17,4	6,7
III. Finanzanlagen						
1. Beteiligungen	7,3	1,4	7,3	1,9	7,3	2,8
2. Sonstige Ausleihungen	0,8	0,1	0,8	0,2	0,8	0,3
	50,3	9,8	**21,9**	5,7	**26,4**	10,1
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1,6	0,3	6,8	1,8	0,1	0,0
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
3. Sonstige Vermögensgegenstände	4,3	0,8	9,8	2,5	8,6	3,3
	5,9	1,1	16,6	4,3	8,7	3,3
III. Wertpapiere, Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	454,3	88,4	334,5	87,1	222,5	85,2
	460,2	89,6	**351,1**	91,4	**231,2**	88,5
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**3,3**	0,6	**11,1**	2,9	**3,5**	1,3
Bilanzsumme	**513,8**	100,0	**384,1**	100,0	**261,1**	100,0

Bilanz der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH zum 31.12.2014

Bilanz	**2014**		**2013**		**2012**	
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	96,1	25,0	96,1	36,8	96,1	35,2
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklagen						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	28,6	7,4	28,6	10,9	28,6	10,5
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag						
	124,7	32,4	**124,6**	47,7	**124,6**	45,7
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen						
1. Steuerrückstellungen						
2. Sonstige Rückstellungen	60,2	11,7	57,2	14,9	40,5	15,5
	60,2	11,7	**57,2**	14,9	**40,5**	15,5
E. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	18,9	3,7	12,0	3,1	13,6	5,2
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	297,3	57,9	171,9	44,8	73,6	28,2
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon Steuern	12,0	2,3	17,4	4,5	8,9	3,4
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
	328,1	63,9	**201,4**	52,4	**96,1**	36,8
F. Rechnungsabgrenzungsposten	**0,8**	0,2	**1,0**	0,3	**0,0**	0,0
Bilanzsumme	**513,8**	100,0	**384,1**	100,0	**261,1**	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH zum 31.12.2014

Gewinn- und Verlustrechnung	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	201,7	22,1	183,6	21,3	124,4	15,7
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	711,4	77,9	677,9	78,7	668,2	84,3
5. Gesamtleistung	**913,0**	100,0	**861,5**	100,0	**792,7**	100,0
6. Materialaufwand						
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	391,5	42,9	389,3	45,0	372,7	46,8
b) Soziale Abgaben	70,7	7,7	68,9	8,0	69,2	8,7
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	12,9	1,4	7,2	0,8	11,4	1,4
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	438,2	48,0	399,9	46,2	342,4	43,0
	913,4	100,0	**865,2**	100,0	**795,8**	100,0
10. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	**-0,4**		**-3,7**		**-3,1**	
11. Erträge aus Beteiligungen						
12. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
13. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
14. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,6		4,0		3,4	
15. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Aufwendungen aus Gewinnabführung						
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1,0		0,0		0,0	
19. Finanzergebnis	**0,7**		**4,0**		**3,4**	
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**0,3**		**0,2**		**0,3**	
21. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
23. Sonstige Steuern	-0,3		-0,2		-0,2	
24. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	**0,0**		**0,0**		**0,0**	
25. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)	28,6		28,6		28,6	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust (-)	**28,6**		**28,6**		**28,6**	

Internationale Bodensee Tourismus GmbH

1. Allgemeine Angaben

Firma des Unternehmens:	Internationale Bodensee Tourismus GmbH
Kontakt:	Hafenstraße 6, 78462 Konstanz Tel.: 07531 / 9094-90 Fax: 07531 / 9094-94 E-Mail: info@bodensee.de Homepage: www.bodensee.eu
Gründungsdatum:	1. Januar 1998
Eintragung Handelsregister:	17. Februar 1998
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	25. Oktober 2013
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Alle Arten von Tätigkeiten, die direkt oder indirekt geeignet sind, den Tourismus im internationalen Bodenseegebiet zu fördern. Die Gesellschaft darf alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, den Gegenstand des Unternehmens zu fördern.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft ist mit Beschluss vom 25. Oktober 2013 im Rahmen einer vereinfachten Kapitalherabsetzung, von € 431.000,00 auf € 120.000 herabgesetzt. Es ist in voller Höhe einbezahlt und verteilt sich wie folgt auf die Gesellschafter:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	39.397	32,87 %
Landkreis Konstanz	27.564	23,01 %
Vorarlberg Tourismus GmbH	11.833	9,86 %
Verband der Tourismuswirtschaft Bodensee e.V.	9.884	8,22 %
Oberschwaben Tourismus GmbH	9.884	8,22 %
Landkreis Lindau	7.935	6,66 %
Thurgau Tourismus	5.151	4,27 %
St. Gallen-Bodensee Tourismus	4.733	3,94 %
Lichtenstein Marketing	1.949	1,64 %
Schaffhausen Tourismus	1.670	1,31 %
Gesamt	120.000	100,00 %

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Jürgen Ammann
Gesellschafterversammlung:	ist eingerichtet

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Dr. Christoph Tobler, Präsident
Stv. Vorsitzender	Frank Amann, Bürgermeister Heiligenberg
	Mag. Christian Schützinger, Geschäftsführer
Aufsichtsräte	Peter Brecht, Kreisverwaltungsrat
	Prof. Dr. Anja Brittner-Widmann, Studiengangsleiterin
	Werner Fritschi, stv. Geschäftsführer
	Norbert Henneberger, Geschäftsführer
	Christoph Kunz, Geschäftsführer
	Dr. Roland Scherer, Direktor
	Thomas Willauer, Geschäftsführer

5. Öffentlicher Zweck

Alle Arten von Tätigkeiten, die direkt oder indirekt geeignet sind, den Tourismus im internationalen Bodenseegebiet zu fördern.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an die IBT:

⇒ 152.992 € Gesellschafterzuschuss
⇒ 70.000 € für das Projekt „Saisonausweitung“
⇒ 1.666 € für den Ortseintrag „Eriskirch“ im Bodensee Erlebnisplaner 2015
⇒ 577 € für verschiedenes (u.a. Weihnachtsmarktflyer)

9. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Zahl der auf Vollzeit gerechneten Beschäftigten lag in 2014 bei 10,1.

10. Lagebericht

a) Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft 2014

Als touristische Dachorganisation der Vierländerregion Bodensee fördert und organisiert die Internationale Bodensee Tourismus GmbH (IBT) das Image und die Vermarktung der internationalen Tourismusregion Bodensee. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit den Destinationen, Subregionen, Orten, Tourismusorganisationen und den touristischen Unternehmen rund um den Bodensee in Deutschland, Österreich, der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein.

Gemäß bestehendem Gesellschaftsauftrag hat die IBT im Jahr 2014 ihre Tätigkeit zur Förderung des Tourismus in der internationalen Bodenseeregion in sehr erfolgreicher Weise ausgeführt.

Der Systemwechsel, auf Basis der gemeinsam diskutierten und abgestimmten Arbeitsgrundlage des Interreg IV-Projektes „Positionierung der Tourismusregion Internationaler Bodensee zur Optimierung des Destinationsmanagements“, ist im Jahr 2014 weiter umgesetzt worden. So konstituierte sich im Rahmen der Internationalisierung eine Arbeitsgruppe, die eine Aus-

wahl der als prioritär eingestuften internationalen Märkte bestimmt und die von der IBT vorgeschlagenen und erarbeiteten Grundlagen bestätigt hat. Diese beinhalten im Einzelnen ein Corporate Wording Bodensee mit passenden Themen pro Markt und entsprechenden internationalen Logos und Domains für die Bodensee Homepage in den Sprachen italienisch, französisch, holländisch und englisch. Basispressetexte und Imageflyer mit Übersichtskarte zur Kurzvorstellung der Vierländerregion entstanden für die Märkte Italien, Frankreich und Niederlande sowie für englischsprachige Märkte. Als übergreifende Bausteine und Maßnahmen folgen in 2015 noch eine Imagepräsentation und der neue Internetauftritt Bodensee.eu mit marktspezifischen Seiten sowie für den Veranstaltermarkt ein Sales Guide in Englisch mit Tourenvorschlägen. Es besteht Konsens darin, sich in den nächsten Jahren auf die Pressekommunikation und den Veranstalterbereich im Markt Italien zu konzentrieren und dies auch aktiv durch Presse- und Studienreisen zu unterstützen.
Unabhängig davon wird die IBT sämtliche Möglichkeiten des Kontaktauf- und -ausbaus zu Medien und Veranstaltern bei Workshops wie dem German Travel Mart oder durch Mitwirken bei Veranstaltungen der Landestourismusorganisationen rund um den Bodensee nutzen, um das Image der Vierländerregion zu stärken und die Nachfrage nachhaltig zu erhöhen.

Für die wichtige Publikumsmesse CMT in Stuttgart übernahm die IBT die Organisation und Durchführung. Der Auftrag hierzu wurde durch die Deutsche Bodensee Tourismus GmbH (DBT), der Arbeitsgemeinschaft Tourismus Landkreis Konstanz, von Liechtenstein Marketing und dem Verband der Tourismuswirtschaft Bodensee e.V. (VTWB) erteilt, die das Projekt mittels Risikovereinbarung abgesichert haben. Das Projekt Service Center hat die IBT für die DBT, die Arbeitsgemeinschaft Tourismus Landkreis Konstanz und den VTWB e.V. übernommen. Der Auftrag beinhaltet das Beantworten von Gästeanfragen und den Versand von Informationspaketen, zu denen sich Orte und Unternehmen einbuchen können. Der Auftrag wird gleichlautend im Jahr 2015 fortgeführt.

Im Jahr 2014 konzentrierten sich die Aktivitäten bei der Bodensee-Erlebniskarte BEK darauf, die Angebotsentwicklung auf den Winter auszurichten. Nach ersten Gesprächen mit Partnern zu den Rahmenbedingungen konnte ein angepasstes Vertragswerk, sowohl für den Sommerbetrieb als auch für die Erlebniskarte Winter, umgesetzt werden. Für den anstehenden Winter 2015/16 haben sich aktuell über 60 Unternehmen zur Teilnahme vertraglich gebunden. Die Verhandlungen mit Schiffsverkehrsbetrieben stehen vor dem Abschluss.
Die durch Interreg IV Alpenrhein, Bodensee, Hochrhein geförderten Projekte Wein, „Weinregion Bodensee“ und Gärten, „Bodenseegärten“ haben im Jahr 2014 bedeutende Schritte in ihrer Entwicklung genommen. Beide Projekte werden als Markenleitprodukte der internationalen Tourismusregion Bodensee entwickelt. Das Projekt Bodensee Weinregion wurde als Interreg IV gefördertes Projekt und mit einer Prüfung der EU-Finanzkontrolle erfolgreich zum 31. Dezember 2014 abgeschlossen. Von den Projektpartnern erhielt die IBT den Auftrag, das Projekt in 2015 weiterzuführen. Ziel ist es im Rahmen des neuen Förderprogramms Interreg V für die Weiterentwicklung wieder eine Förderung zu erhalten. Für 2015 konnten mit Vorarlberg Tourismus und den Vorarlberger Winzern neue Partner für das Projekt gewonnen werden.

Die Interreg Projektlaufzeit Bodenseegärten konnte in Abstimmung mit der Behörde bis zum 31. März 2015 verlängert werden. Hintergrund hierfür war der erhöhte Zeitbedarf für die Umsetzung des Projektes durch die seinerzeit verspätet operative Arbeitsaufnahme.

Wesentliche Meilensteine im Jahr 2014 waren die Gründung des Vereins Bodenseegärten e.V. als Nachfolgeorganisation sowie die Akquise weiterer Partner und Mitglieder. Der Verein hat inzwischen die operativen Geschäfte übernommen. Der Projektabschluss mit Interreg IV ist im Gange und wird mit einer Prüfung der EU Finanzkontrolle im Juni 2015 beendet werden.
Der neue im Rahmen eines ganzheitlichen Kommunikationskonzeptes geplante Internetauftritt wurde zum Ende des Jahres 2014 angestoßen. Mit der im Auswahlverfahren

gewonnenen Agentur konnte bei ersten Workshops die Konzeptionierung und Gestaltung der Seite auf den Weg gebracht werden. Hierbei fließen die Ergebnisse des ganzheitlichen Kommunikationskonzeptes (Corporate Wording und Design) ein und werden ab August den neuen Auftritt prägen.
Die Saisonausweitung und damit das Bewusstsein, der Bodensee ist mehr als nur ein Sommer Flirt, gewinnt weiter an Fahrt. Die bodensee-winter.eu Seite der IBT hat hierbei wieder als gemeinsame Plattform fungiert und bestehende Angebote von Unternehmen und Leistungspartner im Tourismus kommuniziert. Großen Zuspruch fand die Sammlung von Weihnachtsmärkten sowohl für den Veranstaltermarkt als auch für die Endkunden. Das Thema „Fastnacht“ spielte erneut eine wichtige Rolle in der Medienkommunikation.

b) Ertragslage
Der in das Jahr 2013 übertragene Verlustvortrag in Höhe von 434,18 € wurde durch den Jahresüberschuss aus 2013 in Höhe von 38.412,08 € getilgt. In das Jahr 2014 ist somit ein Gewinnvortrag in Höhe von 37.977,90 € zu übertragen. Es besteht keine Überschuldungsgefahr. Für das Jahr 2014 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 27.401,71 € ausgewiesen. Dieser Überschuss besteht im Wesentlichen aus nicht verausgabten Geldern in Projekten. Die Höhe des Zuschusses für die Gesellschafter bemisst sich seit der Strukturanpassung zum 1. Januar 2007 gleichermaßen an der am Nettoumsatz angelehnten Schätzung des kommunalen Steueraufkommens aus dem Tourismus. Der Schlüssel, dem u.a. Variablen der Übernachtungszahlen zugrunde liegen, ist gemäß §13 des Gesellschaftervertrages alle vier Jahre durch die Gesellschafterversammlung zu überprüfen. Dies hat zum Geschäftsjahr 2015 stattgefunden. In diesem Zusammenhang wurde auf eine prozentuale Anpassung als Reaktion auf allgemein steigende Kosten für die Zukunft hingewiesen. Zur Erfüllung der Basisaufgaben gemäß der Tourismusstrategie betrug der Gesamtzuschuss für 2014 466.000 €. Dies wurde für das Geschäftsjahr 2015 gleichermaßen beschlossen. Es besteht Konsens bei den Gesellschaftern darin, dass die Zuschusshöhe als unterste Basis zu betrachten ist.

c) Vermögens- und Finanzlage
Die IBT GmbH verfügt zum 31. Dezember 2014 über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 185.379 € und einem Bestand an Flüssigen Mitteln in Höhe von 105.979 €. Für das gesamte Geschäftsjahr 2014 war die Liquidität gewährleistet. Es bestanden keine Darlehen gegenüber Kreditinstituten. Zukünftig wird die Liquidität im Zusammenhang mit der projektorientierten Struktur und insbesondere zum Jahreswechsel eine Herausforderung werden, da unabhängig von Interregprojekten generell eine verstärkte Vorfinanzierung von Projekten gefordert wird.

d) Gesamtbeurteilung
Nicht alle für 2014 geplante Themen konnten im Geschäftsjahr realisiert werden. Generell gestaltet sich neben der Akquise von Projektpartnern insbesondere die Projektfinanzierung als schwierig. Daran hat sich auch im laufenden Geschäftsjahr nichts Wesentliches geändert. Mit Start der internationalen Marktbearbeitung zeichnet sich allerdings eine positive Entwicklung ab. So konnten durch die Unterstützung einzelner Partner bedeutende Themen und Maßnahmen für die zukünftige internationale Entwicklung angestoßen werden. Die damit geschaffenen Grundlagen ermöglichen die weitere Umsetzung der Tourismusstrategie der Vierländerregion Bodensee und kennzeichnen ein für die IBT erfolgreiches Geschäftsjahr. Abschließend ist festzuhalten, dass die IBT in 2014 auch ihre betriebswirtschaftlichen Ziele erreicht und sogar leicht übertroffen hat.

e) Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung
Mit der weiteren Fortführung des Systemwechsels durch die IBT GmbH wurde gezielt an der Umsetzung der projektorientierten Arbeitsweise gearbeitet. Die Gesellschafterversammlung hat im März 2013 Richtlinien definiert, nach denen Projekte in das Portfolio der IBT GmbH passen, die personellen Ressourcen zusätzlich zur Verfügung stehen und die Projektaufträge mit einer Marge kalkuliert werden müssen.

Die Ausführung von Projekten ist Grundvoraussetzung für die Stabilität der IBT. Ohne Projektaufträge und den daraus möglichen Einnahmen würden der IBT mittelfristig die finanziellen Mittel für zusätzliche Aktivitäten und Personalressourcen fehlen. Die beauftragte Projektkoordination der Weinregion Bodensee verbunden mit der geplanten Fortführung als Interreg V Projekt ist insofern positiv zu werten. Des Weiteren hat die IBT vom Verein Bodenseegärten e.V. einen Auftrag zur Kommunikation für die nächsten Jahre erhalten. Verhandlungen für eine Verlängerung des Service Centers werden in 2015 frühzeitig aufgenommen. Mit der Umgestaltung des Messeauftritts der Bodenseeregion auf der CMT in Stuttgart wurde die IBT GmbH in 2014 betraut und konnte daraus zusätzlich ein Projektmanagementauftrag für 2015 sichern. Eine Weiterführung für 2016 ist bereits im Sommer 2015 abzuklären.

Die im Oktober startende Winter Bodensee-Erlebniskarte ermöglicht mittelfristig eine weitere Belebung der Nachfrageschwächeren Monate. Um sie nachhaltig etablieren zu können, ist eine über die ersten Jahre ausreichende und zunehmende Nachfrage unabdingbar.
Für das Thema Gesundheitstourismus wurde Ende 2014 eine umfangreiche Datenerhebung gestartet, die Anfang 2015 ausgewertet und zu Handlungsempfehlungen in diesem Markenthema führen werden. Da der Bodensee allgemein auch beim Thema Gesundheit eine gute Wettbewerbssituation gegenüber anderen Destinationen aufweist, ist mit weiteren Aufgaben für die Plattform IBT zu rechnen.

Die IBT ist als Partner der DHBW Ravensburg ein Ausbildungsbetrieb und stellt zusätzlich einen Praktikantenplatz für ein Pflichtpraktikum zur Verfügung. Ohne diese beiden Arbeitsplätze hat die IBT 10,1 auf Vollzeit gerechnete Beschäftigte. Hiervon sind 5,6 der Basis und 4,5 Vollzeitbeschäftigte den Projekten zuzuordnen. Im Hinblick auf Planungssicherheit und vor allem bei der Bereitstellung von kompetenten Personalressourcen bedeuten kurze Vertragslaufzeiten eine zusätzliche Herausforderung für die IBT. Seit 2004 befinden sich die Firmenräume der IBT im Gebäude der Bodensee Schiffsbetriebe in Konstanz. Mit nun aktuell dreizehn Arbeitsplätzen hat die IBT absehbar ausreichend Kapazität. Von Seiten des Vermieters liegen aktuell keine Planungen vor, die Räume selbst in Anspruch zu nehmen.

Die Zuverlässigkeit von IT-Netzwerk und Infrastruktur hat im Laufe des Jahres zu teils längerfristigen Ausfällen geführt. Die größtenteils überalterte Ausstattung verbunden mit der Umorientierung des Dienstleisters auf andere Geschäftsfelder machte eine grundsätzliche Überprüfung der Situation erforderlich. Mittels einer Ausschreibung und Angebotsabfragen soll im Jahre 2015 eine Verbesserung sowie eine zukunftsorientierte Ausrichtung in diesem Thema erreicht werden.

Die IBT GmbH finanziert ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der Tourismusförderung durch Zuschüsse der öffentlichen Verwaltung. Die Gesellschaft unterliegt daher grundsätzlich dem EU-Beihilferecht. Die Konformität der Finanzierung der IBT GmbH mit dem EU-Beihilferecht war im vergangenen Jahr Gegenstand der Aufsichtsratssitzungen und Gesellschafterversammlungen. Wenngleich in der Politik der EU-Kommission der Bereich der touristischen Wirtschaftsförderung nicht akut wahrzunehmen ist, wird die Wahrscheinlichkeit der Beanstandung der Finanzierung der IBT GmbH durch die EU-Behörde momentan seitens der Geschäftsführung als eher gering angesehen, kann jedoch auch nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Für das Jahr 2015 sind, wie erläutert, Zuschüsse in Höhe von 466.000 € beschlossen. Verbunden mit bestehenden Projektaufträgen ist eine positive Fortführungsprognose in das Jahr 2015 zu stellen.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2015 sieht einen Ausgabenüberschuss in Höhe von ca. 28.000 € vor. Dieser Ausgabenüberschuss ist insbesondere auf das Interregprojekt „Boden-

seegärten“ zurückzuführen und begründet sich darin, dass Ausgaben und Einnahmen in unterschiedlichen Jahren anfallen. Der geplante Ausgabenüberschuss kann aus dem vorhandenen Bilanzgewinn finanziert werden.

Die Geschäftsentwicklung der ersten Monate des Jahres 2015 verläuft entsprechend den Planungen. Allgemein sind positive Tendenzen auszumachen in den Projektumsetzungen, die auch ein geringfügig besseres Jahresergebnis als geplant erwarten lassen.

Abschließend kann festgehalten werden, dass nach dem Bilanzstichtag keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt wurden.

Die wesentlichen Chancen und Risiken im Sinne des § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB sind beschrieben.

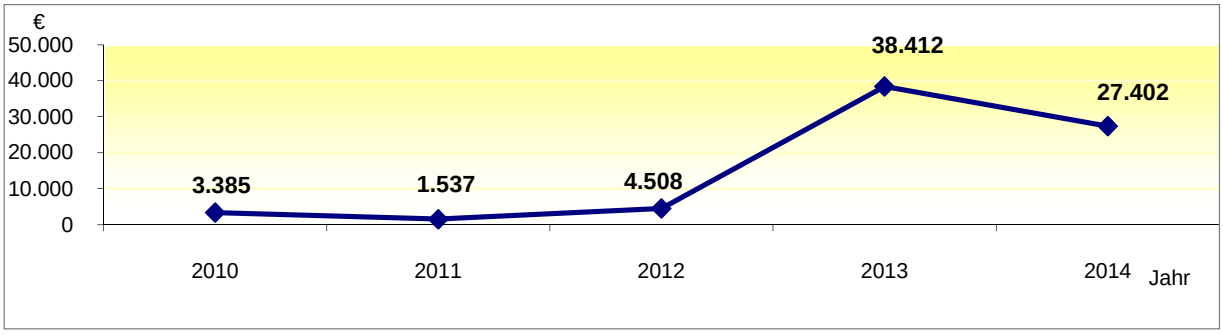
Konstanz, den 24. April 2015

Jürgen Ammann
Geschäftsführer

11. Abschlussprüfer

ETL AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Stuttgart

12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der IBT GmbH zum 31.12.2014

Bilanz Aktiva	2014 T€	 %	2013 T€	 %	2012 T€	 %
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3,7	1,1	1,9	0,8	3,1	1,3
II. Sachanlagen						
1. Anlagen und Maschinen	10,6	3,3	19,4	8,2	26,4	10,8
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung						
III. Finanzanlagen						
1. Beteiligungen	0,5	0,2	0,0	0,0	1,3	0,5
	14,8	4,6	**21,3**	9,0	**30,8**	12,5
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2,6	0,8	2,0	0,8	6,5	2,6
2. Unfertige Leistungen	8,5	2,6	4,1	1,7	0,1	0,0
3. Geleistete Anzahlungen	0,0	0,0	30,3	12,9	33,6	13,7
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	166,4	51,8	24,1	10,2	38,4	15,6
2. Forderung gegen verbunden Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	17,0	5,3	18,2	7,7	48,9	19,9
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten	106,0	33,0	126,8	53,8	82,2	33,5
	300,5	93,5	**205,5**	87,2	**209,6**	85,5
C. Rechnungsabgrenzungsposten	6,0	1,9	8,8	3,7	4,8	2,0
Bilanzsumme	**321,3**	100,0	**235,5**	100,0	**245,1**	100,0

Bilanz der IBT GmbH zum 31.12.2014

Bilanz	2014		2013		2012	
Passiva	**T€**	%	**T€**	%	**T€**	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	120,0	37,4	120,0	50,9	431,0	175,8
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	38,0	11,8	-0,4	-0,2	-315,9	-128,9
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	27,4	8,5	38,4	16,3	4,5	1,8
	185,4	57,7	**158,0**	67,1	**119,6**	48,8
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	**27,9**	8,7	**27,1**	11,5	**30,7**	12,5
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	21,4	6,6	12,7	5,4	30,9	12,6
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
VI. Erhaltende Anzahlungen auf Bestellungen	73,2	22,8	0,0	0,0	0,0	0,0
VII Sonstige Verbindlichkeiten	11,6	3,6	9,3	3,9	6,1	2,5
	106,1	33,0	**21,9**	9,3	**37,0**	15,1
F. Rechnungsabgrenzungsposten	**1,9**	0,6	**28,6**	12,1	**57,8**	23,6
Bilanzsumme	**321,3**	100,0	**235,5**	100,0	**245,1**	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der IBT GmbH zum 31.12.2014

Gewinn- und Verlustrechnung	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	1.105,0	69,9	563,3	43,8	407,1	30,4
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	475,9	30,1	722,2	56,2	932,4	69,6
5. Gesamtleistung	**1.580,9**	100,0	**1.285,5**	100,0	**1.339,5**	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	404,6	26,0	423,2	33,9	616,9	46,0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	461,9	29,7	117,0	9,4	45,0	3,4
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	433,8	27,9	439,2	35,2	361,9	27,0
b) Soziale Abgaben	92,0	5,9	93,5	7,5	77,5	5,8
8. Abschreibungen						
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	9,0	0,6	16,4	1,3	18,0	1,3
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens						
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	153,2	9,9	159,4	12,8	222,3	16,6
10. Gesamtaufwand	**1.554,4**	100,0	**1.248,6**	100,0	**1.341,7**	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	**26,4**		**36,9**		**-2,1**	
12. Erträge aus Beteiligungen	0,0		0,00		2,5	
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,2		2,2		2,5	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-0,1		0,0		0,0	
18. Finanzergebnis	**1,2**		**2,2**		**5,0**	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**27,6**		**39,1**		**2,9**	
20. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,3		0,1		2,0	
22. Sonstige Steuern	-0,5		-0,7		-0,4	
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	**27,4**		**38,4**		**4,5**	

Deutsche Bodensee Tourismus GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Deutsche Bodensee Tourismus GmbH
Kontakt:	Albrechtstraße 77, 88045 Friedrichshafen Tel. 07541 4028999 Fax 07541 4028998 E-Mail: info@echt-bodensee.de Homepage: www.echt-bodensee.de
Gründungsdatum:	7. März 2013
Eintragung Handelsregister:	14. Mai 2013
Gesellschaftsvertrag:	7. März 2013
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

Die Daten zum Jahresabschluss 2014 gelten vorbehaltlich der Zustimmung der Gesellschafterversammlung am 25. November 2015

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung, Vermarktung und Förderung des deutschen Bodenseeraumes nach innen und außen im Bereich Tourismus und alle damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten und Dienstleistungen.
Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Darüber hinaus darf die Gesellschaft andere Unternehmen gleicher Art werben, vertreten oder sich an solchen Unternehmen beteiligen.
Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg bzw. der Landkreisordnung von Bayern.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 100.000 €. Es ist in voller Höhe einbezahlt und verteilt sich wie folgt auf die Gesellschafter:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	70.000	70,00 %
Landkreis Lindau	21.000	21,00 %
Landkreis Sigmaringen	5.000	5,00 %
Stadt Stockach / Gemeinde Bodman-Ludwigshafen	4.000	4,00 %
Gesamt	100.000	100,00 %

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Herr Christoph Kunz
Gesellschafterversammlung:	
Vorsitzender	Elmar Stegmann, Landrat Lindau
Mitglieder	Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis
	Simon Blümcke, Bürgermeister Hagnau
	Martin Hahn, MdL
	Achim Krafft, Bürgermeister Langenargen

Michael Jeckel, Kreisrat Bodenseekreis
Edgar, Lamm, Bürgermeister Uhldingen-Mühlhofen
Helmut Faden, Schulleiter Bildungszentrum Markdorf
Maria Wirth, Kreisrätin Bodenseekreis
Stefanie Bürkle, Landrätin Kreis Sigmaringen
Rainer Stolz, Bürgermeister Stockach
Matthias Weckbach, Bürgermeister Bodman-Ludwigshafen
Thomas Kleinschmidt, Kreisrat Lindau
Sabine Schmidt, Kreisrätin Lindau

Es wurde ein Fachbeirat eingerichtet.

5. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung BW bzw. der Landkreisordnung von Bayern.

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung, Vermarktung und Förderung des deutschen Bodenseeraums nach innen und außen im Bereich Tourismus und alle damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten und Dienstleistungen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

⇒ Geschäftsraummietvertrag mit dem Bodenseekreis vom 16. September 2013. Das Mietverhältnis begann am 1. Januar 2014 und ist auf unbestimmte Zeit geschlossen. Die Kündigungsfrist beträgt 3 Monate.
⇒ Dienstleistungsvertrag mit der Regionales IT-Servicecenter GmbH vom 1. Dezember 2013.
⇒ Kooperationsvereinbarung mit der movelo GmbH vom 18./20. September 2013 über eine Marketing-Kooperation. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2016. Die Kündigungsfrist beträgt 3 Monate oder der Vertrag verlängert sich automatisch um ein Jahr.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an die DBT:
⇒ 300.791 € als Gesellschafterzuschuss
⇒ 3.000 € als Zuschuss für CMT 2014
⇒ 7.140 € für eine Anzeige im Merian Magazin
⇒ 17.947 € für Give-away Gästebefragung (Strandtaschen)
⇒ 6.112 € für SWR-Produktion „4 in einem Boot“

Zahlung von der DBT an den Bodenseekreis:
⇒ 6.788 € Raummiete
⇒ 17 € Sonstiges

9. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Während des Geschäftsjahres waren ein Geschäftsführer und durchschnittlich zwei weitere Mitar eiterinnen angestellt.

10. Lagebericht (Auszug)

a) Lage und Geschäftsverlauf

Die Deutsche Bodensee Tourismus GmbH (nachfolgend kurz: "DBT") wurde am 7. März 2013 als neue touristische Dachmarke der nördlichen Bodenseeregion gegründet. Operativ tätig ist die Organisation mit der Einstellung des Geschäftsführers Christoph Kunz seit April 2013, im Monat Mai 2013 trat Frau Jennifer Frahm die Stelle mit dem Schwerpunkt Marketing an, im November 2013 konnte die dritte geplante Personalstelle mit Frau Manuela Kneissler (touristische Projekte und Vertrieb) besetzt werden. Seit Oktober 2014 konnte mit Frau Jennifer Krähmer auch eine Studentin in Kooperation mit der DHBW in Ravensburg gefunden werden, die das Team verstärkt. Sie studiert Destinationsmanagement und wird bis Ende des Studiums 2017 immer im Wechsel sechs Monate in der Geschäftsstelle und sechs Monate an der DHBW in Ravensburg sein. Damit sind die Personalplanungen bis auf weiteres abgeschlossen. Für neue Projekte (z.B. die Einführung der Gästekarte "Echt Bodensee Card") müssen ggf. weitere Personalstellen geschaffen werden.

Projekte

Nachdem im ersten Jahr sehr schnell und in enger Kooperation mit den Partnern auf kommunaler Ebene zur CMT 2014 erste Printprodukte (Imagebroschüre "Dem See so nah“, Wassersportführer, Familien-Schatzkarte) umgesetzt werden konnten, wurden für 2014 ebenfalls in enger Kooperation mit dem Fachbeirat und den Partnern die folgenden größeren Projekte umgesetzt.

⇒ Familien-Führer inkl. Schatzkarte für Kinder
In einer Gruppe in enger Kooperation mit den Partnern wurde ein neues Printprodukt geschaffen, vorab wurde eine Schatzkarte für Kinder mit den Attraktionen rund um den See zur CMT veröffentlicht.

⇒ Homepage
Für die Region des Deutschen Bodensees gibt es keinen einheitlichen, offiziellen Webauftritt. Diese Lücke wurde mit der neuen Homepage www.echt-bodensee.de geschlossen. Sie setzt auf tiefergehende Inhalte, die andere, schon bestehende Seiten nicht bieten können. Die Seite konnte in einer ersten Version im Herbst 2014 online gestellt werden. Das Konzept sieht vor, dass die Seite nach und nach mit Inhalten gefüttert werden soll, um sich in den kommenden Jahren zu der Seite für Touristen zu entwickeln, die alle wichtigen und relevanten Informationen für einen Urlaub am deutschen Bodensee enthält.

⇒ Messe-Planung
Im Jahr 2014 wurden insgesamt acht Messen besucht, im Anschluss wurde gemeinsam mit dem Fachbeirat beschlossen, dass sich die DBT ab 2015 auf die beiden großen Messen CMT und ITB konzentrieren wird. Hier wird sich die DBT wie bisher auch direkt beteiligen. Sollten Partner auf anderen Messen eine Präsenz wünschen, steht die DBT gerne als Koordinationspartner zur Verfügung und auch der Messestand wird gerne zur Verfügung gestellt, allerdings wird für weitere Messen kein Personal seitens der DBT gestellt und auch die finanzielle Seite muss komplett seitens der Partner gedeckt sein.

⇒ Apfelwochen
Seit einigen Jahren bestehen die erfolgreichen Apfelwochen, die von verschiedenen Partnern mit vielfältigen Programmpunkten im Herbst eines jeden Jahres durchgeführt werden. Die DBT hat auf Nachfrage gerne die Koordination der Apfelwochen übernommen.

⇒ Premiumwanderwege
Einige Gemeinden haben sich entschlossen, mit Premiumwanderwegen den Bereich des Wanderns gezielt zu stärken und zu bewerben. In einer Kooperationsgruppe, die auch Partner aus dem Landkreis Konstanz umfasst, konnten verschiedene Projekte und Maßnahmen über die DBT koordiniert und umgesetzt werden.

⇒ MERIAN Heft Deutscher Bodensee
Mit der redaktionellen Unterstützung der DBT und der finanziellen Unterstützung einiger Partner über Anzeigen konnte eine eigene Ausgabe des MERIAN Magazins, nur für den deutschen Teil des Bodensees, umgesetzt und veröffentlicht werden. Das Heft erschien im April 2014 und wird für mindestens zwei Jahre im Buchhandel und in ausgewählten Zeitschriftenhandlungen erhältlich sein.

⇒ Pressearbeit
Im Jahr 2014 stieg die DBT auch in die Pressearbeit ein. Neben der Betreuung von individuellen Anfragen und Pressereisen ist vor allen Dingen die Beteiligung der DBT an der Pressefahrt der ZMBW zum Thema .Faszination Fliegen" erwähnenswert. Auf die Pressearbeit soll in den kommenden Jahren vermehrt Wert gelegt werden, Ziel ist es, gemeinsam mit den Partnern rund um den Bodensee eigene Pressereisen zu organisieren und durchzuführen.

Neben den erwähnten Projekten lag der Schwerpunkt der Arbeit der DBT im Jahr 2014 auf den folgenden beiden Projekten.

⇒ Gästekarte „Echt Bodensee Card“
Die Einführung einer regionalen Gästekarte stellt für die Gesellschafter der DBT eine der wichtigsten touristischen Innovationen der Region dar. Diese Gästekarte soll es den Übernachtungsgästen ermöglichen, in der Region kostenlos mit Bus und Bahn zu fahren. Aus diesem Grund wurde daher bereits im Mai 2013 der Kontakt zum bodo-Verkehrsverbund gesucht. In regelmäßigen Sitzungen wurde dann vor allen Dingen im Jahr 2014 das Projekt entscheidend vorangetrieben. Die Einführung der Gästekarte ist für das Jahr 2016 geplant. In einem Grundsatzentscheid wurde anlässlich der Gesellschafterversammlung am 30. Juli 2014 beschlossen, dass die DBT das Projekt der Gästekarte als prioritär zu behandeln hat. Somit wurden vor allen Dingen für das zweite Halbjahr 2014 und die Folgejahre die personellen Mittel der DBT gebündelt und auf das Projekt konzentriert.

⇒ Vertrieb
Obwohl die Bodenseeregion zu den beliebtesten Urlaubsregionen Deutschlands zählt, hat das Thema .Buchbarkeit" (Online-Buchbarkeit) bei vielen Vermietern nur eine untergeordnete Rolle. Lediglich rund 15% der Betriebe sind online buchbar. Da der Trend immer mehr zu schnell und einfach buchbaren Unterkünften über das Internet geht, stellt das Thema „Aufbau einer Vertriebsplattform" für die DBT ein prioritäres Ziel dar. Zusammen mit einem Berater wurde 2014 eine Vorgehensstrategie entwickelt, mit dem Ziel für 2015 eine Buchungsplattform über die neue Homepage www.echt-bodensee.de anbieten zu können. Aufgrund eines Aufkaufs des ausgewählten Anbieters (Holiday Insider) muss noch abgewartet werden, ob die Strategie wie definiert umgesetzt werden kann oder nicht. Für 2015 wird eine Umsetzung angestrebt.

Umsatzsituation
Der erwirtschaftete Umsatz beträgt rund 170.000 €. Das positive Ergebnis spiegelt die Beteiligungen der einzelnen Partner an den Projekten der DBT wieder. Damit konnte der Umsatz um rund 158.000 € im Vergleich zum Rumpfjahr 2013 gesteigert werden.

Kostenstruktur
Im Gesellschaftervertrag ist eine zusätzliche Finanzierung von Projekten durch Drittmittel in Höhe von 25% vorgesehen. Diese konnte im Jahr 2014 dank der vielfältigen Projekte in Kooperation mit den Partnern erreicht werden.

Die Personalkosten für die drei Vollzeitstellen (Geschäftsführung – Marketing - Projekte/Vertrieb) und die DHBW-Stelle betrugen rd. 188.000 €. Die Projekt- und Messekosten beliefen sich auf rd. 316.000 €, die Werbekosten auf rund 65.000 € und die allgemeinen Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen auf rd. 93.000 €.

Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss
Für das Wirtschaftsjahr 2014 wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 18.921,31 € erzielt. Dieser resultiert zum einen aus den Erlösen aus Weiterberechnungen (Beteiligungen) und zum anderen aus den Kosten. Dabei wurde der Gewinnvortrag des Vorjahres in Höhe von 23.348,65 € gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 30. Juli 2014 als Gewinnvortrag für im Jahr 2013 begonnene und im Jahr 2014 fertig gestellte Projekte miteinkalkuliert.

Cash Flow
Der Cash Flow der operativen Geschäftstätigkeit betrug in 2014 rd. 417.500 €. Die Ausgaben für Investitionen beliefen sich auf rd. 31.200 €. Finanziert wurden beide Cash Flows durch Zuschüsse der Gesellschafter (429.500 €). Infolge der wirtschaftlichen Tätigkeit haben sich die liquiden Mittel der Gesellschaft um rd. 19.000 € verringert.

b) Voraussichtliche Entwicklung
Nach Schluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten. Aufgrund des Gesellschafterbeschlusses vom Juni 2013 kann das Unternehmen fest mit einem Zuschuss der Gesellschafter in Höhe von 425.000 € für 2015 rechnen. Dazu kommen Einnahmen aus Drittmitteln, die abhängig von den umgesetzten Projekten zusammen mit den Partnern sind.

Für das Jahr 2014 galt wie im Jahr 2013 auch für die Fördermittel des Landes Baden-Württemberg der Zuschuss auf Projektebene. Dies bedeutet, dass umgesetzte Projekte mit maximal 50% an Landesfördermitteln bezuschusst werden konnten. Die angestrebten Fördermittel in Höhe von 45.000 € konnten vollumfänglich abgerufen werden. Für das Jahr 2015 wird zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Landkreis Konstanz wieder eine Pauschalförderung seitens des Landes angestrebt. Dies hätte den Vorteil, dass die Gelder pauschal fließen und keine Ko-Finanzierung nötig ist. Dabei soll die Fördersumme in Höhe von insgesamt rd. 90.000 € zu einem Drittel dem Landkreis Konstanz und zu zwei Dritteln der DBT zufließen. Gemeinsam mit dem Landkreis Konstanz wurde ein Marketingplan eingereicht, dieser wurde Ende März seitens der TMBW und des Ministeriums genehmigt, sodass für 2015 die Mittel wieder als Pauschalförderung wie angestrebt fließen werden.

Es gilt, zahlreiche Themenfelder und Projekte für die touristische Ausrichtung der kommenden Jahre zu diskutieren und aufzugleisen. Die Unterstützung seitens der Partner ist nach wie vor hervorragend, dennoch stieß das Unternehmen innerhalb kürzester Zeit aufgrund der sehr schlanken Personalstruktur an seine Grenzen {z.B. bei den Messe-Auftritten). Es konnte weniger auf bestehende Strukturen und Projekte aufgebaut werden, als dies beim Start letztes Jahr angenommen wurde. Es gilt, Basisarbeiten zu erledigen und gemeinsam mit allen Partnern zu einem System zu kommen, in dem die bestehenden Ressourcen bestmöglich genutzt werden. Es wird daher in Zukunft eine noch größere Bedeutung haben, Schwerpunkte klar und deutlich zu definieren und aufzuzeigen, welche Projekte nicht angegangen bzw. umgesetzt werden können. Eine stetige und nachhaltige Entwicklung des Unternehmens in enger Kooperation mit den anderen Unternehmen am See stellt dabei die zentrale Philosophie der DBT dar.

Projekte 2015
Wie für das Jahr 2014 auch, wurden die beiden Schwerpunkt-Themen auch für das Jahr 2015 definiert. Eine zentrale Rolle wird das Projekt der *Einführung der Gästekarte „Echt Bodensee Card"* besitzen, mit dem die Gäste ab einer Übernachtung den öffentlichen Personen-Nahverkehr kostenlos nutzen können. Seit Mitte 2013 wurden Gespräche mit dem Verkehrsverbund bodo als Partner geführt, seit Frühjahr 2014 diskutiert und entwickelt eine Arbeitsgruppe das Projekt weiter. Ziel ist die Einführung des Systems im Jahr 2016.

Daneben stellt das Thema *Vertrieb* eine zentrale Aufgabe des Jahres dar. Es gilt die Vision einer für den "Gast einfach buchbaren Region“ (Online-Buchbarkeit) aufzubauen und mit einer Vertriebsstrategie zu unterlegen.

Neben den beiden Schwerpunkthemen gilt es die Themen *Aufbau und Weiterentwicklung der Homepage, Weiterentwicklung der bestehenden Marketing-Maßnahmen* und die *Entwicklung eines Marketingplanes* neben weiteren Projekten umzusetzen.

Risiken der künftigen Entwicklung und Ausblick auf die Ertragslage
Die Geschäftstätigkeit und Aufgabenstellung der Gesellschaft bedingen, dass Zuschüsse der Gesellschafter bereitgestellt werden müssen, um die bei der Gesellschaft anfallenden Kosten zu decken. Die eigenen Umsatzerlöse der Gesellschaft werden hierfür nicht ausreichend sein.

Des Weiteren gilt es zu beobachten, wie sich die gesetzlichen Voraussetzungen zum Thema Beihilferecht ändern werden und entsprechende Maßnahmen und Entscheidungen zu treffen.

Für das Jahr 2015 erwartet die Gesellschaft, unter Berücksichtigung von Zuschusszahlungen der Gesellschafter, ein ausgeglichenes Jahresergebnis.

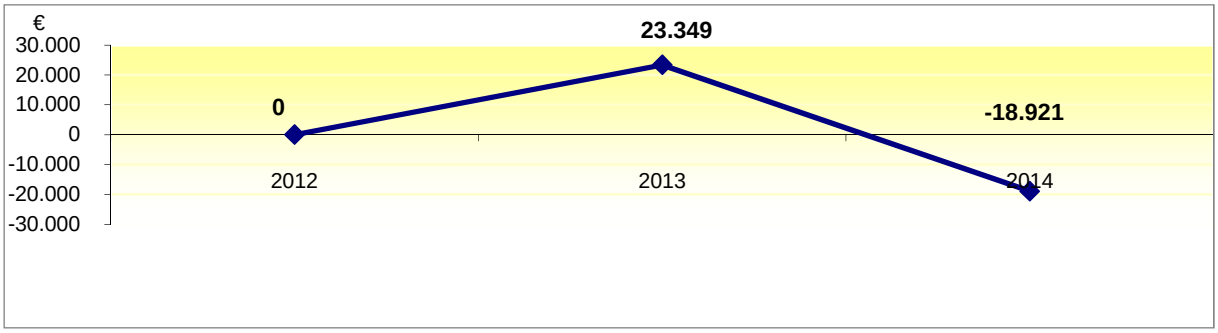
Friedrichshafen, 31. Mai 2014

Christoph Kunz

11. Abschlussprüfer

HSA Friedrichshafener Treuhand GmbH, Friedrichshafen

12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der DBT GmbH zum 31.12.2014

Bilanz **Aktiva**	**2014** **T€**	 %	**2013** **T€**	 **T€**
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	28,6	15,8	0,0	0,0
II. Sachanlagen				
1. Anlagen und Maschinen	21,7	12,0	25,8	14,3
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung				
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen				
	50,3	27,8	**25,8**	14,3
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,1	0,0	0,0	0,0
2. Unfertige Leistungen				
3. Geleistete Anzahlungen				
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	14,9	8,2	24,5	13,6
2. Forderung gegen verbunden Unternehmen				
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht				
4. Forderungen gegen Gesellschafter				
5. Sonstige Vermögensgegenstände	0,4	0,2	5,4	3,0
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten	86,7	47,9	105,9	58,8
	102,0	56,4	**135,8**	75,4
C. Rechnungsabgrenzungsposten	28,6	15,8	18,4	10,2
Bilanzsumme	**181,0**	100,0	**180,0**	100,0

Bilanz der DBT GmbH zum 31.12.2014

Bilanz	**2014**		**2013**	
Passiva	**T€**	%	**T€**	**T€**
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	100,0	55,2	100,0	55,6
II. Kapitalrücklage				
III. Gewinnrücklage				
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag				
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	4,4	2,4	23,3	13,0
	104,4	57,7	**123,3**	68,5
B. Sonderposten mit Rücklageanteil				
C. Empfangene Ertragszuschüsse				
D. Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				
II. Steuerrückstellungen				
III. Sonstige Rückstellungen	**15,3**	8,5	**10,6**	5,9
E. Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	50,4	27,9	29,2	16,2
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen				
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht				
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern				
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	5,1	2,8	4,8	2,7
	55,6	30,7	**34,0**	18,9
F. Rechnungsabgrenzungsposten	**5,6**	3,1	**12,0**	6,7
Bilanzsumme	**181,0**	100,0	**180,0**	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der DBT GmbH zum 31.12.2014

Gewinn- und Verlustrechnung	2014 T€	2014 %	2013 T€	2013 %
1. Umsatzerlöse	169,9	26,2	11,9	4,8
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen				
3. andere aktivierte Eigenleistungen				
4. Sonstige betriebliche Erträge	479,2	73,8	236,5	95,2
5. Gesamtleistung	**649,1**	100,0	**248,5**	100,0
6. Materialaufwand				
7. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	152,9	22,9	84,0	37,3
b) Soziale Abgaben	35,2	5,3	24,6	10,9
8. Abschreibungen				
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	6,7	1,0	2,4	1,1
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens				
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	473,5	70,9	114,2	50,7
10. Gesamtaufwand	**668,3**	100,0	**225,2**	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	**-19,2**		**23,2**	
12. Erträge aus Beteiligungen				
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag				
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens				
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,3		0,1	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme				
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
18. Finanzergebnis	**0,3**		**0,1**	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-18,9**		**23,3**	
20. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen				
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
22. Sonstige Steuern				
23. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	**-18,9**		**23,3**	

Energieagentur Bodenseekreis GbR

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Energieagentur Bodenseekreis
Kontakt:	Niederlassung der Energieagentur Ravensburg gGmbH Tel.: 07541 / 289951-0 Fax: 07541 / 289951-99 E-mail: info@energieagentur-bodenseekreis.de Homepage: www.energieagentur-ravensburg.de
Gründungsdatum:	13. Juni 2007
Gesellschaftsvertrag:	13. Juni 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar – 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Der Zweck der Gesellschaft ist ausschließlich die Beteiligung an der Energieagentur Ravensburg gGmbH mit dem Ziel, dass diese eine Energieagentur im Bodenseekreis als Niederlassung gründet. Außenstellen im Bodenseekreis sollen möglich sein.

3. Beteiligungsverhältnisse, Stammkapital

Gesellschafter der Energieagentur Bodenseekreis GbR sind:

	Stammkapital	Anteil
Landkreis Bodenseekreis	4.610 €	45,28 %
Stadtwerke am See GmbH & Co. KG (ehem. Technische Werke Friedrichshafen GmbH)	1.470 €	14,44 %
EnBW Regional AG	1.470 €	14,44 %
Thüga Energienetze GmbH, München (ehem. Thüga AG)	980 €	9,63 %
Regionalwerk Bodensee GmbH & Co. KG	980 €	9,63 %
Stadtwerke Überlingen GmbH	490 €	4,81 %
Kreishandwerkerschaft Bodenseekreis	150 €	1,47 %
NABU Bezirksverband Donau-Bodensee e.V.	30 €	0,29 %
	10.180 €	**100,00 %**

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung

5. Öffentlicher Zweck

Die Energieagentur informiert Bürgerinnen und Bürger laufend über Entwicklungen neuer Technologien im Sektor erneuerbare Energien. Um interessierten Bürgern, Kommunen, Gewerbebetrieben Energiesparpotenziale aufzuzeigen, bietet die Energieagentur eine kostenlose, unabhängige und handwerksübergreifende Energieberatung anhand verschiedener Energieanalysen. Förder- und Zuschussprogramme sind wichtiger Bestandteil der Serviceleistungen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

⇒ Energieagentur Ravensburg gGmbH (Einlage: 9.200 €, Anteil: 16,00 %)

7. Wesentliche Verträge

⇒ Gesellschaftervertrag

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an die Energieagentur Bodenseekreis GbR:

⇒ 33.000 € jährlicher Kostenbeitrag

Alle Gesellschafter sind nach Maßgabe der Beteiligung am Stammkapital an einem etwaigen Verlust beteiligt.

Da die Energieagentur Bodenseekreis GbR keinen Jahresabschluss aufstellt, wird an dieser Stelle auf den Abschluss der Energieagentur Ravensburg gGmbH verwiesen (s. Seite 183).

Regionaler Kompensationspool Bodensee-Oberschwaben GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Regionaler Kompensationspool Bodensee-Oberschwaben GmbH
Kontakt:	Hirchgraben 2 88214 Ravensburg Tel.: 0751/363 54-0 Fax: 0751/363 54-54 E-Mail: info@rvbo.de Homepage: www.rvbo.de
Gründungsdatum:	9. April 2014
Eintragung Handelsregister:	16. Mai 2014
Gesellschaftsvertrag:	9. April 2014
Wirtschaftsjahr:	9. April - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Aufbau eines regionalen Kompensationspools, die Förderung und Durchführung von Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft im Rahmen der Regelungen zur Vermeidung und zur Kompensation von Eingriffen in die Natur und Landschaft.

Der Gegenstand des Unternehmens wird insbesondere verwirklicht durch

- ⇒ den Aufbau eines Flächen-, Maßnahmen- und Ökopunktepools, einschließlich dem Erwerb von Grundstücken,
- ⇒ die Sicherung von Ökopunkten, Kompensationsmaßnahmen und Kompensationsflächen,
- ⇒ die Planung, Durchführung und Förderung von Maßnahmen zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft durch den Abschluss entsprechender vertraglicher Vereinbarungen.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geignet sind und die sich im Rahmen der kommunalrechtlich zulässigen Daseinsvorsorge halten.

Die Gesellschaft kann zur Verwirklichung ihres Unternehmensgegenstandes im Rahmen der kommunalrechtlich zulässigen Daseinsvorsorge Unternehmen gründen, erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten sowie sich sonstiger Dritter bedienen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital von 25.251 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Regionalverband Bodensee-Oberschwaben	250 €	0,99%
Gemeinde Baienfurt	540 €	2,14%
Gemeinde Baindt	371 €	1,47%
Gemeinde Berg	312 €	1,24%
Gemeinde Eriskirch	343 €	1,36%
Stadt Friedrichshafen	4.333 €	17,16%
Gemeinde Immenstaad	467 €	1,85%
Gemeinde Kressbronn	628 €	2,49%
Gemeinde Langenargen	580 €	2,30%
Stadt Markdorf	970 €	3,84%
Gemeinde Meckenbeuren	998 €	3,95%
Gemeinde Oberteuringen	337 €	1,33%
Stadt Ravensburg	3.682 €	14,58%
Stadt Tettnang	1.382 €	5,47%
Stadt Weingarten	1.724 €	6,83%
Landkreis Bodenseekreis	4.167 €	16,50%
Landkreis Ravensburg	4.167 €	16,50%
	25.251 €	**100,00%**

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Wilfried Franke

Gesellschafterversammlung: ist eingerichtet
Vorsitzender Karl-Heinz Beck, Bürgermeister Oberteuringen

5. Öffentlicher Zweck

Zweck der Gesellschaft ist die Deckung des Kompensationsbedarfs auf dem Gebiet der beteiligten Städte, Gemeinden und Landkreise, die Förderung des Natur- und Landschaftsschutzes in der Region sowie die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen im Rahmen der kommunalrechtlich zulässigen Daseinsvorsorge.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

⇒ GmbH-Vertrag vom 9. April 2014
⇒ Geschäftsbesorgungsvertrag vom 20. Mai 2014
⇒ Kooperationsvertrag vom 20. Mai 2014

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an die ReKo GmbH:
⇒ 4.167 € für Geschäftsanteile
⇒ 48.610 € für die Kapitalrücklage

9. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Keine

10. Lagebericht

a) Grundlagen des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Deckung des Kompensationsbedarfs für Eingriffe in Natur un Landschaft auf dem Gebiet der beteiligten Städte, Gemeinden und Landkreise durch den Aufbau eines regionalen Kompensationspools. Vorrangiges Ziel ist dabei die Beschaffung von Ökopunkten (ÖP) gemäß dem gemeldeten Bedarf der Gesellschafter.

b) Geschäftsverlauf

Die ReKo GmbH hat gegen Ende 2014 ihr operatives Geschäft aufgenommen. Allerdings konnte der im Businessplan vorgesehene An- und Verkauf von Ökopunkten noch nicht realisiert werden. Die ÖP sollten aus verschiedenen Maßnahmen im Naturraum Voralpines Hügel- und Moorland erworben werden. Leider lag für keine der geplanten Maßnahmen in 2014 die Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde vor, weshalb keine Umsätze aus dem Ökopunktehandel erzielt werden konnten.

c) Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage	**2014 RE in T€**	**2014 Plan in T €**
Umsatz Ökopunkte	0,0 €	550,0 €
Sonstige Erlöse	0,0 €	1,0 €
Zinsen u.ä. Erträge	0,1 €	0,0 €
Summe	**0,1 €**	**551,0 €**
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-36,1 €**	**3,3 €**
Jahresfehlbetrag	**37,8 €**	**0,0 €**

Das operative Geschäft wurde erst gegen Ende des Jahres 2014 aufgenommen. Es entstanden einmalig Gründungskosten von 8.935 €.

Der geplante Handel mit den Ökopunkten konnte nicht erfolgen, weil diese in 2014 von den unteren Naturschutzbehörden noch nicht genehmigt waren. Das Jahr 2014 war das Gründungsjahr, deshalb gib es keine Werte zum Vorjahr.

Finanzlage	**2014 RE in T€**	**2014 Eröffnungsbilanz in T €**
Gezeichnetes Kapital	25,3 €	25,3 €
Kapitalrücklage	175,0 €	175,0 €
Jahresergebnis	-37,8 €	0,0 €
Eigenkapital zum 31.12.	**162,4 €**	**200,3 €**
Rückstellungen	11,0 €	0,0 €
Fremdkapital	**16,9 €**	**0,0 €**
Bilanzsumme zum 31.12.	**190,4 €**	**200,3 €**

Es wurden geringe Investitionen (175 €) in die Geschäftsausstattung getätigt. Die Betriebskosten konnten mit dem vorhandenen Eigenkapital gedeckt werden.

Die ReKo GmbH konnte jederzeit ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen.

Vermögenslage	**2014 RE in T€**	**2014 Eröffnungsbilanz in T €**
Sachanlagen	0,0 €	0,0 €
Finanzanlagen	0,0 €	0,0 €
Anlagevermögen	**0,0 €**	**0,0 €**
Vorräte	0,0 €	0,0 €
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	2,5 €	19,3 €
Kassenbestand, Guthaben	186,7 €	181,0 €
Umlaufvermögen	**189,2 €**	**200,3 €**
Rechnungsabgrenzungsposten	1,1 €	0,0 €
Bilanzsumme zum 31.12.	**190,4 €**	**200,3 €**

d) Nachtragsbericht
Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2014 hat es nicht gegeben.

e) Prognosebericht
Für das Jahr 2015 und folgende ist geplant im steigenden Umfang für die an der ReKo GmbH beteiligten Kommunen ÖP zu kaufen und an diese weiterzuverkaufen. Die Preisverhandlungen bezüglich der ÖP im betroffenen Naturraum laufen bereits. Die Genehmigung einer weiteren Maßnahme im Landkreis Ravensburg wird in Kürze erwartet. Weitere ÖP sollen im Herbst verfügbar sein. Ebenso befinden sich weitere Maßnahmen im Planungsprozess. Im Jahr 2015 wird mit einem ausgeglichenen bis leicht positiven Ergebnis gerechnet.

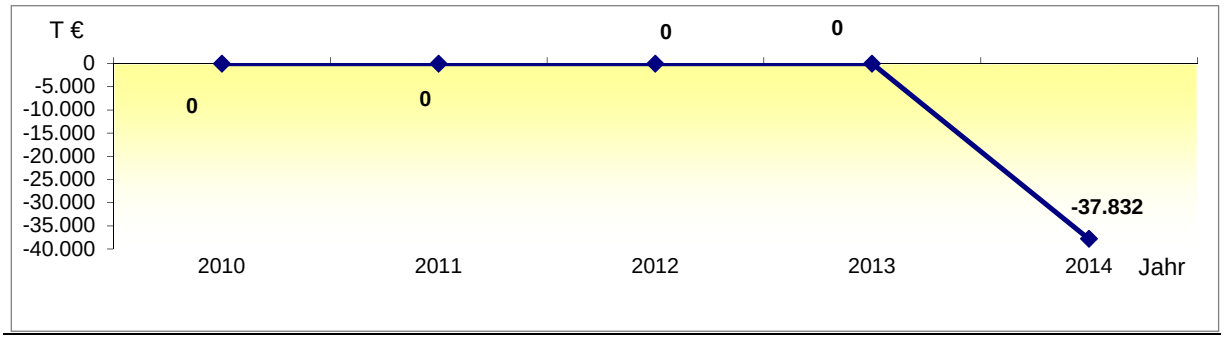
f) Chancen und Risiken
Die Realisierung der im Businessplan vorgesehenen Aufwandszahlen für 2015 und 2016 hängen im Wesentlichen vom ÖP-Bedarf der Kommunen und den erzielbaren Preisen ab. Dies ist sowohl mit Chancen als auch mit Risiken für die Gesellschaft verbunden. Aufgrund der guten Kapitalausstattung ist die Gesellschaft in der Lage auch negative Entwicklungen wie eine weitere Verzögerung von Genehmigungen von Maßnahmen durch die Naturschutzbehörden abzufedern.

Ravensburg, 8. Mai 2015

Wilfried Franke

11. Abschlussprüfer
RWT Reutlinger Wirtschaftstreuhand GmbH, Reutlingen

12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der ReKo GmbH zum 31.12.2014

Bilanz **Aktiva**	**2014** **T€**	%	**Eröffnungsbi-lanz** **T€**	%	**2012** **T€**	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegen-stände						
II. Sachanlagen						
1. Betriebs- und Geschäfts-ausstattung	0,0	0,0	0,0	0,0		
III. Finanzanlagen						
1. Beteiligungen						
	0	0	**0**	0		
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Fertige Erzeugnisse und Waren	0,0	0,0	0,0	0,0		
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung						
2. Forderung gegen verbunden Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter	0,0	0,0	2,6	1,3		
5. Sonstige Vermögensgegenstände	2,5	1,3	16,7	8,3		
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten	186,7	98,1	181,0	90,4		
	189,2	99,4	**200,3**	100,0		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**1,1**	0,6	**0,0**	0,0		
Bilanzsumme	**190,4**	100,0	**200,3**	100,0		

Bilanz der ReKo GmbH zum 31.12.2014

Bilanz Passiva	2014 T€	%	Eröffnungsbilanz T€	T€	2012 %	T€
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	25,3	13,3	25,3	12,6		
II. Kapitalrücklage	175,0	91,9	175,0	87,4		
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag						
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-37,8	-19,9	0,0	0,0		
	162,4	85,3	**200,3**	100,0		
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	**0,0**	0,0	**0,0**	0,0		
C. Empfangene Ertragszuschüsse	**0,0**	0,0	**0,0**	0,0		
D. Rückstellungen	**11,0**	5,8	**0,0**	0,0		
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung						
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
Vl. Sonstige Verbindlichkeiten	16,9	8,9	0,0	0,0		
	16,9	8,9	**0,0**	0,0		
F. Rechnungsabgrenzungsposten	**0,0**	0,0	**0,0**	0,0		
Bilanzsumme	**190,4**	100,0	**200,3**	100,0		

Gewinn- und Verlustrechnung der ReKo GmbH zum 31.12.2014

Gewinn- und Verlustrechnung	**2014**		**Eröffnungsbilanz**		**2011**	
	T €	%	**T €**	%	**T €**	%
1. Umsatzerlöse	0	0	0	0		
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	0		
5. Gesamtleistung	**0**	0	**0**	0		
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen						
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	1,8	5,0	0,0	0,0		
b) Soziale Abgaben	0,0	0,0	0,0	0,0		
8. Abschreibungen						
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	0,2	0,5	0,0	0,0		
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens						
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	34,3	94,6	0,0	0,0		
10. Gesamtaufwand	**36,3**	100,0	**0,0**	0,0		
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	**-36,3**		**0,0**	**-36,3**		
12. Erträge aus Beteiligungen						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,1		0,0			
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
17. Finanzergebnis	**0,1**		**0,0**			
18. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-36,1**		**0,0**			
19. Außerordentliche Erträge/ Aufwendungen						
20. Steuern vom Einkommen u. Ertrag	-1,7		0,0			
21. Sonstige Steuern						
30. Jahresüberschuss/Fehlbetrag(-)	**-37,8**		**0,0**			

Klinik Tettnang GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Klinik Tettnang GmbH
Kontakt:	Emil-Münch-Str. 16 88069 Tettnang Tel.: 07542 / 531-0 Fax: 07542 / 531-178 E-Mail: info@klinik-tettnang.de Homepage: www.klinik-tettnang.de
Gründungsdatum:	14. Januar 2004
Eintragung Handelsregister: Letzte Änderung:	10. Januar 2008 16. März 2015
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	14. Januar 2014 20. Februar 2015
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, des Wohlfahrtswesens sowie der Berufsbildung. Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens wird verwirklicht insbesondere durch die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung des Bodenseekreises mit ambulanten, vor-, nach- und vollstationären Krankenleistungen mit einem leistungsfähigen, wirtschaftlich gesicherten Krankenhaus sowie die medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der in diesem Krankenhaus behandelten Patienten.
Die Förderung des Wohlfahrtswesens wird die Gesellschaft verwirklichen insbesondere durch den Aufbau vernetzter Strukturen für ambulante, teilstationäre und stationäre Pflegeangebote und durch die Beteiligung an solchen.
Die Förderung der Berufsbildung wird verwirklicht insbesondere durch die Bereithaltung theoretischer und/oder praktischer Lehrangebote, insbesondere im Bereich der medizinischen Berufe und Pflegeberufe. Darüber hinaus wird die Gesellschaft in sämtlichen anderen Berufen ausbilden, soweit sie dazu über die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen verfügt.
Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb des Krankenhauses Tettnang, eines Akutkrankenhauses der Grund- und Regelversorgung sowie einer Krankenpflegeschule.
Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die ihrem Gegenstand unmittelbar dienen. Sie kann sich im Rahmen des gesetzlich Zulässigen an weiteren, ihrem Zweck dienenden Gesellschaften und Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens beteiligen oder mit diesen kooperieren. In diesem Rahmen erfüllt die Gesellschaft öffentliche Aufgaben.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital von 300.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Waldburg-Zeil-Kliniken GmbH & Co.KG	284.700 €	94,90 %
Landkreis Bodenseekreis	15.300 €	5,10 %
	300.000 €	**100,00 %**

Wesentliche Änderungen der rechtlichen Verhältnisse nach dem Abschlussstichtag:

Mit notariellen Urkunden vom 19. Dezember 2014 und 20. Februar 2015 hat die Waldburg-Zeil Kliniken GmbH & Co. KG ihren Geschäftsanteil an der Klinik Tettnang GmbH in Höhe von nominal 284.700 € (94,9%) mit Wirkung zum 1. Januar 2015 in die Klinikum Friedrichshafen GmbH gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten eingebracht:

	Stammkapital	Anteil
Klinikum Friedrichshafen GmbH	284.700 €	94,90 %
Landkreis Bodenseekreis	15.300 €	5,10 %
	300.000 €	**100,00 %**

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Ellio Schneider (bis 20. Februar 2015)
Jürgen Sachsenmaier (bis 20. Februar 2015)
Johannes Weindl (ab 20. Februar 2015)

Gesellschafterversammlung: ist eingerichtet

5. Öffentlicher Zweck

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Wohlfahrtswesens sowie der Berufsbildung. Konkret bedeutet dies den Betrieb des Krankenhauses Tettnang als Akutkrankenhaus der Grund- und Regelversorgung.
Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die ihrem Gegenstand unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich im Rahmen des gesetzlich Zulässigen an weiteren, ihrem Zweck dienenden Gesellschaften sowie Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens beteiligen oder mit diesen kooperieren. In diesem Rahmen erfüllt die Gesellschaft öffentliche Aufgaben.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

⇒ Medizinisches Versorgungszentrum Tettnang GmbH (Einlage: 25.000 €, Anteil: 100 %)
⇒ Waldburg-Zeil Personalservice GmbH (Einlage: 25.000 €, Anteil: 100 %)
⇒ Klinikdienste KKT GmbH (Einlage: 12.750 €, Anteil: 51 %)
⇒ Gesundheitsakademie Tettnang GmbH (Einlage: 12.750 €, Anteil: 51 %)

7. Wesentliche Verträge

⇒ Geschäftsanteilskauf- und Übertragungsvertrag
Mit notariell beglaubigtem Angebot vom 7. Juni 2005 (UR Nr. 387/2005, Notar Leithold, Berlin) hat die Waldburg-Zeil Kliniken GmbH & Co. KG, Isny-Neutrauchburg (im Folgenden „WZK"), dem Landkreis Bodenseekreis den Abschluss eines Geschäftsanteilskauf- und Übertragungsvertrages angeboten.
Mit notarieller Urkunde vom 29. Juni 2005 (UR Nr. 451/2005, Notar Leithold, Berlin) hat der Landkreis Bodenseekreis das Angebot angenommen.

Die WZK hat Geschäftsanteile an der Klinik Tettnang GmbH, Tettnang, im Nennwert von 284.700 € (94,9 %) für einen Kaufpreis von 1,00 € erworben.
Der Landkreis Bodenseekreis hat sich im Rahmen dieses Vertrages verpflichtet, der Gesellschaft ein Erbbaurecht am Krankenhausgrundstück zu bestellen (s. u.). Zusätzlich hat der Landkreis Bodenseekreis der Gesellschaft das wirtschaftliche Eigentum am Krankenhausgebäude übertragen. Die Vertragspartner sind dabei von einem Nettovermögen (Wert der Baulichkeiten zuzüglich des Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung abzüglich der Sonderposten aus Fördermitteln sowie des Ausgleichspostens aus Darlehensförderung) in Höhe von rund 11.840 T€ ausgegangen, welches der Bodenseekreis in die Gesellschaft einzulegen hatte. Die Einbuchung der Vermögensgegenstände und Sonderposten durch die Gesellschaft ist am 24. Juni 2005 erfolgt.
Mit notarieller Urkunde vom 19. Dezember 2014 (URNr. 5066/2014, Notar Bernhard Leins) wurde anlässlich des mit gleichem Datum vereinbarten Einbringungsvertrags (siehe nachfolgend) eine Änderungs- und Konsortialvereinbarung zum Geschäftsanteilskauf- und Übertragungsvertrag betreffend der Klinik Tettnang vom 7. Juni 2005 bzw. 29. Juni 2005 abgeschlossen.

⇒ Einbringungsvertrag

Mit notarieller Urkunde vom 19. Dezember 2014 (URNr. 5070/2014, Notar Bernhard Leins in Friedrichshafen) wurde zwischen der Stadt Friedrichshafen, der Klinikum Friedrichshafen GmbH, Friedrichshafen und der Waldburg-Zeil Kliniken GmbH & Co. KG, Isny-Neutrauchburg, vereinbart, dass die Waldburg-Zeil Kliniken GmbH & Co. KG ihre sämtlichen Geschäftsanteile an der Klinik Tettnang GmbH in die Klinikum Friedrichshafen GmbH einbringt (Einbringungsvertrag).
Die Einbringungen erfolgen mit wirtschaftlicher und steuerlicher Wirkung zum 1. Januar 2015.
Die in der oben genannten Urkunde vereinbarten aufschiebenden Bedingungen sind am 20. Februar 2015 eingetreten. Mit notarieller Urkunde vom 20. Februar 2015 (URNr. 698/2015, Notar Bernhard Leins in Friedrichshafen) wurde die Einbringung der Geschäftsanteile an der Klinik Tettnang GmbH in die Klinikum Friedrichshafen GmbH vollzogen.

⇒ Erbbaurechtsvertrag

Mit notariell beglaubigtem Angebot vom 7. Juni 2005 (UR Nr. 388/2005, Notar Leithold, Berlin) hat die Gesellschaft dem Landkreis Bodenseekreis den Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages angeboten. Mit notarieller Urkunde vom 29. Juni 2005 (UR Nr. 451/2005, Notar Leithold, Berlin) hat der Landkreis Bodenseekreis das Angebot angenommen.
Das Erbbaurecht wurde an dem gesamten Grundstück Flurstück 327 der Gemarkung Tettnang auf dem - neben anderen Gebäuden - das Krankenhaus steht, bestellt. Die Ausübung des Erbbaurechts wurde jedoch auf das Krankenhausgebäude, die Zufahrt und die benötigten angrenzenden Nebenflächen beschränkt. Die restlichen auf diesem Grundstück befindlichen Gebäude werden nicht von der Ausübung des Erbbaurechts umfasst.
Über das Verwaltungsgebäude, den für die Krankenpflegeschule erforderlichen Teil des Personalwohnheims sowie die Parkplätze auf dem Grundstück Flurstück 383/1 der Gemarkung Tettnang haben die Parteien Nutzungsüberlassungsverträge abgeschlossen.
Das Erbbaurecht begann mit dem Tag der Eintragung im Grundbuch (20. März 2006) und hat eine Laufzeit von 30 Jahren mit einer Verlängerungsoption für den Erbbauberechtigten von weiteren 20 Jahren.
Für die Bestellung des Erbbaurechts hatte der Erbbauberechtigte eine Einmalzahlung auf den Erbbauzins in Höhe von 2.400.000 € zu leisten. Der Anspruch auf die Einmalzahlung ist am 29. Juni 2005 entstanden und war mit der ranggerechten Eintragung im Erbbaurechtsgrundbuch am 20. März 2006 zur Zahlung fällig. Zusätzlich hat der Erbbauberechtigte vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2007 einen fixen Erbbau-

zins von 75.000 € und ab dem 1. Januar 2008 bis zum Ablauf des Erbbaurechts einen fixen Erbbauzins von jährlich 150.000 € zu zahlen. Der fixe Erbbauzins erhöht sich beginnend mit dem 01. Januar 2009 um einen variablen Anteil, welcher wiederum vom Jahresergebnis des Erbbauberechtigten abhängig ist. Der variable Erbbauzins ist jedoch wie folgt begrenzt: Für das Jahr 2009 auf einen Maximalbetrag von 75.000 €, für die folgenden Jahre auf einen Maximalbetrag von 161.272,50 €. Mit Vertrag vom 14. April 2014 wurde der Erbbaurechtsvertrag angepasst. Unter anderem wurde dabei der fixe Erbbauzins ab diesem Zeitpunkt auf jährlich 152.718,71 € verringert.
Mit Schreiben vom 8. Oktober 2007 hat der Landkreis Bodenseekreis die bis einschließlich 2011 anfallenden Erbbauzinsen zinslos gestundet. Eine weitere Stundung wird zusätzlich von der geplanten Investitionstätigkeit der Gesellschaft abhängig gemacht.
Mit Schreiben vom 15. Oktober 2012 hat der Landkreis Bodenseekreis den Erbbauzins bis zum 31. Dezember 2016 verzinslich gestundet.

⇒ Liefervertrag für den Materialeinkauf

Mit der Klinikum Friedrichshafen GmbH wurde am 21. Januar 2004 ein Liefervertrag für den Materialeinkauf abgeschlossen. Der Vertrag trat rückwirkend zum 1. Januar 2004 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2004, danach gilt eine Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Jahresende.

⇒ Managementvertrag Labormedizin

Mit der Gemeinschaftspraxis Labor Dr. Gärtner und Partner, Weingarten, wurde am 30. Juni 2004 ein Managementvertrag für das Labor der Gesellschaft abgeschlossen. Der Vertrag regelt die organisatorische Sicherstellung der zeitnahen Durchführung aller von den Stationen und sonstigen Funktionsbereichen für die Leistungen der Klinik Tettnang und von ihren Chefärzten im Privatliquidationsbereich angeforderten Untersuchungen sowie sonstige Dienstleistungen. Der Vertrag beginnt mit Wirkung vom 1. Juli 2004 und hat eine Laufzeit bis zum 30. Juni 2009. Er verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn er nicht spätestens sechs Monate vor Ablauf der Vertragsperiode gekündigt wird.

⇒ Verträge zur integrierten Versorgung

Mit der WZK und der BKK-IKK Arbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg bzw. der Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK) wurden am 24. November 2003 bzw. 17. Mai 2005 Verträge zur Integrierten Versorgung nach § 140 a SGB V geschlossen.

⇒ Mietvertrag MVZ-Gebäude

Mit Datum vom 30. Juni 2008 vermietete die Gesellschaft die Betriebs- und Verwaltungsräume im Erdgeschoss des MVZ-Gebäudes sowie Registraturflächen im Untergeschoss des Klinikgebäudes an das Tochterunternehmen MVZ Tettnang GmbH, Tettnang. Das Mietverhältnis hat am 1. August 2008 begonnen und wurde bis zum 31. Juli 2013 abgeschlossen.

⇒ Strukturmerkmale und Betten

Die Klinik ist im Krankenhausbedarfsplan von Baden-Württemberg mit 140 Planbetten in der Leistungsstufe Regelversorgung aufgenommen (bis 2010: 185). Die stationären Leistungen werden in der Klinik in drei hauptamtlich geleiteten Fachabteilungen sowie zwei Belegabteilungen erbracht: Innere Medizin, Chirurgie, Geburtshilfe/Gynäkologie, Urologie – Belegabteilung, HNO – Belegabteilung.

⇒ Finanzierungsquellen

Die Investitionen der Klinik werden überwiegend durch die Gesellschafter sowie durch Fördermittel des Landes nach dem KHG finanziert. Die laufenden Betriebskosten sind durch die Erlöse aus DRG zu erwirtschaften.
Mit Bescheid vom 6. Juni 2014 wurde der Gesellschaft für das Jahr 2014 nach §§ 15 und 16 LKHG im Wege der Pauschalförderung ein Festbetrag in Höhe von 416.533,73 € für Investitionen gewährt.
Die Budgetentgeltvereinbarung gemäß § 11 KHEntgG für das Jahr 2014 wurde am 15. September 2014 abgeschlossen und vom Regierungspräsidium Tübingen am 30. September 2014 genehmigt.

Das Erlösbudget nach § 4 Abs. 2 KHEntgG wurde mit 23.522.083,11 € festgelegt. Die Summe der effektiven Bewertungsrelationen gemäß § 4 Abs. 2 Satz 2 KHEntgG (inkl. Überlieger) wurde mit 7.261.273 € vereinbart.

⇒ Organschaftsvertrag

Mit Datum vom 15. Juli 2010 hat die Klinik Tettnang GmbH mit der MVZ Tettnang GmbH einen Organschaftsvertrag abgeschlossen. Dabei unterstellt die MVZ Tettnang GmbH als Organgesellschaft die Leitung des Unternehmens der Klinik Tettnang GmbH als Organgesellschaft. Die Organgesellschaft verpflichtet sich, den gesamten nach Maßgabe der handelsrechtlichen Vorschriften ermittelten Gewinn an die Organträgerin abzuführen. Die Organträgerin ist im Gegenzug verpflichtet, den während der Vertragsdauer sonst entstehenden Jahresfehlbetrag auszugleichen. Der Vertrag gilt ab dem Tage des Vertragsabschlusses und wurde mit Eintragung in das Handelsregister der Organgesellschaft wirksam. Die entsprechende Eintragung erfolgte am 25. November 2010. Der Vertrag ist bis zum 23. Dezember 2015, 24:00 Uhr, unkündbar. Für den darauf folgenden Zeitraum wurden Verlängerungsoptionen vereinbart.
Mit Datum vom 10. Dezember 2013 wurde der Organschaftsvertrag mit Wirkung zum Zeitpunkt der Eintragung der Satzungsänderung bezüglich der Gemeinnützigkeit im Handelsregister der Klinik Tettnang GmbH aufgehoben. Die entsprechende Eintragung erfolgte am 13. Dezember 2013.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an die Klinik Tettnang:

⇒ 38.214 € für Mieten
⇒ 24.526 € Erstattungen im Sozialamt und Gesundheitsamt

Zahlung von der Klinik Tettnang an den Bodenseekreis:

⇒ 165.368. € Erstattung für beim Landratsamt beschäftigte Beamte
⇒ 68.024 € für Zinsen (Erbbaurecht)
⇒ 85.469 € für Tilgung Erbbaurecht
⇒ 2.182 € für Abfallgebühren

Der mit der Klinik Tettnang am 1. Juli 2005 geschlossene Kreditvertrag beinhaltet einen Großteil des im Erbbaurechtsvertrag wertmäßig überlassenen Grundstücks. Das Darlehen läuft bis zum 31. Dezember 2030.

9. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Jahresdurchschnitt waren 455 Arbeitnehmer (Vj. 458) beschäftigt.

10. Lagebericht

a) Grundlagen des Unternehmens

Die Klinik Tettnang GmbH ist ein Akutkrankenhaus der Grund- und Regelversorgung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, des Wohlfahrtswesens sowie der Berufsbildung. Die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens wird verwirklicht insbesondere durch die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung des Bodenseekreises mit ambulanten vor-, nach- und vollstationären Krankenleistungen mit einem leistungsfähigen, wirtschaftlich gesicherten Krankenhaus sowie die medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung der in diesem Krankenhaus behandelten Patienten. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung.

b) Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Kaum eine Branche in Europa ist so umfassend reguliert, wie die Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsdienstleistungen. Als soziale Institution gehört das Gesundheitswesen zu den ureigensten nationalen Politikfeldern. In jedem europäischen Land ist das Gesundheitssystem daher entweder staatlich organisiert (Beispiel: Großbritannien, Italien) oder wird solidarisch finanziert bei weitgehend privater Leistungserstellung (Beispiel: Deutschland, Schweiz). Doch die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen erfolgt regional, weshalb die Erbringung dieser Dienstleistungen weitgehend auch auf regionaler Ebene organisiert wird.

Unverändert prägen Kostendruck, Budgetbegrenzung und wachsender Wettbewerb den deutschen Krankenhausmarkt. Kostensteigerungen können immer schwerer durch Effizienzerhöhungen kompensiert werden. Verstärkt müssen Wege für eine Verbesserung der Einnahmenseite gefunden werden. Eine Möglichkeit ist, Wachstum innerhalb des budgetären Bereichs zu erreichen, beispielsweise durch Faltzahlensteigerung, Akquisition neuer Objekte oder Vernetzung ambulanter Leistungen. Eine weitere Möglichkeit ist die Erschließung außerbudgetäre Erlöspotenziale.

Wie in den vergangenen Jahren steigen die Faltzahlen. Regional betrachtet dürften sich deutliche Unterschiede bei der Entwicklung der Krankenhausfälle ergeben. Unterschiede in der Altersstruktur und die unterschiedliche regionale Bevölkerungsentwicklung dürften sich hier bemerkbar machen. Da in Sachsen, Sachsen-Anhalt und im Süden Brandenburgs ein Bevölkerungsrückgang erwartet wird, sollten sich in diesen Regionen auch die Krankenhausfälle rückläufig entwickeln. Der stärkste Zuwachs dürfte in Bayern, Baden-Württemberg, dem Rheinland, West-Niedersachsen und Berlin zu erwarten sein.

Der deutsche Krankenhaussektor, der einem deutlichen Kosten- und Ertragsdruck ausgesetzt ist, wird zunehmend durch Verbünde bei privaten bzw. Verbundlösungen bei freigemeinnützigen wie auch kommunalen Trägem charakterisiert.
Dieser Konzentrationsprozess vollzieht sich in Form von Betriebsschließungen, Übernahmen, Privatisierungen sowie der Bildung sektorenübergreifender Versorgungsformen (ambulante/stationäre Versorgung, Reha, Pflege). Das Wachstum der Branche wird mit Strukturveränderungen hin zu regionaler und auch nationaler Kettenbildung einhergehen. Andererseits muss der milliardenschwere Investitionsstau der Branche aufgelöst werden.

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) veröffentlichte am 4. März 2015 die vorläufigen Finanzergebnisse der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für das Jahr 2014. Einnahmen in Höhe von rund 204, 1 Milliarden Euro standen Ausgaben von rund 205,3 Milliarden € gegenüber. Die Differenz von knapp 1,2 Milliarden € ist zu einem Großteil darauf zurückzuführen, dass die Krankenkassen ihre Versicherten über Prämien und freiwillige Satzungsleistungen an ihren hohen Finanzreserven beteiligt haben. Ohne diese Sonderfaktoren ergibt sich für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) im Jahr 2014 bei einem Ausgabevolumen von 205,3 Milliarden € ein weitgehend ausgeglichenes Finanzergebnis. Die gesetzlichen Krankenkassen verfügen damit weiterhin über Finanzreserven in Höhe von rund 15,5 Milliarden €.

Die Ausgaben der GKV je Versicherten sind im Vergleich zum Vorjahr um 4,9 % gestiegen, die Leistungsausgaben um 5,2 %, die Verwaltungskosten geringfügig um rund 0,2 %. Zu den Ausgabenzuwächsen haben vor allem stark steigende Arzneimittelausgaben beigetragen.

Allein durch die höheren Sozialversicherungsbeiträge und die bereits feststehenden Tarifabschlüsse für die Beschäftigten in den Krankenhäusern haben die Personalkosten den durch die Gesetzgebung zugestandenen Vergütungszuwachs um das Dreifache überschritten. Die gesetzlich vorgesehenen Fördermittel für Krankenhausinvestitionen durch die öffentliche

Hand sinken seit Jahrzehnten kontinuierlich. Mittlerweile wird weniger als die Hälfte der Krankenhausinvestitionen (46 %) aus öffentlichen Fördermitteln der Bundesländer bestritten. Mehr als die Hälfte der Investitionen müssen die Krankenhäuser anderweitig aufbringen. Der Investitionsstau liegt nach Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) derzeit bei rund 15,0 Milliarden €. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) geht sogar von bis zu 50 Milliarden € aus. Ausgehend von der Wirtschaftskrise 2010/2011, die das Steueraufkommen der Kommunen negativ beeinflusst, kann davon ausgegangen werden, dass vermehrt Krankenhäuser zum Verkauf stehen oder geschlossen werden.

Der Deutsche Bundestag hat am 17. Oktober 2014 das erste Pflegestärkungsgesetz beschlossen. Mit dem Gesetz wurde auch die Verlängerung des Versorgungszuschlags und der Mehrleistungsabschläge für Krankenhäuser beschlossen. Das Gesetz tritt zum 1. Januar 2015 in Kraft.

Die Leistungen in der ambulanten Pflege steigen um rund 1,4 Milliarden Euro, für die stationäre Pflege sind Verbesserungen im Umfang von rund einer Milliarde Euro vorgesehen. Das Pflegestärkungsgesetz beinhaltet zwei Regelungen im Krankenhausbereich: Der bundeseinheitliche Versorgungszuschlag in Höhe von 0,8 % kann über das Jahr 2014 hinaus abgerechnet werden. Zur Kompensation wurde die Geltung des Mehrleistungsabschlages auf drei Jahre verlängert.

Entwicklungen im Krankenhausbereich

Der deutsche Krankenhaussektor befindet sich in einer tief greifenden Umbruchphase. Es kristallisiert sich zunehmend heraus, dass das in hohem Maße intransparente und stark regulierte Gesundheitssystem, in dem durch "Vollkaskomentalität" geprägte Patienten ohne Berücksichtigung ökonomischer Ressourcenoptimierung behandelt wurden, zukünftig nicht mehr zu finanzieren ist. So trifft die steigende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen (demographische Entwicklung, steigendes Gesundheitsbewusstsein und medizinischer Fortschritt) auf leere Kassen der Ausgabenträger.

In den 1.995 Krankenhäusern Deutschlands standen im Jahr 2013 insgesamt rund 501.000 Betten zur Verfügung. Gegenüber dem Vorjahr hat das Versorgungsangebot weiter leicht abgenommen (2.017 Krankenhäuser mit 501.000 Betten). Weiterhin steht annähernd jedes zweite Bett in einem Krankenhaus eines öffentlichen Trägers (48,1 %). Der Anteil der Betten in privaten Häusern blieb konstant (Vj. 18,0 %), während der Anteil in freigemeinnützigen Häusern sinkt (Vj. 34,0 %).

Im Jahr 2013 wurden insgesamt 18,8 (2012: 18,6) Millionen Patienten stationär behandelt (Zunahme rund 200.000). Die Verweildauer verringerte sich auf 7,5 Tage (2012: 7,6). Mit rund 865.000 Vollkräften hat sich die Personalbesetzung im Krankenhaus um insgesamt 13.000 Vollkräfte leicht erhöht. Im ärztlichen Dienst ist eine Zunahme auf 147.000 Vollkräfte (Zunahme um 4.197) zu verzeichnen.

Da der Krankenhaussektor für 71 % der Ausgaben im deutschen Gesundheitswesen verantwortlich ist und immer noch Ineffizienzen vermutet werden, sind in den letzten Jahren einige Kosten- und Strukturreformen durchgeführt worden. Durch diese Reformen, wie die Einführung eines wettbewerbsfördernden Entgeltsystems (G-DRG), des GKV-Modernisierungsgesetzes (GMG) und des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG) sehen sich die einzelnen Krankenhäuser zunehmendem Kostendruck und Wettbewerb ausgesetzt.

Die "Eckpunkte zur Krankenhausfinanzierung" führen in den Jahren 2013 und 2014 zu einer geschätzten Entlastung der Krankenhäuser in Höhe von rund 880 Millionen € (Vj. ca. 300 Millionen €).

- ⇒ Versorgungszuschlag: Das Einsparvolumen, das sich in den Jahren 2013 und 2014 aus dem Mehrleistungsabschlag ergibt, soll den Krankenhäusern wieder zugeführt und als Versorgungszuschlag je Fall an die Krankenhäuser verteilt werden (Erlössteigerung 2013: 250 Mio. €, 2014; 500 Mio. €)
- ⇒ Voller Orientierungswert ab 2014: Den Vertragsparteien auf Bundesebene wird für das Jahr 2014 der Verhandlungskorridor bis zum vollen Orientierungswert eröffnet (jede 0,1 % Erhöhung der Obergrenze bringt den Krankenhäusern Mehreinnahmen in Höhe von rund 70 Mio. €). Sofern der Orientierungswert die Grundlohnrate unterschreitet, gilt zudem zukünftig die dann höhere Grundlohnrate.
- ⇒ Anteilige Tariflohnrefinanzierung für 2013: Die für das Jahr 2013 vereinbarten Tarifsteigerungen werden bei den Landesbasisfallwerten und den Krankenhausbudgets erhöhend berücksichtigt (Erlössteigerung 2013: 20-40 Mio. €, 2014: 20-40 Mio. €)
- ⇒ Hygiene-Förderprogramm: Die Neueinstellung von ausgebildetem ärztlichen und pflegerischem Hygienepersonal wird durch zweckgebundene Zuschüsse bis zum Auslaufen der Übergangsfrist des Infektionsschutzgesetzes Ende 2016 gefördert (Erlössteigerung 2013: 15 Mio. €, Erlössteigerung 2014: 40 Mio. €)

Entwicklungen im ambulanten Bereich

Expandiert wird in der ambulanten Versorgung. Schon heute werden ambulant weitaus mehr Patienten behandelt als akutstationär. Die Zahl der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) steigt stetig an. Ziel ist es, die Krankenhäuser mit einem MVZ zu verbinden. Als Einstieg in ein MVZ besteht die Möglichkeit, sich einzumieten und zum Beispiel beim Eintritt in den Ruhestand den freiwerdenden Kassenarztsitz zu übernehmen. MVZ weisen überwiegend zu Beginn Verluste aus, bedingt durch Anlaufkosten und hohe Abschreibungen. Entscheidend bei der Einführung eines MVZ sind die Synergien mit dem Krankenhaus.

Außerdem kann damit ein weiterer Schrill zur flächendeckenden Versorgung erreicht werden, da die Krankenhausstrukturen in der bisherigen Form nicht mehr umfänglich finanziert werden können. Parallel entwickeln sich Ärztenetzwerke, die verstärkt mit den Kliniken kooperieren möchten. Allein durch die Bindung der niedergelassenen Ärzte/Fachärzte an die Kliniken ergibt sich ein deutlicher wirtschaftlicher Nutzen auf Grund einer entsprechend hohen Fallzahlzuweisung und somit eine zu erwartende Umsatzstabilität oder Umsatzausweitung. Diese Formen können eine Alternative zu integrierten Versorgungsverträgen sein.

Mit dem Vertragsarztgesetz wurde der Gestaltungsspielraum für die MVZ zusätzlich erhöht. Seitdem steigt die Anzahl derartiger Einrichtungen und der dort behandelten Patienten kontinuierlich.

Von den niedergelassenen Ärzten werden die MVZ nicht selten als Konkurrenz gesehen. Da diese oftmals in räumlicher Nähe zu Krankenhäusern zu finden sind, profitieren sie von der dort vorgehaltenen Infrastruktur und medizinischen Ausstallung, was letztlich auch zu einer stärkeren Anziehungskraft auf Patienten führen dürfte. Aus Patientensicht bieten MVZ erhebliche Servicevorteile gegenüber Einzelpraxen, wie etwa in Form von ausgeweiteten Öffnungszeiten und der Tatsache, dass verschiedene Fachärzte unter einem Dach raum nah aufzufinden sind. Aus Sicht der Klinikbetreiber wird sicherlich der Mehrwert auch im höheren Nutzungsgrad teurer medizinischer Geräte gesehen. Hinzu kommt, dass ein kontinuierlicher Patientenstrom in die - möglichst eigenen - Kliniken gesichert wird. Die überwiegende Mehrheit der MVZ befindet sich derzeit In der Trägerschaft von Vertragsärzten.

Geschäftsverlauf mit Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögenswerte der Gesellschaft werden zum 31. Dezember 2014 mit 28.920 T€ ausgewiesen. Von diesen Vermögenswerten entfallen 17.393 T€ und somit 60,0 % auf das Anlagevermögen. Das Eigenkapital der Gesellschaft wird zum Bilanzstichtag mit 5.755 T€ ausgewiesen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 19,9 %. Die Sonderposten aus der Finanzierung des Anlagevermögens werden mit 5.841 T€ ausgewiesen. Von den Verbind-

lichkeiten sind 12.576 T€ langfristig finanziert. Die langfristigen Vermögenswerte sind somit insgesamt durch langfristiges Kapital finanziert.

Im Geschäftsjahr 2014 konnten die Umsatzerlöse von 27.537 T€ auf 27.748 T€ und somit um 1,0 % gesteigert werden. Stark überproportional haben sich die Personalkosten von 19.181 T€ auf 20.512 T€ und somit um 6,9 % erhöht. Dieser Anstieg ist u. a. auf den Wegfall von Sanierungsbestandteilen zurückzuführen. Für das Jahr 2014 wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.782 T€ ausgewiesen.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat im Jahr 2014 - 445 T€ betragen. Für Investitionen wurde ein Cashflow in Höhe von 366 T€ benötigt.

Die Deckung dieser Cashflows konnte durch den Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (überwiegend durch Darlehensgewährung durch den Hauptgesellschafter) erreicht werden. Der Finanzmittelfonds hat sich zum Bilanzstichtag von 406 T€ auf 535 T€ erhöht.

Die Belegung der Klinik Tettnang hat sich auch im Jahr 2014 auf hohem Niveau stabilisiert. Bei einer Durchschnittsbelegung von 85,88 % ist viel Kreativität gefordert, die „wartenden" Patienten akzeptabel unterzubringen. Neben dem OP-Bereich ist nun auch der Stationsbereich komplett ausgelastet. Zusätzliche Patienten - vorausgesetzt sie werden adäquat vergütet - steigern die Wirtschaftlichkeit der Klinik Tettnang.

Die Investitionsförderung des Landes reicht nicht zum Erhalt und zur notwendigen Anpassung der Infrastruktur aus. Deshalb müssen Teile der Investitionen selbst getragen werden, obwohl hierfür grundsätzlich die Länder zuständig sind. Teilweise erhalten die kommunalen und freigemeinnützigen Wettbewerber hierfür Zuschüsse ihrer Träger.

Durch die Umwandlung der bisherigen Belegabteilungen HNO und Urologie in Hauptabteilungen konnten die Leistungszahlen insbesondere in der HNO-Abteilung noch weiter gesteigert werden. Derzeit ist im Klinikum Friedrichshafen keine HNO-Präsenz vorhanden. Deshalb bietet sich für die Klinik Tettnang die Chance, den Bereich HNO weiter auszubauen.

Weitere signifikante Leistungssteigerungen sind jedoch nur möglich, wenn die baulichen und strukturellen Gegebenheiten den Anforderungen angepasst werden. Insbesondere die Sanierung und Neustrukturierung der OP-Bereiche sind dringend erforderlich, um die Abläufe wesentlich zu verbessern. Die OP-Leistungen wurden seit dem Jahr 2005 um nahezu 50 % gesteigert. Dieser Trend hält auch 2014 an.

Auf Basis des mit dem Sozialministerium am 15. November 2011 vereinbarten Raumprogramms wurde Ende April 2012 der Förderantrag gestellt. Am 21. März 2013 hat der Landeskrankenhausausschuss die Aufnahme des Projektes in das Jahresbauprogramm beschlossen. Auf dieser Basis sollte am 3. Dezember 2013 im Sozialministerium die Förderquote verhandelt werden. Aufgrund des laufenden Transaktionsprozesses mit der Klinikum Friedrichshafen GmbH wurde eine Entscheidung vertagt.

Im Zuge des Gesamtkonzepts zur baulichen Weiterentwicklung der Klinik Tettnang müssen die derzeit als Dienst- und Bereitschaftsdienst genutzten Zimmer wieder zu Patientenzimmer umgewidmet werden. Zudem müssen die derzeit noch im ehemaligen Schwesternwohnheim angemieteten Räume ins Haus integriert werden. Die Liegenschaften wurden im Juli 2013 an einen Investor verkauft, der die Gebäude abreißen und neue Wohngebäude bauen möchte. Spätestens mit Abriss der Gebäude müssen ggf. Interimsbauten erstellt werden, sollte der OP-Anbau noch nicht fertig gestellt sein.

Die angespannte Finanzlage der Krankenhäuser ist inzwischen in die vom Bundestag beschlossenen Finanzhilfen eingeflossen. Das vorgesehene Volumen der Maßnahmen reicht

jedoch zur Finanzierung nicht aus und kann nur ein erster Schritt sein, die Finanzierung der Krankenhäuser zu verbessern.

Die Entgeltverhandlung mit den Kostenträgern fand am 1. September 2014 statt. Dabei wurde das Leistungsvolumen von 2013 auch für 2014 vereinbart. Das vereinbarte Budgetvolumen steigt somit um 441 T€ an. Zum 31. Dezember 2014 liegt das Leistungsniveau leicht über dem Vereinbarungsniveau. Die Entwicklung der Klinik Tettnang wird seitens der Kostenträger positiv betrachtet und auch entsprechend unterstützt.

Am 23. und 24. Oktober 2014 fand das Zertifizierungsaudit zum „Endoprothetikzentrum" statt. Damit ist die Klinik Tettnang das erste Krankenhaus im Bodenseekreis sowie im Landkreis Ravensburg, das dieses Zertifikat erhalten hat.

Inzwischen haben sich die Notfallpraxen an den drei Krankenhäusern im Bodenseekreis etabliert. Starttermin war der 19. Oktober 2013.

Eine Notfallpraxis in der Klinik Tettnang bietet Vorteile für die Klinik, für die niedergelassenen Ärzte und Insbesondere für die Patienten. Die Klinik ist damit immer erste Anlaufstelle und die vorhandene Infrastruktur kann von allen Beteiligten genutzt werden.

c) Nachtragsbericht

Die Klinikum Friedrichshafen GmbH hat mit Wirkung zum 20. Februar 2015 im Wege eines Anteilstausches mit den Waldburg-Zeil Kliniken GmbH & CO.KG 94,9% der Anteile der Klinik Tettnang GmbH übernommen. Dadurch ist ein weiterer Schritt zur Bildung eines abgestimmt agierenden Klinikverbundes bzw. einer Behandlungskette akut/reha - kommunal/privat im Raum Bodensee-Oberschwaben erfolgt. Die Übernahme betrifft die Gesellschaft insofern als dass zwischen den drei Standorten Friedrichshafen, Tettnang und Weingarten zukünftig ein einheitliches medizinisches Konzept etabliert werden wird, in dem sich jeder Standort auf gewisse Leistungsschwerpunkte im Rahmen des Verbundes spezialisieren wird.

Im April 2015 wurde der auf Landesebene verhandelte Basisfallwert für 2015 von der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft bekanntgegeben. Der Landesbasisfallwert steigt lediglich um 1,04%, obwohl die bundesweite Veränderungsrate 2,53% beträgt. Die erhebliche Differenz resultiert aus erheblichen vereinbarten Mehrleistungen auf Landesebene von 2013 auf 2014, die den Basisfallwert absenken, ein Effekt der alle baden-württembergischen Krankenhäuser betrifft.

d) Prognose-, Chancen und Risikobericht

Künftige Entwicklung der Klinik Tettnang GmbH

Das Statistische Bundesamt hat am 30. September 2014 den Orientierungswert für Krankenhäuser in Höhe von 1,44 % (Vj. 2,02 %) bekannt gegeben. Nachdem die Veränderungsrate gemäß § 71 Abs. 3 SGB V mit 2,53 % (Vj. 2,81 %) oberhalb des Orientierungswertes liegt, gilt gem. § 10 Abs. 6 Satz 5 KHEntgG die Veränderungsrate als Obergrenze (= Veränderungswert für 2015) und dient somit auch als Grundlage für die Weiterentwicklung der Krankenhausvergütung im Jahr 2015 (Landesbasisfallwert).

Das Bundeskabinett hat am 17.12.2014 den Entwurf des GKV-Versorgungsstärkungsgesetzes (GKVVSG) beschlossen:

- ⇒ *Entlassmanagement:* Krankenhäuser sollen im Rahmen des Entlassmanagements die Möglichkeit erhalten, Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen auszustellen.
- ⇒ *Terminservicestelle:* Bei Inanspruchnahme über Terminservicestellen werden Krankenhäuser beim erweiterten Recht zur Verordnung ambulanter Leistungen den Vertragsärzten gleichgestellt.
- ⇒ *Innovationsfonds:* Befristung der Fördersumme bis zum Jahr 2019 und Erweiterung des Kreises der Antragsberechtigten um die Landeskrankenhausgesellschaften

⇒ *Bewertung NUB*: Neue Detailregelungen zur Bewertung neuer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden (NUB), bei denen Medizinprodukte mit hoher Risikoklasse eingesetzt werden sollen
⇒ *Hochschulambulanzen*: Ergänzung um die Regelung, nach der GKV-SV und DKG bei der Vereinbarung der bundeseinheitlichen Grundsätze zur Abbildung der Besonderheiten auch "Begrenzungsregelungen der Behandlung im Forschung und Lehre erforderlichen Umfang und zur Leistungsdokumentation" festlegen sollen
⇒ *Ambulante Spezialärztliche Versorgung (ASV):* Klarstellung, dass Patientenorganisationen im erweiterten Landesausschüssen ein Mitberatungsrecht haben
⇒ *Nationale Kontaktstelle*: Informationspflicht umfasst auch die Information über die Zugänglichkeit von Krankenhäusern für Menschen mit Behinderung

Das von Bundestag und Bundesrat beschlossene erste Pflegestärkungsgesetz trat am 1. Januar 2015 in Kraft. Die Leistungen in der ambulanten Pflege steigen um rund 1,4 Milliarden Euro, für die stationäre Pflege sind Verbesserungen im Umfang von rund einer Milliarde Euro vorgesehen. Das Pflegestärkungsgesetz beinhaltet zudem zwei Regelungen im Krankenhausbereich: Der bundeseinheitliche Versorgungszuschlag nach § 8 Abs. 10 KHEntgG in Höhe von 0,8 % kann über das Jahr 2014 hinaus abgerechnet werden.
Zur Kompensation wurde die Geltung des Mehrleistungsabschlages nach § 4 Abs. 2a KHEntgG auf drei Jahre verlängert, so dass eine 100-prozentige Finanzierung zusätzlich vereinbarter Leistungen nun ab dem vierten Jahr erfolgt.

Am 5. Dezember 2014 verabschiedete die Bund-Länder-AG Eckpunkte zur Krankenhausreform. Die Maßnahmen werden nach Einschätzung der Bund-länder-AG in den Jahren 2016 bis 2018 zu Mehrausgaben von insgesamt 3,8 Milliarden € bei den Kostenträgem führen. Diesen Mehrausgaben stünden nicht genau quantifizierbare Minderausgaben in voraussichtlich dreistelliger Millionenhöhe durch Struktureffekte gegenüber. Die Maßnahmen betreffen die Bereiche:
⇒ Betriebskostenfinanzierung/Preisbildung
⇒ Personal/Pflegestellenförderprogramm
⇒ Investitionsfinanzierung
⇒ Krankenhausplanung/Qualität
⇒ Sicherstellung
⇒ MDK-Kontrollen, ASV und Landesschlichtungsausschüsse

Die Politik wird in Zukunft verstärkt das Thema Qualität und die damit verbundenen Anforderungen an Mindestmengen, Strukturvoraussetzungen und personellen Qualifikationen in die Vergütung einfließen lassen (siehe Ergebnisse der Bund-Länder-AG). Vor diesem Hintergrund ist die Einbindung der Klinik Tettnang GmbH im Jahr 2015 in den Klinikverbund, unter Führung der Klinikum Friedrichshafen GmbH, ein wichtiger strategischer Schritt in die Zukunft. Ein solcher Klinikverbund ermöglicht im stationären Sektor das Umsetzen von Synergieeffekten, insbesondere in den nicht-medizinischen Bereichen, die Chancen auf weiteres Wachstum sowie die Strukturierung des medizinischen Leistungsangebotes hin zu Organ- und Kompetenzzentren.

Risikobericht
Aus der aktuellen Ertragsplanung ergibt sich, dass für das Jahr 2015 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von rund 1.589 T€ gerechnet wird. Der für das Planjahr 2015 erforderliche Mittelbedarf soll durch den Hauptgesellschafter zur Verfügung gestellt werden. Hierzu hat der Hauptgesellschafter eine Zusage abgegeben die geplanten „Anlaufverluste“ nach Übernahme der Klinik Tettnang GmbH durch die Klinikum Friedrichshafen GmbH bis zum Jahr 2018 in Höhe von 3.445 T€ zu übernehmen. Die Gesellschaft ist deshalb mittelfristig von der finanziellen Unterstützung durch den Hauptgesellschafter abhängig.

Als operatives, am Markt teilnehmendes Unternehmen ist die Klinik Tettnang den unterschiedlichsten Risiken ausgesetzt. Diese Risiken sind unmittelbarer Ausfluss aktiven unternehmerischen Handelns, das zugleich die Chance bietet, Mehrwert in Form von Ertrags- und Vermögenszuwächsen zu schaffen.

Das Abwägen unternehmerischer Risiken und Chancen ist ein fundamentaler Bestandteil unserer Aufgaben. Um uns in die Lage zu versetzen, diese Aufgabe wahrzunehmen, d. h. Risiken zeitnah zu erkennen und adäquate Gegenmaßnahmen rechtzeitig einzuleiten, wurde konzernweit ein Risikofrüherkennungssystem eingeführt, das auf die jeweiligen Bedürfnisse angepasst werden kann. Definierte und erkennbare Risiken werden aus dem administrativen und medizinischen Bereich in regelmäßigen Abständen überprüft und bewertet. Die Geschäftsführung wertet die Risikoberichte hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe möglicher Schäden aus und kommt zu folgenden Ergebnissen:

Gesamtwirtschaftlichen und konjunkturellen Risiken sind die einzelnen Kliniken in eingeschränktem Rahmen ausgesetzt, da die Klinik Tettnang ausschließlich auf dem inländischen Gesundheitsmarkt tätig und außenwirtschaftliche Faktoren von untergeordneter Bedeutung sind.

Branchenspezifische Risiken sind im stark reglementierten Gesundheitsmarkt eng verknüpft mit der staatlichen Gesundheitspolitik.

Auf der Aufwandseite sind insbesondere die Tarifabschlüsse für den Öffentlichen Dienst von Bedeutung. Innerhalb unserer Branche werden Chancen und Risiken aus Gesundheitsreformgesetzgebungen und Tarifvereinbarungen differenziert beurteilt.

Es bestehen die klassischen Markt- oder Absatzrisiken. Durch strategische Konzepte, insbesondere Kooperationen und den Aufbau und Ausbau sektorübergreifender Netzwerke, kann der Standort gesichert und damit Absatzrisiken begrenzt werden.

Durch die Einführung von trägerübergreifenden Komplexangeboten und dem Aufbau sektorübergreifender Netzwerke soll zum einen eine höhere Kundenbindung (Kostenträger, Niedergelassene Ärzte) und zum anderen ein Gegengewicht zur Preisentwicklung geschaffen werden.

Die sich abzeichnende Verschiebung von stationären zu ambulanten Behandlungsformen wird künftig noch stärker an Bedeutung gewinnen.

Spezifische Produktrisiken ergeben sich, weil Diagnosen und Therapien auf Grund der Komplexität der Leistungserbringung und der Tatsache, dass die Leistungen am Menschen erbracht werden, grundsätzlich risikobehaftet sind. Diesem Risikopotential wirkt allerdings unsere Prozessorganisation entgegen, die einerseits an jedem Arbeitsplatz hohe Professionalität erzeugt und andererseits durch ihre Arbeitsteiligkeit ein sich selbst kontrollierendes System schafft.

Durch regelmäßige und systematische Mitarbeiterschulungen, strenge Überwachung von Aufbau- und Ablauforganisation und strikte Orientierung an Patientenbedürfnissen sollen Produktrisiken minimiert werden. Hier kommt der Überwachung von Patientenbeschwerden durch unseren zentralen Geschäftsbereich Produkt/Qualität der Waldburg-Zeil Kliniken eine besondere Bedeutung zu.

Da trotz aller bestehenden Vorkehrungen Risiken nicht ausgeschlossen werden können, besteht ein angemessener und regelmäßig überprüfter Versicherungsschutz.

Typische Beschaffungsrisiken bestehen bei der Klinik Tettnang nicht. Über die Waldburg-Zeil Kliniken wird darauf geachtet, dass Abhängigkeiten von einzelnen Lieferanten, Produkten und Dienstleistungen nicht entstehen. Temporäre Abhängigkeiten, beispielsweise bei speziellen Gerätschaften, wird als nicht bedeutsam eingeschätzt. Die strikte Trennung von Beschaffung und Verwendung wird als entscheidende Antikorruptionsmaßnahme betrachtet.

Neben dem wirtschaftlichen Risikomanagement (Finanz-, Management- und Marktrisiken) liegt ein weiterer Schwerpunkt im klinischen Risikomanagement, da in den letzten Jahren die Patientensicherheit als Qualitätsziel in Krankenhäusern zunehmend an Bedeutung gewinnt. Wer Patientensicherheit stärkt, erhöht auch die Qualität der Krankenhausbehandlung. Deshalb haben sich die WHO und nationale Gremien wie die Bundesärztekammer des Themas angenommen und entsprechende Empfehlungen verabschiedet. Auch für unsere Zertifizierungsverfahren wie KTQ oder IQMP-Reha ist der Nachweis eines funktionierenden Fehlermanagements inzwischen erforderlich.

Oberstes Ziel der Patientensicherheit ist die Vermeidung von unerwünschten Ereignissen, die auf Fehlern beruhen. Aus der Entdeckung und Analyse von Fehlern kann man im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses für die Zukunft lernen. Ein zentrales Instrument zur Erkenntnis solcher Risikokonstellationen ist ein Critical Incident Reporting System (CIRS). Kennt man die Risiken, die Fehler auslösen, lassen sich Fehler vermeiden oder verringern.

Nach Prüfung mehrerer Systeme und Beobachtung der Entwicklung wurde inzwischen eine an die Klinik Tettnang spezifischen Verhältnisse angepasste und zukunftssichere Lösung in Kooperation mit der äzq (Ärztliches Zentrum für Qualität in der Medizin) erarbeitet und seit dem Jahr 2010 in den Akutkliniken der Waldburg-Zeil-Kliniken eingeführt.

Die Klinik Tettnang zählt zum Dienstleistungssektor. Der wirtschaftliche Erfolg hängt maßgeblich von der individuellen und kollektiven Leistung der Mitarbeiter ab. Unmotivierte bzw. unqualifizierte Mitarbeiter stellen daher ein erhebliches Risikopotential dar. Zur Gewinnung und Bindung leistungsfähiger Mitarbeiterinnen bietet die Waldburg-Zeil Kliniken kontinuierliche Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramme an. Mit dem Gesamtbetriebsrat wird über flexible Lösungen zu Arbeitszeitgestaltung verhandelt, um künftig auf Auslastungsschwankungen kurzfristig reagieren zu können.

Zur Beurteilung finanzieller Risiken analysiert die Klinik Tettnang regelmäßig auch den eigenen Debitorenbestand. Im Rahmen von regelmäßigen Bankengesprächen wird sichergestellt, dass etwaiger Kapitalbedarf auch kurzfristig zur Verfügung steht.

Rechtliche Risiken gewinnen in dem Umfang an Bedeutung, als in immer kürzeren Zeitabständen ergehende Gesundheitsreformen/Gesetzgebungen zur Verunsicherung der Vertragspartner im Gesundheitswesen beitragen. Im Hinblick auf den Unternehmenserfolg messen wir den rechtlichen Risiken jedoch keine gravierende Bedeutung zu.

Für die von der Klinik Tettnang vorgenommene Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Gesamtergebnis, dass bestandsgefährdende Risiken für die Klinik Tettnang nicht bestehen.

Tettnang, 8. Juni 2015

Johannes Weindel

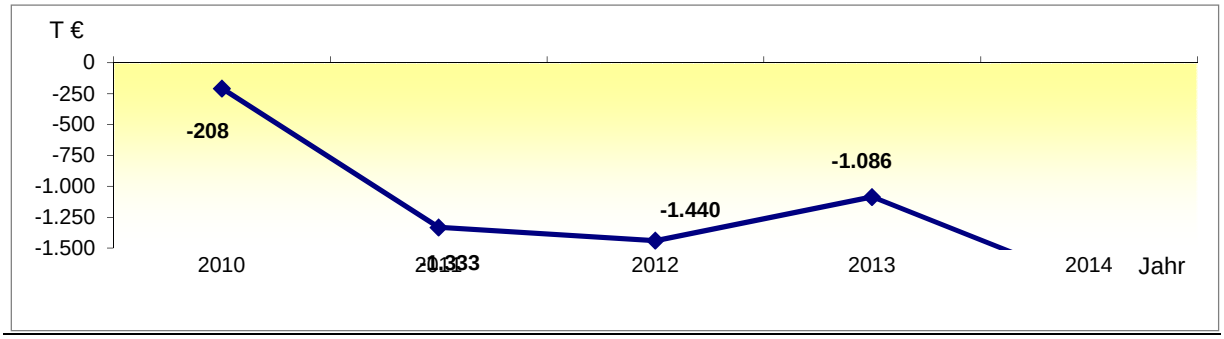
11. Abschlussprüfer

Schirmer Treuhand

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2014	2013	2012	2011	2010
Planbetten	140	140	140	140	185
Belegung in %	85,9	89,3	85,78	82,96	62,41
stationäre Patienten	7.342	7.344	6.874	6.521	6.393
Belegungstage	43.972	45.654	43.955	42.391	42.139
Verweildauer	5,99	6,22	6,39	6,50	6,59

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der Klinik Tettnang GmbH zum 31.12.2014

Bilanz **Aktiva**	**2014** **T€**	%	**2013** **T€**	%	**2012** **T€**	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrecht u. ähnl. Rechte und Werte sowie Lizenzen	165,8	0,6	130,1	0,4	182,1	0,6
2. Geleistete Anzahlungen	0,0	0,0	0,0	0,0	2,1	0,0
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten	14.382,4	49,7	15.212,8	51,0	16.216,7	51,9
2. Technische Anlagen und Maschinen	196,2	0,7	276,2	0,9	359,7	1,2
3. Einrichtungen und Ausstattungen	2.080,6	7,2	2.563,7	8,6	2.607,5	8,3
4. Anlagen im Bau	492,3	1,7	492,3	1,7	492,3	1,6
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	75,5	0,3	75,5	0,3	75,5	0,2
	17.392,8	60,1	**18.750,7**	62,9	**19.935,9**	63,8
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	510,9	1,8	494,5	1,7	462,2	1,5
2. Unfertige Leistungen	270,9	0,9	308,4	1,0	253,3	0,8
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	4.356,6	15,1	4.306,1	14,4	4.439,9	14,2
2. Forderung gegen verbundenen Unternehmen	673,0	2,3	560,2	1,9	398,1	1,3
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	260,1	0,9	276,3	0,9	566,6	1,8
6. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	346,1	1,2	83,3	0,3	100,7	0,3
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten	534,5	1,7	406,3	1,3	466,3	1,5
	6.952,1	23,9	**6.435,2**	21,5	**6.687,2**	21,4
C. Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	**2.916,1**	10,1	**2.886,3**	9,7	**2.826,7**	9,0
D. Rechnungsabgrenzungsposten	**1.659,0**	5,7	**1.737,0**	5,8	**1.815,0**	5,8
Bilanzsumme	**28.920,0**	99,9	**29.809,2**	100,0	**31.264,9**	100,0

Bilanz der Klinik Tettnang GmbH zum 31.12.2014

Bilanz Passiva	**2014 T€**	%	**2013 T€**	%	**2012 T€**	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	300,0	1,0	300,0	1,0	300,0	1,0
II. Kapitalrücklage	14.106,9	48,8	14.106,9	47,3	14.106,9	45,1
III. Gewinnrücklage						
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-6.869,4	-23,8	-5.783,5	-19,4	-4.343,4	-13,9
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-1.782,1	-6,2	-1.085,9	-3,6	-1.440,1	-4,6
	5.755,4	19,9	**7.537,5**	25,3	**8.623,4**	27,6
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen						
I. Sonderposten für Förderungsmittel nach dem KHG	5.585,2	19,3	6.039,5	20,3	6.487,7	20,8
II. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	255,7	0,9	368,2	1,2	534,4	1,7
III. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	0,0	0,0	0,1	0,0	0,3	0,0
	5.841,0	20,2	**6.407,8**	21,5	**7.022,3**	22,5
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen	**1.454,6**	5,0	**1.247,4**	4,2	**1.466,8**	4,7
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.372,0	11,7	3.540,0	11,9	3.823,4	12,2
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	934,5	3,2	703,4	2,4	1.043,3	3,3
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	10.959,1	37,9	9.742,1	32,7	8.692,7	27,8
VI. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	136,6	0,5	130,9	0,4	5,9	0,0
VII. Sonstige Verbindlichkeiten	466,9	1,6	496,7	1,7	576,9	1,8
	15.869,0	54,9	**14.613,2**	49,0	**14.142,2**	45,2
F. Rechnungsabgrenzungsposten						
G. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	**0,0**	0,0	**3,4**	0,0	**10,2**	0,0
Bilanzsumme	**28.920,0**	100,0	**29.809,2**	100,0	**31.264,9**	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Klinik Tettnang GmbH zum 31.12.2014

Gewinn- und Verlustrechnung	**2014**		**2013**		**2012**	
	T €	%	**T €**	%	**T €**	%
1. Umsatzerlöse	27.748,2	96,6	27.537,2	95,7	25.621,5	96,2
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-37,5	-0,1	55,1	0,2	-21,2	-0,1
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.019,5	3,5	1.174,6	4,1	1.045,2	3,9
5. Gesamtleistung	**28.730,2**	100,0	**28.766,9**	100,0	**26.645,6**	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3.752,2	12,1	3.732,2	12,3	3.645,9	12,7
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.097,2	3,5	1.099,5	3,6	902,1	3,2
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	16.571,6	53,4	15.645,8	51,6	14.398,6	50,3
b) Soziale Abgaben	3.940,8	12,7	3.535,0	11,7	3.045,2	10,6
8. Abschreibungen						
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	1.622,5	5,2	1.863,8	6,1	2.039,2	7,1
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten						
9. Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten						
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.039,6	13,0	4.448,3	14,7	4.578,7	16,0
11. Gesamtaufwand	**31.023,8**	100,0	**30.324,6**	100,0	**28.609,6**	100,0
12. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	**-2.293,6**	-9,7	**-1.557,7**	-6,6	**-1.964,0**	-8,3
13. Erträge aus Beteiligungen						
14. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
16. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	416,5		416,8		426,5	
17. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten aus Darlehensförderung und für Eigenmittelförderung	29,8		59,5		59,5	
18. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	881,9		971,8		1.116,0	
19. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	3,4		6,8		6,8	

20. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	35,8	50,0	50,0
21. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme	0,0	0,0	-162,1
22. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-315,1	-357,3	-368,9
23. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagevermögen	-101,5	-59,6	-57,5
24. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-371,2	-599,5	-520,4
25. Finanzergebnis	**579,6**	**488,7**	**549,8**
26. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-1.714,0**	**-1.069,0**	**-1.414,2**
27. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen	-65,1	-7,6	-24,4
28. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			
29. Sonstige Steuern	-3,0	-9,3	-1,4
30. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	**-1.782,1**	**-1.085,9**	**-1.440,1**
31. Einstellung in Gewinnrücklagen			
a) in zweckgebunden Rücklagen			
b) in andere Gewinnrücklagen			
32. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)			
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	**-1.782,1**	**-1.085,9**	**-1.440,1**

Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH
Kontakt:	Paulinenstr. 12, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 4094-211 Fax: 07541 / 4094-251 E-Mail: u.ott@gpz-fn.de Internet: www.gpz-fn.de
Gründungsdatum:	13. Dezember 2001
Eintragung Handelsregister:	8. März 2002
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	13. Dezember 2001 10. August 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der GpZ Friedrichshafen GmbH ist die Beteiligung an der psychiatrischen Versorgung im Bodenseekreis. Die Gesellschaft verfolgt ihren Zweck insbesondere durch die Übernahme von Trägerschaft und Betrieb einer anerkannten Werkstatt für psychisch kranke Behinderte sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienstarbeitsplätzen in Friedrichshafen.
Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen und sich an solchen Unternehmen beteiligen. Die Gesellschaft darf darüber hinaus alle Geschäfte tätigen, die den Gegenstand des Unternehmens fördern.
Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der gGmbH ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Unternehmenszweck wird insbesondere verwirklicht durch das Betreiben psychiatrischer Dienste und Einrichtungen.

3. Beteiligungsverhältnisse:

Am Stammkapital des GpZ Friedrichshafen gGmbH von 50.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Bruderhaus Diakonie	15.000 €	30,00 %
Pauline 13 e.V.	15.000 €	30,00 %
Südwürttembergische Zentren für Psychiatrie,	10.000 €	20,00 %
Landkreis Bodenseekreis	5.000 €	10,00 %
Stadt Friedrichshafen	5.000 €	10,00 %
	50.000 €	**100,00 %**

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Ulrich Ott
Gesellschafterversammlung:	
Vorsitzender:	Andreas Köster, Bürgermeister Friedrichshafen (ab 01.01.2014)
Mitglieder:	Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschafter bekräftigen mit dem Gemeindepsychiatrischen Zentrum Friedrichshafen Ihre Bereitschaft, eine gemeinsame Hilfeplanung im Bodenseekreis zu betreiben. Hierzu wurde im Jahr 2004 in verbindlicher Form die Trägergemeinschaft „Gemeindepsychiatrischer Verbund (GPV) Bodenseekreis“ gegründet.

Die GpZ Friedrichshafen gGmbH beteiligt sich hierzu schwerpunktmäßig mit der Trägerschaft und dem Betrieb einer anerkannten Werkstatt sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienstarbeitsplätzen. Im Rahmen eines Leistungsverbundes sollen psychisch kranke und behinderte Menschen Angebote im Bereich der beruflichen, medizinischen und sozialen Rehabilitation unter einem gemeinsamen Dach im Gemeindepsychiatrischen Zentrum in Friedrichshafen finden.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Es darf keine natürliche oder juristische Person durch Ausgaben, die dem Zwecke der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Die Gesellschaft wird nach den Vorschriften für eine große Handelsgesellschaft geprüft unter der Beachtung des § 53 Abs. 1 Nr. 1 u. 2 Haushaltsgrundsätzegesetz.
Die Gesellschaft ist Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband sowie im Werkstättenverbund Bodensee Oberschwaben.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an die GpZ Friedrichshafen:

⇒ 1.350.721 € für Tagesstätten für psychisch Kranke und Menschen mit Behinderungen auf Grundlage der vorläufigen Richtlinien und Fördergrundsätze des LWV

⇒ 9.637 € für Kuvertierung Abfallgebührenbescheide

Zahlung von der GpZ Friedrichshafen an den Bodenseekreis:

⇒ 1.250 € Zinsen für Gesellschafterdarlehen

⇒ 2.158 € für Abfall- und Deponiegebühren

Indirekter Zuschuss durch Zinsfreiheit:

⇒ 2.000 € nicht gezahlte Zinsen für Zwischenfinanzierungsdarlehen

Vom Bodenseekreis gewährte Darlehen:

⇒ 50.000 € Gesellschafterdarlehen aus dem Jahr 2002,

Verlängerung bis zum 31. Dezember 2017,
Zins seit 30. Juni 2007 bei 2,5 %

⇒ 80.000 € Zwischenfinanzierungsdarlehen aus dem Jahr 2002,
Verlängerung bis zum 31. Dezember 2017, zins- und tilgungsfrei

⇒ 500.000 € Gesellschafterdarlehen für den Neubau 2014/2014,
Tilgungsfreiheit bis zum 31. Dezember 2017,
Zins bei 2,5 %
Eine Auszahlung erfolgte bislang nicht.

9. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer / Arbeitnehmerinnen

Im Geschäftsjahr 2014 waren 35 Mitarbeiter beschäftigt (Vj. 35), davon 4 Aushilfen.

10. Lagebericht

Das GpZ Friedrichshafen ist Betreiber folgender drei Bereiche:

⇒ Werkstatt für psychisch behinderte Menschen (WfbM / 60 Plätze)
⇒ Tagesstätte für psychisch kranke Menschen
  - o Tagesstrukturierende Angebote
  - o Niederschwellige Zuverdienstangebote
  - o ALG II-Maßnahme „Aktivierung und Heranführung zur beruflichen Eingliederung“ nach § 16 SGB II

⇒ Vermietung

a) Werkstatt (WfbM)

Die Geschäftsfelder der WfbM Friedrichshafen sind

⇒ Industriemontage
⇒ Bürodienstleistung, Archivierung
⇒ Küche, Cafe und Catering
⇒ Hausmeisterservice

Die Werkstatt des GpZ erzielte im Jahr 2014 Einnahmen aus Produktion und Dienstleistung in Höhe von 643 T€ (Vj. 591 T€). Gegenüber 2014 bedeutete dies eine Zunahme um fast 9 % und war das bisher beste Ergebnis seit Bestehen des GpZ (2004) trotz der schwierigen Baustellensituation.
Die Einnahmen verteilten sich auf die Bereiche industrielle Fertigung 478 T€ (Vj. 431 T€), Hausmeisterdienstleistungen 27 T€ (Vj. 12 T€), Bürodienstleistungen 25 T€ (Vj. 31 T€) sowie auf Küche und Cafe mit 113 T€ (Vj. 117 T€).
Die Werkstatt war mit einer guten Beauftragung seitens der Industrie ganzjährig ausgelastet und sieht sich bezüglich Qualität und Zuverlässigkeit in ihrer Arbeit bestätigt.
Der größte Partner für das GpZ ist die Diakonie Pfingstweid. Die beiden Einrichtungen kooperieren schon lange sehr eng zusammen. Da sich die Klienten von der Diakonie Pfingstweid und den Klienten vom GpZ hinsichtlich Belastbarkeit und beruflicher Qualifikation sehr gut ergänzen, können beide Einrichtungen gemeinsam größere und komplexere Aufträge abwickeln. Durch diesen gemeinsamen Einsatz von verschiedenen Fähigkeiten und Kompetenzen entsteht sogar eine "win-win-win-Situation". Die beiden Einrichtungen sind mit dieser abgestimmten Kombination in der Lage, qualitativ hochwertige Aufträge zu bearbeiten und der Auftraggeber bekommt einen flexibleren und vielseitigeren Dienstleister.
In 2014 erzielte das GpZ von insgesamt 643 T€ ca. 200 T€ mit seinen direkt bei der Industrie angesiedelten Außenarbeitsplätzen. Insgesamt arbeiten ca. 25 - 30 Personen dauerhaft in an diesen Außenarbeitsplätzen in Firmen wie ZF, MTU, aber auch bei kleineren Firmen in Einzelaußenarbeitsplätzen mit direkter Betreuung und Jobcoaching durch das GpZ.
Besonders wertvoll sind diese Außenarbeitsplätze zum einen wegen der besseren Vergütung, besonders aber unter dem Aspekt, dass hier unsere Klienten die Wirklichkeit des ersten Arbeitsmarktes vorfinden bzw. sich dahin heran tasten können. Diese Erfahrung ist für

die Beschäftigten enorm wertvoll, da Sie in den besagten Firmen erkennen können, was Ihnen eventuell an Qualifizierung noch fehlt oder welche Unterstützung Sie für die nächsten Schritte speziell benötigen.
In 2014 waren in der Werkstatt im Durchschnitt 97 (Vj. 95) psychisch behinderte Menschen sozialversicherungsrechtlich beschäftigt, davon 78 (Vj. 74) im Arbeitsbereich und 19 (Vj. 21) im Berufsbildungsbereich. Diese Zahlen entsprechen beinahe den Vorjahreswerten und zeigen noch einmal deutlich, dass es momentan keine Zunahmen bei den Werkstatt-Plätzen gibt. Die reduzierte Nachfrage nach beschützten Arbeitsplätzen steht im direkten Zusammenhang mit einer nach wie vor sehr niedrigen Arbeitslosenquote im Bodenseekreis.
Für die Betreuung der 97 WfbM-Beschäftigten wurden Pflegesatzerlöse in Höhe von 1.324 T€ (Vj. 1.285 T€) erzielt, davon 1.004 T€ (Vj. 931 T€) lm Arbeitsbereich und 320 T€ (Vj. 354 T€) im Berufsbildungsbereich.
In der Werkstatt waren 24 hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigt.
Zusammen mit den Produktionserlösen erzielte die WfbM Einnahmen In Höhe von 1.967 T€ (Vj. 1.876 T€) und lag auf Grund der guten Produktionseinnahmen um knapp 91 T€ über dem Vorjahresergebnis.

b) Tagesstätte

Die Tagesstätte war auch in 2014 ein sehr stark frequentierter Bereich. Wie Im Vorjahr nutzten weit mehr als 100 unterschiedliche Personen über das Jahr die vielseitigen Angebote. Täglich kommen davon etwa 80 Leute in den niederschwelligen Bereich. Über eine pauschale Tagesstätten-Finanzierung vom Landkreis kann der grobe Kostenrahmen der Grundangebote abgedeckt werden.
Im Bereich der therapeutischen Beschäftigung bietet die Tagesstätte das vom Landkreis finanzierte Zuverdienstprojekt an. Bei dieser Maßnahme handelt es sich um ein niederschwelliges Beschäftigungsangebot für psychisch kranke Menschen, die nicht oder noch nicht einer geregelten Arbeit nachgehen können. Schwerpunktmäßig dient das Angebot dem Aufbau einer individuellen Tagesstruktur, sowie dem Training von Leistungs- und Belastungsfähigkeit der betroffenen Klienten.
Insgesamt wurden in 2014 im Zuverdienst 59 Personen, verteilt auf 9 Plätze, im Rahmen von Tagesstrukturierung sowie Stabilisierungs- und Orientierungsmaßnahmen betreut.
Leider stieg auch In 2014 die Zahl der Personen, die dieses Zuverdienstangebot zwar dringend benötigen, jedoch auf Grund der Ausschlusskriterien nicht In Anspruch nehmen können. Nur wer wesentlich behindert und erwerbsunfähig ist (Grundsicherung), kann in den Zuverdienst kommen. Im GpZ werden jedoch immer mehr Menschen betreut, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen. Dabei handelt es sich in zunehmender Zahl um Altersrentner oder um Personen, die sich in einer schwierigen Lebensphase befinden, jedoch aus unterschiedlichsten Gründen noch keine Erwerbsunfähigkeit festgestellt wurde, de facto aber dringend eine beschäftigungsorientierte Stabilisierung notwendig wäre. Erhalten die Betroffenen in solch schwierigen Übergangsphasen nicht zeitnah die erforderlichen Hilfen, führt dies oft zu heftigeren Brüchen und komplizierteren Krankheitsverläufen. Das GpZ hat sich in 2014 verstärkt um einen Ausbau der personenzentrierten tagesstrukturierenden Angebote im Beschäftigungsbereich bemüht und den Bedarf für die entsprechenden Personen aufgezeigt. In das GpZ kommen täglich Personen mit der Frage, „wie und wo und mit welcher Hilfe kann ich meinen Tag verbringen?". Eine Antwort darauf gibt es auf Grund einer fehlenden Finanzierung und somit mangels geeigneter Angeboten bisher noch nicht.
Ebenfalls weggefallen war die ALG - Maßnahme "Arbeitsgelegenheiten" zur Beschäftigung von langzeitarbeitslosen Menschen aus dem SGB II Bereich. Diese beiden Bereiche Tagesstruktur und ALGII-Betreuung waren in 2014 auch immer Thema zwischen dem Sozialdezernat und dem GpZ. Seitens der Sozialverwaltung wurde in Aussicht gestellt, dass es in 2014 wieder eine Betreuungsmaßnahme für langzeitarbeitslose Menschen geben könnte und auch bei der Tagesstruktur wurde Verhandlungsbereitschaft signalisiert.

Bei der Tagesstruktur kam es leider zu keinen konkreten Verbesserungen bzw. Entwicklung von Leistungsangeboten. Bei der ALG II-Betreuung war das GpZ bei einer Ausschreibung

des Jobcenters erfolgreich. Das Konzept für eine Aktivierungs- und Heranführungsmaßnahme zur beruflichen Eingliederung nach § 16 SGB II wurde seitens des Landratsamtes als geeignet ausgewählt. Von 2014 bis 2016 werden nun ca. 120 Personen aus dem ALG II mit gezielten Maßnahmen individuell gefördert mit dem Ziel, diese Personen wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln bzw. eine Anschlussmaßnahme zu finden.

In 2014 erzielte die Tagesstätte aus Vergütungen und Leistungsvereinbarungen insgesamt 167 T€ (Vj. 168 T€). Dies entspricht fast genau den Einnahmen aus dem Vorjahr. Mit den Einnahmen aus dem Zuverdienst sowie zusätzlichen Einnahmen von Kooperationspartnern und der Verrechnung mit allen Kosten aus der Gewinn u. Verlustrechnung ergibt sich bei der Tagesstätte ein Minus in Höhe von ca. 12 T€ (Vj. 21 T€).

c) Vermietung

Die Mietflächen in den Beratungs- und Behandlungsebenen waren ganzjährig komplett vermietet. Insgesamt hat das GpZ in 2014 Mieteinnahmen In Höhe von 64 T€ (Vj. 64 T€) erzielt.

d) Geschäftsverlauf

Das Jahr 2014 war wie das Vorjahr stark geprägt durch den Neubau, Schwerpunkt hierbei war der Innenausbau des Neubaus sowie die Verbindung und Durchgänge zwischen dem Alt- und dem Neubau.
Trotz vielen Lärms und baubedingten Behinderungen konnten alle Bereiche durchgängig arbeiten. Die übergangsweise angemietete Außenstelle "Paulinenstraße 33" war bzgl. der LKW-Andienung für Verpackungsaufträge von der ZF sehr wichtig, sodass es zu keinen Einbußen bei den Produktionseinnahmen kam.

Die Besucher- und Teilnehmerzahl der Tagesstätte ist mit täglich bis zu 80 Personen mit dem Vorjahr vergleichbar. Ein Großteil der Besucher nutzte die verschiedenen Angebote aus den Bereichen Beschäftigung, Freizeit, Kultur und Kreativität. Bei den Einnahmen kam es auf Grund der bereits beschriebenen Gründe zu Einbußen, die es in Zukunft auszugleichen gilt.

Insgesamt ist das Jahr 2014 für das GpZ gut verlaufen. Wirtschaftlich betrachtet konnte das Minimalziel einer „schwarzen Null“ erreicht werden. Betrachtet man alle Personen, die täglich ins GpZ kommen, zur Arbeit (170), zur Betreuung, zum Arztbesuch, zum Mittagessen, zum Cafe-Trinken, zur Kontaktaufnahme und aus vielen anderen Gründen, gehen wir von ca. 250 Menschen pro Tag aus.
250 Personen, die mit dem GpZ verbunden sind und wegen eines Handicaps oder schwierigen Lebenssituationen zum GpZ einen sozialen, existenziellen oder kulturellen Bezug haben.

e) Neubauplanung

Der Innenausbau verlief in 2014 recht zügig und ohne große Schwierigkeiten. Alle Gewerke konnten nach Zeitplan arbeiten und am Ende des Jahres waren von den 8,2 Mio. € Baukosten ca. 5,2 Mio. € verbaut und abgerechnet. Die Darlehen für die Neubaufinanzierung der Gesellschafter sind in 2014 an das GpZ in Höhe von 1 Mio. € vollständig ausbezahlt worden. Die Zeppelinstiftung hat mit Stand vom 31. Dezember 2014 von ihrem 3 Millionen-Zuschuss insgesamt 2,03 Mio. € an das GpZ ausbezahlt.
Die restliche Finanzierung wird gemäß dem Finanzierungsplan verlaufen. Neben den bereits im Vorjahr angefallenen Mehrkosten durch Gründungsprobleme in Höhe von 260 T€ wird es voraussichtlich keine weiteren Mehrkosten geben.
In der Gesellschafterversammlung im August 2014 haben die Gesellschafter einigen notwendigen Maßnahmen im Bestandsgebäude zugestimmt. Hier fallen noch einmal ca. 750 T€ Umbau- und Sanierungskosten an, die gleich im Anschluss an die Neubauarbeiten in 2015 durchgeführt werden sollen.

f) Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die reinen Umsatzerlöse haben gegenüber 2013 leicht zugenommen und belaufen im Jahr 2014 auf 2.242 T€ (Vj. 2.127 T€).
Die größte Position bei den Umsatzerlösen bilden die Einnahmen durch Werkstattsätze mit insgesamt 1.324 T€ (Vj. 1.285 T€). Hiervon entfallen 1.004 T€ (Vj. 931 T€) auf den Arbeitsbereich und 320 T€ (Vj. 354 T€) auf den Berufsbildungsbereich.
An zweiter Stelle stehen die Erlöse aus dem Produktions- und Dienstleistungsbereich mit 643 T€ (Vj. 591 T€).
Die Tagesstätte erreichte durch die pauschale Förderung und durch die beschriebenen Maßnahmen Einnahmen in Höhe von 167 T€ (Vj. 168 T€).
Der Mietbereich kam auf Einnahmen von insgesamt 64 T€ (Vj. 64 T€).
Die größte Position bei den Ausgaben sind die Personalkosten der hauptamtlichen Mitarbeiter inklusive aller Aushilfen Zusatzkräften In Höhe von 1.381 T€ (Vj. 1.214 T€), die Löhne der WfbM-Beschäftigten belaufen sich in Höhe von 310 T€ (Vj. 278 T€). Die Sozialabgaben der behinderten Beschäftigten sind hierbei nicht berücksichtigt, da diese als durchlaufender Posten betrachtet und an das GpZ direkt zurückerstattet werden.
Insgesamt waren in 2014 29 hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigt.
Die Betriebskosten summierten sich gesamt auf 2.133 T€ (Vj. 1.926 T€), davon betrugen die Abschreibung 138 T€ (Vj. 172 T€) und die Zinsen 37 T€ (Vj. 30 T€). Gegenüber dem Vorjahr sind die Kosten um 207 T€ gestiegen.
Der Abschluss 2014 weist einen Jahresüberschuss von 34 T€ (Vj. 117 T€) aus. Der Jahresüberschuss wird mit 10 T€ in andere Rücklagen und mit 24 T€ in die zweckgebundene Gewinnrücklage eingestellt.
Das GpZ Friedrichshafen erreichte auch in seinem elften Betriebsjahr wieder ein gutes Ergebnis und konnte die Ziele des Wirtschaftsplanes erfüllen.

Umsatzerlös / Gesamtleistung

	2014	2013	2012	2011	2010
Umsatzerlös/Gesamtleistung	2.242 T€	2.127 T€	2.192 T€	2.200€	2.048 T€
Veränderungen zum Vorjahr	+ 115 T€	- 65 T€	- 8 T€	+ 152 T€	+ 178 T€
Veränderungen zum Vorjahr in %	+ 5,4 %	- 3,0 %	- 0,4 %	+ 7,4 %	+ 9,5 %

Die Umsatzerlöse 2014 sind gegenüber 2013 um 5,4 % von 2.127 T€ auf 2.242 T€ gestiegen.

Jahresergebnis

	2014	2013	2012	2011	2010
Umsatzerlös/Gesamtleistung	2.242€	2.127€	2.192 T€	2.200€	2.048 T€
Jahresergebnis	+ 34 T€	+ 117 T€	+ 208 T€	+ 152 T€	+ 178 T€
Jahresergebnis in % der Gesamtleistung	+ 1,5 %	+ 6,0 %	+ 10,0 %	+ 7,4 %	+ 9,5 %

Personal

Bei den hauptamtlichen Mitarbeitern des GpZ Friedrichshafen waren am Ende des Jahres 25 Vollstellen besetzt. Gegenüber dem Vorjahr sanken die Personalkosten bei den hauptamtlich Beschäftigten um ca. 167 T€.

	2014	2013	2012	2011	2010
Umsatzerlös/Gesamtleistung	2.242 T€	2.127 T€	2.192 T€	2.200 T€	2.048 T€
Personalkosten	1.691 T€	1.492 T€	1.516 T€	1.442 T€	1.245 T€
Personalkosten in % der Gesamtleistung	75 %	70 %	69 %	66 %	60,8 %

Insgesamt beliefen sich die Personalkosten für die hauptamtlichen Beschäftigten auf 1.381 T€ (Vj. 1.214 T€), an die behinderten Beschäftigten wurden Löhne in Höhe von 310 T€ (Vj. 278 T€) ausbezahlt, In Summe sind das 1.691 T€ (Vj. 1.492 T€).

Gerechnet an den Gesamtkosten von 2.096 T€ (1.896 T€) machen die Personalkosten einen Anteil von 81 % (Vj .79 %) aus.

Finanzmittelbestand

Im laufenden Geschäftsjahr konnten Finanzmittel freigesetzt werden aus dem:

⇒ Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von + 224 T€
⇒ Cash Flow aus Investitionstätigkeit - 4.055 T€
⇒ Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit + 3.649 T€

Der Finanzmittelbestand lag am 31. Dezember 2014 bei 229 T€ (Vj. 411 T€) und ist im Verhältnis zum Vorjahr um 182 T€ gesunken.

	2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme	10.607 T€	6.812 T€	6.383 T€	6.474 T€	6.390 T€
Finanzmittelbestand	229 T€	411 T€	1.500 T€	1.396 T€	1.278 T€
Finanzmittelbestand in % der Bilanzsumme	2 %	6 %	24 %	22 %	20 %

Die GpZ FN gGmbH führt alle Konten bei der Volksbank Friedrichshafen. Die Gelder sind jederzeit verfügbar.

Anlagevermögen / Abschreibung / Fremdkapital

	2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme	10.607 T€	6.812 T€	6.383 T€	6.474 T€	6.390 T€
Anlagevermögen in €	10.073 T€	6.155 T€	4.759 T€	4.724 T€	4.809 T€
Anlagevermögen in %	95 %	90 %	75,0 %	73,0 %	75,3 %
Abschreibung	138 T€	172 T€	181 T€	197 T€	219 T€
Fremdkapital in €	4.136 T€	2.309 T€	1.889 T€	2.101 T€	2.189 T€
Fremdkapital in %	39 %	34 %	30 %	32 %	34,3 %

Das Anlagevermögen in Höhe von 10.073 T€ wird folgendermaßen aufgeteilt:

Immaterielle Vermögensgegenstände	1 T€
Grundstücke und Bauten	4.221 T€
Technische Anlagen	40 T€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	129 T€
gel. Anzahlungen/Anlagen im Bau	5.682 T€

Die Abschreibung auf das gesamte Anlagevermögen beträgt 138 T€.

Eigenkapital

	2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme	10.607 T€	6.812 T€	6.383 T€	6.474 T€	6.390 T€
Eigenkapital	3.536 T€	3.502 T€	3.385 T€	3.177 T€	2.908 T€
Eigenkapital in % der Bilanzsumme	33,3 %	51,4 %	53 %	49,1 %	45,5 %

In der unteren Tabelle wird der Eigenkapitalanteil unter Berücksichtigung der Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse dargestellt:

	2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme	10.307 T€	6.812 T€	6.383 T€	6.474 T€	6.390 T€
Eigenkapital (EK) + Sonderposten (SoPo)	6.471 T€	4.503 T€	4.483 T€	4.373 T€	4.201 T€
EK + SoPo in % der Bilanzsumme	61 %	66 %	70 %	68 %	65,7 %

g) Chancen- und Risikobericht

Es finden turnusmäßig Konferenzen wie die Werkstattkonferenz, die Arbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbund (GPV) sowie die Trägergemeinschaft GPV statt. Geplante Veränderungen durch den Gesetzgeber oder die Kostenträger werden hier frühzeitig besprochen und können in die strategische Planung einfließen. Das GpZ ist darüber hinaus auf Bundes·, Landes· und Kreisebene vertreten und kann auch auf Grundlage der frühen Informationen rechtzeitig agieren.
Das Forderungsmanagement wird konsequent betrieben. Der größte Anteil an der Gesamtleistung sind die Pflegesatzerlöse. Diese werden auch regelmäßig und zeitnah bezahlt. Mit der Eingliederungshilfe, der Arbeitsverwaltung und den Rentenversicherungsträgern funktionieren die Abrechnungsmodalitäten sehr gut. Auch Im Bereich Vermietung gehen die Zahlungen sehr regelmäßig ein. Bei den Produktionserlösen wird der Großteil der Rechnungen von Dauer- und Großkunden ebenfalls ohne große Zahlungsverzögerungen erledigt. Selten sind hier weitergehende Schritte Im Forderungsmanagement notwendig. Alle Forderungen werden laufend überwacht und bei Überfälligkeit wird entsprechend reagiert.

Das GpZ hat wie in 2013 auch in 2014 mit einem Rückgang der Einnahmen zu kämpfen. Der Wegfall der Mieteinnahmen Norma sowie die aus Platzgründen notwendige Anmietung der Außenstelle Paulinenstr. 33 ergaben gegenüber der Vorjahre eine zusätzliche Belastung von 110 T€. Wir die Einnahmenreduzierung durch den Wegfall der Arbeitsgelegenheiten in Höhe von 120 T€ in der Tagesstätte hinzugerechnet, hat das GPZ saldiert ca. 230 T€ jährlich weniger, was gemessen am Gesamtumsatz mehr als 10% ausmacht.
Die Belegung in den Werkstätten für behinderte Menschen ist auf Grund der guten Arbeitsmarktlage eher stagnierend. Das GpZ ist seit einiger Zeit sehr bemüht, sein Leistungsspektrum zu erweitern. Der Bereich Werkstatt hat im bisherigen Leistungsangebot einen Anteil von 80%. Dieser Anteil ist zu hoch und macht das GpZ zu sehr von dem Leistungsangebot „WfbM“ zu stark abhängig, zumal die Werkstätten für behinderte Menschen in ihrer jetzigen Form sozialpolitisch kritisch diskutiert werden.
Die Chancen, dass das GpZ erfolgreich auf die sich verändernden Rahmenbedingungen reagieren kann stehen allerdings gut. Schon jetzt gibt es im GpZ viele Beschäftigungsbereiche, die dem ersten Arbeitsmarkt sehr nahe kommen. Auch die gezielte Qualifizierung und Schulung von Menschen mit psychischen Handicaps sind in der neuen konzeptionellen Entwicklung des GpZ berücksichtigt. Das GpZ sieht sich deshalb gut aufgestellt für die Aufgabe, die Werkstatt stärker zu flexibilisieren und die Vermittlung seiner Klienten noch mehr zum Schwerpunkt seiner Aufgaben zu machen.
Eine weitere strategische Maßnahme zur Erweiterung des Angebotsspektrums der WfbM ist die gezielte Ausweitung der Dienstleistungsangebote wie moderne Bürodienstleistung, Handwerksdienste sowie im Gastro- und Hauswirtschaftsbereich. Diese Erweiterung ist abgestimmt auf die Nachfrage und offenen Stellen des örtlichen Arbeitsmarktes und soll zu einer verbesserten Vermittlungsquote führen.
Des Weiteren werden aber auch die direkten Angebote für psychisch kranke Menschen neu zu konzipieren sein. Dazu gehören der Ausbau des Angebotes „Tagesstruktur für nicht WfbM·Beschäftigte“, Angebote für Altersrentner, Kooperationen mit Partnern aus der psychiatrischen Versorgung bis hin zu Angeboten aus dem Bereich Schulung, Qualifizierung und Ausbildung.
In einem Bereich hat das GpZ mit der Aktivierungsmaßnahme von langzeitarbeitslosen Menschen im Auftrag des Jobcenters vom Landratsamt Bodenseekreis schon begonnen. Das GpZ führt hinsichtlich seiner Entwicklung Gespräche mit dem Sozialdezernat sowie mit seinen Gesellschaftern und potentiellen Partnern.
Die räumlichen Möglichkeiten wurden mit Bezug des Neubaus im April 2015 frei.
Das GpZ hat die Chance, auf Grundlage der vielseitigen Angebote unter einem Dach mitten in der Stadt sich zu einem inklusiven ambulanten Fachzentrum für Betreuung, Beratung, Behandlung und Beschäftigung weiter zu entwickeln.

Bestandsgefährdende Risiken sind aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

h) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
Es sind keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag eingetreten.

i) Prognosebericht
In seinen insgesamt 11 Betriebsjahren hat sich das GpZ Friedrichshafen sowohl inhaltlich aber auch wirtschaftlich solide entwickelt. Mit dem Neubau hat das GpZ eine große Aufgabe gestemmt und die Weichen für die weitere Entwicklung In den nächsten Jahren gestellt.
Die Werkstatt wird in dieser Erweiterungsphase seine Dienstleistungs- und Produktionsbereiche erweitern bzw. neu aufstellen. Die Öffnung zur Stadt und der Kontakt zur Bevölkerung sind ein wichtiger Bestandteil dieser Entwicklung.
Ganz wichtig für die weitere Funktion des GpZ ist neben allen therapeutischen Angeboten auch die Schaffung von Treffpunkten und Sozialräumen, in denen sich behinderte und nicht behinderte Menschen zu kulturellen und unterhaltenden Angeboten treffen. Das Haus soll sich neben all seiner beschriebenen Aufgaben auch zu einem Begehungszentrum mit inklusiver Wirkung im Zentrum der Stadt entwickeln, in dem auch die Kunst und Kultur eine wichtige Rolle spielen soll.
Am Ende will das GpZ ein Haus der Gesundheit, der Inklusion und Kultur sein, von dem möglichst viele Menschen profitieren können.

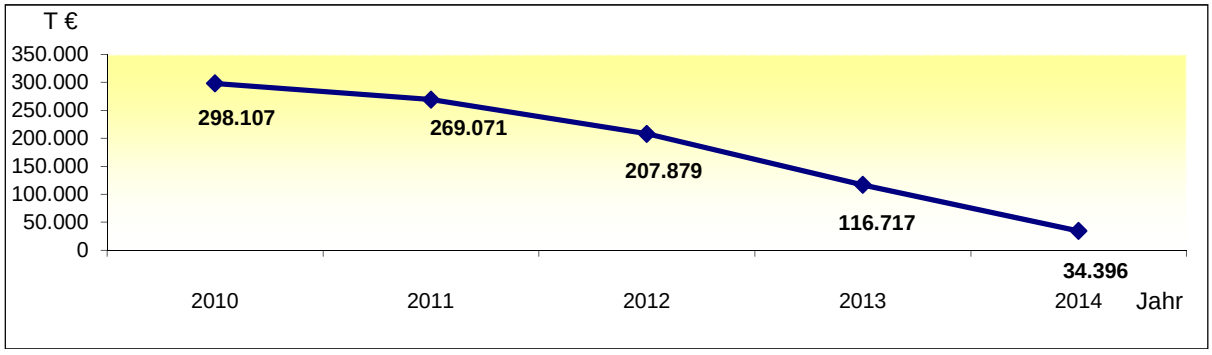
Die GpZ Friedrichshafen erwartet eine erfolgreiche Entwicklung des GpZ Friedrichshafen.

Friedrichshafen, 26. Juni 2015

Ulrich Ott

11. Abschlussprüfer
MTG Wirtschaftsprüfung, Ravensburg

12. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der GpZ Friedrichshafen gGmbH zum 31.12.2014

Bilanz	**2014**		**2013**		**2012**	
Aktiva	**T €**	%	**T €**	%	**T €**	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0,9	0,0	2,4	0,0	12,9	0,2
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten	4.221,2	39,8	4.308,3	63,2	4.369,4	68,5
2. Anlagen und Maschinen	39,5	0,4	50,4	0,7	45,5	0,7
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	128,8	1,2	100,6	1,5	134,8	2,1
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.682,1	53,6	1.693,7	24,9	196,8	3,1
III. Finanzanlagen						
1. Genossenschaftsanteile	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0
	10.072,5	95,0	**6.155,5**	90,4	**4.759,5**	74,6
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5,2	0,0	5,6	0,1	5,7	0,1
2. Unfertige Leistungen						
3. Waren						
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	89,7	0,8	82,9	1,2	76,6	1,2
2. Forderung gegen verbunden Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter	40,3	0,4	62,3	0,9	26,1	0,4
5. Sonstige Vermögensgegenstände	170,5	1,6	94,7	1,4	15,2	0,2
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten	229,2	2,2	411,2	6,0	1.500,0	23,5
	534,9	5,0	**656,7**	9,6	**1.623,6**	25,4
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
I. Disagio						
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	**0,2**	0,0	**0,2**	0,0	**0,0**	0,0
Bilanzsumme	**10.607,6**	100,0	**6.812,4**	100,0	**6.383,1**	100,0

Bilanz der GpZ Friedrichshafen gGmbH zum 31.12.2014

Bilanz Passiva	2014 T €	%	2013 T €	%	2012 T €	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	50,0	0,5	50,0	0,7	50,0	0,8
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
1. Zweckgebundene Rücklagen	2.990,7	28,2	2.966,6	43,5	2.873,7	45,0
2. Andere Gewinnrücklagen	495,4	4,7	485,1	7,1	461,2	7,2
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag						
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag						
	3.536,1	33,3	**3.501,7**	51,4	**3.385,0**	53,0
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	**2.935,2**	27,7	**1.001,4**	14,7	**1.098,6**	17,2
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen						
II. Steuerrückstellungen						
III. Sonstige Rückstellungen	70,3	0,7	66,7	1,0	76,7	1,2
	70,3	0,7	**66,7**	1,0	**76,7**	1,2
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.137,9	10,7	468,0	6,9	523,0	8,2
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	751,2	7,1	569,8	8,4	67,4	1,1
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.564,2	14,7	584,5	8,6	581,9	9,1
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	576,1	5,4	620,1	9,1	650,5	10,2
	4.029,4	38,0	**2.242,3**	32,9	**1.822,8**	28,6
F. Rechnungsabgrenzungsposten	**36,7**	0,3	**0,3**	0,0	**0,0**	0,0
Bilanzsumme	**10.607,6**	100,0	**6.812,4**	100,0	**6.383,1**	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der GpZ Friedrichshafen gGmbH zum 31.12.2014

Gewinn- und Verlustrechnung	**2014**		**2013**		**2012**	
	T €	%	**T €**	%	**T €**	%
1. Umsatzerlöse	2.241,7	93,4	2.126,7	93,4	2.191,7	92,3
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	96,2	4,0	97,2	4,3	97,2	4,1
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	62,8	2,6	54,3	2,4	86,2	3,6
5. Gesamtleistung	**2.400,6**	100,0	**2.278,2**	100,0	**2.375,1**	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	88,6	3,8	85,8	4,0	85,6	4,0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,0	0,0	4,3	0,2	0,0	0,0
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	1.429,3	61,5	1.255,3	59,0	1.274,9	59,9
b) Soziale Abgaben	303,0	13,0	260,5	12,2	263,8	12,4
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	138,0	5,9	171,8	8,1	181,2	8,5
9. Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten						
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	366,6	15,8	350,0	16,4	322,1	15,1
11. Gesamtaufwand	**2.325,5**	100,0	**2.127,7**	100,0	**2.127,6**	100,0
12. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	**75,2**		**150,6**		**247,6**	
13. Erträge aus Beteiligungen						
14. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,1		4,8		13,7	
17. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-38,3		-35,0		-49,7	
19. Finanzergebnis	**-37,2**		**-30,2**		**-36,1**	
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**38,0**		**120,3**		**211,5**	
21. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
22. Steuern vom Einkommen und Ertrag						
23. Sonstige Steuern	3,6		3,6		3,6	
24. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	**34,4**		**116,7**		**207,9**	
25. Einstellung in Gewinnrücklagen						
a) in zweckgebunden Rücklagen	24,1		92,9		159,7	
b) in andere Gewinnrücklagen	10,3		23,9		48,2	
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)						
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	**0,0**		**0,0**		**0,0**	

Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Gemeindepsychiatrisches Zentrum Überlingen gGmbH
Kontakt:	Obere Bahnhofstr. 18, 88662 Überlingen Tel.: 07551 / 30118-0 Fax: 07551 / 30118-80 E-Mail: email@g-p-z.de Homepage: www.g-p-z.de
Gründungsdatum:	13. Dezember 2001
Eintragung Handelsregister:	5. März 2002
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	13. Dezember 2001 27. Juli 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der psychiatrischen Versorgung im Bodenseekreis. Die Gesellschaft verfolgt ihren Zweck insbesondere durch die Übernahme von Trägerschaft und Betrieb einer anerkannten Werkstatt für psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen sowie einer Tagesstätte mit Zuverdienstarbeitsplätzen in Überlingen.

Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen und sich an solchen Unternehmen beteiligen. Die Gesellschaft darf darüber hinaus alle Geschäfte tätigen, die den Gegenstand des Unternehmens fördern.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital des GpZ Überlingen gGmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Vianney Gesellschaft e.V.	12.500 €	50,00 %
Sprungbrett - Werkstätten gGmbH	2.500 €	10,00 %
Südwürttembergische Zentren für Psychiatrie	2.500 €	10,00 %
Pauline 13 e.V.	2.500 €	10,00 %
Landkreis Bodenseekreis	2.500 €	10,00 %
Stadt Überlingen	2.500 €	10,00 %
	25.000 €	**100,00 %**

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführer:	Ingo Kanngießer
Gesellschafterversammlung:	ist eingerichtet

5. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck der GmbH ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Unternehmenszweck wird insbesondere verwirklicht durch das Betreiben psychiatrischer Dienste und Einrichtungen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

Die GpZ Überlingen gGmbH ist Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband, Gemeindepsychiatrischen Verbund Bodenseekreis und im Netzwerk Arbeit und Bildung.

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an das GpZ Überlingen:

⇒ 823.017 € für Dienstleistungen der beruflich-sozialen (Wieder)Eingliederung, Teilhabe, Aktivierung, Heranführung oder Arbeitserprobung. Es werden verschiedene ambulante und teilstationäre psychiatrische Hilfsangebote aus den Bereichen Beschäftigung, Begegnung, Beratung, Betreuung und Begleitung angeboten.

Zahlung vom GpZ Überlingen an den Bodenseekreis:

⇒ 625 € Zinsen für Gesellschafterdarlehen

⇒ 957 € für Müll- und Deponiegebühren

Indirekter Zuschuss durch Zinsfreiheit:

⇒ 1.375 € nicht gezahlte Zinsen für Zwischenfinanzierungsdarlehen (bei einem angenommenen gleichen Zinssatz zum Gesellschafterdarlehen von 2,5 %)

Vom Bodenseekreis gewährte Darlehen:

⇒ 25.000 € Gesellschafterdarlehen aus dem Jahr 2002,
Verlängerung bis zum 31. Dezember 2017
Zins seit 30. Juni 2007 bei 2,5 %

⇒ 55.000 € Zwischenfinanzierungsdarlehen
Verlängerung bis zum 31. Dezember 2017, zins- und tilgungsfrei

9. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Jahresdurchschnitt waren im GpZ Überlingen 29 Personen (Vj. 25) beschäftigt.

10. Lagebericht

a) Geschäftsverlauf, Geschäftsfelder und Maßnahmen

Insgesamt sind die Entwickelungen der GpZ Überlingen gGmbH in 2014 weiterhin als gelungen zu bewerten. Der organisatorische Arbeitsschwerpunkt in 2014 lag in der weiterführenden Konkretisierung der Konzepte, insbesondere in Zusammenhang mit den kontinuierlichen Verbesserungen im Rahmen der Qualitätssicherung. Das Ergebnis des zweiten externen Audit hat das bisherige Vorgehen bestätigt und auch die positiven Wirkungen aufgezeigt.
Die Erlöse „Soziale Dienstleistungen“ sind um ca. 23 T€ gestiegen. Die Erlössteigerungen im Arbeitsbereich der WfbM (+ 66 T€) konnten die Reduzierungen im Berufsbildungsbereich (-

54 T€) nicht nur ausgleichen, sondern führt zu einer Steigerung um 12 T€ der WfbM-Umsätze.
Die Produktions- und Dienstleistungserlöse konnten insgesamt um 14 T€ gesteigert werden und sind als stabil zu bewerten. Im Geschäftsfeld Industrie (Metall & Montage) gibt es deutliche, in der Wäscherei geringfügige Erlössteigerungen. Die Geschäftsfelder Küche sowie Gartenpflege verzeichnen geringere Erlöse. Das bisherige Geschäftsfeld Digital Service wurde in zwei Geschäftsfelder Druckstudio und Handel (vita-PUB) aufgesplittet, die zusammen genommen auch geringere Erlöse generieren konnten. Insgesamt haben sich im Bereich der Produktion und Dienstleistungen die Umsätze und Aktivitäten entsprechend der Planung bzw. Erwartung weiterentwickelt.

b) Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
Die erzielten Umsatzerlöse im Jahr 2014 (1.933 T€) sind im Vergleich zum Vorjahr (1.901 T€) wieder um rd. 1,7 % gestiegen und erreichen damit fast wieder das Niveau von 2012. Die Einnahmen durch Pflegesätze in Höhe von 1.223 T€ bilden hierbei die größte Position. Die pauschalierte Tagesstättenförderung lag bei 50 T€. Hinzu kommen noch 25 T€ über das Zuverdienstangebot und der therapeutischen Betreuung mit 6 T€. Neu hinzugekommen sind Erlöse im Rahmen der AHA – Regiekosten nach SGB II in Höhe von 19 T€. Der Umsatz aus Produktionserlösen lag bei 673 T€. Darin sind Sonstige Erlöse von 4 T€ enthalten. Der Bereich „Vermietung“ erreichte Einnahmen in der Höhe von 37 T€. Das Essensgeld für Beschäftigte und Betreute fliest mit 10 T€ in die Gewinn- und Verlustrechnung mit ein. Diesen Einnahmen stehen Gesamtkosten in Höhe von 1.865T€ inkl. Einem Wareneinkauf/Fremdleistungen von 172 T€ gegenüber. In den Gesamtkosten sind 1.193 T€ Personalkosten und 158 T€ Abschreibungen enthalten. Der Jahresüberschuss 2014 über 68 T€ wird mit 9 T € der freien und mit 59 T€ der zweckgebundenen Rücklage zufließen. Die Zuführung in die zweckgebundene Rücklage beläuft sich auf ca. 52 T€ gemäß § 12 Abs. 5 Nr. 3 Werkstättenverordnung und auf ca. 7 T€ gemäß § 12 Abs. 5 Nr. 2 Werkstättenverordnung. Insgesamt trägt das Ergebnis zur Stabilisierung und zur Konsolidierung der finanziellen Situation des GpZ Überlingen bei. Eine aktive und innovative Gestaltung der gemeinnützigen Aufgaben wird aufgrund des immer enger werdenden politischen und finanziellen Rahmens zunehmend schwieriger. Im Geschäftsjahr 2014 wurden Investitionen in der Höhe von 114 T€ (Vj. 527T€) getätigt. Darin sind 108 T€ für Geschäftsausstattung enthalten. Die Investitionen konnten durch eigene Mittel finanziert werden.

Umsatzerlös/Gesamtleistung

	2014	2013	2012	2011	2010
Umsatzerlös/Gesamtleistung	1.933 T€	1.901 T€	1.940 T€	1.862 T€	1.697 T€
Veränderungen zum Vorjahr	+ 32 T€	- 39 T€	+ 78 T€	+ 165 T€	+ 163 T€
Veränderungen zum Vorjahr in %	+ 1,7 %	- 2,0 %	+ 4,2 %	+ 9,7 %	+ 10,6 %

Der Umsatzerlös in 2014 ist von 1.901 T€ in 2013 um ca. 1,7% auf 1.933 T€ gestiegen.

Jahresergebnis

	2014	2013	2012	2011	2010
Umsatzerlös/Gesamtleistung	1.933 T€	1.901 T€	1.940 T€	1.862 T€	1.697 T€
Jahresergebnis	+ 68 T€	+ 86 T€	+ 150 T€	+ 109 T€	+ 71 T€
Jahresergebnis in % der Gesamtleistung	+ 3,5 %	+ 4,5 %	+ 7,7 %	+ 5,9 %	+ 4,2 %

Mit dem Jahresüberschuss 2014 von ca.- 68 T€ wurden die im Wirtschaftsplan beschriebenen Ziele übertroffen.

Personal

Im Jahresdurchschnitt waren im GpZ Überlingen 29 Personen (Vj. 25) mit einen Vollzeitäquivalent von 23,5 VK (Vj. 21,5) beschäftigt. Davon 2,8 VK in der Verwaltung, 3,3 VK die dem Begleitenden Dienst zugeordnet werden und 12,7 VK in den Geschäftsfeldern/Zweckbetrieben. Hinzu kommen noch 3,6 VK der Produktionshelfer. Das sind im Vergleich zum Vorjahr vier Person Bzw. 2,0 VK mehr.

	2014	2013	2012	2011	2010
Umsatzerlös/Gesamtleistung	1.933 T€	1.901 T€	1.940 T€	1.862 T€	1.697 T€
Gesamtkosten	1.865 T€	1.816 T€	1.788 T€	1.758 T€	1.626 T€
Personalkosten	1.193 T€	1.133 T€	1.112 T€	1.072 T€	1.021 T€
Personalkosten in % der Gesamtleistung	61,7 %	59,6 %	57,3 %	57,6 %	60,2 %
Personalkosten in % der Gesamtkosten	64,0 %	62,4 %	62,2 %	61,0 %	62,8 %

Der Personalaufwand in 2014 beläuft sich auf 1.193 T€ oder 61,7 % der Gesamtleistung. Der Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten liegt 2014 bei 64,0 %(Vj. 62,4 %) und steigt damit um rd. 2% im Vergleich zu den Vorjahren.

Finanzmittelbestand

Im laufenden Geschäftsjahr konnten Finanzmittel freigesetzt werden aus dem:

	2014	2013	2012	2011	2010
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	188 T€	164 T€	343 T€	303 T€	118 T€
Cashflow aus Investitionstätigkeit	- 114 €	- 527 €	- 106 T€	- 47 T€	- 69 T€
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 154 €	- 51 €	- 50 T€	- 50 T€	- 50 T€
Finanzmittelbestand	540 T€	620 T€	1.034 T	847 T€	641 T€

Der Finanzmittelbestand liegt zum 31. Dezember 2014 bei 54 T€ und sinkt aufgrund Investitions- und Finanzierungstätigkeiten um 80 T€ im Vergleich zum Vorjahr.

	2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme	2.722 T€	2.818 T€	2.875 T€	2.801 T€	2.799 T€
Finanzmittelbestand	540 T€	620 T€	1.034 T€	847 T	641 T€
Finanzmittelbestand in % der Bilanzsumme	19,8 %	22,0 %	36,0 %	30,2 %	22,9 %

Die GpZ Überlingen gGmbH führt sowohl bei der Volksbank Überlingen als auch bei der Sparkasse Bodensee verschiedene Konten. Der Barbestand der Kassen wird möglichst niedrig gehalten. Die größte Summe der Finanzmittel liegt auf dem Tagesgeldkonto der Volksbank Überlingen. Das Geld ist somit sicher und soweit möglich erträglich angelegt. Wobei ein jederzeitiges und vollständiges Abrufen möglich bleibt. Je nach Zinsangeboten werden Teilsummen auch als Festgeld angelegt.

Anlagevermögen/Abschreibung/Fremdkapital

	2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme	2.722 T€	2.818 T€	2.875 T€	2.801 T€	2.799 T€
Anlagevermögen in €	2.006 T€	2.049 T€	1.692 T€	1.759 T€	1.895 T€
Anlagevermögen in %	73,7 %	72,7 %	58,9 %	62,8 %	67,7 %
Abschreibung	158 T€	170 T€	179 T€	182 T€	186 T€

Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen betragen 158 T€ und gliedern sich in:

⇒ EDV-Software 2,2 T€
⇒ Grundstücke und Bauten 46,3 T€
⇒ Technischen Anlagen und Maschinen 8,5 T€
⇒ Betriebs- und Geschäftsausstattung 100,8 T€

Eigenkapital

	2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme	2.722 T€	2.818 T€	2.875 T€	2.801 T€	2.799 T€
Eigenkapital	1.411 T€	1.343 T€	1.257 T€	1.107 T€	998 T€
Eigenkapital in % der Bilanzsumme	51,8 %	47,7 %	43,7 %	39,5 %	35,7 %

Das Eigenkapital liegt zum Stichtag 31. Dezember 2014 bei 1.411 T€ und ist im Vergleich zum Vorjahr um 68 T€ (Vj. 86 T€) gestiegen. Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme ist in den letzten Geschäftsjahren kontinuierlich gestiegen.

Der Eigenkapital bzw. die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse stellt sich folgendermaßen dar.

	2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme	2.722 T€	2.818 T€	2.875 T€	2.801 T€	2.799 T€
Eigenkapital (EK) + Sonderposten (SoPo)	1.838 T€	1.838 T€	1.799 T€	1.697 T€	1.636 T€
EK + SoPo in % der Bilanzsumme	68,3 %	65,2 %	62,6 %	60,6 %	58,5 %

c) Chancen- und Risikobericht

Um im Bereich der Eingliederungshilfe und Rehabilitation, frühzeitig geplante Änderungen durch den Gesetzgeber bzw. die Leistungsträger in die strategische Planung mit einfließen lassen zu können, finden turnusgemäße Konferenzen und Netzwerktreffen auf verschiedenen Ebenen statt. Über die Mitwirkung in Verbänden auf Bundes-, Landes- und Kreisebene und deren Informationen ist ein frühzeitiges Agieren möglich.
Das Forderungsmanagement wird konsequent betrieben. Der größte Anteil der Gesamtleistung sind Pflegesatzerlöse (~ 63 %). Diese werden regelmäßig und zeitnah bezahlt.
Im Bereich Vermietung (~ 1,9 % der Gesamtleistung) werden die Zahlungen ebenfalls regelmäßig und zeitnah bezahlt. Auch der größte Teil der Produktionserlöse (~ 34,8 %) wird mit Groß- und Dauerkunden erbracht. Auch hier gibt es keine relevanten Zahlungsverzögerungen. Lediglich ein sehr kleiner Anteil der Produktionserlöse, insbesondere im Bereich Geschirrmobil und des Online-Shops erfordert weitergehende Schritte im Forderungsmanagement. Alle Forderungen werden laufend überwacht und bei Überfälligkeit entsprechend reagiert.
Bestandsgefährdende Risiken sind aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

d) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die GpZ Überlingen gGmbH hat sich in einer rechtlichen Auseinandersetzung zu einem Nutzungsrecht vor dem Landgericht Konstanz über einen getroffenen Vergleich zufriedenstellend einigen können. Darüber hinaus sind nach dem Abschlussstichtag keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung vorgefallen.

e) Prognosebericht

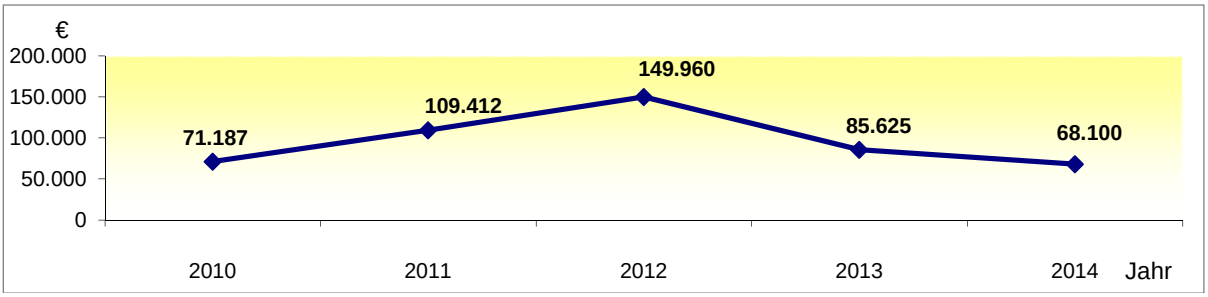
Das GpZ Überlingen hat sich in den letzten Jahren eine passable wirtschaftliche Grundlage geschaffen. Dieser Kurs wurde auch im Geschäftsjahr 2014 eingehalten. Die Position am Markt ist stabil. Auch wenn sich die Fertigungs- und Dienstleistungserlöse in den einzelnen

Geschäftsfeldern unterschiedlich entwickeln, konnten die Gesamterlöse leicht gesteigert werden, was weiterhin zu einer spürbaren Leistungsverdichtung für die Mitarbeitende und Beschäftigten bedeutet. Insgesamt rechnen wir für die nächsten Jahre weiterhin mit einer halbwegs stabilen Umsatzsituation und einer weiterhin unklaren sozialpolitischen Haushalts- und Gesetzeslage.

11. Abschlussprüfer

MTG Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

12. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



13. Kennzahlen

Kennzahlen	2014	2013	2012	2011	2010
Beschäftigte Personen zum 31.12.	113	99	105	108	113
Teilnehmermonate	1.272	1.194	1.264	1.329	1.324
Durchschnittstundenlohn	2,5	2,44 €	2,28 €	2,22 €	2,21 €
Löhne im Arbeitsbereich	240,39 €	244,06 €	248,06 €	229,97 €	224,81 €
Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten	64,00%	62,40%	62,20%	61,00%	62,80%

Bilanz der GpZ Überlingen gGmbH zum 31.12.2014

Bilanz	**2014**		**2013**		**2012**	
Aktiva	**T €**	%	**T €**	%	**T €**	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1,9	0,1	4,2	0,1	5,4	0,2
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten	1.712,0	62,9	1.758,4	62,4	1.391,5	48,4
2. Technische Anlagen und Maschinen	30,7	1,1	39,2	1,4	47,8	1,7
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	245,0	9,0	237,9	8,4	238,2	8,3
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	15,7	0,6	9,5	0,3	9,5	0,3
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen						
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen						
	2.005,3	73,7	**2.049,2**	72,7	**1.692,4**	58,9
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	25,8	0,9	31,4	1,1	28,6	1,0
2. Unfertige Leistungen						
3. Waren						
II. Forderungen und sonstige Vermögens-gegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	104,2	3,8	82,0	2,9	89,6	3,1
2. Forderung gegen verbunden Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. Forderungen gegen Gesellschafter						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	46,5	1,7	33,9	1,2	30,4	1,1
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten	540,2	19,8	620,3	22,0	1.033,6	36,0
	716,7	26,3	**767,5**	27,2	**1.182,3**	41,1
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,3	0,0	1,2	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	**2.722,3**	100,0	**2.817,9**	100,0	**2.874,6**	100,0

Bilanz der GpZ Überlingen gGmbH zum 31.12.2014

Bilanz	**2014**		**2013**		**2012**	
Passiva	**T €**	%	**T €**	%	**T €**	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	25,0	0,9	25,0	0,9	25,0	0,9
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
1. Zweckgebundene Rücklagen	1.224,3	45,0	1.165,3	41,4	1.089,7	37,9
2. Andere Gewinnrücklagen	162,0	5,9	152,9	5,4	142,9	5,0
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag						
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag						
	1.411,2	51,8	**1.343,1**	47,7	**1.257,5**	43,7
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	**446,9**	16,4	**494,6**	17,6	**542,3**	18,9
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen	**79,4**	2,9	**76,0**	2,7	**81,7**	2,8
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	87,8	3,2	217,9	7,7	243,6	8,5
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	62,7	2,3	26,7	0,9	49,0	1,7
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	631,6	23,2	653,5	23,2	685,3	23,8
	782,2	28,7	**898,2**	31,9	**977,9**	34,0
F. Rechnungsabgrenzungsposten	**2,6**	0,1	**6,0**	0,2	**15,3**	0,5
Bilanzsumme	**2.722,3**	100,0	**2.817,9**	100,0	**2.874,6**	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der GpZ Überlingen gGmbH zum 31.12.2014

Gewinn- und Verlustrechnung	**2014**		**2013**		**2012**	
	T €	%	**T €**	%	**T €**	%
1. Umsatzerlöse	1.933,0	96,2	1.901,4	97,2	1.939,6	96,9
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	76,1	3,8	55,5	2,8	62,9	3,1
5. Gesamtleistung	**2.009,1**	100,0	**1.956,9**	100,0	**2.002,6**	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe u. für bezogene Waren	163,4	8,5	143,8	7,8	148,9	8,1
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	9,0	0,5	13,1	0,7	20,5	1,1
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	981,5	51,0	923,7	49,9	911,1	49,6
b) Soziale Abgaben	215,9	11,2	208,9	11,3	202,0	11,0
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Anlagevermögen	157,9	8,2	169,9	9,2	178,6	9,7
9. Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten						
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	397,2	20,6	391,0	21,1	374,9	20,4
11. Gesamtaufwand	**1.924,8**	100,0	**1.850,3**	100,0	**1.836,0**	100,0
12. Zwischenergebnis (BE)	**84,2**		**106,6**		**166,6**	
13. Erträge aus Beteiligungen						
14. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,5		2,5		8,0	
17. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-15,4		-22,2		-23,9	
19. Finanzergebnis	**-14,9**		**-19,7**		**-15,9**	
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**69,4**		**86,9**		**150,7**	
21. Außerordentliche Erträge / Aufwendungen						
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
23. Sonstige Steuern	-1,3		-1,3		-0,7	
24. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	**68,1**		**85,6**		**150,0**	
25. Gewinnrücklagen						
a) in zweckgebunden Rücklagen	-59,0		-82,2		-133,2	
b) in andere Gewinnrücklagen	-9,1		-10,0		-17,4	
c) aus zweckgebunden Rücklagen	0,0		6,5		0,6	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	**0,0**		**0,0**		**0,0**	

Bodensee-Festival GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Bodensee-Festival GmbH
Kontakt:	Olgastraße 21, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 203-3300 Fax: 07541 203-3310 E-Mail: info@bodenseefestival.de Homepage: www.bodenseefestival.de
Gründungsdatum:	22. Januar 1993
Eintragung Handelsregister:	10. November 1993
Letzte Änderung:	26. März 2010
Gesellschaftsvertrag:	22. Januar 1993
Letzte Änderung:	14. August 2013
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Ziel der Gesellschaft ist die grenzüberschreitende Förderung von Kunst und Kultur der Bodenseeregion.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Bodenseefestival GmbH waren mit Stand 31. Dezember 2014 folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Bodenseefestival GmbH (30 eigene Anteile)	78.000	39,47 %
Stadt Friedrichshafen	52.000	26,32 %
Landkreis Bodenseekreis	15.600	7,89 %
Stadt Konstanz	13.000	6,58 %
Stadt Ravensburg	7.800	3,95 %
Stadt Tettnang	5.200	2,63 %
Stadt Weingarten	5.200	2,63 %
Landkreis Ravensburg	2.600	1,32 %
Landkreis Sigmaringen	2.600	1,32 %
Stadt Pfullendorf	2.600	1,32 %
Stadt Überlingen	2.600	1,32 %
Stadt Lindau	2.600	1,32 %
Gemeinde Kressbronn	2.600	1,32 %
Gemeinde Langenargen	2.600	1,32 %
Gemeinde Meersburg	2.600	1,32 %
	197.600	**100,00 %**

4. Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:	Winfried Neumann, Dipl.-Verwaltungswissenschaftler Bettina Pau, Dipl. Kulturmanagerin und Dipl. Kirchenmusikerin
Gesellschafterversammlung:	
Vorsitzender	Peter Hauswald, Bürgermeister Friedrichshafen
stv. Vorsitzender	Dr. Andreas Osner, Bürgermeister Tettnang
Mitglieder	Vertreter aller Gesellschafter
Aufsichtsrat:	
Vorsitzender	Peter Hauswald, Bürgermeister Friedrichshafen
stv. Vorsitzender	Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis
Ehrenvorsitzender	Dr. Hubert Locher, Südwestrundfunk (bis März 2014)
Aufsichtsräte	Sabine Becker, Oberbürgermeisterin Überlingen Markus Ewald, Oberbürgermeister Weingarten (bis 05.06.2014) Dr. Stefan Feucht, Kulturamt Bodenseekreis Norbert Fröhlich, Gemeinderat Friedrichshafen Jörg Hochuli, Hochuli Konzert AG Dr. Dagmar Hoehne, Gemeinderätin Friedrichshafen Hans Georg Kraus, Bürgermeister Ravensburg (ab 03.12.2014) Jutta Krug, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg Jörg Maria Ortwein, Voralberger Landeskonservatorium GmbH Tim Stephan, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Im Geschäftsjahr 2014 wurden keine Bezüge an Mitglieder des Aufsichtsrates gewährt.

5. Öffentlicher Zweck

Die Bodensee-Festival GmbH veranstaltet seit ihrer Gründung das Internationale Bodenseefestival, das in der Regel vier bis fünf Wochen dauert und regelmäßig am Pfingstmontag endet. Es wendet sich hauptsächlich an die Bevölkerung und die Gäste in der Bodenseeregion. Die Besucherzahlen schwanken entsprechend den Angeboten zwischen 19.000 und 22.000.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an die IBT:

⇒ 10.800 € Verwaltungs- und Werbekostenzuschuss
⇒ 1.070 € Kostenbeteiligung Veranstaltung
⇒ 55 € Künstlersozialversicherung

9. Anzahl der im Geschäftsjahr 2014 beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Während des Geschäftsjahres waren neben den Geschäftsführern durchschnittlich zwei Mitarbeiter in Teilzeit beschäftigt.

10. Lagebericht

a) Bodenseefestival 2014: "Türk kültürü"

Mit dem Abschlusskonzert im Schlosspark von Salem ist am 8. Juni 2014 das 26. Internationale Bodenseefestival zu Ende gegangen.
Ca. 80 Veranstaltungen rund um das Thema "Türk kültürü" waren Bestandteil des Festivals. Darunter bildeten die Veranstaltungen mit dem Artist in Residence Fazil Say einen Schwerpunkt. Bei 12 Konzerten und einem Meisterkurs war Fazil Say als Pianist zu erleben, in vielen Konzerten wurden seine Werke aufgeführt. Die Konzerte waren in fast allen Orten ausverkauft. Fazil Say wurde vom Publikum begeistert gefeiert, Standing Ovations waren an der Tagesordnung.
Neben den Konzerten mit Fazil Say wurden innerhalb des Festivals auch die seit einigen Jahren bewährten Reihen fortgesetzt. Es gab einen Kammermusik·Zyklus für junge Künstler, die Konzertreihe auf Schloss Salem sowie eine Filmreihe mit dem Titel "Türk filmleri" in Friedrichshafen.
Das Festival-Angebot war inhaltlich sehr vielfältig. In einigen Veranstaltungen wurde auch ein Einblick in die Glaubensgeschichte oder die Musikgeschichte und deren Unterschiede in Ost und West geboten. In einer Podiumsdiskussion am Theater Konstanz und in einigen Literaturveranstaltungen kamen Kritiker der türkischen Regierung zu Wort.

Besondere Highlights waren das Gastspiel der Ballettcompagnie des Staatstheaters Istanbul mit "Hurrem Sultan" sowie eine türkische Nacht in Zusammenarbeit mit den türkischen Vereinen in Friedrichshafen. Eine besondere Veranstaltung, gerade für türkisches Publikum, war darüber hinaus die Vorstellung von "Anadolu Atesi", einer weltbekannten Folklore-Tanz-Gruppe aus der Türkei.
In der Schweiz fanden zehn Veranstaltungen statt. Hier bildeten die Konzerte in der Klosterkirche Münsterlingen wieder einen Schwerpunkt. Neben Fazil Say waren Jordi Savall und das Merel Quartett zu Gast. Aber auch Städte wie Romanshorn und Kreuzlingen haben mit einem spannenden Programm zur Vielseitigkeit beigetragen.
Ihre Rolle als wichtiger Bestandteil des Festivals hat erneut die Südwestdeutsche Philharmonie Konstanz bestätigt. So war das Orchester insgesamt mit zehn Konzerten am Festival beteiligt. Das Theater Konstanz war mit dem Stück "Der Sturm" und der Podiumsdiskussion im Festival vertreten.

Mit acht Veranstaltungen kamen auch die Kinder beim Festival nicht zu kurz. So gab es die Sinfonie im Innenhof für Kinder, Kinderoper, Konzerte oder Musikmärchen für Kinder. Auch auf dem Programm stand ein Literaturkonzert für Kinder in türkischer und deutscher Sprache, bei dem gerade Kinder, die türkisch sprechen oder verstehen, aufblühten.

Veranstaltungen war das Publikum sehr gut gemischt, bei manchen Veranstaltungen, z. B. bei der Türkischen Nacht oder "Anadolu Atesi", war die Mehrheit des Publikums türkisch. Aus Ravensburg und Bregenz gab es von den jeweiligen Integrationsbeauftragten organisierte Busfahrten zu einzelnen Veranstaltungen.
Mit dem Programm wurden viele Besucher angesprochen, die normalerweise nicht in den Konzertsälen zu finden sind. Daneben ist es dem Festival auch gelungen, einen Einblick in die türkische Kultur zu bieten, den man sonst in dieser Form nicht bekommt.
Als ein besonderer Erfolg ist auch zu werten, dass das Festival einen Impuls dafür gegeben hat, dass Türkische Vereine und Kulturämter lokal auch weiterhin zusammenarbeiten wollen

b) Entwicklung der Gesellschaft
Mit Schreiben von 24. Juni 2014 haben die Gemeinden Kressbronn und Langenargen angekündigt zum 31. Dezember 2015 aus der Gesellschaft ausscheiden zu wollen. Beide Anteile werden voraussichtlich von der Bodenseefestival GmbH übernommen.
Die Kulturschaffenden beider Gemeinden wollen weiterhin mit der Bodenseefestival GmbH zusammenarbeiten.

Die Entwicklung der Besucherzahlen und die Auslastung der Veranstaltungen sind weiterhin positiv. Die Besucherzahlen liegen gegenüber dem Vorjahr deutlich höher 22.353 (Vj. 19.544). Die Auslastung lag bei 76 %. Die hohen Besucherzahlen sind auch darin begründet, dass viele türkische Mitbürger die Veranstaltungen besucht haben.

Die Bodenseefestival GmbH hat von der Abschaffung des Euro-Mindestkurses durch die Schweizer Nationalbank am 16. Januar 2015 profitiert. Auf dem CHF-Konto der Bodenseefestival GmbH bei der UBS waren zu diesem Zeitpunkt 120.000 CHF (zum Stichtag 31. Dezember 2014: 101.000 CHF). Als Folge der starken Aufwertung des Franken hat sich die aktuelle finanzielle Situation der Bodenseefestival GmbH erheblich verbessert.

c) Wirtschaftliche Situation
Die wirtschaftliche Lage der Bodenseefestival GmbH kann als gesund bezeichnet werden. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 weist einen Bilanzverlust von 15.974,52 € (Vj. 12.272,36 €) aus.

Das Anlagevermögen, verringert um die regulären Abschreibungen, beläuft sich zum Jahresende 2014 auf rund 9.600 €. Der Waren bestand liegt bei 1.936 CD's (Vj. 2.416 CD's). Die Guthaben bei den Kreditinstituten - die Bodenseefestival GmbH hat keine Kasse, sondern wickelt alle Zahlungsvorgänge unbar ab - betrug am Ende des Berichtsjahres rund 155.000 € und damit rund 6.000 € mehr als im Vorjahr.

Die Umsatzerlöse (Kartenverkäufe, Kostenerstattungen, Mitschnitthonorare und Werbeeinnahmen) beliefen sich 2014 auf rund 302.500 € (Vj. 289.800 €). Die für das Internationale Bodenseefestival gewährten Zuschüsse und sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich 2014 auf rund 708.000 € (Vj. 615.800 €).
Die Ertragsseite könnte besser sein. Erwartete Sponsorenbeiträge von Türkischen Unternehmen bzw. beantragte Zuschüsse beim Ministerium für Kultur und Tourismus der Türkei blieben aus. Auch der OEW-Zuschuss wurde von 15.000 € auf 7.500 € reduziert.

Auf der Ausgabenseite hat sich eine Nachzahlung der Künstlersozialversicherung für die vergangenen Jahre negativ auf das Ergebnis ausgeführt. Die Nachzahlungen waren notwendig, da für Text und Grafikarbeiten keine Beiträge an die Künstlersozialversicherung von der Bodenseefestival GmbH abgeführt worden waren. Die vom Bodenseefestival beauftragten Grafiker und Texter sind selbst nicht bei der Künstlersozialversicherung gemeldet. Trotzdem sind sie versicherungspflichtig. Dies wurde bei einer Prüfung von der Künstlersozialkasse festgestellt.

Die Programmausgaben (Teil des Materialaufwands) betrugen im Berichtsjahr rund 761.000 € (Vj. 708.300 €) für Werbung (ebenfalls Teil des Materialaufwands) wurden rund 146.800 € (Vj. 103.600 €) ausgegeben. Der Personalaufwand für die zwei nebenamtlich tätigen Geschäftsführer, eine Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle, eine Praktikantin und verschiedene Aushilfen, belief sich 2014 einschließlich der sozialen Abgaben auf rund 58.000 € (Vj. 52.000 €). Er liegt damit deutlich unter den Ausgaben vergleichbarer Festivalorganisationen.

2014 war unter diesen Bedingungen ein äußerst schwieriges Jahr.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den in der Bilanz ausgewiesenen Bilanzverlust auf neue Rechnung vorzutragen.

d) Ausblick
2015 wird das Bodenseefestival die Kultur Tschechiens in den Fokus stellen. Ein Grund dafür sind unter anderem die Konzilfeierlichkeiten in Konstanz, wo 2015 das "Jan-Hus-Jahr" gefeiert wird. Erstmals tritt nicht ein einzelner Künstler als Artist in Residence auf, sondern mit dem Pavel Haas Quartett ein junges, aber international bereits sehr erfolgreiches Streichquartett. Das Quartett wird bei 13 Konzerten und einer Meisterklasse mitwirken.

Daneben sind Gastspiele der Tschechischen Philharmonie und der Nationaloper Prag geplant.

In 2016 wird der Norden des Kontinents den sowohl geografischen als auch kulturellen Schwerpunkt des Festivalprogramms bilden. Die . Nordlichter" unter den Komponisten, Literaten und Bildenden Künstlern haben wichtige Werke zur europäischen Kultur beigetragen. Namen wir Edvard Grieg. Jean Sibelius, Henrik Ibsen, August Stringberg oder Edvard Munch stehen dabei stellvertretend für viele weitere, deren Werke beim Bodenseefestival im Fokus stehen.
Auch die Artist in Residence stammt aus dem hohen Norden. Die norwegische Trompeterin Tine Thing Helseth gehört zu den führenden Solistinnen ihrer Generation. Am Bodensee wird sie mit unterschiedlichen Programmen ihr Instrument und ihre Musik vorstellen.

Risiken bestehen für die Gesellschaft darin, dass Zuschusszahlungen zukünftig eingeschränkt werden könnten. Die Gesellschaft ist auf Zuschusszahlungen der Gesellschafter und des Landes Baden-Württemberg angewiesen. Die eigenen Einnahmen decken die Kosten der Gesellschaft nicht.

Friedrichshafen, 5. Mai 2015

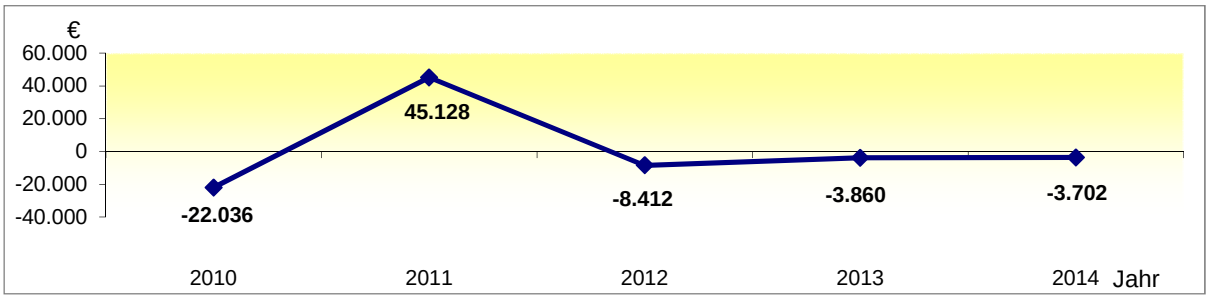
Winfried Neumann Bettina Pau

11. Abschlussprüfer
HSA Friedrichshafener Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrichshafen

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2014	2013	2012	2011	2010
Veranstaltungen	80	85	61	79	89
Veranstaltungsorte	31	31	23	27	30
Besucher	22.353	19.544	22.331	19.602	19.227
Auslastung	76,0 %	79,0 %	82,0 %	79,0 %	78,0 %

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der Bodenseefestival GmbH zum 31.12.2014

Bilanz	**2014**		**2013**		**2012**	
Aktiva	**T€**	%	**T€**	%	**T€**	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	8,5	4,1	8,2	4,2	10,8	5,4
II. Sachanlagen						
1. Anlagen und Maschinen 2. Betriebs- und Geschäftsausstattung 3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1,1	0,5	0,0	0,0	0,1	0,1
III. Finanzanlagen						
	9,6	4,6	**8,2**	4,2	**10,9**	5,4
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe 2. Unfertige Leistungen 3. Geleistete Anzahlungen 3. fertige Erzeugnisse und Waren	7,7	3,7	8,1	4,1	10,0	5,0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	1,2	0,6	25,8	13,1	1,9	0,9
2. Forderung gegen Gesellschafter	30,1	14,5	1,4	0,7	11,7	5,8
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. eingeforderte Nachschüsse						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	1,5	0,7	2,8	1,4	4,4	2,2
III Wertpapiere						
1. eigene Anteile						
IV. Guthaben bei Kreditinstituten	154,9	74,4	148,6	75,6	152,7	76,0
	197,2	94,7	**187,4**	95,4	**188,2**	93,7
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**1,3**	0,6	**0,9**	0,5	**1,6**	0,8
Bilanzsumme	**208,1**	100,0	**196,5**	100,0	**200,8**	100,0

Bilanz der Bodenseefestival GmbH zum 31.12.2014

Bilanz	**2014**		**2013**		**2012**	
Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	197,6	94,9	197,6	100,5	197,6	98,4
Eigene Anteile	-78,0	-37,5	-78,0	-39,7	-78,0	-38,9
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
1. Rücklage für eigene Anteile						
2. andere Gewinnrücklagen	79,0	37,9	79,0	40,2	79,0	39,3
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag						
V. Bilanzgewinn	-16,0	-7,7	-12,3	-6,2	-8,4	-4,2
	182,6	87,7	**186,3**	94,8	**190,2**	94,7
B. Sonderposten mit Rücklageanteil						
C. Empfangene Ertragszuschüsse						
D. Rückstellungen	**6,9**	3,3	**6,8**	3,5	**6,3**	3,1
E. Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	4,1	2,0	1,6	0,8	1,9	1,0
III. Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	14,6	7,0	1,9	0,9	2,4	1,2
	18,7	9,0	**3,4**	1,7	**4,3**	2,1
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
Bilanzsumme	**208,1**	100,0	**196,5**	100,0	**200,8**	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Bodenseefestival GmbH zum 31.12.2014

Gewinn- und Verlustrechnung	2014		2013		2012	
	T€	%	T€	%	T€	%
1. Umsatzerlöse	302,5	29,9	289,8	32,0	347,1	39,1
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen						
3. andere aktivierte Eigenleistungen						
4. Sonstige betriebliche Erträge	708,0	70,1	615,8	68,0	541,2	60,9
5. Gesamtleistung	**1.010,5**	100,0	**905,6**	100,0	**888,3**	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	1,6	0,2	1,9	0,2	8,0	0,9
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	906,1	89,3	810,0	89,0	792,3	88,3
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	48,3	4,8	43,6	4,8	42,5	4,7
b) Soziale Abgaben	9,6	0,9	8,4	0,9	6,7	0,7
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände u. Anlageverm.	2,2	0,2	2,7	0,3	2,7	0,3
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	46,5	4,6	43,2	4,8	45,1	5,0
10. Gesamtaufwand	**1.014,3**	100,0	**909,8**	100,0	**897,3**	100,0
11. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	**-3,8**		**-4,2**		**-9,0**	
12. Erträge aus Beteiligungen						
13. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
14. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,1		0,3		0,6	
16. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
18. Finanzergebnis	**0,1**		**0,3**		**0,6**	
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-3,7**		**-3,9**		**-8,4**	
20. Außerordentl. Erträge/ Aufwendungen						
21. Steuern vom Einkommen u. vom Ertrag						
22. Sonstige Steuern						
23. Erträge aus Verlustübernahme						
24. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	**-3,7**		**-3,9**		**-8,4**	
25. Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-12,3		-8,4		23,1	
26. Kapitalrücklage						
27. Gewinnrücklage	0,0		0,0		-23,1	
a) in die Rücklage für eigene Anteile						
b) in andere Gewinnrücklagen						
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	**-16,0**		**-12,3**		**-8,4**	

V. Die mittelbaren Beteiligungen des Bodenseekreises

Energieagentur Ravensburg gGmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Energieagentur Ravensburg gGmbH
Kontakt:	Zeppelinstr. 16, 88212 Ravensburg Tel.: 0751 / 76470-70 Fax: 0751 / 764707-9 E-Mail: info@energieagentur-ravensburg.de Homepage: www.energieagentur-ravensburg.de
Gründungsdatum:	21. Oktober 1999
Eintragung Handelsregister:	25. April 2000
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	21. Oktober 1999 20. Mai 2011
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Beratungen und Erbringung von Serviceleistungen zur Erreichung folgender Ziele:

⇒ Ein Optimum an Energieeinsparung und Einsatz erneuerbarer Energien im Bereich Bauen und Sanierung zu erreichen und somit den Umweltschutz zu fördern; ein einheitliches, professionelles Niveau der Beratung (auch vor Ort in den Gemeinden) zu gewährleisten; Erstellung von Wärmepässen im Rahmen computergestützter Beratungen.

⇒ Koordination und Erschließung vorhandener kommunaler und staatlicher Bestrebungen/Initiativen bezüglich rationeller Energieverwendung und Energieberatung.

⇒ Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen für Fachleute und Bürger sowie Initiierung von Schulprojekten; Durchführung von Volksbildung.

⇒ Darstellung von Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten.

Die Beratung beschränkt sich auf allgemeine Auskünfte und ist unabhängig.

Zur Erreichung der Ziele wird die Gesellschaft mit den Städten und Gemeinden, den Wirtschaftsunternehmen, insbesondere den Handwerksbetrieben, den Architekturbüros, dem Solarenergie-Förderverein, der Forstwirtschaft, der IHK, den Wohnungsbauunternehmen, der Verbraucher-Zentrale und ihren Gesellschaftern zusammenarbeiten, ebenso mit lokalen Arbeitskreisen (u.a. Agenda 21) und weiteren engagierten Organisationen. Des Weiteren wird sie mit der Gesellschaft zur Kulturlandschaftsentwicklung Pro Regio Oberschwaben GmbH, insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe, zusammenarbeiten.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen oder sich an ihnen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Das Unternehmen verfolgt ausschließlich öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 63.630 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Energieagentur Bodenseekreis GbR	10.180 €	16,00 %
Landkreis Ravensburg	9.200 €	14,46 %
Energieagentur Biberach GbR	9.200 €	14,46 %
Energieagentur Sigmaringen GbR	6.950 €	10,92 %
Stadt Ravensburg (Eigenbetrieb Stadtwerke)	4.600 €	7,23 %
Technische Werke Schussental GmbH & Co. KG	4.600 €	7,23 %
Stadt Weingarten (Eigenbetrieb Stadtwerke)	4.600 €	7,23 %
Kreishandwerkerschaft Ravensburg	4.600 €	7,23 %
EnBW Regional AG	4.600 €	7,23 %
Thüga Energienetze GmbH, München (ehem. Thüga AG)	4.600 €	7,23 %
BUND für Umwelt und Naturschutz Landesverband B-W	500 €	0,79 %
	63.630 €	**100,00 %**

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Walter Göppel

Beirat: ist eingerichtet

Die Mitglieder des Beirats haben keine Vergütung erhalten.

5. Öffentlicher Zweck

Die Energieagentur informiert Bürger und Bürgerinnen laufend über Entwicklungen neuer Technologien im Sektor erneuerbare Energien. Um interessierten Bürgern, Kommunen und Gewerbebetrieben Energiesparpotentiale aufzuzeigen, bietet die Energieagentur eine kostenlose, unabhängige und handwerksübergreifende Energieberatung anhand verschiedener Energieanalysen. Förder- und Zuschussprogramme sind wichtiger Bestandteil der Serviceleistungen.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Allgemeine Verträge

- ⇒ Geschäftsführervertrag mit Herrn Walter Göppel vom 23. Februar 2000 mit Nachträgen vom 4. Februar 2002, 7. November 2006, 3. Dezember 2009 und Neufassung vom 5. Dezember 2012.
- ⇒ Gesellschafterbeschlussfassungen vom 23. Februar 2000 und 12. September 2001 zur Aufbringung von Finanzierungsbeiträgen durch die (Gründungs-) Gesellschafter in Höhe von jährlich 140 T€.
- ⇒ Erklärung der Energieagentur Biberach GbR zur Übernahme eines Geschäftsanteils von 9.200 € verbunden mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zugehörigkeit zur Gesellschaft einen jährlichen Kostenzuschuss in Höhe von 85.000 € zu leisten.
- ⇒ Erklärung der Energieagentur Landkreis Sigmaringen GbR zur Übernahme eines Geschäftsanteils von 6.950 € verbunden mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zugehörigkeit zur Gesellschaft einen jährlichen Kostenzuschuss in Höhe von 85.750 €

zu leisten; der GbR wurden von der Kreissparkasse Sigmaringen und der Sparkasse Pfullendorf Sponsoringbeträge i.H.v. zusammen jährlich 10.000 € in Aussicht gestellt.

⇒ Erklärung der Energieagentur Bodenseekreis GbR zur Übernahme eines Geschäftsanteils von 9.200 € verbunden mit der Verpflichtung, für die Dauer der Zugehörigkeit zur Gesellschaft einen jährlichen Kostenzuschuss gemäß Gesellschafterbeschlussfassung zu leisten.

⇒ Verträge mit zehn selbstständigen Energieberatern über die Durchführung der Sprechstunden für Energieberatung am Standort Ravensburg und in den Außenstellen;

⇒ Werkvertrag über die freiberufliche Mitarbeit von Frau Oschwald und Frau Göppel im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit.

⇒ Verträge mit 34 Städten und Gemeinden sowie ein weiterer Vertrag mit einem Stadtwerk über die Einrichtung von Außenstellen der Energieagentur Ravensburg gGmbH mit der Verpflichtung, geeignete Räume für die Energieberatung zur Verfügung zu stellen und einer Regelung über den Kostenersatz für durchgeführte Beratungsstunden.

Mietverträge

⇒ Mietvertrag vom 15. Januar 2004 mit der Kreishandwerkerschaft Biberach über zwei Büroräume im Gebäude Ehinger-Tor-Platz 8.

⇒ Schreiben der Kreishandwerkerschaft Bodenseekreis vom 19. Dezember 2007 betreffend die Nutzung von Büroräumen und die Mitbenutzung der Büroinfrastruktur im Gebäude Lindauer Straße 11, 88046 Friedrichshafen.

⇒ Mietvertrag vom 18. Januar 2012 mit der Unternehmensgruppe Fürst von Hohenzollern-Immobilien über Büroräume in der Fürst-Wilhelm-Straße 12 in Sigmaringen, Laufzeit bis zum 31. Januar 2015.

Sponsoringverträge

⇒ Sponsoring Verträge mit den Kreissparkassen Ravensburg und Biberach, der Sparkasse Bodensee, der Volksbank Friedrichshafen, der Sparkasse Pfullendorf – Meßkirch, der Hohenzollerischen Landesbank Kreissparkasse Sigmaringen sowie die Stadtwerke am See über Sponsoring Leistungen von 1.667 € bis 10.000 € p.a. im Gesamtbetrag von z.Zt. 26.000 T€ p.a. mit Laufzeiten bis 2014.

Kooperations- und Dienstleistungsverträge

⇒ Vereinbarung zwischen der Bundesgeschäftsstelle des European Energy Award® und der Energieagentur Ravensburg gGmbH zur Durchführung von Zertifizierungsverfahren vom 4. April/2. Mai 2006.

⇒ Zahlreiche Dienstleistungsverträge mit den im Lagebericht aufgeführten Städten und über die Beratung im Rahmen des Zertifizierungsprozesses gemäß European Energy Award®.

⇒ Betreuungsvertrag mit der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH über den Aufbau und Ausbau einer grenzüberschreitenden Vernetzung von Städten und Gemeinden, die an der Zertifizierung gemäß European Energy Award ® teilgenommen haben im Rahmen des Interreg IV Programms vom 15./20. Oktober 2009.

⇒ Vertrag vom 3./7. April 2014 mit der Energieagentur Regio Freiburg Projekt Stromsparcheck für einkommensschwache Haushalte.

⇒ Honorarvertrag vom 9. Oktober/14. Oktober 2013 mit der Verbraucherzentrale Bundesverband e.V., Berlin, über die Durchführung von Beratungen von Verbrauchern auf dem Gebiet der Energieeinsparung und/oder der Nutzung regenerativer Energien.

⇒ Moderations- und Beratungsvertrag mit der Regionalen Energieagentur Ulm gGmbH zur Durchführung des European Energy Award Zertifizierungsverfahrens in der Stadt Ulm vom 1. August 2014.

Zuschussverträge

⇒ Finanzierungserklärung der Energieagentur um Interreg IV Programm **"**Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ EIVRIG – Energieeffizienzinitiative über einen Finanzierungsbeitrag i.H.v. 76.500 €.

⇒ Zuwendungsvertrag zwischen dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg und der Energieagentur Ravensburg gGmbH über die Vorbereitung und Durchführung des Pilotprojekts „Energieeffizienz in Sportvereinen“ vom 4./8. Oktober 2010.

⇒ Förderzusage des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden Württemberg vom 7. Februar 2013 für das Projekt „Qualitätsnetzwerk Bau“ über eine Fehlbetragsfinanzierung bis zur Höhe von 132.083 € im Zeitraum vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2015.

⇒ Bewilligungsbescheid der L-Bank Baden Württemberg vom 17. August 2012 über eine Zuwendung nach dem Förderprogramm Klimaschutz-Plus für die Durchführung von Unterrichtseinheiten zum Thema „Stand-by-Verbrauch von Elektrogeräten“ mit einem Projektförderzuschuss von Höhe von 77.500 € für das Schuljahr 2013/2014 bzw. 80.000 € für das Schuljahr 2014/2015.

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlungen vom Bodenseekreis an die Energieagentur Ravensburg:

⇒ 4.387 € Finanzierungsbeitrag eea

9. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Geschäftsjahr 2014 waren durchschnittlich 10 (Vj. 9) Mitarbeiter beschäftigt.

10. Lagebericht

a) Grundlagen des Unternehmens

Die Energieagentur wurde am 21. Oktober 1999 als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet und hat am 1. April 2000 ihre Tätigkeit aufgenommen.

Sukzessiv wurde der Gesellschafterkreis um die Energieagenturen Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen wie folgt erweitert:

⇒ Energieagentur Biberach: Gegründet am 6. Oktober 2003 und am 1. März 2004 eröffnet

⇒ Energieagentur Bodenseekreis: Gegründet und eröffnet am 13. Juni 2007

⇒ Energieagentur Sigmaringen: Gegründet am 21. November 2007 und am 3. März 2008 eröffnet.

Um die im Gesellschaftsvertrag genannten Ziele zu erreichen, hat die Energieagentur Ravensburg gGmbH mit Ihren Niederlassungen die Aufgabe neutral, unabhängig sowie handwerksübergreifend Bürger/innen und Kommunen über alle Energiefragen zu beraten, wie z.B.:

⇒ Ein Optimum an Energieeinsparung und Einsatz erneuerbarer Energien im Bereich Bauen und Sanierung zu erreichen und somit den Umweltschutz zu fördern; ein einheitliches, professionelles Niveau der Beratung (auch vor Ort in den Gemeinden) zu gewährleisten; Erstellung von Wärmepässen im Rahmen computergestützter Beratungen.

⇒ Koordination und Erschließung vorhandener kommunaler und staatlicher Bestrebungen/ Initiativen bezüglich rationeller Energieverwendung und Energieberatung.

⇒ Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen für Fachleute und Bürger sowie Initiierung von Schulprojekten; Durchführung von Volksbildung.

⇒ Darstellung von Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten.

Zum Erreichen der genannten Ziele hat die Energieagentur Energieberatungsaußenstellen in den größeren Gemeinden der Landkreise Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen wie folgt eingerichtet:

⇒ Landkreis Ravensburg: 10 Energie-Beratungsaußenstellen
⇒ Landkreis Biberach: 9 Energie-Beratungsaußenstellen
⇒ Landkreis Bodenseekreis 9 Energie-Beratungsaußenstellen
⇒ Landkreis Sigmaringen: 6 Energie-Beratungsaußenstellen

So ist eine relativ flächendeckende und unabhängige Energieberatung (bis auf jeweils eine Außenstelle in den Landkreisen Sigmaringen und Bodenseekreis) für die knapp 900.000 Einwohner der rund 130 Gemeinden der o.g. Landkreise gewährleistet.

b) Finanz- und Ertragslage

Die Gesamtleistung der Gesellschaft von rund 1.115.200 € setzen sich wie folgt zusammen:

⇒ Kostenzuschüsse der Gesellschafter
⇒ Erlöse Sponsoring und Spenden
⇒ Erlöse aus Beratungsdienstleistungen/ aus dem eea
⇒ Kostenerstattung aus den Energieberatungen in den Außenstellen
⇒ Erlöse aus landesweiten Schulprojekten
⇒ Erlöse aus Seminaren/Vorträgen / Veranstaltungen
⇒ Erlöse aus dem Projekt des Bundesumweltministerium "Stromspar-Check in einkommensschwachen Haushalten“
⇒ Erlöse aus den Interreg-Projekten "Grips und EIVRiG“
⇒ Erlöse aus dem Pilotprojekt "Qualitätsnetz Bau“
⇒ Erlöse aus dem Pilotprojekt “Energieeffizienz in Sportvereinen“

Nach Abzug der Aufwendungen für Personal, Abschreibungen und Sachkosten verbleibt ein Jahresüberschuss in Höhe von 38.195,73 €; er soll als Gewinnvortrag auf die neue Rechnung übernommen werden.

Die Entwicklung der Finanzlage in Form der Bereitstellung und der Verwendung von Mitteln im Laufe der Geschäftsjahre ist in der folgenden (verkürzten) Kapitalflussrechnung dargestellt:

Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes	2014 T€	2013 T€	2012 T€	2011 T€	2010 T€
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	128	249	155	117	57
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-59	-90	-28	-37	-7
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0
Summe	**69**	**159**	**127**	**80**	**50**
+ Finanzierungsmittelbestand am 01.01.	807	648	521	441	391
Finanzmittelbestand am 31.12.	876	807	648	521	441

c) Personalentwicklung

Der Personalstand hat sich im Geschäftsjahr 2014 wie folgt entwickelt:

⇒ Ein Geschäftsführer (100 %)
⇒ Ein stellvertretender Geschäftsführer (Prokurist) und Energieberater (100 %)
⇒ Eine Assistentin der Geschäftsführung (90 %)
⇒ Eine Sachbearbeiterin (80 %)
⇒ Eine Energieberaterin für die Energieagentur Ravensburg (80 %)
⇒ Ein Energieberater für die Energieagentur Ravensburg (100 %)

⇒ Eine Energieberaterin für die Niederlassung Biberach (80 %)
⇒ Ein Energieberater für die Niederlassung Bodenseekreis (100 %)
⇒ Ein Energieberater für die Niederlassung Sigmaringen (100 %)

Alle Mitarbeiter der Energieagentur Ravensburg gGmbH sind auch für die Energieagenturen Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen tätig.

Elf freiberufliche Energieberater-Ingenieure und zwei freie Journalistinnen sind über Werkverträge für die Gesellschaft in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen, in den eingerichteten Außenstellen sowie bei örtlichen Ausstellungen tätig.

d) Tätigkeitsbericht
Der Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2014 lag in folgenden Bereichen:

Flächendeckende, messbare ökologische und ökonomische Energieberatungen:
In rund 2.300 gezielten Energieberatungsgesprächen und bei knapp 20.500 telefonischen Anfragen wurde kompetent über Energieeinsparmaßnahmen an der Gebäudehülle, über effiziente Heizungs- und Warmwassertechnologien sowie über erneuerbare Energien, Förderprogramme und Gesetze, wie z. B. das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz oder die EnEV 2014 beraten.
Aufgrund der gesetzlichen Verordnungen, wie z. B. Energieeinsparverordnung, EEWärme-Gesetz (Bund), EWärmeGesetz (Land), die ständig veränderten Richtlinien der KfW sowie neue Förderprogramme stiegen 2014 die telefonischen Energieberatungen von Investoren, Handwerkern, Banken und Planern weiter an.
Durch die Kooperation mit der Verbraucherzentrale gab es eine Verschiebung der Beratungszahlen von den Energieberatungsaußenstellen zu den Vor-Ort-Beratungen.

Kommunale Energieberatung / European Energy Award® (eea):
Im kommunalen Bereich stiegen die Energieberatungen durch den European Energy Award-Prozess, die politisch beschlossene Energiewende sowie durch kurzfristige Förderprogramme von Bund und Land weiter an. Das zeigt sich auch bei den ausgelösten Investitionen von mehr als 50 Mio. € und es wurden vier neue Stellen als Klimaschutzmanager/innen bzw. Energiemanagerinnen geschaffen.
Für ihre umgesetzten Maßnahmen sowie für ihre mittelfristige Projektplanung sind im Jahr 2014 sieben Kommunen mit dem European Energy Award ausgezeichnet worden.
Der European Energy Award leistet einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Energiewende und der Klimaschutzziele. 46 Städte und Gemeinden sowie die Landkreise Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen werden von der Energieagentur Ravensburg gGmbH mit ihren Niederlassungen Biberach und Bodenseekreis beraten, die sich wie folgt aufteilen:

⇒ *Energieagentur Ravensburg:*
22 Städte und Gemeinden sowie der Landkreis Ravensburg. Zusätzlich hat sich eine Kooperation mit den neun OEW Landkreisen im eea-Prozess entwickelt. Die Energieagentur Ravensburg koordiniert bzw. steuert das Projekt für die neun OEW Landkreise und die Energieagenturen Ulm, Rottweil. Reutlingen und Zollernalbkreis. Davon wurden in 2014 vier Landkreise erfolgreich zertifiziert.
⇒ *Energieagentur Biberach:*
10 Städte und Gemeinden sowie der Landkreis Biberach
⇒ *Energieagentur Bodenseekreis:*
6 Städte und Gemeinden sowie der Landkreis Bodenseekreis. Davon wird derzeit noch eine Kommune aus dem Landkreis Konstanz betreut, die nach der Zertifizierung von der Energieagentur Landkreis Konstanz übernommen wird.
⇒ *Energieagentur Sigmaringen:*
7 Städte und Gemeinden sowie der Landkreis Sigmaringen

Weiter wurden Klimaschutzkonzepte mit den Städten und Gemeinden entwickelt.

Bildung:
Die zahlreichen politischen Klimaschutzziele, Gesetze, neuen Technologien sowie Baustoffe führen zu unterschiedlichsten Bildungsangeboten der Energieagenturen:

⇒ Seminare zur Fortbildung von kommunalen Hausmeistern;
⇒ mehrtägiges Seminar für Ingenieure "DIN 18599" für Nichtwohngebäude - in Kooperation mit der Bauakademie Biberach;
⇒ Schulprojekte mit Lehrern und Schülern in allen vier Landkreisen;
⇒ Fortführung des Projektes "Stromsparcheck" in Kooperation mit der Caritas Bodensee-Oberschwaben;
⇒ Seminare "Energieanalyse und Effizienzberatung in Produktionsbetrieben" für Ingenieure in Kooperation mit der Akademie der Hochschule Biberach;
⇒ kommunale Energieforen in den einzelnen Landkreisen;
⇒ Mitarbeiterschulungen "Energieeffizienz in der Verwaltung“;
⇒ Energiemanager für Sportvereine;
⇒ Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen des Qualitätsnetz Bau.

Öffentlichkeitsarbeit:
Motivation der Bevölkerung bzw. Investoren durch:

⇒ 135 örtliche Energieforen bzw. Vortragsveranstaltungen in den vier Landkreisen
⇒ mehrtägige Ausstellungen in Form von Sonderschauen, wie z.B.:
  - o Hausplus in Ravensburg mit jeweils einem kommunalen und einem öffentlichen Energieforum
  - o dreitägige Baumesse in Biberach
  - o Immomesse der Stadt Biberach
  - o Oberschwabenschau in Ravensburg
  - o kreisweite Heizungspumpen- und Thermographieaktionen in den Städten des Landkreises Ravensburg
⇒ Beteiligung an den landesweiten Energietagen
⇒ regelmäßige Presseveröffentlichungen in allen vier Landkreisen
⇒ Bürgerbeteiligung zur Umsetzung der Energiewende in der Region Allgäu-Bodensee-Oberschwaben

Energieberatung für Gewerbe:

⇒ Beratende Begleitung von Unternehmen im Rahmen des Energieeffizienznetzwerks „EIVRiG" und Energieeffizienznetzwerks Bad Waldsee
⇒ Vorbereitung der Energieeffizienznetzwerke „Oberes Schussental" und „württembergisches Allgäu"
⇒ Unterstützung der Förderanträge „Klimaschutz mit System" für innovative Energieprojekte in den Landkreisen Bodenseekreis und Ravensburg
⇒ Energieberatungen bei Unternehmen vor Ort
⇒ Fördermittelberatung und Begleitung von KfW / BAFA / Klimaschutz-Plus mit Schwerpunkten BHKW, Nahwärme, LED-Beleuchtung
⇒ Schulungen von Firmenkundenberatern der Banken zu Energieffizienzprogrammen mit realisierten Umsetzungsbeispielen aus der Region
⇒ Informations- und Unterstützungsarbeit bei der Einführung von Energiemanagementsystemen bzw. deren Alternativen
⇒ Mehrere Unternehmerseminare in Kooperation mit der IHK Bodensee - Oberschwaben
⇒ Teilnahme am jährlichen Energiewirtschaftsforum im Landkreis Ravensburg und in einzelnen Städten
⇒ Mitarbeiterschulungen .Energieeffizienz in Unternehmen"

Bereits wie schon im letzten Jahr nehmen die Beratungsanfragen aus allen Sektoren, vor allem im kommunalen und im gewerblichen Bereich sowie die Zahl von lokalen Foren weiter zu. Dies ist auf die relativ hohen Strompreise, die ab 2015 gesetzliche Umsetzung der Energiedienstleistungsrichtlinie für Unternehmen, neue, zeitlich begrenzte Förderprogramme für Unternehmen sowie Kommunen, EWärmeG- und EEG-Novellierung sowie der hohen Beteiligung der Kommunen am eea zurückzuführen. Weiter fehlen für die speziellen Fachthemen Ingenieure, die in der Lage sind über den Tellerrand hinauszublicken.

Aus beiden Netzwerken entstanden in den letzten zwei Jahren Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen von ca. 20 Mio. €.

e) Fazit

Dass unter anderem die gezielten Energie- und Fördermittelberatungen ihre Wirkung zeigen, wird bei der Broschüre bzw. Auswertung „Die Region im Blick 2014" des statistischen Landesamtes (STALA) und der L-Bank für die Region Bodensee-Oberschwaben deutlich. So wurden laut der STALA im Zeitraum 2005 bis 2010 über 600.000 Tonnen Kohlendioxid eingespart. Das ist ein Rückgang von knapp 12,5 %, bei der Industrie sogar um über 16 %. Gerade in diesem Sektor zeigt sich eine 107 %ige Steigerung von ausgegebenen Förderdarlehen/Zuschüssen der L-Bank für Energieeffizienzmaßnahmen gegenüber dem Jahr 2012. So wurden in 2014 allein von der L-Bank ca. 110 Mio. € in der Region Bodensee-Oberschwaben in gewerbliche Effizienzmaßnahmen investiert.

Somit tragen die Energieagenturen maßgeblich zum Klimaschutz und zur Umsetzung der Energiewende in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen bei. Zwischenzeitlich wurden durch die Aktivitäten der Energieagentur neue Personalstellen im Klimaschutz in den Kommunen geschaffen.

f) Ausblick auf das Jahr 2015

Die Beratungsanfragen von Investoren, Kommunen, Gewerbe und Fachleuten werden sich im Jahr 2015 deutlich verstärken, wie z.B. durch:

- ⇒ Novellierung des EWärme-Gesetzes ab 1. Juli 2015 für Wohn- und Nichtwohngebäude
- ⇒ das politische Ziel zum Ausbau der erneuerbaren Energien (Energiewende);
- ⇒ die laufenden Änderungen von Förderprogrammen und deren Richtlinien;
- ⇒ Wettbewerbsaufrufe für zusätzliche Fördermöglichkeiten für innovative kommunale und gewerbliche Projekte (z.B. EFRE 2014 - 2020);
- ⇒ Wettbewerbsaufruf für die Gründung von KMU-Kompetenzstellen, bezogen auf die Regionen in Baden-Württemberg;
- ⇒ Förderprogramme mit zusätzlichem Bonus für Kommunen, die beim eea teilnehmen bzw. ein Klimaschutzkonzept erstellt haben;
- ⇒ Zunehmende Nachfrage nach KMU-Beratungen, bedingt durch neue Förderprogramme durch die gesetzlich vorgeschriebene Umsetzung der Energiedienstleistungsrichtlinie in Deutschland;
- ⇒ Steigerung der Sanierungsrate durch entsprechende Förderprogramme;
- ⇒ Einrichtung von geförderten KMU-Kompetenzstellen in den Regionen Bodensee-Oberschwaben und Donau-IIIer
- ⇒ Beteiligung bei mehreren Interreg- bzw. IBK-Projekten, die eine drei- bis vierjährige Laufzeit haben
- ⇒ zunehmende Nachfragen nach der fachlichen Beratung bzw. Begleitung bei regenerativen Nahwärmeversorgungen, die finanziell von Bund und Land unterstützt werden;
- ⇒ vermehrtes Interesse an der Teilnahme am European Energy Award und an Klimaschutzkonzepten sowie am Aufbau einer Elektromobilitätsinfrastruktur in den Landkreisen Ravensburg, Biberach, Bodenseekreis und Sigmaringen;
- ⇒ vermehrtes Interesse von Kommunen und Wirtschaftsbetrieben an der Teilnahme an den landesweiten Energietagen;
- ⇒ starke Nachfrage nach Schulprojekten;

- ⇒ Kooperation mit der Verbraucherzentrale (unabhängige Energieberatung für Bürger/innen, auch Vor-Ort);
- ⇒ Ausbau der Seminare und Fortbildungsveranstaltungen für Handwerker und Planer im Rahmen des Modellprojektes „Qualitätsnetz Bau";
- ⇒ Moderation bzw. beratende Begleitung von KMU-Energieeffizienztischen auf Landkreisebene, in Regionen und in größeren Städten;
- ⇒ Beratende Begleitung bei der Umsetzung der geplanten Maßnahmen der eea-Kommunen und des CO2-neutralen Schussentals;
- ⇒ neue Projektentwicklungen z.B. Quartierskonzepte. Infrastrukturplanungen usw. für die zukünftigen Jahre.

Die zunehmenden Beratungsnachfragen und die neuen Projektentwicklungen sowie die Umsetzung von Projekten und Aktivitäten führen bei der gegebenen Personalsituation zu Engpässen.

Das Vorliegen von Urlaubsrückständen und Überstunden im Volumen von zusammen 71.718 € sowie die hohe Inanspruchnahme der selbstständigen Energieberater zeigen, dass die Personalkapazitäten der Gesellschaft voll ausgelastet sind. Um der Nachfrage nach Beratungsleistungen gerecht zu werden, beabsichtigen wir die Erweiterung unserer Beratungskapazität und die Schaffung zusätzlicher Stellen in der Energieberatung und Projektbegleitung sowie die räumliche Erweiterung der Energieagentur in den nächsten drei Jahren.

Die Finanzierung der Gesellschaft im bisherigen Umfang ist mittelfristig durch die Gesellschafterzuschüsse, die zahlreichen, z.T. auf mehrere Jahre vertraglich ausgelegten Projekte und Sponsoringverträge gesichert.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass aus heutiger Sicht die Perspektiven der Gesellschaft positiv gesehen werden, sofern die Gesellschafter die vereinbarten Beiträge leisten. Zur beihilferechtlichen Einordnung von Gesellschafterzuschüssen der öffentlichen Hand bestehen derzeit Unsicherheiten. Der Geschäftsführung liegen jedoch keine Hinweise vor, dass es sich bei den Gesellschafterbeiträgen um nach EU-Recht unzulässige und damit zurückzuzahlende Beihilfen handelt; aufgrund der Komplexität der Rechtslage können Risiken nicht vollständig ausgeschlossen werden. Die Entwicklung der Gesellschaft beeinträchtigende Risiken werden nicht gesehen.

Gemäß Wirtschaftsplan wird für das Jahr 2015 mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet.

f) Risiken für die zukünftige Entwicklung

Der wesentliche Teil der Finanzierung der Gesellschaft basiert auf den genannten Einnahmen, den Gesellschafterzuschüssen und aus Projekten, Aktivitäten, Sponsoring, usw., die vertraglich auf zwei bis drei Jahre gesichert sind.

Die Finanzierung der Material- und Personalkosten sowie der sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von rund 1.033 T€ war nur durch zusätzliche Einnahmen für unsere Leistungen z.B. im Rahmen des Zertifizierungsprozesses gemäß European Energy Award oder im Rahmen von Projekten und nicht mehr ausschließlich durch die Mittel von Gesellschafterseite möglich.

Dies bedeutet für die Gesellschaft auch weiterhin. dass die Aufgabenerfüllung von den Finanzierungsmöglichkeiten bestimmt wird, weil bereits die Fixkosten nicht mehr in vollem Umfang aus den jährlichen Gesellschafterbeiträgen und Förderbeiträgen der Kreditinstitute bestritten werden können.

Bei unveränderter Finanzausstattung seitens der Gesellschafter muss weiterhin die Beratungskapazität verstärkt auf die entgeltlichen Dienstleistungen gerichtet werden. Im Rahmen der Personalbeschaffung zeigen sich vermehrt Probleme, qualifizierte Fachkräfte anzuwerben und langfristig halten zu können.

Ravensburg, 2. Juni 2015

Walter Göppel

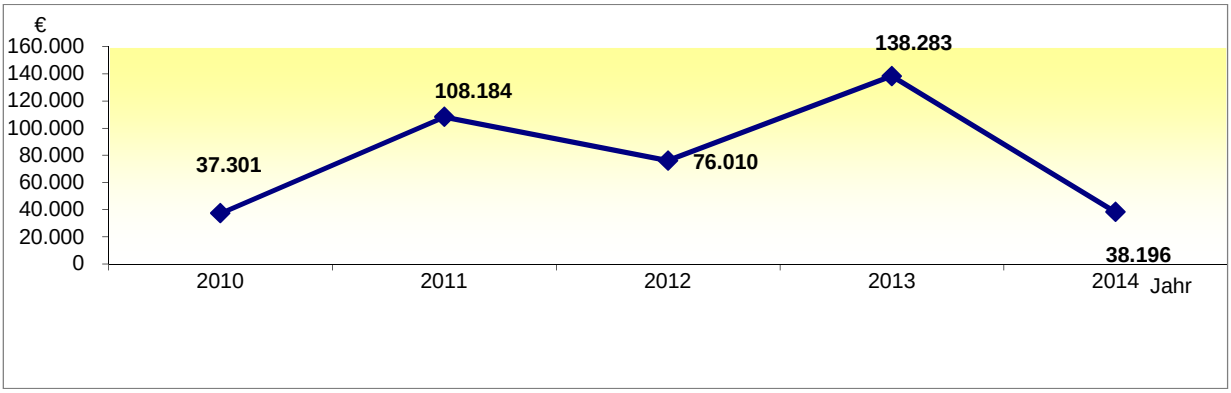
11. Abschlussprüfer

Dipl. Kfm. Martin Alius, Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Ravensburg

12. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	2014	2013	2012	2011	2010
Ausstellungstage	42	38	35	33	23
Energieberatungsgespräche	2.300	2.500	2.600	2.500	2.600
telefonische Anfragen	20.500	20.000	19.500	19.000	18.000

13. Entwicklung Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss



Bilanz der Energieagentur Ravensburg gGmbH vom 31.12.2014

Bilanz	**2014**		**2013**		**2012**	
Aktiva	**T €**	%	**T €**	%	**T €**	%
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	15,8	1,3	18,1	1,7	0,0	0,0
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten						
2. Anlagen und Maschinen						
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts-ausstattung	118,9	10,2	103,7	9,8	61,4	7,0
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau						
III. Finanzanlagen						
	134,7	11,5	**121,8**	11,5	**61,4**	7,0
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe						
2. Unfertige Leistungen	108,3	9,3	71,4	6,7	52,6	6,0
3. Waren						
II. Forderungen u. sonstige Vermögens-gegenstände						
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	45,0	3,8	55,5	5,2	103,7	11,8
2. Forderung gegen verbunden Unternehmen						
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
4. eingeforderte noch ausstehende Kapitaleinlagen						
5. Sonstige Vermögensgegenstände	3,1	0,3	1,9	0,2	11,8	1,3
III. Wertpapiere, Kassenstand und Guthaben bei Kreditinstituten	876,4	75,0	807,1	76,2	648,0	73,8
	1.032,8	88,4	**936,0**	88,3	**816,2**	93,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**1,3**	0,1	**1,8**	0,2	**0,0**	0,0
Bilanzsumme	**1.168,8**	100,0	**1.059,6**	100,0	**877,6**	100,0

Bilanz der Energieagentur Ravensburg gGmbH vom 31.12.2014

Bilanz	**2014**		**2013**		**2012**	
Passiva	**T €**	%	**T €**	%	**T €**	%
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	63,6	5,4	63,6	6,0	63,6	7,3
II. Kapitalrücklage						
III. Gewinnrücklage						
1. Zweckgebundene Rücklagen						
2. Andere Gewinnrücklagen	500,0	42,8	60,0	5,7	60,0	6,8
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	87,8	7,5	389,5	36,8	313,5	35,7
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	38,2	3,3	138,3	13,1	76,0	8,7
	689,6	59,0	**651,4**	61,5	**513,1**	58,5
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil						
C. Sonderposten für Zuschüsse	**14,9**	1,3	**0,2**	0,0	**1,2**	0,1
D. Rückstellungen	**110,9**	9,5	**97,8**	9,2	**106,4**	12,1
E. Verbindlichkeiten						
I. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	263,6	22,6	233,5	22,0	185,0	21,1
II. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	30,8	2,6	18,8	1,8	21,5	2,5
III. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
V. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern						
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	30,6	2,6	34,9	3,3	29,4	3,3
	325,0	27,8	**287,1**	27,1	**235,9**	26,9
F. Rechnungsabgrenzungsposten	**28,4**	2,4	**23,0**	2,2	**20,8**	2,4
Bilanzsumme	**1.168,8**	100,0	**1.059,6**	100,0	**877,6**	100,0

Gewinn- und Verlustrechnung der Energieagentur Ravensburg gGmbH vom 31.12.2014

Gewinn- und Verlustrechnung	**2014**		**2013**		**2012**	
	T €	%	**T €**	%	**T €**	%
1. Umsatzerlöse	415,4	36,8	480,3	46,4	529,7	55,6
2. Zuweisungen und Zuschüsse zu den Betriebskosten	662,9	58,8	514,8	49,8	412,1	43,3
3. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	36,9	3,3	18,8	1,8	-4,3	-0,4
4. Sonstige betriebliche Erträge	12,0	1,1	20,2	2,0	14,5	1,5
5. Gesamtleistung	**1.127,2**	100,0	**1.034,0**	100,0	**952,0**	100,0
6. Materialaufwand						
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe u. für bezogene Waren	0,0	0,0	5,5	0,6	0,3	0,0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	107,6	10,1	81,5	9,2	99,7	11,4
7. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	589,1	55,1	484,8	54,8	479,2	55,0
b) Soziale Abgaben	139,2	13,0	125,3	14,2	124,7	14,3
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens-gegenstände und Anlagevermögen	35,0	3,3	23,7	2,7	18,1	2,1
9. Zuführung der Investitionszuschüsse zu Sonderposten						
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	197,3	18,5	163,6	18,5	149,7	17,2
11. Gesamtaufwand	**1.068,3**	100,0	**884,4**	100,0	**871,6**	100,0
12. Zwischenergebnis (Betriebsergebnis)	**58,9**		**149,6**		**80,4**	
13. Erträge aus Beteiligungen						
14. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag						
15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,8		2,5		6,0	
17. Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme						
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
19. Finanzergebnis	**1,8**		**2,5**		**6,0**	
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**60,7**		**152,1**		**86,5**	
21. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen						
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
23. Sonstige Steuern	-22,5		-13,8		-10,5	
24. Jahresüberschuss/Fehlbetrag (-)	**38,2**		**138,3**		**76,0**	
25. Gewinnrücklagen						
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)						
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	**38,2**		**138,3**		**76,0**	

frieks Friedrichshafener Software- und Kommunikationszentrum

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Friedrichshafener Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH (frieks)
Kontakt:	c/o WFB GmbH, Leutholdstr. 30, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 38588-30 Fax: 07541 / 38588-33 E-Mail: info@frieks.de Homepage: www.frieks.de
Gründungsdatum:	30. September 1999
Eintragung Handelsregister: letzte Änderung vom:	22. Mai 2000 10. März 2009
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	 8. März 2005
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Aufbau und Betrieb eines Kommunikations- und Softwarezentrums zur Unterstützung von Existenzgründungen und Jungunternehmen aus der IT- und Multimedia-Branche, vor allem durch die Bereitstellung von Büroräumen und eine IuK-Infrastruktur sowie Beratungs- und Marketingleistungen durch die IHK Bodensee-Oberschwaben und die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH.

Zweck der Gesellschaft ist:

⇒ die Förderung der Wirtschaftlichkeit und des Wachstums von Unternehmen aus der technologieorientierten Dienstleistungsbranche, insbesondere die der Informations- und Kommunikationsbranche, vor allem von Existenzgründern und jungen Unternehmen

⇒ die Förderung der Kooperation der Informations- und Kommunikationstechnologiebranche der Region Friedrichshafen

⇒ das Marketing für das Technologiezentrum

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der frieks GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Stadt Friedrichshafen	12.750 €	51,00 %
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Bodenseekreis GmbH	7.250 €	29,00 %
IHK Bodensee-Oberschwaben	5.000 €	20,00 %
	25.000 €	**100,00 %**

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Benedikt Otte Michael Mahl
Gesellschafterversammlung:	
Vorsitzender:	Andreas Brand, Oberbürgermeister Friedrichshafen
Mitglieder:	Vertreter aller Gesellschafter

5. Öffentlicher Zweck

Seit Eröffnung des Zentrums waren insgesamt 69 Unternehmen im Zentrum Mieter. Die zum Ende des Mietvertrages zum 30. September 2014 im Frieks ansässigen 25 Unternehmen konnten fast ausnahmslos in Friedrichshafen gehalten werden.

Stand 30. September 2014 waren 25 Unternehmen im Softwarezentrum mit rund 43 Arbeitsplätzen angesiedelt. Das Zentrum leistete somit einen Beitrag zur Wirtschaftsförderung durch Schaffung der notwendigen Infrastruktur in speziellen Dienstleistungsbranchen. Das Projekt wird von der Stadt Friedrichshafen finanziell unterstützt.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

keine

7. Wesentliche Verträge

⇒ Grundstücksmietvertrag mit GMG Generalmietgesellschaft mbH (vormals DeTe-Immobilien) vom 20. Dezember 1999 über die Anmietung des Gewerbeanwesens mit Büro- und Technikflächen in Friedrichshafen, Müllerstraße 12 - 14. Der Vertrag ist am 30. September 2014 ausgelaufen und wurde nicht verlängert.

⇒ Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH vom 1. Februar 2002

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Keine

9. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/ Arbeitnehmerinnen

Keine

10. Lagebericht

a) Lage und Geschäftsverlauf

Zweck der frieks Friedrichshafener Kommunikations- und Softwarezentrum GmbH (Frieks GmbH) ist

⇒ die Förderung der Wirtschaftlichkeit und des Wachstums von Unternehmen aus technologieorientierten Branchen, insbesondere die der Informations- und Kommunikationsbranche, vor allem von Existenzgründern und jungen Unternehmen,

⇒ die Förderung der Kooperation der Informations- und Kommunikationstechnologiebranche der Region Friedrichshafen, die Stabilisierung der bestehenden Betriebe, vor allem hinsichtlich der spezifischen Probleme von Existenzgründern,

⇒ eine engere Verknüpfung dieser Branche mit anderen Unternehmen der Region Friedrichshafen.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Technologiezentrums, insbesondere für Existenzgründer und junge Unternehmen der Region Friedrichshafen. Dazu gehören:

⇒ die Anmietung der für den Betrieb des Technologiezentrums vorgesehenen und notwendigen Immobilie,
⇒ der Abschluss entsprechender Mietverträge mit potentiellen Untermietern,
⇒ die Koordination der für die Zielerreichung geplanten und durchzuführenden Maßnahmen,
⇒ das Marketing des Technologiezentrums,
⇒ die Verwaltung des Technologiezentrums sowie
⇒ Existenzgründungsberatungen.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Gesellschafter sind die Stadt Friedrichshafen (51%), die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH (29%) und die IHK Bodensee Oberschwaben (20%).

Im Geschäftsjahr wurde eine Gesellschafterversammlung abgehalten.

Auf dem Vermietungsmarkt von Büroräumen und Bürozentren herrscht in der Region nach wie vor ein starker Wettbewerb. Diesem Wettbewerb stellte sich die Frieks GmbH, indem zusätzlich zu den günstigen Mietkonditionen weitere Leistungen, wie z. B. kostenlose Gründungs- und Wachstumsberatung sowie Fördermittelberatung angeboten wurden. Die Gründungsberatung, die im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages durch die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis durchgeführt wird, lässt eine zurückgehende Quantität und Qualität der Gründungen erkennen. Ebenso ging die Anzahl der Beratungsgespräche zurück. Hohes Innovationspotenzial von Gründungen bildet eher die Ausnahme.

Das Technologiezentrum wurde mit öffentlichen Mitteln des Landes Baden-Württemberg gefördert. Die mit diesen Mitteln getätigten Investitionen unterlagen einer zwölfjährigen Bindungsfrist bis zum 31. Dezember 2011. Wesentlicher Bestandteil der Zweckbindungsfrist war, dass der Gesellschafter Stadt Friedrichshafen und die Frieks GmbH während dieser Zeit anfallende Verluste aus dem Betrieb des Technologiezentrums übernehmen mussten.

Aufgrund europarechtlicher Vorgaben (sogenanntes Monti-Paket) wurde die Frieks GmbH im Geschäftsjahr 2010 im Rahmen eines Betrauungsaktes durch den Mehrheitsgesellschafter mit der Wahrnehmung der ihr nach dem Gesellschaftsvertrag übertragenen Aufgaben als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut. Dieser Betrauungsakt wurde Ende des Jahres 2013 den neuen europarechtlichen Vorgaben (sogenanntes Almunia-Paket) angepasst.

In der Gesellschafterversammlung im Jahr 2010 wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Gesellschafter nicht bereit sind, nach Auslaufen des Mietvertrages zum 30.09.2014 das Geschäftsmodell der frieks GmbH weiterzuführen. Die Gremien des Mehrheitsgesellschafters haben daraufhin Ende 2012 beschlossen, der Geschäftsführung zu empfehlen, den Mietvertrag mit dem Eigentümer über September 2014 hinaus nicht weiterzuführen. Daraufhin hat die Geschäftsführung dem Vermieter mitgeteilt, dass der Mietvertrag nicht verlängert wird. Somit wird das Zentrum über den 30. September 2014 hinaus und damit die operative Unternehmenstätigkeit nicht fortgeführt. Das Gewerbe wurde zum 1. Oktober 2014 abgemeldet.

Vermietung
Zum 30. September 2014 hat die Frieks GmbH die gemieteten Flächen an den Eigentümer zurückgegeben. Soweit keine Weitervermietung durch den Eigentümer geplant war, wurden die Flächen leer übergeben. Hierzu wurden die Untermietverhältnisse fristgerecht gekündigt. Der im Jahresmittel vor dem Hintergrund der geplanten Einstellung der operativen Geschäftstätigkeit optimistisch geplante Vermietungsgrad von 45 % wurde mit einem erreichten Vermietungsgrad von 43 % nur leicht verfehlt. Absolut konnten 2014 insgesamt 144 qm neu vermietet werden.

Die Übergabe der Flächen an die Eigentümer gestaltete sich weitgehend problemlos. Basis dafür waren Ablösevereinbarungen, welche die Geschäftsführung mit den Eigentümern abschließen konnte. Die daraus resultierenden Abstandszahlungen waren niedriger als die dafür in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen für Instandhaltungsverpflichtungen bei Auszug.

Das Angebot von neuen Büro- und Gewerbeparks in der Region ist nach wie vor groß. Eine im Jahr 2013 vom bisherigen Eigentümer verkaufte Teilfläche des Grundstücks wurde durch den neuen Eigentümer umfassend modernisiert und steht den Mietern auch über den 30. September 2014 hinaus zur Verfügung. Außerdem konnten mehrere Unternehmen durch einen Umzug von einem Gebäude in ein anderes Gebäude am Standort gehalten werden. Das erklärte Ziel der Geschäftsführung, die meisten Unternehmen am Standort der Frieks GmbH bzw. zumindest in der Region Friedrichshafen zu halten, wurde erreicht.

Die Teilziele der Frieks GmbH, junge Unternehmen beim Wachstum und bei der Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region Friedrichshafen zu unterstützen, wurden erreicht.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden noch folgende Marketingmaßnahmen umgesetzt.

Messen, Präsentationen und Werbung
Die Frieks GmbH präsentierte sich auf vielen Veranstaltungen der WFB GmbH sowie mit einer eigenen Homepage.

Außerdem war die Frieks GmbH mit einer umfangreichen Anzeige auf dem Gewerbeimmobilienportal der WFB GmbH vertreten und hat zudem mit einer Bannerwerbung auf dem Portal geworben. Aus dieser Maßnahme resultierten auch die meisten Anfragen.

Veranstaltungen
Im Jahr 2014 wurden zwei Grundlagenworkshops für Existenzgründer durch die Industrie - und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben im Technologiezentrum durchgeführt.

Die Geschäftsführung beurteilt unter Berücksichtigung der vorstehenden Erläuterungen und Einschätzungen den Geschäftsverlauf 2014 als sehr zufriedenstellend.

b) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
Ertragslage
Die Frieks GmbH weist im Geschäftsjahr 2014 wie im Vorjahr ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus. Zur Erreichung dieses Ergebnisses wurden 6,9 T€ aus überzahlten Zuschüssen der Vorjahre erfolgswirksam vereinnahmt. Die im Geschäftsjahr 2014 realisierten Umsatzer-

löse ermäßigten sich im Vergleich zum Vorjahr um 34 T€ auf 94 T€. Dies ist im Wesentlichen auf die Einstellung der operativen Geschäftstätigkeit zum 30. September 2014 zurückzuführen.

Der in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesene planmäßig geleistete monetäre Zuschuss des mit Mehrheit beteiligten Gesellschafters betrug insgesamt 120 T€. Davon wurden 20,5 T€ in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen als Aufwandszuschuss verrechnet.

Insgesamt betrachtet verminderten sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 70 T€. Das ist im Wesentlichen auf die Einstellung der operativen Geschäftstätigkeit zurückzuführen. Die Kosten für Gas, Strom und Wasser sowie die vorausbezahlten Nebenkosten blieben relativ betrachtet auf Vorjahresniveau. Eine Rückstellung für Wiederherstellungs- und Instandhaltungsverpflichtungen in Höhe von T€ 45 wurde aufgelöst, davon 4,4 T€ erfolgswirksam. Die Kosten für bezogene Leistungen belaufen sich insgesamt auf 163 T€ (Vj. 233 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Aufwendungen für Buchführung und Jahresabschluss in Höhe von 9 T€ (Vj. 9 T€), die im Rahmen einer Umsatzsteuersonderprüfung für die Geschäftsjahre 2009 bis 2014 festgestellte nicht abziehbare Vorsteuer in Höhe von 12 T€ sowie Einzelwertberichtigungen auf Forderungen in Höhe von 6 T€ (Vj. 2,3 T€).

Vermögens- und Finanzlage

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 25.000 € ist voll eingezahlt. Insgesamt ermäßigte sich die Bilanzsumme um 61 T€ auf 97 T€.

Investitionen in das Anlagevermögen wurden im Geschäftsjahr 2014 – wie im Vorjahr – nicht vorgenommen.

Das Vorratsvermögen enthält die von der Frieks GmbH bezahlten und auf die Mieter umlegbaren Nebenkosten des Geschäftsjahres.

Die bilanzierten Werte für die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr leicht um 0,4 T€ auf 7,9 T€.

Die Guthaben bei Kreditinstituten ermäßigten sich auf 71,4 T€ (Vj. 114 T€). Zur Verfügung stehende Kreditlinien in Höhe von 51 T€ wurden nicht in Anspruch genommen.

Auf der Passivseite verringerten sich die erhaltenen Anzahlungen aufgrund der geringeren Auslastung sowie der Einstellung der operativen Geschäftstätigkeit um 17 T€ auf insgesamt 21 T€ (Vj. 38 T€). Die von den Mietern erhaltenen Anzahlungen übersteigen die unter den Vorräten aktivierten umlegbaren Nebenkosten.

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachzukommen. Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit des Unternehmens. Dies wird durch ein zeitnahes Liquiditätsmanagement sichergestellt.

c) Voraussichtliche Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2015 wird die Gesellschaft operativ nicht mehr tätig sein. Abschließende Arbeiten werden durch die Wirtschaftsförderung Bodenseekreis GmbH übernommen. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um die Nebenkostenabrechnung für das Jahr 2014 sowie um die Erstellung des Jahresabschlusses.

Bis auf weiteres wird die Geschäftsführung weiterhin durch die bisherigen Geschäftsführer wahrgenommen.

Es ist beabsichtigt, die Gesellschaftsanteile der Minderheitsgesellschafter im Jahr 2015 auf den Mehrheitsgesellschafter zu übertragen und den Zweck der Gesellschaft in 'Verwaltung eigenen Vermögens' zu ändern. Die notwendigen Beschlüsse der Gesellschafter sowie der Gesellschafterversammlung der Frieks GmbH sind bereits gefasst oder werden im Lauf des Jahres durch die dafür zuständigen Gremien gefasst.

Die Liquiditätsreserven werden im Geschäftsjahr 2015 planmäßig stark zurückgehen, sind aber aller Voraussicht nach ausreichend zur Finanzierung der abschließenden Arbeiten. Darüber hinaus hat der Mehrheitsgesellschafter einen durch das Regierungspräsidium genehmigten Doppelhaushalt für die Jahre 2014 und 2015. Die in diesem Haushaltsplan aufgeführten Zuschüsse an die Frieks GmbH belaufen sich für 2015 auf 30 T€. Außerdem haben die zuständigen Gremien des Mehrheitsgesellschafters im März 2015 beschlossen, im Bedarfsfall weitere maximal 21 T€ zur Verfügung zu stellen, um die Verpflichtungen gegenüber den Finanzbehörden aus Umsatzsteuer erfüllen zu können. Mit den vorhandenen liquiden Mitteln und den genannten Zuschüssen ist damit die Abwicklung der Gesellschaft aus Sicht der Geschäftsführung finanziell gesichert.

Im Jahr 2014 fand eine Umsatzsteuernachschau durch die Betriebsprüfungsstelle des Finanzamtes statt mit dem Ergebnis, dass der Betriebsprüfer dazu tendierte, zur Betriebsprüfung überzugehen und die Zuschüsse des Mehrheitsgesellschafters ab dem Geschäftsjahr 2009 der Umsatzsteuer zu unterwerfen. Im Rahmen des Übergangs von der Umsatzsteuernachschau zur Umsatzsteuersonderprüfung kam die Finanzbehörde zu dem Schluss, dass es sich bei den von dem Mehrheitsgesellschafter gezahlten Zuschüssen um nicht steuerbare Zuschüsse handelt. Im Gegenzug wurde eine Kürzung der Vorsteuer vorgenommen. Nach eingehender Diskussion zwischen den Gesellschaftern und weiteren Verhandlungen mit den Finanzbehörden wurde Anfang 2015 eine Zahlung von 12 T€ festgelegt. Zwar liegen – über den Bericht über die vorgenommene Umsatzsteuer-Sonderprüfung hinaus – die entsprechenden Verwaltungsakte der Finanzbehörden noch nicht vor, jedoch geht die Geschäftsführung nicht davon aus, dass es zu Problemen kommt.

Der durch den Gemeinderat beschlossene Betrauungsakt des Mehrheitsgesellschafters sieht Ausgleichszahlungen an die Gesellschaft im Zusammenhang mit dem Betrieb des Technologiezentrums vor, deren maximale Höhe sich aus dem Wirtschaftsplan des jeweiligen Jahres ergibt. Ferner sollen mit dem Betrauungsakt des Mehrheitsgesellschafters etwaige Fördermittelrisiken ausgeschlossen werden. Mit dem Betrauungsakt einhergehende (umsatz-) steuerrechtliche Fragen wurden im Rahmen des Risikomanagements zuletzt aus Anlass einer Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg zur umsatzsteuerlichen Behandlung von Zuschüssen an kommunale und lan-

desbeteiligte GmbHs sowie aus Anlass der Anpassung des Betrauungsaktes im Jahr 2013 insbesondere mit dem Mehrheitsgesellschafter des Unternehmens eingehend diskutiert.

Die Geschäftsführung hat sich außerdem mit der Frage beschäftigt, ob die jährlichen Zahlungen des Mehrheitsgesellschafters aufgrund eines möglicherweise vorhandenen Leistungsaustauschs zwischen dem Mehrheitsgesellschafter und der Frieks GmbH der Umsatzsteuer zu unterwerfen seien. Echte Zuschüsse liegen vor, wenn die Zahlungen unabhängig von einer bestimmten Leistung gewährt werden, weil z. B. der Empfänger im überwiegenden öffentlich-rechtlichen Interesse handelt und deshalb an ihn gezahlt wird. Ferner sind Vorteile in Form von Subventionen, Fördermitteln und dergleichen, die ein Unternehmer zur Förderung seiner im allgemeinen Interesse liegenden Tätigkeit ohne Bindung an bestimmte Umsätze erhält, kein Entgelt. Grund der kontinuierlichen Zahlungen durch den Mehrheitsgesellschafter ist die im überwiegenden öffentlichen Interesse liegende Förderung der Frieks GmbH, nicht der Erwerb eines verbrauchsfähigen Vorteils durch den Mehrheitsgesellschafter. Die Rechtsprechung geht außerdem davon aus, dass Zuwendungen zur Projektförderung auf der Grundlage von Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) grundsätzlich als echte Zuschüsse zu betrachten sind. Die ANBest-P waren Bestandteil der Förderung durch das Land Baden-Württemberg im Jahr 2000 und verpflichteten schon damals den Mehrheitsgesellschafter zur Übernahme der Betriebsverluste. Mit Auslaufen der Förderperiode zum 31. Dezember 2011 hat sich an dem Geschäftsmodell sowie an der Finanzierung der Gesellschaft nichts geändert. Durch die oben dargestellte Einigung mit den Finanzbehörden geht die Geschäftsführung davon aus, dass keine Anhaltspunkte vorliegen, welche die unrichtige Behandlung der Zuschüsse des Mehrheitsgesellschafters bzw. des Verlustausgleichs zur Folge haben könnten. Gleichwohl besteht das Risiko, dass im Rahmen der Umsatzsteuer-Sonderprüfung geprüfte Sachverhalte bei einer späteren Prüfung in vollem Umfang erneut geprüft werden könnten.

Aufgrund der Komplexität des Steuerrechts kann das Risiko, dass die bisherige Auffassung der Finanzbehörden nicht länger aufrechterhalten wird, nicht völlig ausgeschlossen werden. Im Fall der nachträglichen Besteuerung der Zuschüsse mit Ertrag- oder Umsatzsteuer wäre der Bestand der Gesellschaft gefährdet.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag sind, soweit nicht schon genannt, nicht bekannt.

Die Geschäftsführung rechnet im Geschäftsjahr 2015 mit einem ausgeglichenen Ergebnis.

Friedrichshafen, 30. April 2015

Benedikt Otte Michael Mahl

11. Abschlussprüfer

Kanzlei Keller, Prüfung - Steuern - Beratung, Owingen

Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH
Kontakt:	Flughafen 29, 88046 Friedrichshafen Tel.: 07541/284-118 Fax: 07541/284-159 E-Mail: fps@bodensee-airport.eu
Gründungsdatum:	16. Januar 2007
Eintragung Handelsregister:	23. Mai 2007
Gesellschaftsvertrag:	16. Januar 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen aller Art, die im Zusammenhang mit dem Betrieb eines regionalen Verkehrsflughafens und anderer Luftverkehrseinrichtungen stehen, insbesondere von Loading und Winterdienst. Seit dem Jahr 2012 wird das Dienstleistungsspektrum stetig erweitert.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Flughafen Friedrichshafen GmbH	18.800 €	75,20 %
KDS Klinikdienste Service- und Beteiligungs GmbH	6.200 €	24,80 %
	25.000 €	**100,00 %**

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführerin:	Ute Mayer
Gesellschafterversammlung:	ist eingerichtet.

5. Öffentlicher Zweck

Die Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH (FPS) ist eine Organgesellschaft der Flughafen Friedrichshafen GmbH (FFG). Es liegt eine umsatzsteuerliche Organschaft vor.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

⇒ Serviceleistungsvertrag zwischen der FFG und FPS vom 25. November 2013
⇒ Mietvertrag zwischen FFG und FPS vom 2. Juli 2007
⇒ Managementvertrag zwischen KDS und FPS vom 22. Februar/1. März 2007

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Keine

9. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 51 Mitarbeiter beschäftigt.

10. Lagebericht

a) Grundlagen des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde im Januar 2007 als Dienstleister für den Flughafen Friedrichshafen gegründet und nahm zum1. März 2007 ihre Tätigkeit auf. Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen aller Art, die im Zusammenhang mit dem Betrieb eines regionalen Verkehrsflughafens und anderer Luftverkehrseinrichtungen stehen.

b) Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Auswirkung auf die Lage des Unternehmens

Die Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH (FPS) bietet Dienstleistungen am Standort Friedrichshafen an. Hierzu zählen insbesondere Loading, Winterdienst, Schließdienst, Safety- und Quality- Management sowie Reinigungsarbeiten. Ab 2015 erweitert die FPS ihr Dienstleistungsspektrum um die Bereiche Grünflächenpflege Parkplätze sowie Leistungen im Bereich Warenlogistik. Hierzu zählen insbesondere die Segmente Gate-Handling, Galley Belly Change sowie GGI Last Mille.

Die Flughafen Personal und Service Gesellschaft mbH (FPS) ist eine Organgesellschaft der Flughafen Friedrichshafen GmbH. Aufgrund der Tatsache, dass die FPS größtenteils Auftragnehmerin der Flughafen Friedrichshafen GmbH ist, besteht eine gewisse Abhängigkeit. Das Umfeld des Flughafens ist auch 2014 vom scharfen Wettbewerb der Flughäfen gekennzeichnet gewesen. Somit spürt die FPS den enormen Druck der Luftfahrtbranche.

Im Berichtsjahr hat die Flughafen Friedrichshafen GmbH die prognostizierte Passagierzahl um rund 7,4 % überschritten und ein Passagiervolumen von 596.146 Passagieren erreicht.

Das angebotene Spektrum an Serviceleistungen wurde unverändert von der Flughafen Friedrichshafen GmbH sowie ansässigen Firmen in Anspruch genommen. Somit konnte auch 2014 wiederholt ein positives Ergebnis erzielt werden.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2014 konnte ein Umsatz in Höhe von 519 T€ erzielt werden, der um 17 T€ über dem Vorjahr liegt. Der Umsatz liegt über den Erwartungen, welche laut Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 513 T€ betrugen.

Für das Jahr 2015 wird mit einem Umsatz in Höhe von 543 T€ (ohne Warenlogistik, da die erweiterten Umsätze derzeit noch nicht feststehen) gerechnet. Die geplante Umsatzsteigerung ergibt sich zum einen aus dem neu geplanten Bereich der Grünflächenpflege Parkplätze und zum anderen durch eine Umsatzerhöhung in den Bereichen Loading sowie Safety- und Quality- Management.

Investitionen
Im Geschäftsjahr 2014 wurden Investitionen in Höhe von 3 T€ getätigt, welche insbesondere die Anschaffung im Bereich IT sowie eines Rasenmähers, einer Heckenschere und einer Motorsense beinhalten.

Finanzierungsmaßnahmen und –vorhaben
Die Gesellschaft konnte bisher ohne die Aufnahme von Krediten auskommen. Für das Jahr 2015 steht die Anschaffung einer Reinigungsmaschine sowie weitere Anschaffungen für den Bereich Warenlogistik an (sobald die genaue Entwicklung in diesem Bereich feststeht). Die Finanzierung hierfür soll aus dem Cash Flow erfolgen. Somit wird auch für das Jahr 2015 keine Aufnahme von Krediten geplant.

Personal
Die Gesellschaft beschäftigte bis zum Ende des Geschäftsjahres 50 Mitarbeiter, von denen 44 geringfügig und 6 sozialversicherungspflichtig beschäftigt wurden. Zum Ende des Wirtschaftsjahres 2013 waren 52 Mitarbeiter beschäftigt, davon 47 in einem geringfügigen und 5 in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis.
Die Entlohnung erfolgte je nach Art und Umfang der Leistung nach einem vorab erstellten Vergütungsschlüssel. Das ab Januar 2015 in Kraft getretene Mindestlohngesetz findet bei der Entlohnung der Mitarbeiter Berücksichtigung.

c) Darstellung der Lage
Vermögenslage
Die Bilanzsumme lag zum 31. Dezember 2014 bei 157 T€ was eine Eigenkapitalquote von 53,3 % mit sich brachte.

Das Umlaufvermögen repräsentiert die Bilanzsumme zu 97,8 %. Es besteht im Wesentlichen (142 T€) aus liquiden Mitteln. Abwertungen des Umlaufvermögens waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Stille Reserven im Anlagevermögen konnten nicht gebildet werden.

Die Verbindlichkeiten belaufen sich auf ca. 21,5 % der Bilanzsumme.

Finanzlage
Die liquiden Mittel beliefen sich zum 31. Dezember 20134auf 142 T€ und damit auf 90,6 % der Bilanzsumme. Die Gesellschaft konnte sich aus Eigenmitteln finanzieren, die Aufnahme von Bankverbindlichkeiten war nicht erforderlich.

Ertragslage
Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres beliefen sich auf 519 T€ und resultieren im Wesentlichen aus den Bereichen Winterdienst und Loading (418 T€). Wesentlicher Kostenfaktor sind die Personalkosten mit 424 T€ (Vj.418 T€), die 22 T€ über Plan lagen.
Die Gesellschaft erzielte einen Gewinn von 4 T€. Dieser lag damit über dem geplanten Wert von 1 T€.

Für das Geschäftsjahr 2015 wird mit einer weiteren Umsatzsteigerung um 24 T€ (ohne Warenlogistik) und abermals mit einem positiven Ergebnis (1 T€) gerechnet.

d) Nachtragsbericht
Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind und wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben, sind nicht zu verzeichnen.

e) Prognose-, Risiko- und Chancenbericht
Die Gesellschaft ist im Wesentlichen vom Umfeld und der Erholung im Flugverkehr abhängig. Mit neuen Airlines und einer konsequenten Positionierung als Vier-Länder-Flughafen hat der Flughafen Friedrichshafen die Grundlage für eine positive Entwicklung gelegt. Sollte sich die positive Entwicklung nicht bewahrheiten, so hat dies unmittelbar auch Folgen für die Entwicklung der Gesellschaft.

Der Flughafen Friedrichshafen sieht es als sein oberstes Ziel, die Stabilisierung der Verkehrsvolumina und die Ausweitung in allen Kundensegmenten sowie die Vergrößerung der Destinationsvielfalt zu erreichen. Darüber hinaus gilt es, weitere Drehkreuzanschlüsse zu schaffen.

Die Weiterentwicklung des Flughafens Friedrichshafens bietet der Flughafen Personal und Service GmbH die Möglichkeit dem Flughafen Friedrichshafen auch weitere kostengünstige Leistungen anzubieten. Es wird damit gerechnet, dass weitere Dienstleistungen, auf die Gesellschaft ausgelagert werden.

Es ist der FPS gelungen, für das Jahr 2015 das Dienstleistungsspektrum in den Bereichen Grünflächenpflege Parkplätze sowie Warenlogistik weiter auszubauen. Auch 2015 wird die Gesellschaft ein positives Ergebnis (1 T€) bei steigenden Umsätzen (543 T€) und voraussichtlichen Personalkosten von 435 T€ - ohne Warenlogistik - erreichen.

f) Ausblick
Die Gesellschaft rechnet für das Jahr 2015 mit einem auf ca. 543 T€ (ohne Warenlogistik) steigenden Umsatz. Durch die abgeschlossenen Verträge sind die Erwartungen für das Geschäftsjahr 2015 insgesamt als gesichert zu bezeichnen.

Die mittelfristige Entwicklung, die abhängig von den äußeren Rahmenbedingungen ist, zeigt bedingt durch die vom Flughafen Friedrichshafen prognostizierten steigenden Passagierzahlen weiterhin ein ausgeglichenes Ergebnis.

Friedrichshafen, 20. Februar 2015

Ute Mayer

11. Abschlussprüfer
Dr. Fritz Städele,
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft GmbH, Kempten

Gesundheitsakademie Tettnang GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Gesundheitsakademie Tettnang GmbH
Kontakt:	Emil-Münch-Str. 16, 88069 Tettnang Tel.: 07542 / 531 - 0 Fax: 07542 / 531 - 178 E-Mail: info@klinik-tettnang.de Homepage: www.klinik-tettnang.de
Gründungsdatum:	11. Mai 2006
Eintragung Handelsregister:	29. Juni 2006
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	11. Mai 2006
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Gesundheitsakademie an der Klinik Tettnang GmbH als Einrichtung zur Informationsvermittlung, Weiterbildung, Gesundheitsschulung und Behandlung.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Gesundheitsakademie Tettnang GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Klinik Tettnang GmbH	12.750 €	51,00 %
Dr. Martin Pfeifer	5.500 €	22,00 %
Dr. Andreas Kost	5.500 €	22,00 %
Karl Peter Sohler	1.250 €	5,00 %
	25.000 €	**100,00 %**

Mit notariellen Urkunden vom 19. Dezember 2014 und 20. Februar 2015 hat die Waldburg-Zeil Kliniken GmbH & Co. KG ihren Geschäftsanteil an der Klinik Tettnang GmbH in Höhe von nominal 284. 700,00 € (94,9%) mit Wirkung zum 1. Januar 2015 in die Klinikum Friedrichshafen GmbH gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten eingebracht

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Jürgen Sachsenmaier (bis 20. Februar 2015) Johannes Weindel (ab 20. Februar 2015)

5. Öffentlicher Zweck

siehe unter Punkt 2.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge
Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen
Keine

9. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen
Keine

10. Lagebericht
Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

Gewinnverwendung
Der Jahresabschluss wurde nach teilweiser Gewinnverwendung aufgestellt. In den Bilanzverlust wurde ein Verlustvortrag von 2.328,98 € (Vj. 3.103,08 €) einbezogen.

11. Abschlussprüfer
RSW Treuhand GmbH

Klinikdienste KKT GmbH (vormals Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettnang GmbH)

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Waldburg-Zeil Klinikdienste Tettnang GmbH
Kontakt:	Emil-Münch-Str. 16, 88069 Tettnang Tel.: 07542 / 531 - 0 Fax: 07542 / 531 - 178 E-Mail: info@klinik-tettnang.de Homepage: www.klinik-tettnang.de
Gründungsdatum:	29. November 2005
Eintragung Handelsregister:	21. Februar 2006
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	29. November 2005 20. Februar 2015
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Erbringung von Serviceleistungen, insbesondere von Hygiene-, Reinigungs- und Sterilisationsdiensten, Hol- und Bringdiensten, Krankenhausgebäudemanagement und -logistik, Betrieb von Küchen, Cafeterien, Kiosken und Bettenzentralen sowie die Übernahme von Pflegehilfs-, Wirtschafts-, Verwaltungs- und technischen Diensten einschließlich des Managements von nichtmedizinischem Personal.

3. Beteiligungsverhältnisse

Am Stammkapital der Waldburg-Zeil Klinikdienste GmbH von 25.000 € sind folgende Gesellschafter beteiligt:

	Stammkapital	Anteil
Klinik Tettnang GmbH	12.750 €	51,00 %
KDS Klinikdienste Service- und Beteiligungs GmbH	12.250 €	49,00 %
	25.000 €	**100,00 %**

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Jürgen Sachsenmaier (bis 20. Februar 2015) Johannes Weindel (ab 20. Februar 2015)

5. Öffentlicher Zweck

s. unter Punkt 2.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen
Keine

9. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen
Die Gesellschaft hat insgesamt 36 Mitarbeiter (Vj. 35).

10. Lagebericht
Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebraucht gemacht.

Gewinnverwendung
Der Geschäftsführer schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Jahresüberschuss per 31. Dezember 2014 in Höhe von 14.325,60 € mit dem Verlustvortrag 2013 in Höhe von 8.958,89 € zu verrechnen und den Rest auf neue Rechnung vorzutragen.

11. Abschlussprüfer
Dr. Fritz Städele, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft GmbH, Kempten

Waldburg-Zeil Personalservice GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Waldburg-Zeil Personalservice GmbH
Kontakt:	Riedstraße 16, 88316 Isny-Neutrauchburg Tel.: 07542 / 531 - 0 Fax: 07542 / 531 - 178 E-Mail: info@klinik-tettnang.de Homepage: www.klinik-tettnang.de
Gründungsdatum:	06. April 2009
Eintragung Handelsregister:	11. Mai 2009 (HRB 723613)
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	6. April 2009 4. Mai 2009
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Personaldienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Bereitstellung von Personal, Personalvermittlung, Personalbetreuung, Beratung in Personalfragen und die Übernahme von Personalverwaltungsaufgaben.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 € und ist voll einbezahlt.

Die Geschäftsanteile werden zu 100 % von der Klinik Tettnang GmbH gehalten.

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Ellio Schneider (bis 20. Februar 2015) Johannes Weindel (ab 20. Februar 2015)

5. Öffentlicher Zweck

siehe unter Punkt 2.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Keine

7. Wesentliche Verträge

Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Keine

9. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Keine

10. Lagebericht

Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

Verlustvortrag

In den Bilanzverlust wurde ein Verlustvortrag von 2.673,67 € einbezogen.

11. Abschlussprüfer

RSW Treuhand GmbH

Medizinisches Versorgungszentrum Tettnang GmbH

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) Tettnang GmbH
Kontakt:	Emil-Münch-Str. 16, 8806 Tettnang Tel.: 07542 / 531 - 0 Fax: 07542 / 531 - 178 E-Mail: info@klinik-tettnang.de Homepage: www.klinik-tettnang.de
Gründungsdatum:	06. Dezember 2007
Eintragung Handelsregister:	28. Januar 2008
Gesellschaftsvertrag: Letzte Änderung:	07. Dezember 2007
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, der öffentlichen Gesundheitspflege und die Förderung des Wohlfahrtswesens. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch den Betrieb eines fachübergreifenden medizinischen Versorgungszentrums im Sinne von § 95 SGB V als Einrichtung der Wohlfahrtspflege im Sinne von § 66 AO.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 SGB V zur Erbringung aller hiernach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen und aller hiermit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten. Zudem die hiernach zulässige Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringern der Krankenhausbehandlung und der Vorsorge und Rehabilitation und nichtärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebotes der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die ihrem Gegenstand unmittelbar dienen. Sie kann sich im Rahmen des gesetzlich Zulässigen an weiteren, ihrem Zweck dienenden Gesellschaften und Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens beteiligen oder mit diesen kooperieren. In diesem Rahmen erfüllt die Gesellschaft öffentliche Aufgaben.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 € und ist voll einbezahlt.

Die Geschäftsanteile werden zu 100 % von der Klinik Tettnang GmbH gehalten.

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Jürgen Sachsenmaier (bis 20. Februar 2015) Jochen Wolf (ab 20. Februar 2015)
Organträger:	Klinik Tettnang GmbH

5. Öffentlicher Zweck
siehe unter Punkt 2.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
Keine

7. Wesentliche Verträge
Keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen
Keine

9. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen
Die Gesellschaft hat insgesamt 39 Mitarbeiter (Vj. 28).

10. Lagebericht
Kleine Kapitalgesellschaften sind gem. § 267 Abs. 1 HGB nicht verpflichtet dem Jahresabschluss einen Lagebericht beizufügen. Von dieser Möglichkeit hat die Gesellschaft Gebrauch gemacht.

Durch den Organschaftsvertrag vom 15. Juli 2010 erfolgt an die Klinik Tettnang GmbH folgende steuerliche Ergebniszurechnung: 320.841,58 €.

11. Abschlussprüfer
RSW Treuhand GmbH

VI. Sonstige Mitgliedschaften des Landkreises

Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG
Kontakt:	Neuer Wall 1, 78315 Radolfzell Tel.: 07732 / 9268-0 Fax: 07732 / 9268-68 E-Mail: info@bfhb.de Homepage: www.familienheim-bodensee.de
Gründungsdatum:	1. März 1950
Eintragung Genossenschaftsregister:	24. Juli 2001
Letzte Änderung	15. Juni 2012
Satzung:	9. April 2009
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Die Genossenschaft kann Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, erwerben, veräußern, bewirtschaften, betreuen, verwalten und vermitteln; hierzu zählen insbesondere alle Wohnungs-, Gewerbe-, Dienstleistungs-, Verkehrs- und Freizeitimmobilien und alle damit verbundenen Aufgaben im Dienstleistungsbereich. Sie kann ferner alle im Bereich des Grundstücks-, Wohnungs- und Immobilienwesens, des Städtebaus, der Infrastruktur und der Raumordnung anfallenden Aufgaben übernehmen. Dazu gehören auch soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Genossenschaft kann Vermögen verwalten, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen sowie Unternehmens- und sonstige Beratungen durchführen.
Beteiligungen sind zulässig. Die Genossenschaft kann auch sonstige Geschäfte tätigen, die geeignet sind, dem Zweck der Genossenschaft zu dienen. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebs auf Nichtmitglieder ist zugelassen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Genossenschaft gehörten mit Stand 31. Dezember 2014 insgesamt 2.479 Mitglieder (Vj. 2.514) mit Geschäftsanteilen von insgesamt 1.302.560 € an.
Der Bodenseekreis ist an der Genossenschaft mit einem Geschäftsanteil von 160 € (0,012 %) beteiligt.

4. Organe des Unternehmens

Vorstand:	Wilhelm Stiefet Stefan Andelfinger
Aufsichtsrat:	
Vorsitzender	Bernhard Hertrich
stv. Vorsitzender	Josef Dichgans
Ehrenvorsitzender	Wilhelm Weßbecher, Dr. Christoph Wagener

Michael Dohm
Werner Schwacha
Susanne Sträßle

5. Öffentlicher Zweck

Die Genossenschaft verfügt über insgesamt 1.354 (Vj. 1.355) genossenschaftseigene Wohnungen, 503 (Vj. 505) Garagen sowie 10 (Vj. 9) gewerbliche Einheiten.

Aufgrund der guten Nachfrage ist die Vermietungssituation an den eigenen Standorten beständig und positiv.
Die Zahl der Mieterwechsel blieb mit 89 in etwa auf dem Niveau des Vorjahres (Vj. 85).
Unter Berücksichtigung der Anpassungen an die ortsübliche Vergleichsmiete und die Mietanpassungen, die aus Modernisierungstätigkeiten hervorgehen, beträgt das derzeitige Grundmietniveau durchschnittlich 5,79 €/m² (Vj. 5,65 €/m²) Wfl. mtl.

6. Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Baugenossenschaft Familienheim Bodensee eG hält folgende Beteiligungen:
⇒ Wohnbau Bodensee GbR (Anteil 50 %)
⇒ BHS Städtebau Bodensee/Hegau GmbH (Anteil 17 %).

7. Wesentliche Verträge

keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung von der Baugenossenschaft Familienheim Bodensee an den Bodenseekreis:
⇒ 6,40 € Dividende für das Geschäftsjahr 2013 (4 %)

Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Kreisbaugenossenschaft Bodenseekreis eG
Kontakt:	Scheffelstr. 52, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541 / 3011-0 Fax: 07541 / 3011-80 E-Mail: info@kreisbau-bodenseekreis.de Homepage: www.kreisbau-bodenseekreis.de
Gründungsdatum:	8. Juli 1949
Eintragung Genossenschaftsregister:	23. August 1949
Satzung:	21. Dezember 2005
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Nach § 2 der Satzung ist vorrangiger Zweck der Genossenschaft, eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Mitglieder der Genossenschaft.

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, erwerben, betreuen, bewirtschaften, vermitteln und veräußern. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Genossenschaft gehörten zum 31. Dezember 2014 insgesamt 1.506 Mitglieder (Vj. 1.523) mit 8.666 Geschäftsanteilen an.
Der Bodenseekreis besitzt neun Geschäftsanteile in Höhe von 1.800 € (0,10 %).

4. Organe des Unternehmens

Die Organe der Kreisbaugenossenschaft sind der Vorstand und der Aufsichtsrat.

5. Öffentlicher Zweck

Im Eigenbestand der Genossenschaft befanden sich am 31. Dezember 2014 insgesamt 1.164 Wohneinheiten in 112 Gebäuden, 11 gewerbliche Räume sowie 513 Garagen. Die Durchschnittsmiete bei einer Gesamtwohnfläche von 75.014 m² beträgt, ohne Betriebskosten – unter Einbeziehung der gewerblichen Flächen – 6,46 € pro m².

Neubauprojekte sind im Jahr 2014 nicht entstanden. In Planung ist, auf dem über 6.900 m² großen Grundstück in guter innerstädtischer Lage 57 frei finanzierte Mietwohnungen, 40 Seniorenwohnungen, eine Seniorenwohngemeinschaft und 4 Praxis- und Gewerberäume zu errichten. Das Bauprojekt soll 2015 begonnen und bis 2017 fertiggestellt werden. Das Bauvolumen wird auf 25 Mio. budgetiert und mit Eigenkapital, Fremd- und KfW-Mitteln finanziert.

6. Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
keine

7. Wesentliche Verträge
keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen
Zahlung von der Kreisbaugenossenschaft an den Bodenseekreis:
⇒ 54 € Dividende für das Geschäftsjahr 2013 (3 %)

Baugenossenschaft Überlingen eG

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Baugenossenschaft Überlingen eG
Kontakt:	Nußdorfer Str. 32, 88662 Überlingen Tel.: 07551 / 918730 Fax: 07551 / 918740 E-Mail: post@baugenossenschaft-ueberlingen.de Homepage: www.baugenossenschaft-ueberlingen.de
Gründungsdatum:	20. Mai 1949
Eintragung Genossenschaftsregister:	1949
Satzung:	August 2013
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Genossenschaft ist vorrangig die Wohnversorgung ihrer Mitglieder.
Die Genossenschaft errichtet, erwirbt, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Mietwohnungen. Sie kann Eigentumswohnungen und Eigenheime verwalten. Entsprechendes gilt für andere Bauten, soweit dies wohnungswirtschaftlich, städtebaulich und zur Vervollständigung der Infrastruktur erforderlich ist. Sie kann demgemäß Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerberäume sowie soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Genossenschaft kann bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten, veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Beteiligungen sind zulässig.
Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen.
Daneben kann sie sonstige Geschäfte tätigen, die geeignet sind, dem Zweck der Genossenschaft zu dienen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Genossenschaft gehörten zum 31. Dezember 2014 insgesamt 1.031 Mitglieder (Vj. 975) mit 27.858 Geschäftsanteilen (Vj. 23.572) an.
Der Bodenseekreis ist an dieser Baugenossenschaft als Rechtsnachfolger des Landkreises Überlingen mit einem Geschäftsanteil von 155 € beteiligt (0,004 %). Der Beitrittsbeschluss wurde im Kreistag am 27. Juni 1956 gefasst.

4. Organe des Unternehmens

Die Organe der Baugenossenschaft sind der Vorstand und der Aufsichtsrat.

Geschäftsführer:	Dieter Ressel, Dipl.-Ing. (FH)
Vorstand:	Dr. Andreas Huther Dieter Ressel, Dipl.-Ing. (FH)

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Wolfgang Wiest, Dipl.-Sparkassen-Betriebswirt
Stv. Vorsitzender	Günter Hornstein, Polizeihauptkommissar
Mitglieder	Mirko Gläser, Dipl.-Ing. (FH)
	Hartmut Hueber, Geschäftsführer
	Konrad Huther, Bankprokurist
	Fritz Krefeldt, Feinmechaniker
	Heinrich Besserer, Rechtsanwalt

Des Weiteren wurden folgende Ausschüsse gebildet:
Prüfungs- und Finanzausschuss
Bau. Und Wohnungsausschuss

5. Öffentlicher Zweck

Wichtigster Geschäftszweig ist die Erhaltung des eigenen Bestandes. Der von der Genossenschaft verwaltete eigene Haus- und Wohnungsbestand umfasst per 31. Dezember 2014 68 Wirtschaftseinheiten mit 474 Wohnungen, zwei Gewerbeeinheiten, eine Geschäftsstelle, 65 Garagen, 161 Tiefgaragenstellplätze, 197 Abstellplätze und 34 Carports.

Die durchschnittliche Kaltmiete beträgt 6,19 €/m² Wohnfläche. Die gesamte Wohn- und Nutzfläche beträgt 35.430 m².

6. Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

⇒ Überlinger Wohnbau GmbH (Einlage: 26.000 €, 100 %)

7. Wesentliche Verträge

keine

8. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung von der Baugenossenschaft Überlingen eG an den Bodenseekreis:

⇒ 6,20 € Dividende für das Geschäftsjahr 2013 (4 %)

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Regionalverband Bodensee-Oberschwaben Körperschaft des öffentlichen Rechts
Kontakt:	Hirschgraben 2, 88214 Ravensburg Tel.: 0751 / 36354-0 Fax: 0751 / 36354-54 E-Mail: info@rvbo.de Homepage: www.bodensee-oberschwaben.de
Gründungsdatum:	1. Januar 1973

2. Gegenstand des Unternehmens

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist Träger der Regionalplanung für das Gebiet der Landkreise Bodenseekreis, Ravensburg und Sigmaringen. Zu seinen Aufgaben zählen nach den gesetzlichen Vorgaben des Landes Baden-Württemberg:

- ⇒ die Aufstellung und (Teil)Fortschreibung des Regionalplans, die Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortschreibung des Landesentwicklungsplans sowie der fachlichen Entwicklungspläne des Landes,
- ⇒ die Mitwirkung an Raumordnungsverfahren und
- ⇒ die Aufstellung und Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans.

Der Regionalverband unterrichtet und berät die Träger der Bauleitplanung, die anderen öffentlichen Stellen und die Personen des Privatrechts über die Erfordernisse der Raumordnung. Er unterstützt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts in den Nachbarregionen, Nachbarländern und Nachbarstaaten in allen regionalbedeutsamen Angelegenheiten, insbesondere durch die Mitgliedschaft in Körperschaften, Gesellschaften, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen, die grenzüberschreitend tätig sind.
Der Regionalverband kann in allen regionalbedeutsamen Angelegenheiten, insbesondere bei der regionalbedeutsamen Wirtschaftsförderung und beim regionalen Tourismusmarketing, Mitglied in Körperschaften, Gesellschaften und Einrichtungen werden.

3. Beteiligungsverhältnisse

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist kraft ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er hat allerdings weder den Charakter einer Gebietskörperschaft noch den eines Zweckverbandes, daher gibt es keine echten Verbandsmitglieder.

Die Landkreise und Kommunen entsenden keine weisungsgebundenen Vertreter in die Gremien des Regionalverbandes und können somit nicht unmittelbar Einfluss auf dessen Willensbildung nehmen.

4. Organe und Geschäftsführung

Hauptorgan ist die Verbandsversammlung. Ihr gehören derzeit 54 Mitglieder an, die von den Kreisräten der drei Landkreise im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Kreistags gewählt werden. Der Bodenseekreis entsendet 18 Mitglieder in die Verbandsversammlung. Die Landkreise Ravensburg und Sigmaringen 25 bzw. 11 Mitglieder.

Es sind zwei beschließende Ausschüsse eingerichtet: ein Planungsausschuss mit 20 Mitgliedern und ein Verwaltungsausschuss mit 10 Mitgliedern.

Der Verbandsvorsitzende ist ebenfalls Organ des Regionalverbands. Er ist ehrenamtlich tätig und wird aus der Mitte der Verbandsversammlung für die Dauer seiner Amtszeit als Mitglied der Verbandsversammlung gewählt. Als Vorsitzender der Verbandsversammlung vertritt er den Verband, leitet die Verbandsverwaltung und erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung.

Verbandsvorsitzender	Dirk Gaerte, Landrat Sigmaringen (bis 20.10.2014)
	Thomas Kugler, Bürgermeister Pfullendorf (ab 21.10.2014)
Stv. Verbandsvorsitzende	Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis
	Rainer Magenreuter. Bürgermeister Isny i.A.
	Jürgen Lang, Ravensburg

Der Verbandsdirektor vertritt den Verbandsvorsitzenden ständig bei der Erfüllung seiner Aufgaben und wird von der Verbandsversammlung als Beamter auf Zeit gewählt. Seine Amtszeit beträgt acht Jahre.

Verbandsdirektor	Wilfried Franke, Dipl.-Geogr.

5. Öffentlicher Zweck

Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben ist eine kommunal verfasste Körperschaft des öffentlichen Rechts und verwaltet seine Angelegenheiten in eigener Verantwortung.
Er unterliegt in weisungsfreien Angelegenheiten der Rechtsaufsicht des Landes Baden-Württemberg. Obere Rechtsaufsichtsbehörde ist das Regierungspräsidium Tübingen; oberste Rechtsaufsichtsbehörde ist das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg.

6. Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

⇒ Regionaler Kompensationspool Bodensee-Oberschwaben GmbH (Anteil: 0,99 %)

7. Wichtige Verträge

keine

8. Finanzierung/Finanzbeziehungen

Zahlung vom Bodenseekreis an den Regionalverband:
⇒ 261.585 € Umlage

Zahlung vom Regionalverband an den Bodenseekreis:
⇒ 18 € Fahrtkosten

9. Wirtschaftsführung

Der Regionalverband erhält für die Erfüllung seiner Aufgaben vom Land einen jährlichen Zuschuss (0,11 € je Einwohner und 17,90 € je Quadratkilometer Regionsfläche). Soweit dieser Landeszuschuss und die sonstigen Einnahmen nicht zur Deckung seines Finanzbedarfs ausreichen, erhebt er von den zu ihm gehörenden Landkreisen eine Umlage. Die Höhe der Umlage wird in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr festgesetzt und nach dem Verhältnis der jeweiligen Steuer-kraftsummen aufgeteilt.

Die Gesamtumlage im Jahr 2014 betrug 749.256 €. Der Bodenseekreis hat davon 261.585 € (34,91 %, Vj. 36,68 %) gezahlt. Die restliche Umlage wurde von den Landkreises Sigmaringen und Ravensburg geleistet.

Auf die Wirtschaftsführung des Regionalverbands finden die Vorschriften des Landes über die Gemeindewirtschaft entsprechend Anwendung mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung, die Auslegung und die ortsübliche Bekanntgabe des Beschlusses über die Feststellung der Jahresrechnung, die Finanzplanung, das Rechnungsprüfungsamt und den Fachbediensteten für das Finanzwesen.

10. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

In der Geschäftsstelle waren im Bezugsjahr 8 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Dazu gehören der Verbandsdirektor (Geschäftsführung), sein Stellvertreter (Leitender Planer für die Raum- und Umweltplanung), drei weitere Planer (Siedlungsplanung, Verkehrsplanung, Planungsinformationssysteme), ein Verwaltungsleiter, ein Kartograph und eine Verwaltungsmitarbeiterin.

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg
Kontakt:	Lindenspürstraße 39 Tel.: 0711 / 63 75 - 0 Fax: 0711 / 63 75 - E-Mail: info@kvjs.de Homepage: www.kvjs.de
Gründungsdatum:	1. Januar 2005

2. Gegenstand des Unternehmens

Nach dem Gesetz über den Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (JSVG) - Artikel 178 Verwaltungsstruktur-Reformgesetz vom 1. Juli 2004 - wurde der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Stuttgart zum 1. Januar 2005 errichtet.

Der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg hat nach § 3 JSVG folgende Aufgaben:

- ⇒ Überörtlicher Träger der Sozialhilfe
- ⇒ Überörtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Landesjugendamt)
- ⇒ Überörtlicher Träger der Kriegsopferfürsorge (Hauptfürsorgestelle)
- ⇒ Träger des Integrationsamtes nach dem SGB IX
- ⇒ Beratung und Unterstützung der örtlichen Träger beim Abschluss von Leistungs-, Vergütungs-, Qualitäts- und Prüfungsvereinbarungen nach SGB VIII, SGB XI und SGB XII
- ⇒ Beratung und Unterstützung der örtlichen Träger bei der Planung in der Alten- und Behindertenhilfe sowie der Planung der Hilfen nach SGB XII
- ⇒ Beratung und Unterstützung der örtlichen Träger im Rahmen von § 97 Abs. 5 SGB XII (Weiterentwicklung von Leistungen der Sozialhilfe und Projekte)
- ⇒ Träger eines Medizinisch-Pädagogischen Dienstes
- ⇒ Träger von Fortbildungsstatten
- ⇒ Abwicklung der Landeswohlfahrtsverbände Baden und Württemberg-Hohenzollern

3. Beteiligungsverhältnisse

Der KVJS ist kraft ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Organe und Geschäftsführung

Hauptorgan ist die Verbandsversammlung. Mitglieder der Verbandsversammlung sind die 44 Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg. Sie entsenden 88 Delegierte. Ein Landkreis wird durch den Landrat, ein Stadtkreis durch den oder die Oberbürgermeister/in vertreten. Jeder Kreis entsendet zusätzlich je einen weiteren Vertreter. Die beiden Vertreter eines Kreises müssen ihr Stimmrecht einheitlich ausüben.
Neben Herrn Landrat Wölfle als gesetzlicher Vertreter ist Frau Dr. Dagmar Hoehne als Kreisrätin entsendet.

Ausschüsse:

Verbandsausschuss	10 Mitglieder
Landesjugendhilfeausschuss	24 Mitglieder
Widerspruchsausschuss	7 Mitglieder
Beratender Ausschuss für behinderte Menschen	10 Mitglieder
Beirat für Kriegsopferfürsorge	6 Mitglieder

Der Verbandsvorsitzende ist ebenfalls Organ des KVJS. Als Vorsitzender der Verbandsversammlung vertritt er den Verband, leitet die Verbandsverwaltung und erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung.

Verbandsvorsitzender	Karl Röckinger
Stv. Verbandsvorsitzende	Gunter Czisch, Erster Bürgermeister Stadt Ulm
	Gerhard Bauer, Landrat Schwäbisch Hall

Der Verbandsdirektor vertritt den Verbandsvorsitzenden ständig bei der Erfüllung seiner Aufgaben und wird von der Verbandsversammlung als Beamter auf Zeit gewählt. Seine Amtszeit beträgt acht Jahre.

Verbandsdirektor	Prof. Roland Klinger, Senator e.h.

5. Öffentlicher Zweck

Siehe 2. Gegenstand des Unternehmens

6. Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

⇒ KVJS-Tagungszentrum Gültstein GmbH (Anteil: 100,00 %)

7. Wichtige Verträge

keine

8. Finanzierung/Finanzbeziehungen

Zahlung vom Bodenseekreis an den KVJS:

⇒ 838.888 € für Verbandsumlage und Restzahlung 2013
⇒ 1.024 € für Teilnehmergebühren u.ä.
⇒ 20.142 € für Fälle in der Sozial- und Jugendhilfe
⇒ 48.062 € für Rückzahlung Projekt Stärke

Zahlung vom KVJS an den Bodenseekreis:

⇒ 79.942 € für Bundesinitiativ e Netzwerk
⇒ 91.154 € für Landesprogramm Stärke
⇒ 45.925 € für Förderung Jugendsozialarbeit
⇒ 6.962 € für Personalkostenerstattung
⇒ 4.747 € für Erstattung Seminar, Fahrtkosten etc.

9. Wirtschaftsführung

2014 erfolgte die Aufgabenerfüllung des KVJS ordnungsgemäß. Der geplante Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 12,512 Mio. € konnte um 10,284 Mio. € unterschritten werden. Die Verbesserungen im Bereich der Ausgleichsabgabe (und damit nicht über die KVJS-Umlage finanziert) beträgt 4,972 Mio. €. Im für die KVJS-Umlage relevanten Bereich konnte eine Verbesserung in Höhe von 5,312 Mio. € verbucht werden. Statt des geplanten Fehlbetrags des ordentlichen Teilergebnisses von 3,768 Mio. € kam es hier zu einem Überschuss in Höhe von 1,544 Mio. €.

Da es sich bei dem Fehlbetrag im Bereich der Ausgleichsabgabe nicht um ein strukturelles Haushaltsdefizit sondern um eine gewollte und geplante Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage Ausgleichsabgabe handelt, ist die Entstehung des Fehlbetrags für die kommunale Aufgabenerfüllung nicht bedenklich.
Die Haushalts- und Finanzplanung 2015 sieht bis zum Jahr 2018 die Entstehung von weiteren Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 52,990 Mio. Euro vor, die jedoch vollständig über Entnahmen aus der zweckgebundenen Rücklage Ausgleichsabgabe (50,175 Mio. €) bzw. der fiktiven kameralen Allgemeinen Rücklage (2,815 Mio. €) gedeckt sind, so dass auch weiterhin davon auszugehen ist, dass die Aufgaben des KVJS ordnungsgemäß erfüllt werden können.

10. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Stellen laut Stellenplan im Jahr 2014: 393,5

Zweckverband PROTEC Orsingen

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Zweckverband PROTEC Orsingen
Kontakt:	Benediktinerplatz 1 78467 Konstanz Tel.: 07531 / 800-1150 Fax: 07531 / 800-1166 E-Mail: ludwig.egenhofer@lrakn.de Homepage: www.protec-orsingen.de
Verbandssatzung vom: Letzte Änderung:	21. Juni 1978 20. November 2001
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand des Unternehmens

Satzungsmäßige Aufgabe des Zweckverbandes ist der Betrieb der Tierkörperbeseitigung in Orsingen sowie von zugeordneten Kleintiersammelstellen und Umsetzstationen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Von der Festsetzung eines Stammkapitals wurde in der Verbandsversammlung abgesehen.

Dem Zweckverband gehören die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Konstanz, Rottweil, Sigmaringen, Tuttlingen, Waldshut, Lörrach, Bodenseekreis, Ortenaukreis, Schwarzwald-Baar-Kreis und der Stadtkreis Freiburg im Breisgau an.

4. Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung:

Vorsitzender:	Frank Hämmerle, Landrat Konstanz
stv. Vorsitzender:	Lothar Wölfle, Landrat Bodenseekreis
Mitglieder:	Landräte der beteiligten Landkreise Oberbürgermeister des beteiligten Stadtkreises

5. Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck ist die Beseitigung und/oder Verwertung von Tierkörpern nach dem Tierkörperbeseitigungsgesetz bis nach Abschluss des Entseuchungsvorgangs.
Wahrgenommen wird die Beseitigung und Verwertung seit dem 1. Januar 2014 durch den Zweckverband ZTN-Süd BW bei dem der ZV Protec Mitglied ist.

6. Wesentliche Verträge

Am 19. Dezember 2013 wurde der Vertrag zum Beitritt des ZV Protec zum ZV Warthausen unterzeichnet. Der Beitritt erfolgte zum 1. Januar 2014.
Zum 1. Januar 2014 wurde der ZV Warthausen in ZV ZTN-Süd BW umbenannt. Die Nahwärme bleibt beim Altverband Protec und soll mittelfristig veräußert werden, ebenso die vorhandenen Grundstücke in Lauchringen und Schuttern.

7. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlung vom Bodenseekreis an Protec:

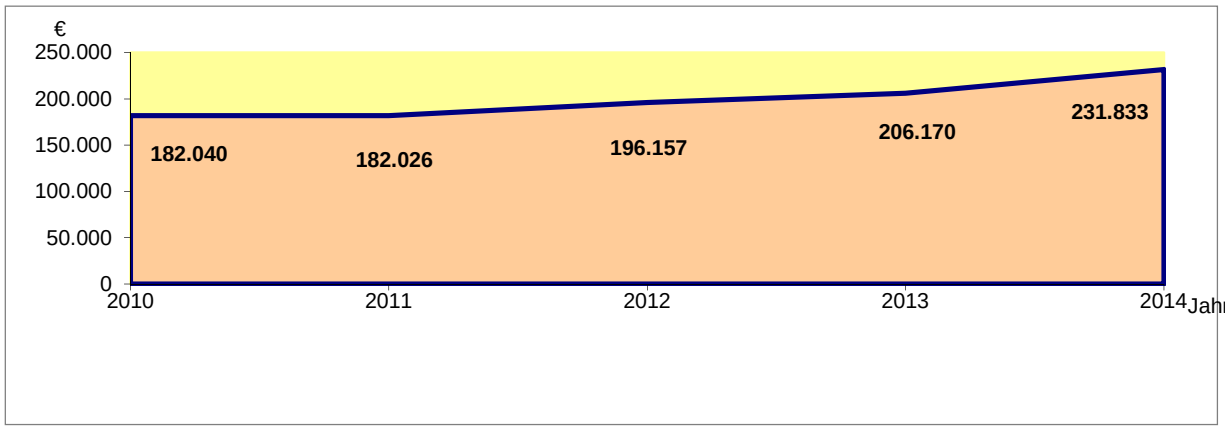
⇒ 231.833 € Verbandsumlage

⇒ 258.583 € Sonderumlage

Das Gesamtaufkommen der Verbandsumlage lag bei 2.600.000 €.
Das Gesamtaufkommen der Sonderumlage zur Abdeckung der laufenden Verluste lag bei 2.900.000 €.

Seit 2014 übernimmt der ZV ZTN-Süd BW die meisten Aufgaben. Dafür leistete Protec in 2014 eine Umlage von 2 Mio. €, der Anteil des Bodenseekreises liegt entsprechend bei rd. 180 T €.

8. Entwicklung der Verbandsumlage



Zweckverband KIRU Reutlingen-Ulm

1. Allgemeine Angaben

Name des Unternehmens:	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm
Kontakt:	Schule-Delitzsch-Weg 28, 89079 Ulm Tel.: 0731 / 9455-0 Fax: 0731 / 9455-47190 E-Mail: info@rz-kiru.de Homepage: www.rz-kiru.de
Gründungsdatum:	1. Januar 2002
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

Die Angaben zum Wirtschaftsjahr 2014 stehen unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Verbandsversammlung im November 2015.

2. Gegenstand des Unternehmens

Der Verband erledigt folgende ihm von seinen Mitgliedern übertragenen Aufgaben der Informationsverarbeitung im hoheitlichen Bereich:

- ⇒ Betrieb von Zentren für Dienstleistungen der Informationsverarbeitung und der damit zusammenhängenden Leistungen,
- ⇒ Einrichtung, Wartung und Pflege von Anlagen und Programmen der Informationsverarbeitung,
- ⇒ Betrieb von Rechnern, Beratung über Angelegenheiten der Informationsverarbeitung,
- ⇒ Schulung des Personals von Verbandsmitgliedern.

Er kann eigene Aufgaben einem anderen Zweckverband für Kommunale Datenverarbeitung zur Erledigung auch für seine Mitglieder übertragen. Er kann Aufgaben, die er für seine Mitglieder erledigt, oder ähnliche Aufgaben auch für sonstige Rechtsträger ausführen und die Erledigung von Aufgaben an sonstige Rechtsträger überlassen.
KIRU kann auch Aufgaben durch Dritte erledigen lassen.
Der Verband erstrebt keinen Gewinn.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mit dem Zusammenschluss des Zweckverbands Regionales Rechenzentrum Alb-Schwarzwald in Reutlingen (RRAS) mit dem Zweckverband Interkommunale Datenverarbeitung in Ulm (IKD) zum Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU) werden ab dem Jahr 2002 keine Vermögensanteile der einzelnen Mitglieder mehr ausgewiesen.

Der rechnerische Anteil des Bodenseekreises betrug bei der Gründung des Zweckverbandes 2,0575 % und repräsentierte eine Einlage in das Gesamtvermögen von 146.708,14 €.

4. Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Manfred Allgaier

Als weitere Organe sind der Verwaltungsrat und die Verbandsversammlung eingerichtet.

5. Öffentlicher Zweck

Die Rechenzentrumsgruppe KIRU erbringt im Auftrag ihrer Verbandsmitglieder und Kunden umfangreiche DV-Aufgaben - von der Bereitstellung der DV-technischen Produktion mit zentralem Hard- und Softwarebetrieb über die Übermittlung und Betreuung der Vorortkomponenten bis hin zu Auslieferungen der Ausdrucke.

6. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

⇒ Interkommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm GmbH Reutlingen (Einlage: 1 Mio. €, Anteil: 100 %)
⇒ Datenzentrale Baden-Württemberg Stuttgart (Einlage: 383.468 €, Anteil: 25 %)
⇒ DZ Datenzentrale Entwicklungs- und Vertriebs GmbH Stuttgart (Einlage: 63.911 €, Anteil: 13,89 %)

Die Hauseigentümergesellschaft Interkommunale Datenverarbeitung und Rechenzentrum Ulm -GbR - Ulm (Einlage: 920.325 €, Anteil: 90 %) wurde zum 1. April 2012 eingegliedert.

7. Finanzbeziehungen/Kapitalzuführungen und Kapitalentnahmen

Zahlungen vom Bodenseekreis an KIRU:
⇒ 251.887 € für Leistungen des Quartale IV 2013 bis IV 2014

Zahlungen vom KIRU an den Bodenseekreis:
⇒ 297 € für Fahrtkosten

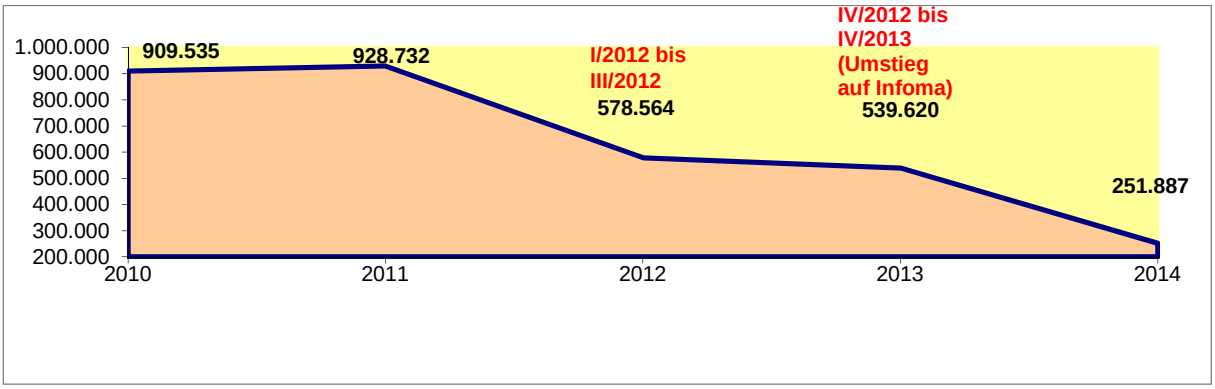
8. Aktuelle Entwicklung

Das Stammkapital und die Eigenvermögensumlage des Zweckverbandes betragen unverändert 7.130.386,77 €. Die allgemeine Rücklage weist 5.412.113,23 € aus.

9. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Zahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende zum 31. Dezember 2014 beträgt 390 und gliedert sich wie folgt: 52 Beamte und 338 Angestellte.

10. Entwicklung der Zahlungen an den ZV KIRU



VII. Stiftungen des Landkreises

Kunst- und Kulturstiftung des Bodenseekreises

1. Allgemeine Angaben

Name der Stiftung:	Kunst- und Kulturstiftung des Bodenseekreises
Kontakt:	c/o Kulturamt Landratsamt, Schloss Salem, 88682 Salem Tel.: 07553/91675-11 Fax: 07553/91675-20 E-Mail: feucht@kultur-bodenseekreis.de
Gründungsdatum:	24.01.2001 (Rechtskraft)
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand der Stiftung

Die Stiftung des bürgerlichen Rechts strebt die nachhaltige Förderung der Kunst, Kultur und Geschichte auf Dauer an, das reichhaltige kulturelle Erbe der Region zu erhalten und zu mehren und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

3. Stifter/Stiftungsgeber

Die Mittel der OEW-Sonderausschüttung von 766.937,82 € (1,5 Mio. DM) wurden als Stiftungsvermögen eingebracht.
Als Stiftungsgeber gilt der Bodenseekreis.

4. Organe des Unternehmens

Organe der Stiftung sind die der Vorstand und der Stiftungsrat.

Geschäftsführer:	Dr. Stefan Feucht, Bodenseekreis

5. Stiftungszweck

Die Stiftung dient der Förderung von Kunst, Kultur und Geschichte des Bodenseekreises und der Bodenseeregion und nimmt hierfür insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- ⇒ die Förderung von Kunst, Kultur und Geschichte
- ⇒ der Erwerb von Kunstwerken und Kulturgütern mit Bezug auf den Raum
- ⇒ die Förderung von Ausstellungen und Veröffentlichungen zu Kunst, Kultur und Geschichte
- ⇒ Organisation und Betrieb von Ausstellungen und Veranstaltungen nichtgewerblicher Art über Kunst, Kultur und Geschichte
- ⇒ Vergabe eines Preises für herausragende kulturelle Leistungen oder zur Förderung von wissenschaftlichen Forschungen

6. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Stiftung beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter. Der Bodenseekreis stellt für die Verwaltung der Stiftung Personal zur Verfügung.

7. Finanzbeziehungen

keine

8. Aktuelle Entwicklung

Der Stand des Fonds lag zum 31. Dezember 2014 bei 847.193 €. Damit ist der Wert seit 2005 inkl. Entnahme und Steuern um 233.617 € gestiegen, das entspricht einer jährlichen Steigerung von 3,38 %.

Im Jahr 2014 wurden folgende Fördermittel ausgeschüttet:

- ⇒ 1.000 € für die Constantin-Vanotti-Schule, Theater-Werkstatt-Tage in Überlingen
- ⇒ 2.500 € für Association pour le Souvenir de Maillé, deutsch-französche Ausstellung "Von beiden Seiten" zum Thema Erster Weltkrieg
- ⇒ 1.000 € für Zeppelin-Universität, Lange Nacht der Musik in Friedrichshafen
- ⇒ 2.000 € für Katrin Steglitz, Druckkosten Zeitschrift „Mauerläufer"
- ⇒ 5.000 € für Hubert Kuhn, Preisgeld 2014

Stiftung „Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee“ (KOB)

1. Allgemeine Angaben

Name der Stiftung:	Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee
Kontakt:	Schuhmacherhof 6, 88213 Ravensburg - Bavendorf Tel.: 0751/7903-0 Fax: 0751/790-33 22 E-Mail: poststelle@kob-bavendorf.de Homepage: www.kob-bavendorf.de
Gründungsdatum:	15. September 2000
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand der Stiftung

Der Schwerpunkt der gemeinnützigen Stiftung des bürgerlichen Rechts ist die Forschung in folgenden Arbeitsbereichen:

⇒ Nacherntephysiologie
⇒ Kulturführung Kern- und Steinobst
⇒ Sortenprüfung inkl. Sortenerhaltungszentrale BW
⇒ Ökologischer Obstbau
⇒ Betriebswirtschaft und Markt
⇒ Übergebietliche Pflanzenschutzberatung und Versuchswesen im Obstbau
⇒ Streuobst- und Landschaftspflege

3. Stiftungsmitglieder

⇒ Ministerium Ländlicher Raum Baden-Württemberg
⇒ Universität Hohenheim
⇒ Landkreise Ravensburg, Bodenseekreis und Konstanz
⇒ Württembergische Obst-und Gemüse-Genossenschaft (WOG)
⇒ Marktgemeinschaft Bodenseeobst (MABO)
⇒ Landesverband Erwerbsobstbau (LVEO) und
⇒ Landesverband Obstbau, Garten und Landschaft Baden-Württemberg e.V.
⇒ Ökobo GmbH
⇒ Obstgroßmarkt Oberkirch

4. Organe des Unternehmens

Organe der Stiftung sind der Vorstand und der Beirat.

Geschäftsführer:	Dr. Manfred Büchele
Vorstandsvorsitzender:	Joachim Hauck, MDG

5. Stiftungszweck

Die Stiftung „Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee“ dient der Förderung des umweltverträglichen Obstanbaus und des Streuobstbestandes in der Bodenseeregion und damit auch dem Erhalt der dort gewachsenen Kulturlandschaft. Das Kompetenzzentrum übernimmt dabei Aufgaben an der Nahtstelle zwischen Wissenschaft und Praxis. Hierzu zählt einerseits die an den Standort gebundene grundlagenorientierte Forschung. Andererseits soll durch anwendungsorientierte Forschung, Untersuchungen und Beratung, aber auch durch grenz-

überschreitende Zusammenarbeit mit Einrichtungen anderer Obstbauregionen die Umsetzung von Forschungsergebnissen in die obstbauliche Praxis gefördert werden.

6. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Bei der Stiftung waren 85 Mitarbeiter überwiegend in befristeten Arbeitsverhältnissen angestellt. Zusätzlich wurden vom Land 7 Personen überlassen.

7. Finanzbeziehungen

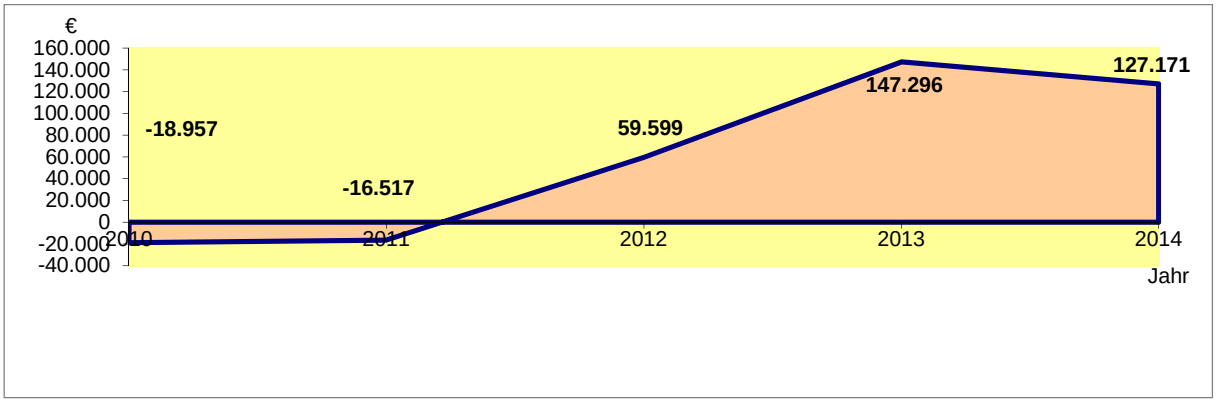
Zahlungen des Bodenseekreises an die KOB:

⇒ 71.554 € jährlich Projektmittel
⇒ 13.500 € Sächlicher Verwaltungsaufwand
⇒ 21.545 € Personalkosten (50 %)
⇒ 16.800 € Mietkostenerstattung
⇒ 723 € Äpfel für Kantine, Veranstaltungen und Bürgerservice
⇒ 40 € sonstige Rechnungen

8. Aktuelle Entwicklung

Im laufenden Jahr machte das KOB einen Umsatz von 3.360.882 € (Vj. 4.493.207 €) und erwirtschaftete einen Überschuss von 127.171 € (Vj. 147.296 €).

9. Entwicklung des Jahresabschlusses



Stiftung „Naturschutzzentrum Eriskirch“

1. Allgemeine Angaben

Name der Stiftung:	Stiftung Naturschutzzentrum Eriskirch
Kontakt:	Bahnhofstraße 24, 88097 Eriskirch Tel.: 07541/81-888 Fax: 07541/81-899 E-Mail: info@naz-eriskirch.de Homepage: www.naz-eriskirch.de
Gründungsdatum:	16. Juni 1992 (Rechtskraft)
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand der Stiftung

Der Zweck der Stiftung ist die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie der Betrieb eines Naturschutzzentrums.

3. Stifter/Stiftungsgeber

Gründer der Stiftung sind der Landkreis Bodenseekreis, das Land Baden-Württemberg und die Gemeinde Eriskirch.

4. Organe des Unternehmens

Organe der Stiftung sind der Stiftungsrat und das Kuratorium.

Geschäftsführer:	Gerhard Kersting

5. Stiftungszweck

Die Stiftung "Naturschutzzentrum Eriskirch" dient der Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- ⇒ Betreiben eines Naturschutzzentrums in Eriskirch als Schwerpunkt der Naturschutzbildungsarbeit
- ⇒ Betreuung und Organisation der Pflege des Naturschutzgebietes "Eriskircher Ried" sowie des nördlichen Bodenseeufers in Zusammenarbeit mit den örtlichen Verbänden
- ⇒ Präsentation von Ausstellungen mit natur- und landeskundlichem Bezug
- ⇒ Organisation von Informationsveranstaltungen zu Aufgaben des Natur- und Landschaftsschutzes
- ⇒ Durchführung von Maßnahmen der Besucherlenkung, insbesondere in Naturschutzgebieten
- ⇒ Erarbeitung von Informationsmaterial über Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie über den Schutz des nördlichen Bodenseeufers
- ⇒ Organisation von Fachtagungen und Seminaren
- ⇒ Auswertung von Forschungsergebnissen über Natur und Landschaft am Bodensee
- ⇒ Unterstützung der Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Naturschutzwarte
- ⇒ praktische Unterstützung der Naturschutzarbeit im Bodenseekreis.

Mit Zustimmung der Naturschutzbehörde kann die Stiftung Pflege und Betreuung sonstiger Schutzgebiete im Bodenseekreis übernehmen.

6. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Neben dem hauptamtlichen Geschäftsführer gab es eine Sekretariatskraft (65 %), eine 450 €-Kraft und zwei Praktikanten des Freiwilligen Ökologischen Jahres.

7. Finanzbeziehungen

Zahlung vom Bodenseekreis an das NAZ Eriskirch_

⇒ 55.285 € Finanzierungsanteil

Im Stiftungsgeschäft von 1. April 1992 ist festgehalten, dass die zum Betrieb notwendigen Mittel vom Land Baden-Württemberg zu 70 % und vom Bodenseekreis zu 30 % gestellt werden. Die Gemeinde Eriskirch stellt das Gebäude kosten- und abgabefrei zur Verfügung.

Zahlung vom NAZ Eriskirch an den Bodenseekreis:

⇒ 271 € Abfallgebühren

8. Aktuelle Entwicklung

Das Berichtsjahr 2014 verlief für die Stiftung außerordentlich erfolgreich. Die Ausstellung wurde von 12.136 Personen besucht, das ist das bislang beste Ergebnis in den vergangenen 21 Jahren. 3.226 Teilnehmer konnten bei 144 Veranstaltungen gezählt werden, davon sind knapp die Hälfte Kinder und Jugendliche.

Ergänzend zur Dauerausstellung konnten drei Wechselausstellungen präsentiert werden.

Im Rahmen des 75-jährigen Jubiläums der Ausweisung des Eriskircher Rieds als Naturschutzgebiet fand am 6. Juni 2014 eine Festveranstaltung mit Regierungspräsident Hermann Strampfer im Naturschutzzentrum statt.

Um die zahlreichen Besucher des Eriskircher Rieds über längere Zeit auf das Jubiläum sowie die besondere Bedeutung des Eriskircher Rieds aufmerksam zu machen, wurde vom Geschäftsführer des Naturschutzzentrums Eriskirch ein Jubiläumsprojekt konzipiert und umgesetzt: Im Laufe des Jahres wurden 75 verschiedene typische Pflanzen und Tiere des Rieds auf großformatigen Dibond-Tafeln mit Fotos von Gerhard Kersting vorgestellt. Die Tafeln wurden saisonal aufgestellt, d. h. teilweise nur für eine begrenzte Zeit, zu der die betreffende Art auch live gesehen werden konnten. Ergänzend wurde zur Aktion ein Faltblatt entworfen.

Die Betreuungs- und Pflegearbeiten im Eriskircher Ried konnten in enger Zusammenarbeit mit der Naturschutzverwaltung, dem NABU und der Landwirtschaft erfolgreich durchgeführt werden, so dass die hohe Wertigkeit des Gebietes erhalten blieb.

Stiftung „Perspektive Jugend im Bodenseekreis“

1. Allgemeine Angaben

Name der Stiftung:	Stiftung Perspektive Jugend im Bodenseekreis
Kontakt:	c/o Sozialdezernat Landratsamt Albrechtstraße 77, 88045 Friedrichshafen Tel.: 07541/204-5713 Fax: 07541/204-7713 E-Mail: christine.bouguerra@bodenseekreis.de Homepage: www.bodenseekreis.de
Gründungsdatum:	26. August 2009
Wirtschaftsjahr:	1. Januar - 31. Dezember

2. Gegenstand der Stiftung

Der Stiftungszweck soll verwirklicht werden durch:

⇒ Die Unterstützung und Begleitung von Netzwerken relevanter Akteure im Bereich Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt

⇒ Die Förderung von Bildungseinrichtungen bzw. Projekten zur Begleitung des Übergangs Schule – Beruf, zur vertieften Berufsorientierung oder zur Förderung von chancenbenachteiligten Jugendlichen

3. Stifter/Stiftungsgeber

Stiftungsgeber ist der Bodenseekreis.

4. Organe des Unternehmens

Organe der Stiftung sind der Vorstand und der Stiftungsrat.

Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich

5. Stiftungszweck

Satzungsmäßiger Stiftungszweck ist die Förderung von Erziehung und Bildung.

6. Anzahl der 2014 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen

Die Stiftung wird ausschließlich ehrenamtlich verwaltet.

7. Finanzbeziehungen

keine

8. Erfüllung des Stiftungszwecks

Proaktives Handeln, bevor „das Kind in den Brunnen gefallen ist“, mehr in die Prävention und weniger in Reparaturmaßnahmen zu investieren, sind eindeutige Erkenntnisse, die der Landkreis insbesondere bei der Betreuung der langzeitarbeitslosen Jugendlichen gewinnen konnte.

Um jungen Menschen daher rechtzeitig den Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsstellen zu ebnen, hat der Landkreis Bodenseekreis bereits im Jahre 2006 die Initiative „Null Prozent Jugendarbeitslosigkeit im Bodenseekreis – gerade hier!“ ins Leben gerufen und diese mit der Gründung der Stiftung „Perspektive Jugend im Bodenseekreis“ im Jahr 2009 verstetigt. Initiative und Stiftung haben es sich zur Aufgabe gemacht, Strukturen für ein regionales Übergangsmanagement aufzubauen, um jungen Menschen einen reibungslosen und rechtzeitigen Übergang in Ausbildungs- oder Arbeitsstellen zu ermöglichen.

Um heute und in Zukunft Jugendlichen eine Eintrittskarte ins Berufsleben mitgeben zu können, sind verlässliche Partner gefragt. Unter der Koordination des Landratsamts Bodenseekreis wurden hierfür Partner aus Schulen, Wirtschaft, Politik, Bildung, Verwaltung und bürgerschaftlichem Engagement gewonnen.

Im Kern unterstützt die Stiftung chancenbenachteiligte junge Menschen am Übergang Schule-Beruf mit Projekten zur Förderung der Berufsorientierung, der Ausbildungsreife und der Berufswahlkompetenz.

Beispielsweise hat die Stiftung die Kreativwerkstatt des Vereins „Toolbox e.V.“ gefördert und unterstützt somit die Bildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im digitalen Bereich. Die Zielgruppe wird in Workshops an Themen des digitalen Zeitalters herangeführt und in der vereinseigenen Werkstatt von ehrenamtlichen Fachleuten mit Arbeitsweisen und Techniken vertraut gemacht. Die Bandbreite reicht von 3D-Druck, Musik- und Videoproduktionen bis hin zur Softwareentwicklung sowie zum Löten von Platinen.
Angesichts des gravierenden Fachkräftemangels, der bereits in der IT-Branche vorherrscht, halten wir eine Anlaufstelle im Bodenseekreis in diesem Bereich für zielführend und möchten diese mit einem kleinen Betrag unterstützen. gefördert. Durch intensive Elternarbeit, ehrenamtliche Paten und erlebnispädagogische Angebote sollen Selbstbewusstsein, Eigenständigkeit und Lernmotivation gefördert, schulische Leistungen verbessert sowie Schülerinnen und Schüler auf die Berufsausbildung vorbereitet werden.

Die Stiftung setzt sich derzeit noch stärker mit der hausinternen Vernetzung mit der Bildungsregion, der Initiative und dem Bildungs- und Teilhabepaket auseinander, um Doppelstrukturen zu vermeiden und die Leistungen bedarfsgerecht zu verankern.

VII. Anhang

1. Rechtsgrundlagen

§ 105 Gemeindeordnung (GemO)
Prüfung, Offenlegung und Beteiligungsbericht

(1) Ist die Gemeinde an einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang beteiligt, hat sie
   1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes auszuüben,
   2. dafür zu sorgen, dass
      a) der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses zusammen mit dessen Ergebnis, das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die beschlossene Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrags ortsüblich bekannt gegeben werden,
      b) gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich ausgelegt werden und in der Bekanntgabe auf die Auslegung hingewiesen wird.

(2) Die Gemeinde hat zur Information des Gemeinderats und ihrer Einwohner jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen sie unmittelbar oder mit mehr als 50 vom Hundert mittelbar beteiligt ist, zu erstellen. In dem Beteiligungsbericht sind für jedes Unternehmen mindestens darzustellen:
   1. der Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
   2. der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens,
   3. für das jeweilige letzte Geschäftsjahr die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer getrennt nach Gruppen, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens sowie die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats oder der entsprechenden Organe des Unternehmens für jede Personengruppe; § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuchs gilt entsprechend.
      Ist die Gemeinde unmittelbar mit weniger als 25 vom Hundert beteiligt, kann sich die Darstellung auf den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens beschränken.

(3) Die Erstellung des Beteiligungsberichts ist ortsüblich bekannt zu geben; Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe b gilt entsprechend.

(4) Die Rechtsaufsichtsbehörde kann verlangen, dass die Gemeinde ihr den Beteiligungsbericht und den Prüfungsbericht mitteilt.

§ 48 Landkreisordnung (LKrO)
Anzuwendende Vorschriften

„Auf die Wirtschaftsführung des Landkreises finden die für die Stadtkreise und Großen Kreisstädte geltenden Vorschriften über die Gemeindewirtschaft entsprechende Anwendung…."

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

A. Kennzahlen zur Vermögenslage

Anlagenintensität $\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen (=Bilanzsumme)}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen. Eine hohe Anlagenintensität ist ein Indiz für einen kostenintensiven (Fixkosten) Betrieb des Unternehmens.

Umlaufintensität $\frac{\text{Umlaufvermögen} * 100}{\text{Gesamtvermögen (= Bilanzsumme)}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen.

B. Kennzahlen zur Finanzlage

Eigenkapitalquote $\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital (=Bilanzsumme)}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. Eine hohe Eigenkapitalquote gilt als Indikator für die Bonität eines Unternehmens.

Fremdkapitalquote $\frac{\text{Fremdkapital} * 100}{\text{Gesamtkapital (=Bilanzsumme)}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital.

Anlagendeckung I $\frac{\text{Eigenkapital} * 100}{\text{Anlagevermögen}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Anlagevermögen. Die Anlagendeckung dient der Beurteilung der langfristigen Liquidität (langfristig gebundene Vermögenswerte sollen durch langfristiges Kapital finanziert werden).

C. Kennzahlen zu Ertrag und Rentabilität

Umsatzrentabilität $\frac{\text{Betriebsergebnis}}{\text{Umsatz}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses an den Umsatzerlösen. Die Umsatzrentabilität misst den Betriebserfolg an der Umsatztätigkeit.

Eigenkapitalrentabilität $\frac{\text{Jahresüberschuss}}{\text{Eigenkapital}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Eigenkapital. Eigenkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Eigenkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.

Gesamtkapitalrentabilität $\frac{\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital (=Bilanzsumme)}} \times 100$

Erläuterung: Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Gesamtkapital. Gesamtkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte (Gesamt-)Kapital im Geschäftsjahr verzinst hat.

Kostendeckung $\frac{\text{Umsatzerlöse} * 100}{\text{Gesamtaufwand}}$

Erläuterung: Prozentualer Anteil der Umsatzerlöse am Gesamtaufwand. Kostendeckungsgrad gibt an, in welchem Maße ein Unternehmen seine Aufwendungen am Markt über Umsatzerlöse decken kann.

Cashflow

Jahresüberschuss
+ Abschreibungen auf Sachanlagevermögen
+ Erhöhung der Rückstellungen
- Verminderung der Rückstellungen
= Cash Flow

Erläuterung: Der Cash-Flow beschreibt den Mittelzufluss des Geschäftsjahres, dem kein unmittelbarer Mittelabfluss gegenübersteht. Er zeigt, in welchem Umfang Finanzmittel für das Folgejahr zur Verfügung stehen.